



THE LIBRARIES



**THE
UNIVERSITY OF GEORGIA**



MARX-STUDIEN

BLÄTTER ZUR THEORIE UND POLITIK
DES
WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

HERAUSGEGEBEN VON

DR. MAX ADLER UND DR. RUDOLF HILFERDING

VIERTER BAND. ERSTER HALBBAND

1971

VERLAG DETLEV AUVERMANN KG
GLASHÜTTEN IM TAUNUS

Unveränderter Neudruck der Ausgabe Wien 1918

**Druck: Bläschke & Ducke GmbH, Darmstadt
Printed in Germany**

Inhaltsverzeichnis.

Die sozialistische Idee der Befreiung bei Karl Marx.

Von Max Adler.

Seite VII—XXIV.

Der Marxismus in der Praxis.

Von Gustav Eckstein.

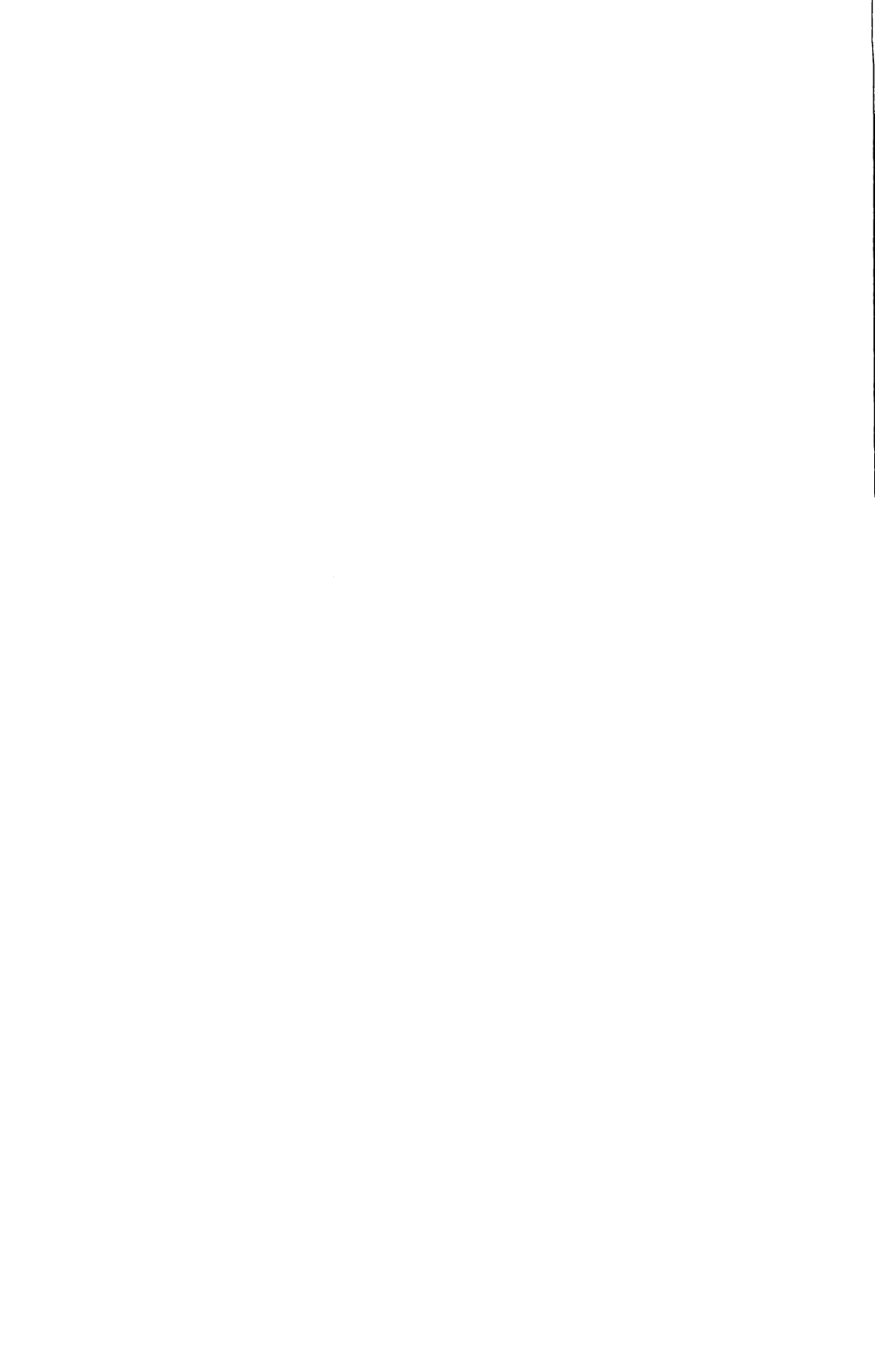
	Seite
Vorwort von Heinrich Weber	3
I. Sozialismus und Arbeiterbewegung in England, Frankreich und Deutschland bis zur Gründung der „Internationale“ . . .	9
II. Die Inauguraladresse und die Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation	23
III. Ideologische und materialistische Politik	28
IV. Sekte und Partei	41
V. Partei und Gewerkschaft	57
VI. Klassenkampf und Kompromiß	78
VII. Die theoretische Erkenntnis	102

Kriegsmarxismus.

Eine theoretische Grundlegung der Politik des 4. August.

Beleuchtet von Karl Kautsky.

	Seite
Vorwort	123
1. Einige Kleinigkeiten	125
2. Die Sozialisierung des Eigentums	132
a) Vom Gutshof zum Bahnhof	132
b) Die Sozialisierung der Landwirtschaft	135
c) Die Nationalisierung des Kapitals durch die Aktie	140
3. Staat und Wirtschaftsgebiet	146
a) Das Wirtschaftsgebiet als Verkehrsgebiet	146
b) Das Wirtschaftsgebiet als sich selbst genügendes Gebiet	153
c) Nationalitätenstaat und Kolonialstaat	160
d) Der Freihandel	165
4. Die Durchstaatlichung der Wirtschaft	173
a) Die wirtschaftliche Entwicklung seit 1878	173
b) Kriegswirtschaft	179
c) Staatssozialismus	188
5. Organisation und Sozialismus	191
a) Organisation und Staat	191
b) Organisation und Krieg	195
c) Organisation und Kapital	199
d) Organisation und Klassenkampf	203



DIE SOZIALISTISCHE IDEE DER BEFREIUNG BEI KARL MARX

**ZU SEINEM HUNDERTSTEN GEBURTSTAGE
AM 5. MAI 1918**

**VON
MAX ADLER**

Gedenktage, die an das Wirken großer führender Geister im Reiche des Gedankens oder der Kunst anknüpfen, sind die eigentlichen Kulturfeiertage der Menschheit, in denen sie sich ihres besten Zusammenhanges und ihres köstlichsten Besitzes mit stolzer Freude bewußt wird. Die heutige furchtbare Weltlage hat auch diesen Sinn aus unserem Leben genommen. In dem endlosen Toben dieses Weltkrieges sind schon drei solche große Kulturfeiern hinabgeschlungen worden in seinen Abgrund von Barbarei und Wahnsinn: die Zentenarfeiern von Shakespeare, Cervantes und Luther. Drei große Gedenkfeiern, die sonst Zeiten edelster innerer Erhebung geworden wären, in denen der Menscheng Geist in ernster und doch freudig bewegter Sammlung das große Erbe der Vergangenheit nicht bloß als einen ruhenden Schatz, sondern als einen in seiner Gegenwart fortwirkenden lebensvollen und befeuernden Antrieb empfunden hätte — sie sind in trauriger Teilnahmslosigkeit der großen Oeffentlichkeit vorübergegangen. Und konnte dies anders sein? Konnten sie mit ihrem zur höchsten Geistes- und Herzenskultur aufrufenden Inhalt denn sich überhaupt an das Licht eines Tages wagen, der mit alledem, was jetzt allein Bedeutung hat, nur der entsetzlichste Widerspruch zu allen Kulturgedanken, ja der grauenvollste Hohn auf Menschenwürde und Menschenwesen ist?!

In diese so entartete Zeit fällt nun wieder ein solcher Gedenktag des Geistes. Von ihm aber geht eine ganz andere Stimmung aus als jene Trostlosigkeit der früheren Gedenkfeiern, obgleich gerade er mit seinen weit ausgreifenden Kulturgedanken den Widerspruch der heutigen Lage noch deutlicher macht. Denn der hundertste Geburtstag von Karl Marx, den am 5. Mai 1918 das internationale Weltproletariat trotz aller Stürme und Entzweiungen des Krieges überall feiern wird, bedeutet eine Gedenkfeier, die schon selbst ein flammender Protest gegen diese bürgerliche Welt der Kulturlüge und Heuchelei ist,

gegen diese Welt, die durch ihre innerlichen, ungebändigten Gewalttriebe, durch die Barbarei ihrer unmenschlichen Gegensätze von Bildung und Besitz seit jeher zur Verfälschung und Vergewaltigung alles Großen und Schönen geführt hat, das in ihr sich entfalten wollte, wodurch sie denn auch das Wirken ihrer besten Geister bisher noch stets um allen Sinn und Wert bringen mußte. Und die Feier des hundertsten Geburtstages von Karl Marx muß zu einem solchen Proteste werden, weil das ganze gewaltige Leben dieses Mannes in Wort und Tat ein solcher Protest war, weil es die Feier eines Mannes ist, der, wie kein anderer vor ihm, mit dieser bürgerlichen Welt zerfallen war, aber nicht etwa bloß mit dem Groll und Haß ihres Todfeindes, sondern zugleich mit dem überlegenen Blick des Mannes der Wissenschaft, der sie geistig überwunden hatte. Darum geht von diesem Gedenktage ein so ganz anderer Geist aus, als von jenen früheren traurigen Kulturfeiern verklungener Größe und Schönheit menschlichen Wirkens: es ist keine Empfindung der Scham über den Abstand der Geistes- und Kulturhöhe, an die dieser Gedenktage erinnert, von der Niedrigkeit und Verworfenheit der Zeit, in der er uns antrifft, es ist kein Gefühl der hoffnungslosen Ohnmacht und des wehrlosen Zornes, sich angesichts der lichtvollen Höhen der Menschheit immer wieder in den ecklichen Sumpf blutiger Machtgier hinabgeschleudert zu finden. Es weht vielmehr von diesem Gedenktage auch heute noch derselbe Feuergeist, den so viele Jahrzehnte hindurch ungezählte Arbeitergenerationen belebend empfunden haben, der Geist des unversöhnlichen Kampfes gegen die alte Welt der bürgerlichen Scheinkultur, der tiefen Empörung gegen diese in Rechtsformen verkleidete Gewaltwelt des Kapitalismus, und er wirkt daher gerade in der heutigen Zeit schonungslosester Demaskierung aller inneren Roheit dieses Zeitalters wie eine Aufrüttelung des sozialen Gewissens und wie eine tröstliche Vergewisserung der schließlichen radikalen Ueberwindung auch dieser Not.

Das Befreiende dieser Stimmung aber liegt darin begründet, daß es nicht etwa bloß eine ethische Aufrichtung ist, die wir aus dem Wirken von Karl Marx gewinnen, sondern daß diese moralische Kräftigung und Hinwendung auf die wirklichen Kulturziele der Menschheit sich ohne jede ethische Argumentierung als das Resultat streng objektiv wissenschaftlicher Analyse der Bewegungsgesetze der bürgerlichen Welt ergeben. Das macht ja die weltgeschichtliche Bedeutung von Karl Marx aus, daß er uns zuerst gelehrt hat, den wunderbaren Mechanismus der Geschichte zu erkennen, mit dem sie aus Not und Tod, aus Elend und Jammer aller Art, aus Kampf und Streit doch immer mehr und sicherer hervorgehen läßt was das Sehnsuchtsziel aller Zeiten gewesen ist und bisher noch keine voll-

enden konnte: die solidarische Menschengesellschaft, die wirkliche Menschheit. Eine Phänomenologie des Geistes wollte Hegel schreiben, eine Lehre von der allmählichen Entfaltung des sich selbst unbewußten Geistes bis zu seinem sich selbst bestimmenden Endzustand. Eine Phänomenologie der Sittlichkeit zu geben lag nie im Willen von Karl Marx; aber seine Lehre in ihrer Anwendung auf die gesellschaftliche Entwicklung ist zu einer solchen geworden. Denn sie hat uns die notwendige Aufeinanderfolge der gesellschaftlichen Wandlungen erkennen gelehrt. Sie hat uns gezeigt, wie das soziale Leben der Menschen aus zahllosen kleinen, zersplitterten, voneinander isolierten oder miteinander im Kampf befindlichen Verbänden und aus einem Zustand vollständigster Abhängigkeit von äußeren Einflüssen zu Kreisen immer größerer Verbundenheit und Solidarität sowie immer größerer Selbstbestimmung aufsteigt, bis es zuletzt durch Ueberwindung aller Klassengegensätze und Uebernahme der gesellschaftlichen Oekonomie in seine eigene bewußte Leitung und Regelung den berühmten Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit in das der Freiheit vollzieht, in welchem, nach den unvergänglichen Worten des Kommunistischen Manifests, „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. So wird die Geschichte tatsächlich zu einer Stufenfolge der gesellschaftlichen Moral, zu einem Fortschritt in der äußeren Versittlichung, der aber nicht aus ethischen Motiven, sondern aus den materiellen Lebensbedingungen der Menschen hervorst. Und die Erkenntnis hievon wird schließlich selbst ein Mittel dieses Fortschrittes in dem Maße, daß von ihr aus sich ein ganz neuer Blick für die wahren Epochen der Menschheitsentwicklung eröffnet. Die vielgerühmte „Neuzeit“ hört auf, Gipfel und Vollendung der Zeiten zu sein. Denn nun stellt sich aller bisheriger Fortschritt in Kultur und Sittlichkeit als ein unbeabsichtigter, zufälliger Ertrag der Menschheitsgeschichte dar, fast als ein bloßes Nebenprodukt eines wesentlich auf ganz andere Ziele, nämlich bloß und vor allem auf Besitzvermehrung und Machterweiterung gerichteten weltgeschichtlichen Strebens. Den Fortschritt nicht mehr bloß zu erleben, wie er gerade kommt und soweit er sich allenfalls einstellt, sondern ihn bewußt und planmäßig zu schaffen, das macht nun Epoche in der Geschichte, das scheidet sie in zwei wesensverschiedene moralische Zeitalter. Und daher deutet es auf den grandiosen Sinn dieser Phänomenologie der Sittlichkeit hin, wenn Karl Marx selbst die neue, epochebildende Bedeutung seiner Betrachtungsweise durch den immer noch zu wenig gewürdigten Ausspruch hervorhebt, daß mit der Beseitigung der kapitalistischen Ordnung erst die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft abschließe.

Es findet sich in den Schriften von Karl Marx ein eigenartiger Begriff, der wenig beachtet worden ist, obgleich er in seltener Prägnanz gerade diese bedeutsame Seite der Marx'schen sozialen Entwicklungslehre hervorhebt, in welcher sie mit dem ethischen Idealismus in inneren Zusammenhang gerät, und obgleich er nicht eine bloß gelegentliche Bemerkung darstellt, sondern alle Schriften bis zum Kommunistischen Manifest als tragender Gedanke erfüllt. Es ist dies der Begriff einer menschlichen Emanzipation im Gegensatz zur politischen Emanzipation. Der Grund dieser geringeren Beachtung liegt wohl darin, daß sich dieser Begriffsgegensatz von menschlicher und politischer Emanzipation hauptsächlich in den Jugendschriften von Marx ausgeführt findet. Allein deshalb darf man doch nicht glauben, daß er für das Ganze der Marx'schen Auffassung von geringerer Bedeutung sei. Ich habe bereits einmal aufgezeigt, daß diese Unterscheidung des jungen Marx von dem, der das „Kapital“ geschrieben hat, durchaus unkritisch und unbegründet ist, wenn man damit meint, daß der junge Marx wegen seiner Anlehnung an Hegel und Feuerbach, die er nachher kritisch überwand, mit seiner späteren rein ökonomischen Phase in Gegensatz zu bringen sei. Im Gegenteil habe ich nachgewiesen, wie alle leitenden Gedanken des Kommunistischen Manifests, das eigentlich doch auch noch dem „jungen“ Marx angehört und doch schon das theoretische Charakterbild des späteren Marx vollendet zeichnet, sich in den Schriften seit den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“ bereits in rascher und immer reicherer Folge entwickelt vorfinden, so daß sie förmlich das Programm seiner ganzen späteren Wirksamkeit enthalten, das er in seltener Vollständigkeit auszuführen vermochte¹. Die Einkleidung der Gedanken in Hegel'sche und Feuerbach'sche Formen bedeutet kaum mehr als eine Familienähnlichkeit, die auf die Abstammung von bestimmten geistigen Vorahnen hindeutet, ohne doch das eigene Gepräge der Züge dadurch auszuschließen. Und manchmal ist sogar die an Hegel und Feuerbach sich anlehrende Form der Gedankenführung des jungen Marx ein Mittel gewesen, Inhalte und Seiten seiner Begriffe eindrucksvoller auszuführen, als in der Zeit seiner späteren, rein ökonomischen Begriffsbildung, weil sie in ihrer allgemein sozialkritischen Darstellung noch allseitiger zur Erfassung kamen, als in der notwendig einseitigen theoretischen Abstraktion der Arbeit im „Kapital“.

Wenn wir im folgenden nun unsere Zentenarbetrachtung eben an eine solche Jugendfassung Marxistischer Gedanken anknüpfen, so geschieht es nicht nur, weil gerade in diesem Be-

¹ Vergleiche Max Adler „Marx als Denker“, Berlin 1908, Seite 65 ff.

griff der menschlichen Emanzipation sich zugleich die großartige Einheit des geistigen Charakterbildes von Karl Marx besonders augenfällig erweist. Denn dieser Frühgedanke bezeichnet bereits dasselbe nach der positiven Seite, was die ökonomische Kritik im „Kapital“ dann später negativ als die Entmenschung der Gesellschaft durch den kapitalistischen Produktionsprozeß aufgezeigt hat. In der Analyse im „Kapital“ hat Marx die Entfremdung und Verdinglichung aller menschlich-gesellschaftlichen Verhältnisse aufgezeigt, die sich bis zu dem Widersinn steigern, daß der Mensch der willenslose Sklave seiner eigenen Produkte wurde, der Spielball ökonomischer Kräfte, die doch nichts anderes waren als seine Kräfte, bloß daß er sie noch nicht als solche zu erkennen vermochte. Aber nicht dies allein ist es, was — so sehr es in die Zentralbedeutung der theoretischen Leistung von Karl Marx einführt — uns veranlaßt, am heutigen Tage gerade jene Jugendgedanken über menschliche Emanzipation hervorzuheben, sondern ihre große a k t u e l l e B e d e u t u n g, die sie gegenüber der kritischen geistigen Situation gewonnen haben, in die der Sozialismus durch den Weltkrieg geraten ist. Es ist kein literarhistorisches Kapitel, das wir im folgenden behandeln. Es ist das lebendige Wort eines Mannes, der ebenso ein Neubegründer der Wissenschaft wie der Politik war; es ist die noch flammende Glut, an der sich das Feuer des revolutionären klassenkämpferischen Sozialismus entzündete; es ist der Sturmgeist, der alle Illusionen und schwächlichen Kompromisse auch heute noch wegfegt, mit denen die eigene Emanzipationsbewegung des Proletariats verfälscht und von ihrem sicheren Gang abgelenkt werden sollte — kurz es ist Marx, der p r o l e t a r i s c h e R e v o l u t i o n ä r, dessen Stimme wieder zu uns dringt als die eines Führers, der zu unmittelbaren Aufgaben auch unserer Gegenwart leitet. Denn der „alte“ Marx übertrifft den „jungen“ nur an Reife der wissenschaftlichen Einsicht und Kritik, nicht aber an Leidenschaft und Zielbewußtheit des revolutionären Bewußtseins. Und so ist Geist und Wort auch des jungen Marx heute mehr als je ein Aufruf geblieben, dem erst noch Folge zu leisten ist. Und besonders für unsere Zeit hat dieser Aufruf die neue Bedeutung erhalten, daß er jetzt erst eine Lebenserfahrung darstellt, die gegenüber den Kriegsverirrungen des Proletariats in jedem Lande eine durch Blut und Elend erkaufte Lebenserfahrung darstellt, welche die Richtigkeit des Weges bekräftigt, den Marx schon in jenem Gedanken der menschlichen Emanzipation gewiesen hat. Denn dieser Begriff ist nur eine andere Bezeichnung für den historischen Prozeß der sozialen Revolution, deren soziologisches Wesen im Gegensatz zu jeder bloß politischen Revolution Marx durch die Berufung auf die Emanzipation des Menschen deutlich machen will.

Der Gegensatz von politischer und menschlicher Emanzipation taucht zum erstenmal bei Marx in seiner „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ auf, in dieser Schrift, die nach ihrem Titel in ein Kapitel abstraktester Begriffserörterung zu führen scheint. In Wirklichkeit aber tritt hier eine neue, sehr konkrete Kritik auf den Plan, die mit allen den abstrakten blutleeren Konstruktionen des Denkens aufräumt und an ihre Stelle das lebendige Leben, wie es die Massen erfüllt, einströmen lassen will. Diese Kritik ist wirklich keine leidenschaftliche Streitigkeit bloß der Gelehrten, nicht mehr, wie Marx treffend sagt, „eine Leidenschaft des Kopfes, sondern der Kopf der Leidenschaft. Sie ist kein anatomisches Messer, sie ist eine Waffe. Ihr Gegenstand ist ihr Feind, den sie nicht widerlegen, sondern vernichten will².“ Und der Feind, gegen den sich in Wahrheit die „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ richtet, ist nicht Hegel, sondern sind die Zustände der bürgerlichen Gesellschaft, welche jene Philosophie vergeistigte und verteidigte. Darum erscheinen bereits in dieser Abhandlung die konkreten Grundlagen jener Bewegung, welche der geschichtliche Träger dieser Kritik zu werden bestimmt ist, der proletarischen Massenbewegung. Sie sind gegeben in den Bedürfnissen der Volksmassen. Eine radikale Umwälzung der Gesellschaft schien damals eine Utopie, eine bloße Theorie zu sein. Und noch heute denken viele ebenso. Allein: „Die Theorie wird in einem Volke immer nur so weit verwirklicht, als sie die Verwirklichung seiner Bedürfnisse ist. . . . Eine radikale Revolution kann nur die Revolution radikaler Bedürfnisse sein.“ (S. 393.) Wo diese zu fehlen scheinen, muß man sie zum Bewußtsein erwecken. „Man muß das Volk vor sich selbst erschrecken lehren, um ihm Courage zu machen. Man erfüllt damit ein unabweisbares Bedürfnis des deutschen Volkes und die Bedürfnisse der Völker sind in eigener Person die letzten Gründe ihrer Befriedigung.“ (S. 387.)

Zwei große Leitgedanken des Marxismus heben hier mächtig an: der eine ist die Einheit der Theorie und politischen Praxis; denn die Theorie des Marxismus will nichts anderes sein und ist auch nichts anderes als das Verständnis der aus den gesellschaftlichen Bedürfnissen hervorgehenden geschichtlichen Bewegung. Der andere große Gedanke aber ist die Gewinnung des Bewußtseins von diesem Zusammenhang, das durch theoretische Klarheit bestimmte zielbewußte Eingreifen in den sozialen Prozeß. Beide Gesichtspunkte aber führen schon gleich von allem Anfang dazu, einen ganz neuen Begriff der Politik zu schaffen. Denn erst jetzt kann die Politik aufhören, bloßer

² Gesammelte Schriften von Marx und Engels. Herausgegeben von F. Mehring, I., Seite 386.

Kampf der Interessen zu sein, sondern kann sich verwandeln in die bewußte Arbeit an der Umgestaltung der Gesellschaft gemäß ihrer erkannten notwendigen Entwicklungsrichtung. Und dies führt zu der grundlegenden Unterscheidung einer menschlichen gegen eine bloß politische Emanzipation. Der Sinn dieses Unterschiedes wird sofort klar, wenn man weiß, daß der Begriff der Menschheit und der menschlichen Emanzipation bei Marx nur ein anderer Ausdruck für Gesellschaft und gesellschaftliche Befreiung ist. Eine die Menschheit wirklich weiterführende Politik kann daher nur diejenige sein, welche aus den bestehenden, die Not und Vergewaltigung ihres größten Teiles bedingenden Zuständen der bürgerlichen Welt herausführen kann, welche also eben „die allgemein menschliche Emanzipation“ herbeiführt. Alle sonstigen, im bisherigen Sinne des Wortes politischen Aktionen, und seien es auch Revolutionen, sind bloße teilweise Befreiungen, eine Stückarbeit, „welche die Pfeiler des Hauses bestehen läßt“. Sehr aufklärend für das Wesen aller bisherigen Revolutionen fragt daher Marx: „Worauf beruht eine teilweise, eine nur politische Revolution? Darauf, daß ein Teil der bürgerlichen Gesellschaft sich emanzipiert und zur allgemeinen Herrschaft gelangt, darauf, daß eine bestimmte Klasse von ihrer besonderen Situation aus die allgemeine Emanzipation der Klasse unternimmt. Diese Klasse befreit die Gesellschaft, aber nur unter der Voraussetzung, daß die ganze Gesellschaft sich in der Situation dieser Klasse befindet, also zum Beispiel Geld und Bildung besitzt oder beliebig erwerben kann.“ (S. 395.) Damit die Revolution eines Volkes auch wirklich Emanzipation des ganzen Volkes bedeuten könne, dazu müssen alle Mängel der Gesellschaft sich in einer besonderen Klasse als deren Existenzbedingung zusammenfinden. Die Möglichkeit der menschlichen Emanzipation liegt also in der Heranbildung einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, „welche einen universellen Charakter durch ihre universellen Leiden besitzt und kein besonderes Recht in Anspruch nimmt, weil kein besonderes Unrecht, sondern das Unrecht schlechthin an ihr verübt wird, welche nicht mehr auf einen historischen, sondern nur noch auf den menschlichen Titel provozieren kann ... einer Sphäre endlich, welche sich nicht emanzipieren kann, ohne sich von allen übrigen Sphären der Gesellschaft und damit alle übrigen Sphären der Gesellschaft zu emanzipieren, welche mit einem Worte der völlige Verlust des Menschen ist, also nur durch die völlige Wiedergewinnung des Menschen sich selbst gewinnen kann. Diese Auflösung der Gesellschaft als ein besonderer Stand ist das Proletariat.“ (S. 397.)

Die wirkliche menschliche Emanzipation oder das, was später das Kommunistische Manifest als die kommunistische

Revolution bezeichnet, kann also nur das Werk einer bestimmten Klasse der bürgerlichen Gesellschaft sein, das Werk des Proletariats, ist aber auch der einzige Weg, auf dem dieses wirklich seine Befreiung erlangen kann. Es kann daher, führt Marx in einer späteren Schrift aus („Zur Judenfrage“), keineswegs genügen, zu untersuchen, wer soll emanzipieren und wer soll emanzipiert werden, sondern man muß wissen, um welche Art von Emanzipation es sich handelt, um die bloß politische oder um die allgemein menschliche?“ (S. 401.) Und nun ergibt sich ihm sofort die folgende bedeutungsschwere Erkenntnis: „Die Grenze der politischen Emanzipation erscheint sogleich darin, daß der Staat sich von einer Schranke befreien kann, ohne daß der Mensch wirklich von ihr frei wäre, daß der Staat ein Freistaat sein kann, ohne daß der Mensch ein freier Mensch wäre.“ (S. 406.) So emanzipiert sich zum Beispiel der Staat von der Religion, indem er die Ausübung politischer Rechte von jedem Religionsbekenntnis unabhängig macht, obgleich trotzdem der größte Teil seiner Bürger noch religiös geblieben ist. Oder der Staat emanzipiert sich durch Abschaffung des Zensuswahlrechtes vom Privateigentum. „Dennoch ist mit der politischen Annullation des Privateigentums das Privateigentum nicht nur nicht aufgehoben, sondern sogar vorausgesetzt. Der Staat hebt den Unterschied der Geburt, des Standes, der Bildung, der Beschäftigung in seiner Weise auf, wenn er Geburt, Stand, Bildung, Beschäftigung für unpolitische Unterschiede erklärt, wenn er ohne Rücksicht auf diese Unterschiede jedes Glied des Volkes zum gleichmäßigen Teilnehmer der Volkssouveränität ausruft, wenn er alle Elemente des wirklichen Volkslebens von dem Staatsgesichtspunkt aus behandelt. Nichtsdestoweniger läßt der Staat das Privateigentum, die Bildung, die Beschäftigung auf ihre Weise, das heißt als Privateigentum, als Bildung, als Beschäftigung wirken und ihr besonderes Wesen geltend machen. Weit entfernt, diese faktischen Unterschiede aufzuheben, existiert er vielmehr nur unter ihrer Voraussetzung, empfindet er sich als politischer Staat und macht er seine Allgemeinheit geltend nur im Gegensatz zu diesen seinen Elementen.“ (S. 407.) So sehen wir: „Die politische Emanzipation ist allerdings ein großer Fortschritt, sie ist zwar nicht die letzte Form der menschlichen Emanzipation überhaupt, aber sie ist die letzte Form der menschlichen Emanzipation innerhalb der bisherigen Weltordnung.“

Die nur politische Emanzipation ist daher für Marx gleichbedeutend mit der bürgerlichen Revolution; sie löst die alte Gebundenheit des bürgerlichen Lebens auf in seine Bestandteile, aber ohne diese Bestandteile selbst zu revolutionieren (S. 423). Das heißt, sie löst die alten feudalen Organi-

sationsformen durch politische Befreiung und Verselbständigung der Individuen auf, ohne die tatsächliche wirtschaftliche Verbundenheit und Unterordnung dieser Individuen in eine neue gesellschaftliche Form überzuführen. Sie endet daher mit dem Widerspruch einer Trennung des Individuums als Staatsbürger und als Mensch, indem alles das, was den wirtschaftlich-gesellschaftlichen Zusammenhang der Staatsbürger ausmacht, als ihre Privatsphäre außerhalb des staatlichen Interesses fällt. Darum aber muß gerade die bloß politische Emanzipation die gesellschaftlichen Widersprüche steigern. Denn nach ihrem äußeren Anschein und nach dem Bewußtsein, das sie für ihre Träger schafft — man denke nur an die berauschende Lehre von der Einsetzung der Menschenrechte durch die Französische Revolution — bedeutet ja jede politische Revolution einen Sieg der größeren gesellschaftlichen Verbundenheit der Menschen, indem sie den Kreis des politischen Vorrechtes einer kleinen herrschenden Schicht sprengt und das gleiche Recht und die gleiche Freiheit aller begründen will. Aber gleichwohl verhüllt sie nur eine große Selbsttäuschung, indem in ihr zwar „jeder Mensch als souveränes, höchstes Wesen gilt, aber der Mensch in seiner unkultivierten, unsozialen Erscheinung, der Mensch in seiner zufälligen Existenz, der Mensch, wie er geht und steht, der Mensch, wie er durch die ganze Organisation unserer Gesellschaft verdorben, sich selbst verloren, veräußert, unter die Herrschaft unmenschlicher Verhältnisse und Elemente gegeben ist, mit einem Worte der Mensch, der noch kein wirkliches Gattungswesen ist“ (S. 414). Und so zieht Marx aus allen diesen Mängeln der bloß politischen Befreiung die große Konsequenz, die unmittelbar die Konsequenz des Sozialismus ist und zugleich den Widerspruch und die Scheinheiligkeit der bürgerlichen Demokratie aufdeckt: „Die politische Emanzipation ist die Reduktion des Menschen einerseits auf das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, auf das egoistische unabhängige Individuum, anderseits auf den Staatsbürger, auf die moralische Person. Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine *forces propres* als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.“ (S. 423 und 424.)

Man sieht hier nebenbei, daß schon der junge Marx sich von dem Schein des Staates, Allgemeininteressen zu vertreten, nicht über die eigentliche Natur des Staates täuschen ließ,

unter dieser Form, selbst wo sie demokratisch ist, doch nur dem Emanzipationsbedürfnis der herrschenden Klasse im Staate, den Sonderinteressen des Besitzes zu dienen und nicht der bloß vorgeschützten Allgemeinheit. Wie er eben in dem Aufsatz über die Judenfrage in klassischer Weise nachgewiesen hatte, daß die sogenannten Menschenrechte der Französischen Revolution nichts anderes waren als die Rechte von Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft, die das allgemeine Menschentum noch sehr im Stiche ließen, so hat er in demselben Zusammenhang bereits treffend die zwiespältige Moral der bürgerlich-politischen Staatsvorstellungen hervorgehoben, ihre ganze, sich in dem Prunkmantel des Allgemeininteresses maskierende innere Unwahrheit aufgedeckt. Dies geschieht in einem packenden Vergleich, indem er zeigt, wie unter der Herrschaft eines bloß politischen Denkens der Mensch notwendig eine Art Doppelleben führt, gleichsam „ein himmlisches und ein irdisches Leben, das Leben im politischen Gemeinwesen, worin er sich als Gemeinwesen gilt, und das Leben in der bürgerlichen Gesellschaft, worin er als Privatmensch tätig ist, die anderen Menschen als Mittel betrachtet, sich selbst zum Mittel herabwürdigt und zum Spielball fremder Mächte wird“. (S. 408.) Die Existenzformen des Staates bringen es eben mit sich, daß die ganze Sphäre der bürgerlichen Existenzbedingungen sich als „Privatinteressen“ von den „Allgemeininteressen“ des Staatsganzen scheiden. Ob ein Mensch in dem bürgerlichen Staat satt wird oder nicht, ob er sich noch im Alter um ein armseliges Leben schinden und rackern muß oder nicht, ob er für Befriedigung geistiger Bedürfnisse auch noch Zeit übrig hat oder nicht, dies alles ist Privatsache, „egoistisches“ Interesse des einzelnen. Woraus dann die übliche Deklamation von der Unterordnung dieses Privatinteresses unter das des Ganzen folgt. Nur wird dabei gern übersehen, daß diese Privatinteressen als das eigentlich Wirkliche des Staates sich überall durchsetzen, wo die gesellschaftliche Macht hinter ihnen steht, wogegen in der Sphäre der Allgemeininteressen, im Staat, der Mensch zwar scheinbar als Gattungswesen respektiert wird, in der Tat aber nur „das imaginäre Glied einer eingebildeten Souveränität ist, seines wirklichen individuellen Lebens beraubt und mit einer unwirklichen Allgemeinheit erfüllt“. (S. 408.) Es ist der neuesten Phase sozialistischer Entwicklung vorbehalten geblieben, diesen Schein für bare Münze auszugeben und das Proletariat an der angeblichen Allgemeinheit des Staatsinteresses gerade dort zu interessieren, wo es am unmenschlichsten geworden ist, in der Kriegspolitik der herrschenden Klassen, und dies so weit zu treiben, daß das Proletariat darüber sein allgemein menschliches Interesse aus den Augen verlieren mußte, das über den Staat hinaustreibt.

Gegenüber diesem politischen Neomystizismus, der heute leider so viele Wortführer des Proletariats umnebelt, ist es doppelt nützlich, der weiteren Analyse zu folgen, die Marx an der bloß politischen Emanzipation übt. Sie steigert sich nunmehr zu einer gerade für unsere Gegenwart höchst bedeutungsvollen Kritik der rein politischen Denkweise, des von Marx sogenannten politischen Verstandes, was nur ein anderes Wort für den heute so berühmten Geist der Realpolitik ist. Niemand, sagt Marx in einem folgenden Artikel („Kritische Randglossen“), wird und kann der Staat zugeben, daß die Uebel, unter denen die Gesellschaft leidet, in seinem Wesen begründet sind. „Sofern der Staat soziale Mißstände zugesteht, sucht er sie entweder in Naturgesetzen, denen keine menschliche Macht gebieten kann, oder im Privatleben, das von ihm unabhängig ist, oder in der Zweckwidrigkeit der Administration, die von ihm abhängt.“ (II. S. 50.) Daher wird die bloß politische Reform sich im Kampf gegen das Regierungssystem erschöpfen. „Der politische Verstand ist eben politischer Verstand, weil er innerhalb der Schranken der Politik denkt. Je geschärfter, je lebendiger, desto unfähiger ist er zur Auffassung sozialer Gebrechen.“ (II. S. 52.) Marx ist daher weit entfernt davon, die bloß politische Bildung und Interessiertheit zu überschätzen. Im Gegenteil, je mehr ein Volk bloß politische Bildung hat, je mehr das Proletariat in bloß politische Interessiertheit aufgeht, um so mehr erwartet es von staatlichen Aktionen, überschätzt die Mittel bloß politischer Umwälzungen und verschwendet seine Kräfte in unnütze und im Blut erstickte Emeuten. „Weil es in der Form der Politik denkt, erblickt es den Grund aller Uebelstände im Willen und alle Mittel zur Abhilfe in der Gewalt und dem Umsturz einer bestimmten Staatsform. Beweis: die ersten Ausbrüche des französischen Proletariats. Die Arbeiter zu Lyon glaubten nur politisch die Zwecke zu verfolgen, um Soldaten der Republik zu sein, während sie in Wahrheit Soldaten des Sozialismus waren. So verdunkelte ihr politischer Verstand ihnen die Wurzel der geselligen Not, so verfälschte er ihre Einsicht in ihren wirklichen Zweck, so belog ihr politischer Verstand ihren sozialen Instinkt.“ (II. S. 57.) Die bloß politische Emanzipation ist daher recht verstanden auch gar nicht so sehr ein Ergebnis und eine Reaktion auf die gesellschaftliche Not des Volkes, als vielmehr das Anzeichen einer gewissen Zufriedenheit und Aussöhnung mit den Grundlagen der bestehenden Gesellschaft, in der man sich bloß wohnlicher einrichten will. Es gehört zur Dialektik der Revolution, daß sie ihren wirklich gesellschaftlich umstürzenden Charakter in demselben Maße verliert, in welchem sie nach bloß politischen Rechten und Freiheiten orientiert ist. Dies alles ergibt den tieferen

Sinn des Satzes, den besonders das moderne Proletariat als eine herbe Kritik seiner selbst sich vor Augen halten mußte: „Es ist so falsch, daß die gesellige Not den politischen Verstand erzeugt, daß vielmehr umgekehrt das gesellige Wohlbefinden den politischen Verstand erzeugt.“ Nur aus der momentanen Lage großer Proletarierschichten, die an dem geselligen Wohlbefinden ihrer gehobenen wirtschaftlichen Existenz, wie sie die Expansion des imperialistischen Kapitalismus stellenweise mit sich brachte, größeres Interesse nahmen als an dem Geschick ihrer ganzen Klasse, ging jener politische Verstand der Realpolitik hervor, der in der Haltung des Majoritätssozialismus überall ihre traurigen Früchte zeigte und das Proletariat ganz von seiner emanzipatorischen Kulturbestimmung abirren lassen mußte.

Die verderbliche Spaltung in Privatmensch und Bürger, wie sie dem bürgerlichen Staate wesentlich ist, bewirkt eine unheilvolle Isolierung alles Menschlichen vom Staate, vom Gemeinwesen, welches doch eigentlich zu dessen Förderung bestimmt ist. Denn der Zweck des Staates und der Sinn des Gemeinwesens seiner Idee nach ist die Förderung des ganzen Menschen, schon nach der berühmten Definition des Aristoteles, daß der Staat nicht bloß ein Produkt der Lebensnotdurft sei, του ζῆν εὐεχα, sondern του εὖ ζῆν εὐεχα, des schönen Lebens, des vollkommenen menschlichen Daseins. Diese Isolierung, unter der am meisten das Proletariat leidet, zu beheben, ist keine bloß politische Bewegung imstande. Denn das Gemeinwesen, von welchem der Proletarier getrennt wird, ist ja nicht das politische Gemeinwesen, durch dessen Aenderung oder Umwälzung dieser Mangel beseitigt werden könnte, sondern „das Leben selbst, das physische und geistige Leben, die menschliche Sittlichkeit, die menschliche Tätigkeit, der menschliche Genuß, das menschliche Wesen. Das menschliche Wesen ist das wahre Gemeinwesen des Menschen.“ (II. S. 58.)³ Und weil diese heillose Isolierung viel unerträglicher und fürchterlicher ist als die bloße Isolierung vom politischen Gemeinwesen, das heißt die politische Entrechtung oder Zurücksetzung, deshalb nennt Marx die Aufhebung dieser unmenschlichen Isolierung, ja jeden Kampf, der auch nur ein Stück derselben beseitigen will, auch nur einen Teilprotest gegen ihr Prinzip darstellt, um so viel unendlicher an Wirkung, als der Mensch unendlicher ist als der bloße Staatsbürger. „Der industrielle Aufstand“, heißt es bei Marx, „mag

³ Vergleiche hiezu Marx' „Lohnarbeit und Kapital“. „Der Arbeiter, der 12 Stunden webt, spinnst, bohrt, dreht, baut, schaufelt, Steine klopft, trägt u. s. w. — gilt ihm dies — als Anregung seines Lebens, als Leben? Umgekehrt: das Leben fängt da für ihn an, wo diese Tätigkeit aufhört, am Tisch, auf der Wirtshausbank, im Bett.“ Seite 18. Ähnlich auch „Lohn, Preis und Profit“, S. 40.

daher noch so partiell sein, er verschließt in sich eine universelle Seele; der politische Aufstand mag noch so universell sein, er verbirgt unter der kolossalen Form einen engherzigen Geist.“ (II. S. 58.)

Erst unsere heutige Zeit, die nun so viele große bürgerliche Revolutionen seit 1789 hat aufstürmen und mit ihren Idealen Schiffbruch erleiden gesehen, vermag es, die volle soziologische Bedeutung dieser Gedanken auszuschöpfen. Und es ist gleichzeitig eine großartige Bewährung der Genialität des Geistes von Marx, wenn er in den folgenden Sätzen noch vor dem Erlebnis dieser Revolutionen seine eindringliche Analyse ihres Wesens wie folgt zusammenfaßt: „Eine soziale Revolution befindet sich deswegen auf dem Standpunkt des Ganzen, weil sie eine Protestation des Menschen gegen das entmenschte Leben ist... Die politische Seele einer Revolution besteht dagegen in der Tendenz der politisch einflußlosen Klassen, ihre Isolierung vom Staatswesen und von der Herrschaft aufzuheben. Ihr Standpunkt ist der des Staates, eines abstrakten Ganzen, das nur durch die Trennung vom wirklichen Leben besteht... Eine Revolution von politischer Seele organisiert daher auch nur einen herrschenden Kreis in der Gesellschaft auf Kosten der Gesellschaft.“ (II., S. 58 und 59.)

Vielleicht wird sich hier neuerlich der Einwand erheben, es zeige sich nun doch, wie dieser Gegensatz von politischer und sozialer Revolution und die ganze gegen den Staat sich wendende Begriffserörterung nur einem vorläufigen, von Marx später überwundenen Stadium entspreche. Denn einerseits sei zur Zeit dieser Darlegungen der Gegensatz zwischen Sozialismus und Anarchismus noch nicht ganz ausgeprägt gewesen, andererseits habe ja gerade Marx selbst zum Leitgedanken der Aktion des Proletariats gemacht, die politische Gewalt im Staate zu erobern und die Diktatur des Proletariats anzustreben. Darum sei er ja auch zuerst gegen Proudhon und dann gegen Bakunin, die beide von dem Kampf für politische Rechte sehr wenig wissen wollten, mit heftigster Gegnerschaft aufgetreten. Aber diese Einwände sind sehr mißverständlich, wenn sie meinen, auf diese Weise einen Widerspruch oder auch nur eine Aenderung in der Wertung des bloß politisch-revolutionären gegen das sozial-emanzipatorische Bewußtsein beim späteren Marx aufgezeigt zu haben.

Zunächst ist zu sagen, daß die Marxsche Unterscheidung der politischen und der menschlichen Emanzipation mit der aus ihr sich ergebenden Ablehnung einer bloß politischen Befreiungsarbeit gar nichts zu tun hat mit dem Gegensatz von Sozialismus und Anarchismus. Das ist ein heute besonders bei den sozialistischen Neomystikern des Staates à la Karl Renner beliebt gewordenes Spiel, daß sie jede Kritik an dem solidarischen Scheine des Klassenstaates, den sie so gerne mit der

werdenden sozialistischen Gesellschaft identifizieren, als einen Rückfall in Altliberalismus, ja als anarchistische atomisierende Negation der gesellschaftlichen Realitäten bezeichnen. Allein die Marxschen Begriffe einer menschlichen und politischen Emanzipation stellen nicht etwa dem Staate gegenüber die Auflösung der Gesellschaft, sondern dem Klassenstaate die klassenlose Gesellschaft. Sie lösen den Begriff des Staates nur los von seiner sophistischen Ideologie einer Vertretung von Allgemeininteressen, sie lösen ihn auf nicht etwa in eine Beziehungslosigkeit der Individuen, sondern im Gegenteil in die Herstellung ihrer bewußten Vergesellschaftung.

Was nun aber die Wichtigkeit des politischen Kampfes betrifft, den Marx immer betont hat, werden wir sogleich sehen, daß er dies auch schon in dem Zusammenhang der Jugendschriften tut, von denen wir hier ausgehen. Aber dieser politische Kampf, das Streben nach Erringung der Diktatur des Proletariats, war für Marx niemals ein Selbstzweck, sondern immer nur dem großen menschlichen Emanzipationszweck untergeordnet. Hatte er doch in seiner klassischen Schrift „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“ das Wort von dem „parlamentarischen Kretinismus“ geprägt, das die Borniertheit des bloß politischen Verstandes trefflich charakterisiert als „jene eigentümliche Krankheit, die die Angesteckten in eine eingebildete Welt festbannt und ihnen allen Sinn, alle Erinnerung, alles Verständnis für die rauhe Außenwelt“⁴, raubt, indem sie parlamentarische Siege und Erfolge für Entscheidungen und Umwälzungen in den Dingen selbst halten. Und noch 1879 donnerte Marx gegen den „parlamentarischen Idiotismus“ und gegen die „Verluderung der Partei und der Theorie“, wie sie durch die Konzessionen der damaligen Führer an die politische Taktik der Lassalleaner bewirkt worden sei⁵. Marx war selbstverständlich immer für den Kampf um politische Rechte eingetreten. Schon in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ rühmte er von dem allgemeinen Stimmrecht, daß es zwar nicht eine wundertätige Wünschelrute sei, aber „das ungleich höhere Verdienst besitze, den Klassenkampf zu entfesseln...“⁶ Und im Jahre 1852 schrieb er in einem Artikel an die „New York Tribune“ über die Chartisten: „Die Erringung des allgemeinen Wahlrechtes in England wäre eine Errungenschaft, in der mehr sozialistischer

⁴ A. a. O., dritte Auflage, Hamburg, Meißner, S. 70.

⁵ Briefe an F. A. Sorge, Stuttgart 1906, S. 165 und 166. — Vergleiche übrigens hiezu den mir gerade während der Korrektur zugehenden Artikel von K. Kautsky, „Marx über Realpolitik“, in der Nummer 18 der „Sozialistischen Auslandspolitik“, herausgegeben von Dr. R. Breitscheid, Berlin, und den daselbst abgedruckten Brief von Karl Marx gegen Schweitzer.

⁶ K. Marx, „Die Klassenkämpfe in Frankreich“, S. 37.

Geist steckte als in irgendeiner Maßnahme, die auf dem Kontinent mit diesem Namen beehrt wurde⁷." Auf dem Kontinent dominierte damals Proudhon, gegen den er bereits in seiner Streitschrift geschrieben hatte: „Man sage nicht, daß die gesellschaftliche Bewegung die politische ausschließt. Es gibt keine politische Bewegung, die nicht gleichzeitig auch eine gesellschaftliche wäre. Nur bei einer Ordnung der Dinge, wo es keine Klassen und keinen Klassengegensatz gibt, werden die gesellschaftlichen Evolutionen aufhören, politische Revolutionen zu sein⁸." Immer aber galt ihm dieser politische Kampf als ein Mittel der sozialen Emanzipation, von der allein er allen Sinn und seine eigentliche Bedeutung erhielt. In diesem Geiste erst wurde der Sozialismus für ihn zu einer wirklich revolutionären Bewegung, die gleichbedeutend war mit dem Kommunismus, und von diesem kommunistischen Sozialismus und seiner politischen Aktion schrieb er daher, daß sie sei „die Permanenzerklärung der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen“⁹.

So also kommt es durchaus nur auf den Geist an, in welchem die politische Aktion unternommen wird. Ueber ihre Notwendigkeit selbst besteht auch bei dem „jungen“ Marx kein Zweifel, der schon in dem Artikel „Kritische Randglossen“ hervorgehoben hatte, daß, weil jede Emanzipationsbestrebung gegen alte Gewalten ankämpfen und diese stürzen muß, sie notwendig politisch ist. „Die Revolution überhaupt, der Umsturz der bestehenden Gewalt und die Auflösung der alten Verhältnisse ist ein politischer Akt. Ohne Revolution kann sich aber der Sozialismus nicht ausführen. Er bedarf dieses politischen Aktes, soweit er der Zerstörung und der Auflösung bedarf. Wo aber seine organisierende Tätigkeit beginnt, wo sein Selbstzweck, seine Seele hervortritt, da schleudert der Sozialismus die politische Hülle weg.“ (II. S. 59.)

⁷ Gesammelte Schriften von Karl Marx, herausgegeben von N. Rjasanoff, Stuttgart 1917, I. Band, S. 9.

⁸ K. Marx, „Das Elend der Philosophie“, S. 164.

⁹ K. Marx, „Die Klassenkämpfe in Frankreich“, S. 94 und 95. — Vergleiche auch die berühmte Kritik, die Marx an dem Entwurf des Gothaer Programms übt, von dem er schrieb, daß es „trotz allen demokratischen Phrasengeklings durch und durch vom Untertanenglauben der Lassalleschen Sekte an den Staat verpestet ist, oder, was nicht besser, vom demokratischen Wanderglauben“. Abgedruckt im Jahrgang 1891 der „Neuen Zeit“ unter dem Titel: „Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms“.

Die Seele des Sozialismus! — das ist also nicht der Kampf um politische Freiheiten und um Arbeiterrechte, so sehr der Sozialismus stets als Partei der Demokratie und der Arbeiter auftreten muß und wird: das gehört doch nur zu seiner politischen Hülle. Sein Kern und Wesen, worin seine geschichtliche Bedeutung begründet liegt, ist, daß er über diese Formen bloßer teilweiser Befreiung zur allgemeinen Befreiung des Menschen führt, daß er nicht bloß die politische, sondern die gesellschaftliche Vergewaltigung des Menschen aufhebt und so erst die Idee der Freiheit aus ihrer politischen Zwiespältigkeit, ja Unwahrheit zur gesellschaftlichen Realität überführt. „Die Freiheit in diesem Gebiet“, schreibt Marx ganz im Geiste seines Jugendgedankens von der Erkenntnis der Forces propres des Menschen am Ende seines Schaffens im III. Bande des ‚Kapital‘, „kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen.“ (III/2, S. 355.)

So bedeuten die Gedanken von Marx über den Unterschied der menschlichen gegenüber der bloß politischen Emanzipation viel mehr als eine bloße Episode in seiner geistigen Entwicklung. Sie stellen, gerade im Lichte seiner späteren ökonomischen Kritik der kapitalistischen Gesellschaft betrachtet, einen ersten, aber bleibenden und große begriffliche Klarheit schaffenden Beitrag zu einer Soziologie der Revolution dar. Denn diese ökonomische Kritik vollendet im Grunde nur den Begriff der menschlichen Emanzipation, der, wie wir sehen, kein ethischer, sondern ein soziologischer ist. Sie beweist noch einmal an dem konkreten ökonomischen Stoff die frühgewonnene Erkenntnis, daß wirkliche Freiheit nicht durch eine politische, sondern bloß durch eine ökonomische Umwälzung zu erringen ist, indem sie aus den notwendigen Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise, aus den ihr eigenen Verelendungstendenzen, aus ihrer ganzen, die menschliche Arbeitskraft versachlichenden und entwürdigenden Wirkungsweise die Unmenschlichkeit der gesellschaftlichen Lebensbedingungen unter der Herrschaft des Kapitalismus aufzeigt. Wie eine Erläuterung zu dem eigentlichen Inhalt des Begriffes der menschlichen Emanzipation klingt es dann auch, wenn wir im III. Band des ‚Kapital‘ lesen: „Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Pro-

duktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloß Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind.“ (III/1, S. 231 und 232.)

Ueber diese Schranke der kapitalistischen Produktion und zugleich der Menschheitsentwicklung hinauszuführen, vorerst geistig und schließlich auch geschichtlich, das war das ungeheure Lebenswerk von Karl Marx, dem trotz aller leidenschaftlichen Anteilnahme und Verständnisses früherer Arbeitergenerationen doch eigentlich keine Zeit ein glutvolleres und unmittelbareres Interesse zuwenden müßte als unsere heutige in den Blutbann des Weltkrieges so hoffnungslos verstrickte Gegenwart. Denn sie erst hat die ganze furchtbare Bedeutung erfahren, die der kapitalistischen Produktionsweise als wahrer Schranke jeder wirklich menschlichen Gesellschaft zukommt. Sie erst hat es erlebt, daß die unersättliche Profit- und Machtgier des Kapitalismus nicht nur Lebenszeit und Lebensgenuß der breiten Massen des Volkes für ihre Zwecke bedenkenlos verschwendet, sondern schließlich sogar wie in blinder Tollwut die Wurzeln der eigenen Kraft angreift, den sonst sorgsam gehüteten Schatz von Kapital selbst, den ganzen stofflichen Reichtum der Gesellschaft an Rohstoffen und Produktionsmitteln mitsamt dem ärmlichen Anhängsel der lebendigen Menschen selbst in sinnlosester Weise vernichtet und zerstört, um nur auf den Trümmern dieser Verwüstung eine imaginäre eigene wirtschaftliche Ueberlegenheit, das heißt ein ungehindertes Reich ökonomischer und politischer Vergewaltigung aufrichten zu können. Nie ist es deutlicher geworden als jetzt, was Marx uns erkennen gelehrt hat: Der Kapitalismus, das ist die Entmenschung, die vollendete Entfremdung des Menschen von der Gesellschaft und damit die vollkommene Abtrennung von seinem wahren Wesen. Nur der Geist des Sozialismus, wie Marx ihn gelehrt hat, der Geist des unversöhnlichen Kampfes gegen dieses kapitalistische System, der Geist der unüberbrückbaren Geschiedenheit gegenüber allen noch so demokratischen Formen und Erneuerungen dieser nur des Unterganges würdigen alten politischen Welt — er kann hier Erretter und Befreier werden.

Das Dichterwort

„Denn ich bin ein Mensch gewesen
Und das heißt ein Kämpfer sein“

hat für das Proletariat durch Karl Marx die tiefere entwicklungsgeschichtliche Bedeutung erhalten, daß das Proletariat erst als Klassenkämpfer überhaupt zum Menschentum gelangt. Die Unmenschlichkeit des Weltkrieges hat dem Proletariat darüber einen furchtbaren Anschauungsunterricht erteilt. Denn wenn es überall so tief

in die Barbarei des Krieges verstrickt wurde, daß fast keine Hoffnung mehr ist, die anfangs die Welt erfüllte, es werde der internationale Sozialismus der Retter aus dieser Weltnot werden, so ist dies wesentlich die Folge davon, daß dieser alte Geist der unversöhnlichen Klassengegnerschaft gegen das politische und ökonomische System des kapitalistischen Staates aus den Reihen der herrschenden sozialistischen Parteien gewichen ist. Hier nun erst wird Marx wieder Lehrer und Führer werden. Die wirkliche Jahrhundertfeier für ihn besteht nicht in einem bloßen Gedenken seines Schaffens und Lehrens, sondern in der Lebendigerhaltung seines revolutionären Geistes. Es ist dann auch nicht mehr nötig, über die Sünden des Sozialismus gegen diesen Geist viel zu klagen oder zu streiten. Vielmehr gilt das Wort, mit dem Karl Marx die unwälzende und heilende Kraft seines neuen Standpunktes schon in jungen Jahren wundervoll zusammengefaßt hat, auch von der heutigen Lage des Sozialismus und seinen Fehlern: „Um sich ihre Sünden vergeben zu lassen, braucht die Menschheit sie nur für das zu erklären, was sie sind.“

Zu dem Geiste solcher Sündenvergebung, zu der Wiedererweckung des Marxismus, der nicht bloße literarische Mimikry ist, sondern eine wurzelhafte, das ganze politische Denken und Streben durchdringende Lebensanschauung, ist dieser 100. Geburtstag von Karl Marx eine ernste und große Mahnung, da sie uns in der Rückwendung auf die Lebensarbeit eines der größten soziologischen Denkers zeigt, wie die schreiende Not der Zeit und die stille Arbeit der Wissenschaft im selben Ziel zusammentreffen: in der Notwendigkeit der menschlichen Emanzipation. Noch umgibt uns der eklige, aus Blutdunst und Geschützdampf sich zusammenballende Nebel dieses entsetzlichen Zusammenbruches der kapitalistischen Gesellschaft. Aber die Strahlen des geistigen Gestirnes von Marx durchdringen mehr und mehr auch dieses Gewölke; und wenn sie erst ganz die Herzen der Menschen erwärmt und ihre Köpfe erhellt haben werden, wird die Stunde der menschlichen Emanzipation angebrochen sein.

Vorwort.

Von Heinrich Weber.

Im Jahre 1914 wollte eine Gruppe jüngerer Marxisten aus dem Deutschen Reiche, Russland und Oesterreich Karl K a u t s k y, dem allverehrten Haupte der Marx'schen Schule, zu seinem sechzigsten Geburtstag einen neuen Band der „Marx-Studien“ als Festgabe überreichen. Der Krieg hat es uns unmöglich gemacht, diesen Plan auszuführen. Aber ehe noch der Krieg ausgebrochen war, hatte Gustav Eckstein seinen Beitrag zu dem geplanten Bande bereits fertiggestellt. Eckstein selbst war es nicht vergönnt, seine Arbeit zum Drucke zu befördern; mitten aus unermüdlicher Arbeit hat allzu früher Tod uns den treuen Mitforscher und Mitkämpfer entrissen. Wir übergeben heute seine Arbeit der Oeffentlichkeit. Wir lassen sie Wort für Wort so drucken, wie sie im Jahre 1914 in einer Zeit gesetzt worden ist, in der niemand noch ahnte, dass der Ausbruch des gewaltigsten aller Kriege unmittelbar bevorstand.

Eckstein schrieb in einer Zeit, die dem Marxismus besonders günstig war. Die Teuerung und die Entwicklung der Unternehmerverbände hatten die Klassengegensätze überaus verschärft. Das Anschwellen der deutschen Sozialdemokratie, die Welle riesenhafter Massenstreiks in England, das Wiedererwachen des russischen Proletariats kündigten gewaltige Klassenkämpfe an. Die reformistischen Illusionen schienen überall überwunden: in Frankreich schien der Ministerialismus abgetan; in Italien hatte die Arbeiterklasse die Reformisten aus der sozialistischen Partei hinausgedrängt; in Oesterreich kehrte sich die Mehrheit auf dem Wiener Parteitag von 1913 mit anscheinend grosser Entschiedenheit gegen die reformistischen Illusionen,

die der Sieg im Wahlrechtskampfe hatte emporwuchern lassen. Ueberall schien die Arbeiterklasse entschlossen, den Weg zu gehen, den der Marxismus ihr gewiesen hatte; die machtvolle Entwicklung der Kartelle und Trusts, die schnelle Unterwerfung der ganzen Weltwirtschaft unter die Herrschaft des Finanzkapitals, die Zuspitzung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Weltmächten zeigten, dass das Zeitalter der entscheidenden Machtkämpfe zwischen Kapital und Arbeit herannahte. Unter dem Eindruck dieser Tatsachen schrieb Eckstein seine Abhandlung in überaus optimistischer Stimmung. So glaubte er denn damals urteilen zu dürfen: „Die gesamte Internationale wird heute vom Marxismus beherrscht.“ (Seite 112.)

Wenige Wochen, nachdem Eckstein dieses Urteil gefällt, musste er erfahren, wie unbeständig diese Herrschaft war. Der Krieg warf die Sozialdemokratie aus ihrer Bahn. In Deutschland wie in Oesterreich, in Frankreich wie in England verliess die Arbeiterklasse den Weg, den der Marxismus ihr vorgezeichnet hatte. Aus dem Marx'schen Heerlager selbst ward so mancher fahnenflüchtig. Die „kleinen Lassalles“, von denen Eckstein eben noch geglaubt hatte, dass sie „keine Quelle der Gefahr mehr“ seien (Seite 35), rissen in den grössten Arbeiterparteien die Führung an sich. Revisionismus und Ministerialismus, die Eckstein tot geglaubt hatte (Seite 88), beherrschen die Arbeiterbewegung in den grossen wie in den kleinen Ländern.

Die Arbeiterklasse besteht aus Millionen Individuen verschiedenen Berufes, verschiedener Lebenshaltung, verschiedener Nationalität. Alle diese Individuen sind geeint durch ihre gemeinsame Klassenlage, durch ihr gemeinsames Klasseninteresse, durch ihre gemeinsame, aus ihrer Klassenlage und ihrem Klasseninteresse hervorgegangene Ideologie. Trotzdem aber gibt es auch innerhalb der Arbeiterklasse Interessengegensätze; Gegensätze, die sich aus der Konkurrenz der einzelnen Betriebe auf dem Warenmarkt, der einzelnen Produktionszweige auf dem Kapitalsmarkt, der einzelnen Wirtschaftsgebiete auf dem Waren- und auf dem Kapitalsmarkt ergeben. Die Interessengegensätze innerhalb der Arbeiterklasse werden noch verschärft durch die Verschiedenheiten des Entwicklungsgrades der einzelnen Arbeiterschichten, durch die Verschiedenheit ihrer geschichtlichen Ueberlieferungen und durch die Einflüsse der bürgerlichen Ideologien, die auf die Arbeitermassen einwirken. Soll die Arbeiterklasse trotz allen diesen Gegensätzen in ihrem Lager ihren Klassenkampf einheitlich und geschlossen führen, so bedarf sie einer Kraft, die die auseinanderstrebenden beruflichen,

örtlichen und nationalen Arbeitergruppen zusammenhält, die gegen die Sonderinteressen der einzelnen Arbeitergruppen das gemeinsame Klasseninteresse, gegen ihren Berufsdünkel, ihre lokalen Vorurteile, ihren nationalen Egoismus die allgemeinen Erfordernisse des alle Berufe, alle Orte, alle Nationen umfassenden Klassenkampfes vertritt. Diese Kraft ist der Marxismus. Die Gegensätze innerhalb der Arbeiterklasse zu überwinden, um die Proletarier aller Berufe und aller Länder zum gemeinsamen Klassenkampfe zu vereinigen, ist seine historische Aufgabe.

Es gibt Zeiten, in denen die Arbeiterklasse ihre Klassengemeinschaft, die die Arbeiter aller Berufe, Orte, Nationen vereint, und den Klassengegensatz, der die gesamte Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse gegenüberstellt, so deutlich erkennt und so lebhaft empfindet, dass sie sich der inneren Gegensätze, die innerhalb der Arbeiterklasse bestehen, kaum bewusst wird. In solchen Zeiten beherrscht der Marxismus die ganze Arbeiterbewegung. Aber die kapitalistische Gesellschaft wird nicht nur durch den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit beherrscht, sondern auch durch die aus der Konkurrenz hervorgehenden Interessengegensätze zwischen den einzelnen Betrieben, Orten, Berufen, Produktionszweigen, Wirtschaftsgebieten. Sobald nun diese Konkurrenzgegensätze besonders schroff werden, können sie das Denken und Wollen der Arbeitermassen zeitweilig stärker beeinflussen als der Klassengegensatz. Das war am Anfang des Krieges der Fall. Der Klassengegensatz, der deutsche und englische Arbeiter vereint gegen deutsche und englische Kapitalisten stellt, wurde vorübergehend in den Hintergrund gerückt durch den Konkurrenzkampf zwischen dem deutschen und dem englischen Kapitalismus; so stellte sich denn der deutsche Arbeiter an die Seite des deutschen, der englische Arbeiter an die Seite des englischen Kapitals. An die Stelle des Klassenkampfes trat vorübergehend der Völkerkrieg, in dem Bourgeois und Arbeiter jeder Nation den Bourgeois und Arbeitern der anderen Nationen gegenübertraten. Die Aufgabe des Marxismus wird in solchen vorübergehenden Situationen keineswegs verändert; gerade in solchen Zeiten ist es besonders wichtig, dass er entschiedener und leidenschaftlicher denn je das gemeinsame Klasseninteresse des gesamten Proletariats gegen die nationalen Sonderinteressen der Arbeiter der einzelnen Nationen vertritt und dadurch die Kräfte organisiert, die die Wiedervereinigung der Arbeiter aller Nationen zur internationalen Kampfgemeinschaft vorbereiten und schliesslich durchsetzen. Wohl aber

verliert der Marxismus in solchen Zeiten die herrschende Stellung in der Arbeiterbewegung; diejenigen, die die besondere historische Funktion des Marxismus erfüllen, werden zur Minderheit, zur Opposition in den grossen Arbeiterparteien. Und erst in dem Masse, als die Arbeiterklasse, durch bittere Erfahrung belehrt, die Klassengemeinschaft, die sie vereint, wieder stärker empfindet als die Konkurrenzgegensätze, die die Arbeiter trennen; in dem Masse, als die Arbeiterklasse ihre internationale Kampfgemeinschaft gegen das internationale Kapital wieder höher stellt als ihre nationale Gemeinschaft mit der Bourgeoisie ihrer Nation, gewinnt der Marxismus seine herrschende Stellung in der Arbeiterbewegung wieder zurück.

Der Krieg hat die Internationale zerrissen, die Arbeiterparteien der einzelnen Länder in heftigsten Kampf gegeneinander gestellt. Der Marxismus muss diese historische Tatsache zunächst begreifen, aus den ökonomischen Lebensbedingungen des Proletariats erklären. Niemand hat sich um die Lösung dieser theoretischen Aufgabe mit grösserem Fleisse und grösserem Erfolge bemüht als Gustav Eckstein; das bezeugt seine vorzügliche, während des Krieges geschriebene Broschüre „Die deutsche Sozialdemokratie während des Weltkrieges“ (Zürich 1917, Verlag des Grütlivereines). Aber der Marxismus ist nicht nur Wissenschaft, sondern auch Praxis; er will die historischen Ereignisse nicht nur theoretisch begreifen, sondern auch handelnd mitgestalten. Begreifen wir, warum die Arbeiterklasse die Bahnen des internationalen Klassenkampfes vorübergehend verlassen hat, so dürfen wir darum doch nicht, wie es die Cunow und Renner, die Guesde und Plechanow getan haben, selbst diese Bahnen verlassen; wir müssen vielmehr nun erst recht, nun erst mit doppeltem Eifer die besondere Funktion erfüllen, die dem Marxismus innerhalb der Arbeiterbewegung obliegt. Wir müssen, wie es Eckstein getan hat, die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung gegen alle Versuche zum Zusammengehen mit den herrschenden Klassen, die internationale Kampfgemeinschaft des Proletariats gegen alle nationalistischen Strömungen innerhalb der Arbeiterklasse verteidigen.

Zu diesem Zwecke müssen wir die gefährlichen Illusionen bekämpfen, die „Burgfrieden“ und „Kriegssozialismus“ in den Arbeitermassen geweckt haben. Wir tun dies am wirksamsten, wenn wir den Arbeitermassen zeigen, dass die Regeln der Taktik, die uns heute als das Ergebnis funkelnelneuen „Umlernens“ empfohlen werden, in Wirklichkeit schon vor Jahrzehnten erprobt, vor Jahrzehnten als

trügerisch erkannt worden sind. Das vor allem zeigt die Arbeit, die wir jetzt den deutschen Arbeitern vorlegen. Was Eckstein in dem Abschnitt „Ideologische und materialistische Politik“ gegen Lassalle und Schweitzer einwendet, gilt heute Wort für Wort gegen Lensch und Renner. Was Eckstein in dem Abschnitt „Klassenkampf und Kompromiss“ über Revisionismus und Ministerialismus gesagt hat, lesen wir heute als eine wirksame Kritik Scheidemanns und Eberts. Und wenn Eckstein uns in demselben Abschnitt an Engels' taktische Regel erinnert, „nichts zu bewilligen, was die Macht der Regierung gegenüber dem Volke verstärkt“, so ist dies eine zeitgemässe Mahnung eben jetzt, da so viele in der Militarisierung der Volkswirtschaft den Weg zu ihrer Sozialisierung sehen!

Der Marxismus vertritt heute nur eine Minderheit der Arbeiterklasse; er führt nur die Opposition in den grossen Arbeiterparteien West- und Mitteleuropas. Vor zwei Fehlern muss er sich in dieser Lage hüten: er darf nicht, zur Sekte erstarrend, sich von den Arbeitermassen trennen; aber er darf auch nicht, seine höhere Einsicht preisgebend, den Arbeitermassen willenlos folgen. Die jüngste Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt uns die erschreckenden Folgen beider Fehler.

Am Anfange des Krieges hat die patriotische Kriegsstimmung die Arbeitermassen mitgerissen. Damals hat so mancher, der bis zum Kriegabeginn treu an den Lehren Marxens und Engels' festgehalten hatte, seine höhere Einsicht verleugnet, um sich nur nicht in Gegensatz zu der Stimmung der Arbeitermassen zu setzen. So ist er mitschuldig geworden an der Zerstörung der Internationale; mitschuldig an der Ohnmacht der Arbeiterklasse, die sich so furchtbar offenbarte, als die russische Revolution vergebens die rechtzeitige Hilfe des west- und mitteleuropäischen Proletariats anrief. So mancher hat geirrt, weil er nicht klüger, nicht besonnener sein wollte als die Arbeitermassen.

Aber es hat auch mancher geirrt, weil er, allzu klug, die Massen einen Weg führen wollte, dessen Ziel sie nicht erkennen, dessen Krümmungen sie nicht begreifen konnten. Das war in jüngster Zeit das tragische Geschick der russischen Menschewiki. Sie wollten der russischen Arbeiterklasse eine Politik aufzwingen, deren weise Mässigung dem drängenden Ungestüm eines jungen Proletariats, dessen Selbstbewusstsein durch unerhörte Siege aufs höchste geschwellt war, nicht verständlich sein konnte. So verlor die Partei, die sich um die Aufrüttelung, Erziehung und Organisation des russischen Proletariats so

unsterbliche Verdienste erworben hat, allen Einfluss auf die Arbeitermassen. Sie trieb selbst die proletarische Masse in das Lager ihrer Gegner; und als das Proletariat unter der Führung der Bolschewiki mit kühnem Handstreich die Macht an sich riss, stand sie machtlos ausserhalb des Proletariats, zum Teil sogar gegen das Proletariat an der Seite der Bourgeoisie!

Vor beiden Fehlern muss sich der Marxismus hüten: er darf nicht vor den jeweiligen Stimmungen der Masse kapitulieren, muss vielmehr gegen diese Stimmungen, die stets durch augenblickliche lokale, berufliche und nationale Sonderinteressen bestimmt sind, die dauernden und allgemeinen Interessen des gesamten Proletariats vertreten. Aber er darf sich auch nicht von den Arbeitermassen trennen, sich ihnen entfremden oder gar ihnen feindlich gegenüber treten; er muss innerhalb der Arbeitermassen wirken, muss eine treibende Kraft innerhalb der Arbeiterbewegung bleiben. Auch das ist ein altes Problem, dessen richtige Lösung uns die Erfahrungen anderer Länder und früherer Zeiten erleichtern. Darum ist es überaus zeitgemäss, was Gustav Eckstein uns über diese Erfahrungen in dem Abschnitte „Sekte und Partei“ erzählt.

Wir dürfen uns weder von den Arbeitermassen trennen, noch uns von ihnen blind führen lassen; denn unsere Aufgabe ist es, die Arbeitermassen zurückzuführen zu der Taktik des Marxismus, zu der Taktik des internationalen Klassenkampfes. Heute folgt uns nur eine Minderheit des internationalen Proletariats; aber die Minderheit von heute ist die Mehrheit von morgen. Schon ist der „Burgfriede“ überall an den Klassengegensätzen gescheitert, Schon erstarkt in allen Ländern das Bewusstsein der Notwendigkeit, die internationale Kampfgemeinschaft der Arbeiterklasse wieder herzustellen. Die Zeit wird kommen, in der wir abermals werden sagen dürfen: „Die gesamte Internationale wird heute vom Marxismus beherrscht.“

Wien, 23. Dezember 1917.

I. Sozialismus und Arbeiterbewegung in England, Frankreich und Deutschland bis zur Gründung der „Internationale“.

Als der Generalrat der „Internationale“ im Jahre 1864 seinen Weck- und Sammelruf, die von Karl Marx verfasste „Inauguraladresse“, an die Arbeiter Europas ergehen liess, war deren wirtschaftliche und politische Stellung in den einzelnen Ländern, noch mehr aber die Stufe, die sie in der sozialen Bewegung erreicht hatten, sehr verschieden.

In England, der ersten Heimat des industriellen Grossbetriebs, hatten sowohl die gewerkschaftliche wie die politische Arbeiterbewegung ihre stürmisch-revolutionäre Jugendzeit schon weit hinter sich gelassen. Die syndikalistische Bewegung unter der Arbeiterschaft mit noch kleinbürgerlichem Charakter war ebenso gescheitert, wie der grossangelegte revolutionäre Massenkampf des in den Fabriken stehenden Proletariats, und die Gewerkschaften hatten sich zu jener „vorsichtigen, wenn auch etwas beschränkten Staatsmannschaft“ (Webb) bekehrt, deren Geist die Trade Union-Führer seit den Vierzigerjahren beherrschte.

Auf politischem Gebiet war der Zusammenbruch der Arbeiterbewegung noch viel deutlicher geworden. Nach dem kläglichen Fehlschlag der grossen, von O' Connor geplanten Demonstration vom 10. April 1848 hatte sich die politische Arbeiterbewegung Grossbritanniens nicht mehr erholt, und die krampfhaften Versuche der „Fraternal Democrats“ und ihrer Nachfolger hatten die Aussichtslosigkeit aller Bemühungen, die Bewegung zu neuem Leben zu erwecken, nur noch deutlicher gezeigt.

Zugleich waren aber auch die hochfliegenden Gedanken, die Owen und seine Freunde in der Begründung von Siedlungsgenossenschaften, in dem, was sie als Sozialismus bezeichneten, das Heil der notleidenden Menschheit hatten erblicken lassen, zur prosaischen Wirklichkeit einiger Konsumvereinsläden zusammengeschrumpft.

Noch wichtiger aber als diese Fehlschläge selbst waren die Rückwirkungen, die sie auf den Geist der Arbeitermassen übten.

Die Chartistenbewegung war von dem Gegensatz zwischen den beiden Methoden der „moralischen Ueberzeugung“ der Gegner und ihrer „gewaltsamen Niederwerfung“ beherrscht worden.

„Die ganze Agitation für die Anwendung der physischen Gewalt“, erklärte Lovett,¹⁾ „ist schädlich und wirkt hemmend auf die Bewegung. Nicht Flinten sind nötig, sondern Erziehung und Schulung der Arbeitermassen . . . Gewaltsame Schlagworte erschlagen nicht die Gegner, sondern die Freunde unserer Bewegung . . . Die Agitation mit geistigen Waffen wird nie gedeihen, wenn man sie den physischen Waffen gegenüber für unwirksam hält.“

Diesem Standpunkt stellten O' Connor und seine Anhänger den der revolutionären Gewaltanwendung gegenüber, die allein imstande sei, das Proletariat zum Sieg zu führen und ihm das allgemeine Wahlrecht zu sichern, das nächste Ziel, dessen Erreichung die Erfüllung der sozialen Forderungen nach sich ziehe.

Diese beiden Auffassungen standen sich schroff gegenüber, die eine getragen hauptsächlich von der stark kleinbürgerlich beeinflussten Arbeiterschaft Londons, die andere von den Fabriksproletariern des grossindustriellen Nordens. Die Partei der moralischen Waffen wollte von vornherein die Mittelschichten, besonders das Kleinbürgertum, für sich gewinnen und ging deshalb von Anfang an mit den bürgerlichen Radikalen Hand in Hand, doch allmählich mussten auch die Vertreter der „schwierigen Faust“ einsehen, dass das Proletariat allein zu schwach war, den Kampf mit allen seinen Gegnern aufzunehmen. In sozialer Hinsicht war ihre Lösung vor allem: „Zurück zum Land!“ Die Ansiedlung grosser Proletariernmassen auf unabhängigem Landbesitz, wodurch auch der Arbeitsmarkt entlastet werden sollte, und die Bekämpfung der Grossindustrie, der Bringerin aller Leiden für die arbeitende Klasse, das waren die

¹⁾ Beer, „Geschichte des Sozialismus in England“, Stuttgart 1913, Seite 315.

sozialen Ziele, denen ein O'Connor, ein O'Brien zuneigten. Kein Wunder, dass besonders der erstere bei der Suche nach politischen Verbündeten sich eher den Konservativen anschloss, als den Liberalen.

Doch beide Methoden versagten im entscheidenden Augenblick in gleicher Weise. Den Lovett, Hethernigton u. s. w. gelang es nicht, aus dem bürgerlichen Lager nennenswerte Hilfskräfte zu gewinnen; und als es dazu kam, dass die revolutionären Drohungen der radikalen Führer in die Tat umgesetzt werden sollten, da zeigte sich ihre Ohnmacht.

Während aber so die Politik beider Fraktionen der Chartisten Niederlagen in ihrer Politik erlitt, erfuhr die Sache der Arbeiter zugleich auf anderen Gebieten doppelten Erfolg. Im Jahre 1846 gelang es den Liberalen nach zähem und heissem Kampf die Abschaffung der Getreidezölle zu erringen, und damit inaugurierten sie jene Epoche des ungeheuren Aufschwunges der englischen Industrie, der es dieser auch ermöglichte, eine Reihe der Wünsche des englischen Proletariats wenigstens teilweise zu erfüllen. Und im Jahre darauf rächten sich die Tories an ihren Gegnern, indem sie dem Zehnstundengesetz zur Annahme verhalfen und damit einen der Hauptwünsche der Chartisten verwirklichten.

Was also die englischen Arbeiter aus eigener Kraft durchzusetzen versucht hatten, das war ihnen entgangen; die Grundlagen ihres verhältnismässigen Wohlbefindens in den nächsten Jahrzehnten waren nicht von ihnen erobert, sie waren von den grossen bürgerlichen Parteien geschaffen worden. Die selbständige Politik der Arbeiterschaft, ob nun mit den Mitteln der Gewalt oder der Ueberredung unternommen, war gescheitert, gesiegt aber hatte augenscheinlich die Methode des Anschlusses an eine bürgerliche Partei.

Und dieses selbe Prinzip der Prinziplosigkeit schien sich auch auf den anderen Gebieten der Arbeiterpolitik zu bewähren. Was hatten die Gewerkschaften in den dreissiger Jahren mit ihrer Kampfpolitik erreicht, mit ihrer Hervorhebung der Klassengegensätze, die das gesamte Proletariat gegenüber den Ausbeutern vereinigten? Und was hatte den Gewerkschaften ihre Hinneigung zum sozialistischen Genossenschaftsgedanken gefruchtet? Alles phantastische Utopien! In jedem einzelnen Gewerbe ein auskömmliches Verhältnis suchen zwischen Unternehmern und Arbeitern, die Löhne erhöhen durch Beschränkung des Arbeitsangebots, das heisst Erschwerung des Zutrittes zum Gewerbe und Begünstigung der Auswanderung, das

waren nun die vorherrschenden Züge einer Gewerkschaftsbewegung, die den Streik zwar nicht völlig verwarf, seine Anwendung aber nur im äussersten Notfall zulassen wollte.

Verlor so der Gedanke des Klassenkampfes vollends seinen Halt in den Gewerkschaften, so verbürgerlichte zugleich auch der Sozialismus. Revolutionär war er von Anfang an nicht gewesen. Nun aber verlor er auch seinen weltumspannenden humanitären Charakter. Waren denn nicht auch alle jene Weltbeglückungspläne Owens in der rauhen Wirklichkeit gescheitert? Die Pioniere von Rochdale zeigten, was an den phantastischen Plänen des naiven Utopisten wirklich ausführbar war: Der Kramladen der Konsumgenossenschaft, der zwar nicht imstande ist, die Welt in das gelobte Reich der allgemeinen Harmonie zu versetzen, aber doch den Proletariern ihr Schicksal etwas zu erleichtern, sie wenigstens vor der Ausbeutung parasitischer Zwischenhändler zu schützen vermag.

In anderen Bahnen als in England verlief die Arbeiterbewegung in Frankreich. In England war mehr als ein Jahrhundert verflossen zwischen der Revolution, die das Bürgertum zur Herrschaft im Staate brachte, und der Proletarisierung breiter Volksschichten durch die moderne Industrie, die erst wieder neue schroffe Klassengegensätze zwischen den herrschenden Klassen und dem, notleidenden, aber aufstrebenden „niedereren“ Volke hervortreten liess. In dieser langen Zeit hatte das bürgerliche Regime Gelegenheit gehabt, sich zu festigen und die Formen des Staates, aber auch die allgemeine Ideologie seinen Bedürfnissen anzupassen. Die revolutionären Traditionen des bürgerlichen Heldenzeitalters wirkten kaum mehr nach. Allerdings war die Wahlrechtsbewegung des radikalen Bürgertums besonders in den Jahren 1830—32 sehr stürmisch und schreckte selbst vor revolutionären Mitteln nicht zurück; sie knüpfte aber damit nicht an die Traditionen der Revolution des 17. Jahrhunderts an. Ihre Waffen, Erschütterung des öffentlichen Kredits und Brotlosmachung von Proletariermassen, die nun das Land überschwemmen sollten, waren, der veränderten wirtschaftlichen Situation entsprechend, durchaus neu, und ebenso war auch das Ziel dieser Bewegung nicht der Sturz eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, sondern bloss eine neue Machtverteilung innerhalb des bestehenden Systems. Das gegen die soziale Unterdrückung revoltierende Proletariat traf daher auf die Herrschaftsinstitutionen eines bereits in sich gefestigten Regimes, und es musste sich im Kampf mit diesem erst seine eigene proletarische Ideologie schaffen.

Und als der erste stürmische gewerkschaftliche und politische Anprall gescheitert war, da war es der ungeheure wirtschaftliche Aufschwung der »Fabrik der Welt«, der auch wenigstens grossen Teilen des Proletariats bessere Lebensverhältnisse ermöglichte und dadurch dessen revolutionäres Feuer erlöschen liess.

In Frankreich erfolgte die grosse bürgerliche Revolution viel später, sie griff aber auch viel tiefer in das Leben der Nation ein und das proletarische Element spielte in ihr eine viel grössere Rolle als in der Englands. Aber die Proletarisierung der bäuerlichen und besonders der kleinbürgerlichen Massen trug auch in Frankreich einen ganz anderen Charakter als im Lande der sich rasch entwickelnden Grossindustrie. In Frankreich spielte diese noch auf lange hinaus keine nennenswerte Rolle. Nicht die Industrie des eigenen Landes ruinierte den französischen Handwerker, sondern die des Auslandes, vor allem die Englands; und nicht in der Gestalt des Fabriksherrn trat dem französischen Proletarier sein Unterdrücker entgegen, sondern in der des Kaufmannes, des Verlegers, des Wucherers.

Diese Unterschiede in der politischen und sozialen Geschichte mussten auch für die Arbeiterbewegung entscheidende Bedeutung erlangen. Hier musste die Lehre von der natürlichen Interessensharmonie zwischen dem Meister und seinen Gesellen, ja zwischen dem Manufakturunternehmer und seinen Lohnarbeitern auf besonders fruchtbaren Boden fallen und das nicht nur bei bürgerlich interessierten Oekonomen wie J. B. Say, sondern auch bei einem sozialen Forscher von so weitem Gesichtsfeld wie Saint-Simon. Für ihn war der entscheidende Klassenkampf der zwischen den »Müssigen«, den Grossgrundbesitzern und Geldkapitalisten einerseits und der Gesamtheit der Werkthätigen anderseits. Gelangen diese zum Sieg, dann beginnt das tausendjährige Reich des sozialen Friedens, und dann kommt die Zeit des neuen Christentums, das alle Schichten der werktätigen Bevölkerung, Meister und Gesellen, Bauer und Knecht, Unternehmer und Lohnarbeiter einigt und verbindet.

Saint-Simons Jünger konnten diesen lichten Glauben an die natürliche Interessensharmonie nicht mehr in vollem Mass aufrecht erhalten. Zu hart prallten schon in ihrer Zeit die Gegensätze vielfach aneinander; aber sie glaubten doch, dass sich die soziale Kluft, die sich vor ihren Augen auftat, durch allgemeine Menschenliebe würde schliessen lassen, und so verwandelte sich das neue Christentum, die Lehre von der sozialen Bruderliebe, von der der Meister

geglaubt hatte, sie würde die den neuen Verhältnissen der sozialen Eintracht naturgemässe Ideologie sein, bei seinen Schülern in das Mittel, um diese Harmonie, die Vergenossenschaftung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, erst herbeizuführen.

Was aber die Saint-Simonisten nur durch die sanfte Macht ihrer Ueberredung, durch die überzeugende Gewalt ihres sittlichen Enthusiasmus zu erreichen suchten, das wollte Louis Blanc herbeiführen durch politische Gewalt. Der gewaltsame Sturz jener dünnen Oberschicht parasitärer Ausbeuter musste der grossen Masse des werktätigen Volkes die politische Macht in die Hand geben, und mit Hilfe der neuen Regierung sollten dann jene Genossenschaften ins Leben gerufen werden, die vor allem die mörderische Macht der Konkurrenz beseitigen, die Produzenten aber auch aus den Händen der Zwischenhändler und Wucherer befreien sollten.

Der 23. Februar 1848 schien die Verwirklichung dieses schönen Planes in unmittelbare Nähe zu rücken. Das Volk hatte gesiegt, und zwei seiner Vertreter, unter ihnen Louis Blanc selbst, waren Mitglieder der neuen Regierung. Doch nicht lange währten die Blümenträume. Vergeblich versuchte das Volk von Paris am 17. März, am 16. April, am 15. Mai die souveräne Macht zurückzuerobern, die es in den berausenden Februartagen innegehabt. Der sozialistische Minister selbst, dem es kaum gelungen war, einige wenige „soziale Ateliers“ kleingewerblicher Genossenschaften mit Regierungshilfe ins Leben zu rufen, musste flüchten, und die Junischlacht vernichtete die letzten Illusionen über die soziale Ministerherrlichkeit.

Freilich, nicht alle Revolutionäre hatten diese Illusionen geteilt. Auguste Blanqui hatte schon im März erkannt, dass eine Regierung, von deren 14 Mitgliedern im besten Fall vier als der Sache des arbeitenden Volkes ergeben angesehen werden konnten, die Niederlage der Revolution bedeute, und mit revolutionärer Entschlossenheit wollte er diese Regierung reformieren, wollte er die volksfeindlichen Minister durch Männer des Vertrauens des Volkes ersetzen. Die Versuche scheiterten und endlich musste Blanqui selbst die Vergeblichkeit seiner Bemühungen einsehen, trotz seines unzerstörbaren Glaubens an die schöpferische Macht der Revolution.

Blanqui war aus der Schule der Babouvisten hervorgegangen, die an die glänzenden jakobinischen Traditionen der grossen Revolution anknüpften. Sie sahen nicht die soziale und politische dingtheit der von den Konventsmännern eingeschlagenen Taktik;

für sie lag der Springquell der Erfolge jener Männer in ihrem revolutionären Ungestüm, in der mitreissenden Gewalt ihres Enthusiasmus. Sie glaubten daher, man brauche diese Taktik, die in der Durchsetzung der politischen Gleichberechtigung solche Triumphe gefeiert, jetzt nur noch auf die Erlangung der ökonomischen Gleichheit anzuwenden, um den Kommunismus zu verwirklichen. In den Dreissigerjahren hatten diese Vertreter des revolutionären Idealismus immer wieder unter Einsetzung ihres Lebens versucht, das Volk durch ihr Beispiel zum Sturz der Regierung zu begeistern, und jedesmal war ihr Unternehmen gescheitert. Jetzt endlich, in den Februartagen des Jahres 48, hatte das Volk gesiegt — aber der Erfolg blieb aus. Der politische Sieg führte nicht zur Diktatur des Proletariats, sondern zu seiner Niedermetzlung in den Strassen der Hauptstadt. Die von allen Volksmännern so heiss ersehnte demokratische Republik, errungen in schwerem Kampf auf den Barrikaden, führte nicht, wie sie alle geglaubt hatten, zur Errichtung einer sozialen Gemeinschaft der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, sondern endete mit der säbelklirrenden Gewaltherrschaft eines Abenteurers. Das gleiche und allgemeine Wahlrecht, das dem Volk seine Souveränität zurückgab, führte zu einer Volksvertretung der Reaktion und lieferte später in der Form des Plebiszits der verlogenen Demagogie eines militärischen Zwingherrn die festeste Stütze oder doch den deckenden Mantel.

War es da zu verwundern, wenn die französische Arbeiterschaft am politischen Kampf überhaupt verzweifelte, wenn sie insbesondere im Parlamentarismus und dem allgemeinen Wahlrecht nur mehr Mittel schlaun Volksbetruges erblickte? Zugleich mit der Politik verlor aber auch der Sozialismus seine Anziehungskraft auf das französische Proletariat, denn auch seine Lehren hatten sich als irreführend erwiesen. Alle mit so viel Enthusiasmus und Opfermut unternommenen Versuche, die Lehren Fouriers und Cabets zu verwirklichen, ihnen in freien Kolonien, auf freiem Boden zum Leben zu verhelfen, hatten kläglich Schiffbruch gelitten, und nicht besser war es den Genossenschaftsgründungen Louis Blancs und seiner Anhänger ergangen. Und mochte Louis Blanc selbst noch so eifrig und mit noch so vielen klarsten Beweisen dagegen protestieren, dass die Gründung und das traurige Ende der tatsächlich von seinen Gegnern ins Leben gerufenen „Ateliers nationaux“ ihm aufs Kerbholz geschrieben wurden, diese Lüge wirkt nicht nur bis zum heutigen Tag bei deutschen Professoren nach, sie

machte auch schon seinerzeit auf weite Kreise der französischen Arbeiterschaft starken Eindruck und bestätigte in ihren Augen die Aussichtslosigkeit des Sozialismus.

So war der Boden geebnet für das Umsichgreifen der Lehre Proudhons, die ja an und für sich schon der französischen Wirklichkeit jener Zeit abgelauscht und ihr daher entsprechend war und somit viel Bestechendes für die Handwerker hatte. Noch immer herrschte ja im französischen Proletariat, besonders in dem der politisch und geistig tonangebenden Hauptstadt, dieser Typus. Der industrielle Aufschwung unter dem zweiten Kaiserreich hatte seinen Ausdruck weniger in einer Ausdehnung der Grossindustrie als in einer Verstärkung der Manufaktur und der Hausindustrie gefunden.

Dem Handwerker aber erscheint ebenso wie dem kleinen Landwirt, der in Frankreich stets eine sehr grosse Rolle gespielt hat, die kapitalistische Ausbeutung nicht in der Gestalt des Unternehmers verkörpert, sondern in der des Kaufmannes, der ihm die Waren schlecht bezahlt, und vor allem in der des Wucherers, der ja so häufig mit dem Kaufmann identisch ist und der dem Handwerker und Bauern Kredit nur zu unerschwinglichen Bedingungen gewährt, ihn ganz in seine Macht bekommt und ihn dann auspresst. Bekämpfung der Ausbeutung heisst also für diese Schichten Bekämpfung des Wuchers. Diese Auffassung, die schon bei den Saint-Simonisten eine grosse Rolle spielte, fand ihren klassischen Ausdruck in den Theorien Proudhons, und da dieser zugleich die Abkehr von der Politik lehrte, musste er in der unter dem zweiten Kaiserreich herrschenden gedrückten Stimmung der Arbeiterschaft den empfänglichsten Boden für seine Lehren finden. Hatten denn die Ereignisse des Jahres 1848 nicht klar bewiesen, dass Eroberung der Staatsgewalt durch die Arbeiter nichts anderes bedeute als Uebergang der Staatsmacht aus den Händen einer Clique in die einer andern, ohne dass sich für die Arbeiter irgend etwas besserte? Hatten nicht die jüngsten Ereignisse überhaupt gezeigt, dass das allgemeine Wahlrecht eine Illusion, das Parlament ein Werkzeug des Volksbetrugs sei, wie Proudhon immer behauptete? Unentgeltlichkeit des Kredits, gewährt durch Zusammenschluss selbständiger Kleinproduzenten in Industrie und Landwirtschaft zu Kreditgenossenschaften oder Tauschbanken, das wurde nun das Lösungswort der französischen Arbeiter. Fort mit den Illusionen von staatlich unterstützten Produktivassoziationen! Fort aber auch mit den noch schädlicheren Illusionen der Widerstandskassen und Streiks! Kaum gegen irgend

etwas anderes eiferte Proudhon mit solcher Leidenschaft wie gegen den gewerkschaftlichen Lohnkampf, gegen den Streik; denn dieser führt nach seiner Ansicht zum grössten Uebel, das eine Volkswirtschaft überhaupt treffen kann, zur Verteuerung der Waren, und dadurch wird nicht nur den Arbeitern wieder entrissen, was sie unter den Mühen und Opfern des Lohnkampfes errungen, dadurch wird auch der Warenumsatz erschwert und gehemmt und damit Ruin hineingetragen in die Reihen der Produzenten.

Auch mit dieser Lehre traf Proudhon beim französischen Proletariat auf keinen Widerspruch; denn bis in die Sechzigerjahre war dieses über die ersten Ansätze zu gewerkschaftlicher Organisation nicht hinausgekommen und Napoleon III. beeilte sich, die Gründung von Gesellschaften für wechselseitigen Kredit gegenüber der Bildung gewerkschaftlicher Kampforganisationen nach Möglichkeit zu begünstigen.

So gesellte sich auch in Frankreich in dem Jahrzehnt der ärgsten Reaktion, zwischen 1850 und 1860, zum politischen der soziale Stillstand des Proletariats, ja, dieser war hier noch schlimmer als in England, weil Frankreich in jener Zeit gewerkschaftliche Organisationen im eigentlichen Sinn überhaupt noch fast gar nicht besass.

Doch die Tatsachen zeigten sich auch hier mächtiger als alle Theorien. Aehnlich wie sich einige Jahre später in Deutschland die Gewerkschaftsbewegung trotz aller theoretischen Proteste der Lassalleaner durchsetzte, begann in Frankreich schon im Beginn der Sechzigerjahre die Fachorganisation des Proletariats das Feld zu behaupten, und die Gegenargumente der Proudhonianer verloren ihre Bedeutung. Ja, zugleich begann sich das Proletariat, wenn auch noch schüchtern, auch auf politischem Gebiet selbständig zu regen, und anlässlich der Nachwahlen des Jahres 1864 erfolgte das bekannte „Manifest der Sechzig“, in dem die Vertreter von mehr als 50 Arbeitervereinen sich für Arbeiterkandidaturen einsetzten, allerdings noch nicht, um Klassenforderungen im Gegensatz zum Bürgertum durchzusetzen, sondern lediglich, weil die Leiden der Arbeiter doch nur von Arbeitern richtig verstanden und ihre Wünsche von Arbeitern richtig vorgetragen werden könnten. Zugleich wurden auch die wichtigsten dieser Wünsche angegeben: Erweiterung der Freiheit zur Bildung von Genossenschaften und Fachvereinen, sowie Erleichterung des Kredits.

Auf die ersten beiden dieser Forderungen waren die 53 Denkschriften nicht ohne Einfluss geblieben, welche die von Napoleon

aus demagogischen Gründen zur Londoner Weltausstellung von 1862 entsandten Arbeiterdelegierten nach ihrer Heimkehr veröffentlichten, und die durchwegs das Recht der Bildung von Genossenschaften und Gewerkschaften für die Arbeiter verlangten. Umsonst hatte der damalige Polizeipräfekt von Paris gewarnt, jener Delegation zöge er noch die Aufhebung des Gesetzes über die Vereinsbildung vor. Napoleon tat den verhängnisvollen Schritt ebenso wie gleichzeitig der deutsche Nationalverein, der auf seine eigenen Kosten zwölf Arbeiter nach der Weltausstellung schickte und damit ebenso wie Napoleon den Stein ins Rollen brachte, der sich bald auf ihn stürzen sollte. Denn so wie die französischen lernten auch die deutschen Arbeiter im Verkehr mit den in London ansässigen heimatflüchtigen Landsleuten und den englischen Kameraden deren verhältnismässige Freiheit und ihre Organisationen kennen und brachten den Wunsch nach Hause, es ihnen gleichzutun. Waren es aber bei den Franzosen vor allem die Gewerkschaften, so waren es bei den Deutschen die englischen Genossenschaften, die ihnen einen gewaltigen Eindruck gemacht hatten.

Dieser Unterschied entsprach der Differenz der wirtschaftlichen Entwicklung in den beiden Ländern. Deutschland stand ökonomisch in den Sechzigerjahren etwa dort, wo Frankreich in den Vierzigerjahren und England im Anfang des Jahrhunderts gestanden hatte.

Die geistige Verfassung der deutschen Arbeiter jener Zeit schildert Bebel in seinen Erinnerungen: ¹⁾

„Drei Viertel der gewerblichen Arbeiter gehörten dem Handwerk an. Mit Ausnahme der Arbeit in der eigentlichen schweren Industrie, dem Bergbau, der Eisen- und Maschinenbauindustrie, wurde die Fabrikarbeit von den handwerksmässig arbeitenden Gesellen mit Geringschätzung angesehen. . . . Für den Handwerksgehilfen galt der Fabrikarbeiter als unterwertig, und als Arbeiter bezeichnet zu werden, statt als Geselle oder Gehilfe, betrachteten viele als eine persönliche Herabsetzung. Zudem hatte die grosse Mehrzahl dieser Gehilfen oder Gesellen noch die Ueberzeugung, eines Tages selbst Meister werden zu können, namentlich als auch in Sachsen und anderen Staaten anfangs der Sechzigerjahre die Gewerbefreiheit zur Geltung kam. Die politische Bildung dieser Arbeiter war sehr gering. . . . Sozialismus und Kommunismus

¹⁾ August Bebel, „Aus meinem Leben“, Stuttgart, 1910, Band I, Seite 49.

waren uns Jüngeren zu jener Zeit fremde Begriffe, böhmische Dörfer. Wohl waren hie und da, zum Beispiel in Leipzig, vereinzelte Personen, wie Fritzsche, Vahlteich, Schneider, Schilling, die vom Weitlingschen Kommunismus gehört, auch Weitlings Schriften gelesen hatten, aber das waren Ausnahmen. Dass es auch Arbeiter gab, die zum Beispiel das Kommunistische Manifest kannten und von Marx' und Engels' Tätigkeit in den Revolutionsjahren im Rheinland etwas wussten, davon habe ich in jener Zeit in Leipzig nichts vernommen.“

Dieser kleinbürgerliche Geist war der richtige Nährboden für Genossenschaftsillusionen. Das hatte das Beispiel Englands in den Zwanziger- und Dreißigerjahren und das Frankreichs in den Vierzigerjahren gezeigt. Kein Wunder daher, dass den deutschen Arbeitern beim Besuch Englands die Genossenschaften dieses Landes gewaltig imponierten und als Vorbild erschienen. Eichler, der später in der Bewegung in Berlin eine gewisse Rolle spielte, formulierte, von London zurückgekehrt, in einer Versammlung in Berlin am 25. August 1862 die Forderung nach Bildung eines Arbeiterbundes zum Zweck der Gründung von Arbeiterproduktivgenossenschaften. Diesem Programm sollte ein Arbeiterkongress dienen, um dessen Unterstützung Eichler Herrn v. Benningsen als den Präsidenten des Nationalvereines bat.¹⁾ Von Benningsen abgewiesen, scheint sich Eichler an Hermann Wagener, den treuen Gehilfen Bismarcks, gewendet zu haben, und von ihm vermutlich instruiert, kam Eichler anfangs Oktober nach Leipzig zur Besprechung über die geplante Einberufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses und erzählte dort, sechs Monate vor Lassalles „Offenem Antwortschreiben“, er habe die Gewissheit, dass Bismarck für die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes zu haben sei und auch bereit wäre, die nötigen Mittel (60.000 bis 80.000 Taler) zur Gründung einer Produktivgenossenschaft der Maschinenbauer herzugeben.²⁾

Mag sein, dass Wagener die Idee dieser Forderung auf dem Umweg über die Gräfin Hatzfeld von Lassalle selbst erhalten hatte; notwendig ist aber diese Annahme keinesfalls; denn diese beiden Wünsche, der nach dem allgemeinen Wahlrecht und der nach

¹⁾ Der Brief mitgeteilt von Oncken in Grünbergs „Archiv für die Geschichte des Sozialismus“ II|1, Seite 122 fg.

²⁾ Vergleiche Bebel a. a. O., Seite 61.

staatlicher Beihilfe zur Gründung von Arbeiterproduktivgenossenschaften lagen damals in der Luft. Wie notwendig sie und ihre Kombinierung sich aus der Situation ergaben, ist ja auch schon daraus ersichtlich, dass diese Forderungen unter ähnlichen Verhältnissen stets wiederkehren. So hatte O'Connor bereits in den Dreissigerjahren den Plan verfochten, die englische Regierung solle die Verwirklichung seines Landplanes durch ein Darlehen von 100 Millionen Pfund Sterling unterstützen, und das allgemeine Wahlrecht sollte das Mittel sein, um die Regierung zu solch volksfreundlicher Politik zu zwingen. Noch genauer ist bekanntlich die Ähnlichkeit mit dem Plane Louis Blancs, der auf revolutionärem Wege das allgemeine Wahlrecht erobern und dadurch den Staat zwingen wollte, die Produktivassoziationen der Arbeiter zu finanzieren.

Lassalle, dem es darauf ankam, rasch Erfolge zu erzielen, da der Erfolg das beste Agitationsmittel, ergriff deshalb diese dem Publikum, an das er sich wandte, so naheliegende Idee, obwohl er ihre Unzulänglichkeit sehr wohl einsah.¹⁾ Von welchen Gedanken er sich dabei leiten liess, geht klar z. B. aus einem Brief an Moses Hess²⁾ hervor. Er spricht vom praktischen Ausgangspunkt seiner Agitation und fährt dann fort:

„Hier bot sich die Gelegenheit einer grossen, praktischen, auf die gesamte Nation eindringenden Agitation. Es handelte sich darum . . . den Sozialismus plötzlich wie durch einen Zauberschlag als politische Partei auftreten zu lassen. Eine theoretische Bewegung und eine praktische unterscheiden sich aber nach meiner Ansicht in folgender Weise: Bei einem theoretischen Werk handelt es sich darum, alle Konsequenzen des Prinzips, womöglich auch schon die allerletzte zu ziehen. . . . Bei einer praktischen Agitation dagegen handelt es sich umgekehrt darum, sich mit aller Kraft auf die nächste Konsequenz des Prinzips, auf den ersten möglichen praktischen Schritt zu stürzen, aber auf einen solchen, in welchem das ganze und volle Prinzip bereits enthalten ist, und unter entschiedenster Betonung und voller theoretischer Heraushebung dieses Prinzips. Hiedurch wird dann einerseits den Massen etwas Bestimmtes und Greifbares geboten; anderseits viele Menschen von unsystematischer »Billigkeit« und halber Einsicht dafür gewonnen,

¹⁾ Vergleiche zum Beispiel die Anmerkung zum „Arbeiter-Lesebuch“, in Bernsteins Lassalleausgabe, II. Band, Seite 555.

²⁾ Mitgeteilt von N. Rjasanoff in Grünbergs Archiv III/1, Seite 131 fg.

jedenfalls etwas sotort und praktisch Mögliches als Zielpunkt hingestellt, gerade dadurch bei den Gegnern eine viel grössere Wut und Hass erweckt, als wenn man schon viel weitergehende Konsequenzen als Forderung aufstellt, die im Augenschein noch gar keine praktische Gefahr in sich schlössen, durch diese Wut gerade der rechte Boden für eine alle Köpfe umfassende Agitation — und somit doch auch für ein allgemeines Nachdenken — geschaffen, endlich, indem bereits das ganze Prinzip auch in diesem ersten und nächsten Schritt enthalten ist und sein muss, ein Schritt getan, der sich notwendig auch zu allen weiteren Konsequenzen entwickeln muss, diese in sich schliesst und damit auch für das avancierte theoretische Interesse der sympathische Boden geschaffen.“¹⁾)

Hier zeigte sich also ein wesentlicher Unterschied zwischen der Auffassung Lassalles und der seiner Vorgänger. Für ihn waren die Produktivgenossenschaften mit Staatskredit nicht das Endziel, sie bedeuteten ihm nicht „die Lösung der sozialen Frage“. Sie waren ihm nur eine erste Etappe auf dem Wege zur Verwirklichung des Sozialismus, eine Etappe allerdings, die er für richtig hielt aus agitatorischen Rücksichten zunächst als praktisches, in kurzer Zeit zu erreichendes Endziel hinzustellen. Doch die Dinge haben ihre eigene Logik. Die von Lassalle provozierte Wut der Gegner über seine Agitation blieb nicht aus, sie zwang ihn aber immer mehr, sein Projekt, gegen das sich die Angriffe richteten, zu verteidigen. Vom „ganzen und vollen Prinzip“ war nicht mehr die Rede. Tatsächlich wäre aber auch die Forderung nach jenen Produktivgenossenschaften wenig geeignet gewesen, den „ersten und nächsten Schritt“ abzugeben, „der sich notwendig auch zu allen weiteren Konsequenzen entwickeln muss, diese in sich schliesst und damit auch für das avancierte theoretische Interesse den sympathischen Boden schafft.“ Das hat das spätere Schicksal der

¹⁾ In allgemeiner Form hatte Lassalle diesen Gedanken auch schon in einem Brief an Marx vom 6. März 1859 ausgedrückt: „Ein Zweck kann . . . nur dann durch ein Mittel erreicht werden, wenn zuvor schon das Mittel selbst von der eigenen Natur des Zwecks ganz und gar durchdrungen ist. Der Zweck muss im Mittel selbst schon ausgeführt und verwirklicht sein und letzteres seine Natur an sich tragen, wenn er durch das Mittel erreicht werden können soll.“ (Mehring, Aus dem literarischen Nachlass . . ., Stuttgart, 1902, Band IV, Seite 134). Ganz ähnlich, wie in dem Brief an Hess, drückte sich Lassalle auch in einer Anmerkung zu seinem „Bastiat-Schulze von Delitzsch“ aus. (Vergleiche Bernsteins Lassalle-Ausgabe, Band III, Seite 220.)

Lassalleschen Lehren in der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie gezeigt. Sobald diese reif war, über Lassalle hinauszuschreiten, musste sie Bahnen einschlagen, die von ihm wegführten. Eine Weiterentwicklung seiner Prinzipien stellte sich als unmöglich heraus.

Aber auch in einer anderen Hinsicht musste sich Lassalles Agitation von der Louis Blancs wesentlich unterscheiden, und das war die Stellung gegenüber dem liberalen Bürgertum. In den grossen Wahlrechtskämpfen, die in England in den ersten Dreissiger-, in Frankreich in den Vierzigerjahren ausgefochten wurden, ging das Proletariat mit grossen Teilen des Bürgertums Hand in Hand vor, und dieses Bürgertum schreckte nicht vor revolutionären Mitteln zurück. Doch zwischen jener Zeit und der Lassalles lag die Junischlacht. In diesem furchtbaren Ringen war das Proletariat besiegt, die Bourgeoisie aber für alle Zeiten entmannt worden. Charakteristisch dafür, wie sehr das auch beim deutschen Bürgertum der Fall war, ist die folgende Stelle aus dem Protokoll der Ausschusssitzung des Nationalvereines vom 1. Februar 1863¹⁾, also ganz kurz vor Lassalles „Offenem Antwortschreiben“:

„Der Herr Vorsitzende (Bennigsen) sprach sich, resümierend, seinerseits mit Nachdruck dahin aus, wie der Nationalverein sich sehr wohl hüten müsse, die anhebende Arbeiterbewegung zu unterschätzen, sie könne bald solche Ausdehnung und Organisation gewinnen, dass dieselbe unter Umständen ein bedenkliches, bei gesunder Entwicklung dagegen ein ebenso praktisch nützlich Gewicht in die Wagschale legen werde.

Und dementsprechend wurde denn auch beschlossen, dass die Arbeiterbewegung vom Nationalverein zwar nicht direkt und offiziell, wohl aber mittelbar durch seine Mitglieder und Leiter im Interesse gesunder mit der nationalen Bewegung im harmonischen Zusammenhang bleibender Entwicklung zu fördern sei.“

Mit der politischen Kraft dieses Bürgertums war also nicht zu rechnen; aus eigener Kraft aber konnte das damalige noch so unentwickelte und schwache Proletariat dem Staat nichts abtrotzen. Im Kampf mit der Regierung konnten daher jene raschen Erfolge nicht erzielt werden, die Lassalle schon aus Rücksichten der Agitation für unbedingt erforderlich hielt. Unter diesen Umständen musste ihm der Weg verlockend erscheinen, den Wagener schon

¹⁾ Mitgeteilt von Oncken a. a. O., Seite 124 ff.

Eichler angedeutet hatte, das Zusammengehen mit der Regierung. Und einem Manne wie Lassalle mochte dieser Weg um so gangbarer erscheinen, als er im unbeschränkten Glauben an die Macht der eigenen Persönlichkeit damit rechnete, wohl Herrn v. Bismarck als das Werkzeug seiner Pläne zu benutzen, nicht aber sich von ihm zu Regierungszwecken benutzen zu lassen. Zwar hatte er selbst schon vier Jahre vorher in seinem „Sickingen“ betont, wie gefährlich es ist, „in grossen Dingen schlaue zu sein“, aber wie so oft, befolgte auch hier der Arzt nicht die Vorschriften, die er anderen verordnete. In dem grossen persönlichen Duell, als dass er seinen Kampf mit Bismarck auffasste, hoffte er zuversichtlich, Sieger zu bleiben, und das um so mehr, als dem Kanzler bei den bevorstehenden gewaltigen Kämpfen und Erschütterungen jede Hilfe willkommen sein, er sich daher zu jeder Gegenleistung verstehen musste.

Dass aber ungeheure Umwälzungen im sozialen und politischen Leben Europas unmittelbar bevorstanden, das fühlte und erkannte damals jedermann, und diese Erkenntnis war auch eines der wesentlichsten treibenden Motive bei der Gründung der „Internationalen Arbeiterassoziation“.

II. Die Inauguraladresse und die Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Nachdem in der Versammlung in St. Martins Hall in London am 28. September 1864 die „Internationale Arbeiter-Assoziation“ gegründet worden war, wurde ein Komitee, dem auch Marx angehörte, mit der Ausarbeitung einer Prinzipienklärung und von Vereinsstatuten betraut. In einem jetzt veröffentlichten Brief an Engels vom 4. November 1864 legt Marx die genauen Umstände der Abfassung dar, insbesondere auch, wieso es zu zwei getrennten Schriftstücken kam, die aber im Wesen zusammengehören. Die Inauguraladresse bildet eine Einleitung zu den Statuten. In diesem Briefe deutet Marx auch an, von welchen Gesichtspunkten er bei der Gestaltung dieser Prinzipienklärung ausging.

„Es war sehr schwierig,“ heisst es dort, „die Sache so zu halten, dass unsere Ansicht in einer Form erschien, die sie dem jetzigen Standpunkt der Arbeiterbewegung acceptable¹⁾ machte.

¹⁾ Annehmbar.

Dieselben Leute werden in ein paar Wochen Meetings mit Bright und Cobden für Stimmrecht halten. Es bedarf Zeit, bis die wiedererwachte Bewegung die alte Kühnheit der Sprache erlaubt. Nötig fortiter in re, suaviter in modo ¹⁾“.

Es handelte sich also darum, die Momente hervorzuheben, die in jeder der selbständig entstandenen Arbeiterbewegungen eine Rolle spielten und in der Richtung der von Marx und Engels gelehrten Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zum Sozialismus lagen. Die Aufgabe war insofern schwierig, als die Entwicklung in den einzelnen Ländern sehr verschiedene Wege gegangen, auf sehr verschiedenen Stufen angelangt war und von sehr verschiedenen Ideologien beherrscht wurde. Sollten diese so weit auseinanderstrebenden Elemente zu einem leistungsfähigen Verband vereinigt werden, dann mussten diejenigen Momente zunächst in den Hintergrund gerückt werden, die einen unmittelbaren Anstoss zu Streit gegeben hätten. Das ist wohl der Grund, warum in der Adresse von den Gewerkschaften nicht gesprochen wird; denn der Gewerkschaftsgedanke wäre sofort bei den französischen Proudhonisten und bei den deutschen Lassalleanern auf den heftigsten Widerspruch gestossen. Andererseits mussten nicht nur die Punkte hervorgehoben werden, in denen halbwegs Einigkeit herrschte, sondern die Forderungen der einzelnen Nationen mussten zugleich von dem Standpunkt der Marxschen Entwicklungslehre aus beleuchtet werden.

Die Inauguraladresse unterscheidet sich daher nicht nur in der Form, sondern auch im Inhalt sehr wesentlich vom Kommunistischen Manifest. Hatte dieses einen kurzen Abriss der Auffassungen seiner beiden jugendlichen Verfasser gegeben, so formulierte die Adresse jene tatsächlich in den verschiedenen Arbeiterbewegungen bereits aufgestellten Forderungen, welche mit Marx' Auffassungen nicht im Widerspruch standen, und in der Weise, dass dabei zwar die Vorurteile und Empfindlichkeiten der Arbeitervertreter geschont wurden, diese Forderungen aber doch eine Kritik vom Marxschen Standpunkt erfuhren.

Auch die Adresse beginnt mit einer historischen Darstellung, in der aber nicht wie im Kommunistischen Manifest der Klassenkampf als das beherrschende Prinzip der Weltgeschichte gezeigt wird, sondern in der die Klassengegensätze demonstriert werden,

¹⁾ Stark in der Sache, gemässigt in der Form.

wie sie sich im Laufe der letzten Jahrzehnte, vor allem in England, dem Lande der höchsten industriellen Entwicklung, herausgebildet hatten. Der „berauschenden Vermehrung von Reichtum und Macht der besitzenden Klassen,“ wie sie Gladstone festgestellt hatte, wird das furchtbare Elend des Proletariats gegenübergestellt und konstatiert, dass „auf der falschen Grundlage des Bestehenden jede frische Entwicklung der schöpferischen Kraft der Arbeit nur dahin zielt, die sozialen Gegensätze zu vertiefen und den sozialen Konflikt zu schärfen.“

Trotz all dieses Elends und trotz der politischen Niederlagen des Proletariats in dieser Zeit findet die Adresse doch einige „entschuldigende Charakterzüge“, so vor allem die Erringung des Zehnstundengesetzes in England, die andere soziale Gesetze auch auf dem Kontinent nach sich zog. Doch Marx findet nicht nur die unmittelbare günstige Wirkung auf das Wohlbefinden der Proletarier als charakteristisch für diese Gesetzgebung; er wertet sie auch als den Sieg der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse, der durch soziale Voraussicht¹⁾ geregelten sozialen Produktion, über die politische Ökonomie der Bourgeoisie, über die unbeschränkte Wirksamkeit von Angebot und Nachfrage. Marx erklärt also hier, allerdings ohne das Wort auszusprechen, die Sozialreform geradezu für ein Stück Sozialismus. Insofern könnten sich die heutigen Fabier auf Marx als ihren Gewährsmann berufen. Der gewaltige Unterschied bleibt allerdings bestehen, dass Marx nicht geglaubt hat, der Sozialismus lasse sich auf diesem Wege stückweise, sozusagen in homöopathischen Dosen, verwirklichen. Worauf es ihm hier ankam, war zu zeigen, dass die Arbeiterschutzgesetze ein wichtiger Ansatz zur Neugestaltung der Gesellschaft sind, dass in ihnen ein erster Schritt zur Regelung der Produktion durch vorschauenden Eingriff der organisierten Gesellschaft zu erblicken ist. Das Wort Sozialismus, das bei den englischen Gewerkschaften und auch bei manchen französischen Proudhonisten Anstoss erregt hätte, wird hier gar nicht ausgesprochen, und doch wird für den Sozialismus Propaganda gemacht.

Als noch wichtiger in dieser Hinsicht bezeichnet die Adresse die Kooperativbewegung, vor allem die „auf dem Prinzip der Ko-

¹⁾ Die gebräuchliche Uebersetzung „soziale Fürsorge“ (im Originaltext heisst es „social foresight“), erweckt leicht den falschen Anschein, als ob hier soziale Mildtätigkeit gemeint sei, was natürlich den Sinn der ganzen Stelle verändern würde.

operation beruhenden Fabriken“, also produktivgenossenschaftliche Grossbetriebe. Hier begab sich Marx auf ein sehr heikles Gebiet; denn gerade auf die Produktivgenossenschaften wurden damals in der Arbeiterwelt die grössten Hoffnungen gesetzt, an sie knüpften sich die grössten Illusionen, in ihnen, besonders wenn sie vom Staate unterstützt wurden, erblickte man die Verwirklichung des sozialen Ideals. Auch Marx erklärt, „der Wert dieser grossen sozialen Experimente könne nicht hoch genug veranschlagt werden.“ Aber er erblickt ihren Wert nicht darin, dass sie den Sozialismus schon verwirklichen; er rühmt ihnen vielmehr nach, dass sie „durch die Tat, nicht durch blosser Gründe, bewiesen haben, dass Produktion in grossem Masstab und in Uebereinstimmung mit den Geboten moderner Wissenschaft stattfinden kann, ohne die Existenz einer Klasse von Meistern, die eine Klasse von Arbeitshänden beschäftigt; dass die Arbeitsmittel, um Früchte zu tragen, nicht als ein Werkzeug der Herrschaft über und der Ausbeutung gegen den Arbeitenden selbst monopolisiert zu werden brauchen; und dass Lohnarbeit, wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenschaft, nur eine vorübergehende und untergeordnete Form ist, die, dem Untergang geweiht, verschwinden muss vor der assoziierten Arbeit, welche ihre schwere Aufgabe mit williger Hand, leichtem Sinn und fröhlichem Herzen erfüllt.“

Hier sieht man abermals deutlich die Grundgedanken der Marxschen Theorie durchschimmern, indem die Adresse zeigt, was der wirkliche Wert der genossenschaftlichen Experimente ist: sie sind nicht selbst Sozialismus, aber sie zeigen anschaulich, dass Sozialismus möglich ist. Ja, Marx lässt sofort erkennen, dass die erstere Auffassung gerade zu reaktionären Utopien führt. Denn als gelegentliche Versuche einzelner Arbeiter seien die Produktivgenossenschaften niemals imstande, „das Wachstum des Monopols in geometrischer Progression aufzuhalten, die Massen zu befreien oder auch nur die Wucht ihres Elends merklich zu erleichtern . . . Um die gewerb-tätigen Massen zu retten, muss die Kooperativarbeit zu nationalen Dimensionen entwickelt und, folgerichtig, durch Mittel der Gesellschaft¹⁾ gefördert werden.“

¹⁾ Im englischen Original steht hier: „national means“. Die gebräuchliche Uebersetzung mit „Staatsmittel“ ist irreführend. Ebenso wäre es auch nach deutschem Sprachgebrauch die wörtliche Uebersetzung „nationale Mittel“ oder „Mittel der Nation“. Unter „nation“ ist hier die Gesamtheit der Bevölkerung verstanden.

Marx denkt hier offenbar an das Projekt Lassalles; das wird noch deutlicher aus dem, was sich an diesen Satz unmittelbar anschliesst. Es heisst da: „Dagegen aber werden die Herren des Grundbesitzes und des Kapitals stets ihre politischen Privilegien zur Verteidigung und Vereinigung ihrer ökonomischen Monopole aufbieten. Weit entfernt davon, der Emanzipation der Arbeit Vorschub zu leisten, werden sie fortfahren, ihr jedes nur mögliche Hindernis in den Weg zu legen.“ Obwohl Marx dies an einem englischen Beispiel erläutert, ist doch wohl kaum zu bezweifeln, dass er mit der Warnung vor der Illusion, in den „Grundbesitzern“ mögliche Helfer zur gesellschaftlichen Förderung von Produktivgesellschaften zu erblicken, auf Lassalles Versuch abzielt, die Unterstützung der preussischen Junkerregierung für seine Pläne zu gewinnen.

Da aber vorauszusehen sei, dass keine bürgerliche Klasse oder Partei die Forderungen des Proletariats erfüllen wird, „ist es Pflicht der arbeitenden Klassen, politische Macht zu erobern.“ Zu diesem Zweck müssen sie sich international zusammenschliessen.

Was in der „Adresse“ historisch entwickelt worden, das wird in der Einleitung zu den Statuten knapp zusammengefasst. Auch hier wird nicht direkt von Sozialismus gesprochen, dieser aber noch deutlicher propagiert als in der Adresse. Es sind die Grundgedanken des Kommunistischen Manifests, die hier vorgetragen werden; die Emanzipation der arbeitenden Klassen durch sich selbst im Kampfe um die Abschaffung aller Klassenherrschaft, die auf dem Monopol an den Produktionsmitteln beruht, dieser „Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und politischen Abhängigkeit,“ die Unterordnung der politischen Bewegung als blosses Hilfsmittel unter das grosse Ziel der ökonomischen Emanzipation der arbeitenden Klasse und die Notwendigkeit des engen internationalen Zusammenschlusses des Proletariats, alle diese Grundzüge der Marxschen Lehre werden hier in wenige Sätze knapp zusammengefasst, doch trotz dieser Knappheit in einer Form, die keine der zur Internationale zusammengefassten Arbeiterbewegungen verletzte, obgleich keine auf dem Standpunkt Marx' stand, und die auch von den Angehörigen aller dieser Richtungen, von den englischen Gewerkschaftern und Genossenschaftlern, von den französischen Proudhonisten und Blanquisten, von den Anhängern Mazzinis in Italien und von den deutschen Lassalleanern bereitwilligst akzeptiert wurde, die aber

doch weder dem Prinzip noch der Würde des Verfassers irgend etwas vergab. Obwohl die Worte in Adresse und Statuten nicht genannt werden, fiel es Marx nicht ein, Sozialismus und Kommunismus zu verleugnen, wie es zum Beispiel Lassalle in seinem offenen Antwortschreiben getan,¹⁾ ebensowenig aber schmeichelte er auch den Vorurteilen, Liebhabereien oder Illusionen der nationalen Arbeiterbewegungen. Marx hat in der Adresse und in den Statuten ein Musterbeispiel seiner Methode der Agitation gegeben, die er später in dem bekannten Briefe an Schweitzer vom 13. Oktober 1868²⁾ in Gegensatz stellte zur Sektenbewegung der Lassalleaner. „Die Sekte“, heisst es dort, „sucht ihre *raison d'être*, ihren *point d'honneur*, nicht in dem, was sie mit der Klassenbewegung gemein hat, sondern in dem besonderen Schiboleth, das sie von ihr unterscheidet.“

III. Ideologische und materialistische Politik.

Die bewusste Abhängigkeit von der und Anpassung an die Massenbewegung ist überhaupt der Schlüssel zum Verständnis der Marxschen Politik und Taktik. Diese sind eben bedingt durch die Grundanschauung vom Gang der politischen Entwicklung, wie sie Marx herausgebildet hatte, wonach „die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen“ ist, die Politik also nicht durch die Ideen Einzelner beherrscht wird, sondern durch die Interessen und die durch diese bedingten Vorstellungen und Ideen der Klassen.

Allerdings finden sich verwandte Gedanken auch schon bei einzelnen von Marx' Vorgängern. Saint-Simon hatte bereits erkannt, dass die Geschicke der Völker von den Klassenkämpfen in ihrem

¹⁾ „Nichts ist weiter entfernt“, sagt dort Lassalle, „von dem sogenannten Sozialismus und Kommunismus als diese Forderung (der Produktiv-Assoziationen mit Staatshilfe), bei welcher die arbeitenden Klassen ganz wie heute ihre individuelle Freiheit, individuelle Lebensweise und individuelle Arbeitsvergütung beibehalten und zu dem Staat in keiner anderen Beziehung stehen, als dass ihnen durch ihn das erforderliche Kapital respektive der erforderliche Kredit zu ihrer Assoziation vermittelt wird.“

²⁾ Wieder abgedruckt in J. B. v. Schweitzer „Politische Aufsätze und Reden“, herausgegeben von Fr. Mehring. Berlin 1912, Seite 279 ff.

Schosse abhängig sind; aber er hatte von der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft erwartet, dass sie das von ihm erhoffte Reich des neuen Christentums, der allgemeinen Bruderliebe, aufrichten werde. Die Lohnarbeit, der Unterschied zwischen Armen und Reichen, erschien ihm als wirtschaftliche Notwendigkeit, die aber mit einträchtig-brüderlichem Zusammenleben wohl verträglich sei, ja, unter der Herrschaft des industriellen Systems diese Eintracht geradezu herbeiführe, denn die Interessen aller „Industriellen“, der Unternehmer wie der Arbeiter, seien in Harmonie.

Andererseits hatte Fourier in seiner kühnen Geschichtskonstruktion bereits vorausgesagt, dass sich aus der Zivilisation seiner Zeit eine Epoche des merkantilen Feudalismus, der Abhängigkeit der Gesellschaft von den Kapitalmagnaten und ihren Verbindungen entwickeln, auf diese aber die Zeit des „Garantismus“, das heisst der gegenseitigen Unterstützung durch Versicherungen u. s. w., und endlich das Reich der sozialen Harmonie, des Sozialismus, folgen werde.

Doch die Schüler dieser beiden grossen Denker waren weit davon entfernt, ihnen auf diesen Bahnen zu folgen. Für sie hatte das Studium der Oekonomie, so weit sie sich überhaupt damit abgaben, nicht den Zweck, die Bewegungsgesetze der Gesellschaft zu erforschen, sondern Mittel zu finden, wie der angestrebte Idealzustand der Gesellschaft zu verwirklichen wäre.

Auch eine Reihe englischer Sozialtheoretiker erkannte in den Zwanziger- und Dreissigerjahren den Klassenkampf als das treibende Moment in der Geschichte, und sie erkannten auch, dass die industrielle Entwicklung zu einer Vernichtung der kleinen Unternehmungen durch die grossen und zu einer Verschärfung der Klassengegensätze führe. Sie vereinigten also insofern die Gedanken Saint-Simons mit denen Fouriers. Aber sie erblickten in dieser Entwicklung nicht die notwendige Vorbedingung zur Sozialisierung der Gesellschaft. Diese Perspektive verschärfter Klassengegensätze und Klassenkämpfe erschien ihnen vielmehr als etwas Entsetzenerregendes und sie wiesen auf sie hin, um die Gesellschaft ihrer Zeit noch rechtzeitig zur Umkehr zu mahnen. Nicht die jenseits der kapitalistischen Konzentration liegende Vergenossenschaftung der sozialen Wirtschaft war das Ziel ihres Strebens, sondern die Bildung von selbständigen kleinen Einzelwirtschaften (zum Beispiel bei O'Connor) oder von Genossenschaften von Kleinproduzenten (zum Beispiel bei O'Brien).

Lag aber in der Richtung der natürlichen Entwicklung nicht der Sozialismus, sondern Not und feindliche Zerklüftung der Gesellschaft, dann musste alles aufgeboten werden, um diese Entwicklung aufzuhalten, sie in andere Bahnen zu lenken. Dieser Gedanke ist bestimmend für alle Sozialisten der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, für die revolutionären wie für die friedlichen, für Baboeuf, Blanqui und Weitling ebenso wie für Owen, Enfantin, Cabet oder Proudhon. Der Revolutionär wurde durch diesen Gedanken dazu gedrängt, um jeden Preis möglichst bald loszuschlagen, denn jeder Tag mehrte die Macht des Gegners. Der Reformers musste wenigstens einen Teil der herrschenden Klassen möglichst rasch zu gewinnen suchen, ehe es für einen friedlichen Ausgleich zu spät war. Daher die ewige Unsicherheit, das Schwanken zwischen überschäumenden Hoffnungen und verzweifelndem Kleinmut bei vielen Revolutionären und die phantastischen Illusionen der Reformers, die durch die Ausmalung der von ihnen ersonnenen Idealverfassungen und anderseits der bevorstehenden Schrecken der weiteren sozialen Entwicklung die Nutzniesser der Ausbeutung von deren Verderblichkeit, Ungerechtigkeit und Ueberflüssigkeit zu überzeugen suchten. Auf jeden Fall aber war die individuelle Aktion des betreffenden sozialistischen Politikers in den Vordergrund gerückt. Erfolg oder Misserfolg der von ihm ins Leben gerufenen Bewegung hing in erster Linie von seinem Scharfsinn, seiner Energie, seiner Geschicklichkeit ab, in zweiter Linie von den persönlichen Eigenschaften seiner Anhänger, von ihrer Einsicht, ihrem Mut, ihrer Treue.

Auch Lassalle, der sich selbst als Marx' Schüler bezeichnete, konnte sich doch von dieser ideologischen, ursprünglich auf kleinbürgerliche Vorstellungen begründeten Anschauungsweise nicht frei machen. Verschiedene Momente wirkten bei ihm in dieser Richtung zusammen; sein auf die Auswirkung und Geltendmachung seiner Individualität gerichtetes Naturell konnte ihm eine Auffassung nicht sympathisch erscheinen lassen, die die Persönlichkeit hinter der Masse, die freie Entschliessung des „Führers“ hinter der Wirksamkeit sozialer Gesetzmässigkeit zurücktreten liess. Dazu kam die bestechende Wirkung der Hegelschen Dialektik. Lassalle, der in seinem Hauptwerk bei der Untersuchung des römischen Erbrechts von den ökonomischen Verhältnissen und Klassenkämpfen Roms, die ihren Ausdruck im römischen Familien- und Erbrecht gefunden, vollständig absah und das ganze römische Erbrecht bis

in die kleinsten Details, mit allen Senatuskonsulten, die das Noterbrecht regelten u. s. w. aus der Idee der Fortwirkung des persönlichen Willens nach dem Tode streng nach Hegelscher Manier entwickelte, er konnte auch die Fragen der Politik nicht anders als ideologisch betrachten. Endlich wirkte auch noch in derselben Richtung der Umstand, dass Lassalle bei seiner Agitation vor sich nicht Fabrikproletarier sah, sondern Handwerker und Heimindustrielle, also Angehörige überlebter, zum Tode verurteilter Wirtschaftsformen, die für eine Entwicklungstheorie wenig Verständnis gezeigt hätten, die ihnen das Ziel der Sehnsucht erst jenseits der traurigen Wüste kapitalistischer Verelendung zeigte.

Alle diese Momente wirkten zusammen, um Lassalle in die verhängnisvolle Bahn zu drängen, die er mit seiner Agitation einschlug. Bei der Aufstellung seines Programms fragte er sich nicht, ob das Proletariat, an das er sich wandte, und dessen Bedürfnissen der Vorschlag von Produktivassoziationen mit Staatshilfe entsprach, ob dieses Proletariat entwicklungsfähig sei und ob sich in diesem Fall seine höheren Forderungen in der eingeschlagenen Richtung über das von ihm aufgestellte nächste Ziel hinaus entwickeln würden. Für ihn handelte es sich vielmehr um die Frage, ob in dem vermutlich unmittelbar Verwirklichbaren, das er vorschlug, „bereits das ganze Prinzip enthalten sei“, das dann zu den weiteren Konsequenzen führe. Das „Prinzip“ der Vergesellschaftung ist allerdings in der Genossenschaftsbildung enthalten; aber praktisch führte der Weg des Proletariats nicht über dieses nächste Ziel hinaus, sondern an ihm vorbei, wie die spätere Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bewies¹⁾.

¹⁾ Wie wenig dieses „ganze Prinzip“ auch für das Bewusstsein der Zeitgenossen in dem gewählten Mittel enthalten war, geht auch aus einem Artikel hervor, den Lassalles begabtester Schüler, v. Schweitzer, am 1. April 1866 im „Sozialdemokrat“ veröffentlicht. (Vergleiche J. B. v. Schweitzer, „Politische Aufsätze und Reden“, Berlin 1912, Seite 109 fg.) Es heisst dort:

„Dagegen gehen die Ansichten in dem Punkt auseinander, wo es sich um die Frage handelt, ob das Endziel der sozialdemokratischen Partei sicherer oder überhaupt nur erreicht werden könne, dadurch: dass man der Bourgeoisie selbst zur Herrschaft ver helfe und die sozialen Jammerzustände, wie sie heute sind, sich in ihre äussersten Konsequenzen entwickeln lasse, oder ob eine Umgestaltung der sozialen Verhältnisse in unserem Sinn vielmehr nur gesichert oder möglich sei dadurch: dass man die Herrschaft jener Klasse zu verhindern und eine allmähliche Aenderung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft herbeizuführen suche.

Noch gefährlicher aber, als diese Ueberschätzung des Genossenschaftsgedankes sollte für Lassalle seine rein ideologische Wertung des Staates werden, in dem er nicht ein Herrschaftsinstrument der ausbeutenden Klassen sah, sondern eine selbständige, über Klassen und Parteien schwebende Wesenheit.

Wie sich aus diesen beiden Irrtümern folgerichtig die verfehlte Taktik Lassalles ergab, das zeigte Marx schon in dem bereits zitierten Brief an Schweitzer:

„Viel zu intelligent, um diese Parole [der Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe] für etwas anderes als ein transitorisches pis aller [Aushilfsmittel] zu halten, konnte er sie nur durch ihre unmittelbare (angebliche!) practicability [Durchführbarkeit] rechtfertigen. Zu diesem Behufe musste er ihre Ausführbarkeit für die nächste Zukunft behaupten. Der »Staat« verwandelte sich daher in den preussischen Staat. So wurde er [Lassalle] zu Konzessionen an das preussische Königtum, die preussische Reaktion (Feudalpartei) und selbst die Klerikalen gezwungen.“

Lassalle selbst hat, worauf übrigens auch schon Bernstein hinwies, die Gefahren, ja die Verwerflichkeit einer solchen Taktik in einem Brief an Marx vom 6. März 1859 gelegentlich einer Auseinandersetzung über sein Drama zwar in etwas ideologischer Form, aber doch im ganzen sehr treffend aufgezeigt:

„Die ewige Stärke aller herrschenden, eine bestehende Ordnung verteidigenden Klassen liegt in der nicht zu täuschenden, durchgearbeiteten Bewusstheit, mit welcher sie ihr Klasseninteresse, eben weil es ein bereits herrschendes, ausgearbeitetes ist, durchdringt.

„Die ewige Schwäche einer jeden berechtigten revolutionären Idee, die sich zur Praxis kehren will, liegt in dem Mangel an Bewusstheit seitens der Glieder der ihr zugetanen Klassen, deren Prinzip noch nicht verwirklicht ist, sowie in dem hiemit zusammenhängenden Mangel an Organisation der ihr zu Gebote stehenden Mittel . . .

„Lassalle hat bekanntlich die zuletzt genannte Richtung verfolgt und der deutschen Arbeiterwelt empfohlen, die ihr auch, soweit in Deutschland von sozialdemokratischen Arbeitern gesprochen werden kann, bis zum heutigen Tage gefolgt ist und — voraussichtlich — auch weiter folgen wird.“

Schweitzer erblickte also in Lassalles Vorschlag nicht die Ansätze zu einer Politik, wie sie das Kommunistische Manifest eingeschlagen hatte, sondern zu einer Politik, wie sie vor 15 Jahren etwa Herr Naumann vertrat.

„Unter diesen Umständen scheint es ein Triumph übergreifender realistischer Klugheit seitens der Revolutionsführer, mit den gegebenen endlichen Mitteln zu rechnen, die wahren und letzten Zwecke der Bewegung anderen (und beiläufig eben dadurch häufig sogar sich selbst) geheim zu halten, und durch diese beabsichtigte Täuschung der herrschenden Klassen, ja durch die Benützung dieser, die Möglichkeit zur Organisation der neuen Kräfte zu gewinnen, um so durch das klug erlangte Stück Wirklichkeit die Wirklichkeit selbst dann zu besiegen . . .

„Jeder Zweck kann nur durch das seiner eigenen inneren Natur Entsprechende, und darum also können revolutionäre Zwecke nicht durch diplomatische Mittel erreicht werden . . .

„Es muss also zuletzt kommen, dass solche Revolutionsrechner, statt die getäuschten Feinde nicht vor sich und die Freunde hinter sich zu haben, zuletzt umgekehrt die Feinde vor sich und die Anhänger ihres Prinzips nicht hinter sich haben. Der scheinbar höchste Verstand hat sich so in der Tat als höchster Unverstand erwiesen. Es ist übrigens nur sehr natürlich, dass, je mehr die Individuen Geltung und Position im Bestehenden, Scharfblick, Klugheit und Bildung besitzen, sie um so leichter in den Fehler dieser verhängnisvollen, sich realistisch dünkenden Verständigkeit verfallen werden.“

Enthalten diese Worte schon das bündigste Urteil über Lassalles eigene Politik und Taktik, so sind sie vollends seinem Schüler und Nachfolger Schweitzer wie auf den Leib geschrieben.

„Wir müssen durchaus erst zu erstarren suchen und dürfen es daher mit der Regierung noch nicht verderben“, schrieb Schweitzer am 4. Februar 1865 an Marx. Aber bekanntlich beschränkte sich Schweitzer nicht darauf „es mit der Regierung noch nicht zu verderben“, sondern er suchte sich geradezu mit ihr gutzustellen, sie für seine Zwecke zu gewinnen, womit er allerdings ja nur die Politik seines Meisters fortsetzte. Hatte dieser bereits in seiner Verteidigungsrede im Hochverratsprozess vom 12. März 1864 das Königtum von Gottes Gnaden verherrlicht auf Kosten des Königtums von Revolutions Gnaden¹⁾, aber auch im Gegensatz zur „Clique“ der parlamentarischen Opposition, und hatte er in seiner Ronsdorfer Rede auf die Regierung einzuwirken

¹⁾ Vergleiche Bernsteins Lassalle-Ausgabe, Band II, Seite 818 f.

gesucht, indem er Wilhelm I. als den Fürsten der sozialen und politischen Reform pries¹⁾, so war in allen diesen Stücken die Artikelserie Schweitzers „Das Ministerium Bismarck“ (27. Jänner bis 1. März 1865) nur die Fortsetzung der Politik Lassalles. Auch hier wird der Parlamentarismus als „Regiment der Mittelmässigkeit“, als „machtloses Gerede“, der „kühnen Initiative“, der „bewältigenden Tat“ des Caesarismus gegenübergestellt, auch hier wird „der Hohenzoller Wilhelm“ persönlich verherrlicht, auch hier wird einem „wahrhaft preussischen Ministerium“ zu suggerieren gesucht, dass es selbst zur Erreichung seines Zieles die Forderungen der Arbeiterschaft durchführen wolle.

Gerade diese Naivität, die glaubt, den Gegner über seine eigenen Klasseninteressen täuschen und ihm Massregeln einreden zu können, die der betreffende Politiker für sich selbst oder im Interesse der von ihm vertretenen Klasse oder Partei wünscht, ist charakteristisch für jene ideologische Auffassung, die glaubt, die Geschichte werde in den Kabinetten der Minister und in den Couloirs der Parlamente gemacht und durch die persönliche Schlaueit der grossen Staatsmänner, voran natürlich durch ihre eigene, entschieden. In Schweitzer war von allen Führern der modernen Arbeiterbewegung seit Lassalle dieser Typus am stärksten ausgeprägt, wenn er auch keineswegs mit ihm zu Grabe getragen wurde. Diese Veranlagung, die ihn in der Politik vor allem eine persönliche Kunst sehen liess, war es wohl auch, die ihm Macchiavelli so nahe brachte, Wie immer man über die Absicht und die Moral des „Principe“ urteilen mag; das Entscheidende, was den Charakter dieser Schrift bestimmt, liegt nicht in ihnen, sondern eben in dieser grundlegenden Auffassung, dass der Politiker die Geschichte „macht“. Welcher Mittel er sich zu diesem Zweck bedient, ist eine sekundäre Frage. Das Wesentliche ist, dass das Wohl und Wehe des Staates, das Geschick des Volkes abhängig erscheint von den persönlichen Fähigkeiten und Absichten des leitenden Politikers. Das war es jedenfalls, was Schweitzer vor allem an dem Werk des Italieners fesselte und anzog, diese Grundauffassung war es, die seine Politik beherrschte, sie war es, die ihn dem Abgrund entgegentrieb.

Gustav Mayer hat in seiner liebevollen Biographie Schweitzers diesen Zug scharf herausgearbeitet²⁾:

¹⁾ Eubenda, S. 867.

²⁾ Gustav Mayer, „Johann Baptist v. Schweitzer und die Sozialdemokratie“. Jena 1909, Seite 183.

„Für Schweitzer bedeutete politische Betätigung eine Filigranarbeit des Verstandes, eine Akrobatik des Geistes, eine Befriedigung des Hungers nach Macht und Anerkennung . . . Schweitzer erfüllte weit mehr mit staunender Bewunderung die überraschungsreiche Politik Bismarcks, als mit Befriedigung dessen patriotische Leistung, an der er Grosses auszusetzen fand. Er war sich bewusst, dass er in die Motive dieses fleischgewordenen „Principe“ Macchiavellis viel tiefer eindrang und die Feinheiten seines Metiers weit fachmännischer würdigte, als die grosse Sippe der Stimmungspolitiker und Erfolgsanbeter . . . Wie einst sein Vorgänger und Meister, so wollte er auch dem Gewaltigen gegenüberstehen, und selbst, wenn jener seine Bedeutung nicht erkannte, so wollte er in sich das Gefühl befestigen: „anch' io sono pittore!“

Diese Politik ist aber nicht nur für den Führer einer demokratischen Bewegung ganz ungeeignet, sie ist auch für ihn in jeder Hinsicht höchst gefährlich, und gerade dafür bietet das traurige Geschick Schweitzers ein sprechendes Beispiel. Jede Virtuosität hat die Tendenz, Selbstzweck zu werden. Auch in der Politik gibt es ein *L'art pour l'art*. Die Ausbildung dieses politischen Virtuositums führt aber immer mehr dazu, die tatsächlichen Grundlagen der Politik aus dem Auge zu verlieren, durch Schlaueit und Skrupellosigkeit, genannt „Realpolitik“, offenbar, weil sie von völlig unrealen Voraussetzungen ausgeht und zu unrealen Zielen führt, Erfolge erzwingen zu wollen, für die alle Voraussetzungen fehlen. Nur so ist wohl die verwegene demagogische Politik Schweitzers anlässlich der Wahlen von 1867 zu verstehen.

Nicht nur dass seine allgemeine Wahlparole die Empfehlung des prinzipienlosesten Kuhhandels enthielt, die, wie Mehring sagt, in der Parteigeschichte einzig dasteht, in seinem eigenen Wahlkreis gab er für die Stichwahl die Parole der Wahlenthaltung aus, empfahl aber zugleich in vagen Andeutungen die Wahl Bismarcks. Als dann diese erfolgt war, bezeichnete er öffentlich die Stimmenabgabe seiner Anhänger als einen „verhängnisvollen Schritt“, der in sich „den Keim einer unheilvollen Spaltung der vorwärtsdrängenden Elemente“ berge. Das hinderte ihn aber nicht, als er mit dem liberalen Gneist bei der Nachwahl in Stichwahl kam, die konservativen Stimmen als Gegenleistung dafür zu beanspruchen, dass seine Wähler bei der ersten Wahl für Bismarck gestimmt hätten¹⁾.

¹⁾ Vergleiche Schweitzer a. a. O., Seite 201, 204 und Mayer a. a. O., Seite 194.

Doch nicht nur innerlich scheiterte Schweitzer an dieser Virtuosenpolitik, sondern auch äusserlich. Um sie durchführen zu können, musste er den Verein, an dessen Spitze er stand, als blindes Werkzeug in der Hand haben. Schweitzers Diktatur aber wurde sein Verhängnis.

Besonders schwer jedoch rächte sich an Schweitzer, dass er die Wahrheit nicht erkannte, die Viktor Adler gelegentlich aussprach¹⁾: „Ich bekenne, dass ich es für einen gewichtigen, ja ausschlaggebenden Einwand halte, wenn gegen irgendeinen taktischen Schritt geltend gemacht werden kann, die Masse der Partei werde ihn nicht verstehen . . . Und wenn gesagt wird, wir hätten eben die Masse zu belehren und zu erziehen, so sage ich, dass es mindestens ebenso oft notwendig ist, von der Masse zu lernen, dass sozialdemokratische Führer genau so viel Gewicht haben, als sie Vertrauen des Proletariats besitzen . . ., dass die fernerstehende Masse tatsächlich oft richtiger empfindet, wie der vorgeschobene Posten, der durch die Nähe, durch hundert Details, durch die Folgen seiner eigenen Handlungen beirrt wird. Gewiss sollen wir womöglich nicht weniger intelligent sein, als die Masse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, aber fast ebenso schlimm wäre es, wenn wir sehr viel pfiffiger sein wollten als sie.“

Gerade in der letzten Zeit ist der alte Streit wieder aufgelebt, ob Schweitzer von Bismarck bestochen war oder nicht. Entschieden wurde er nicht und wird es wohl auch nicht mehr. Aber dass dieser Verdacht sich so hartnäckig behaupten und festsetzen konnte, das hatte Schweitzer sicherlich vor allem dieser Methode seiner Politik zu danken, die „sehr viel pfiffiger“ sein wollte als die Arbeiterschaft.

Allerdings waren die Versuchungen für Schweitzer sehr stark gewesen. Zu seiner natürlichen Veranlagung und den Lassalleschen Traditionen kam noch, dass das Ministerium Bismarck ihm gegenüber alle Register des demagogischsten Bonapartismus spielen liess. Andeutungen und halbe Versprechungen einer bevorstehenden Oktroierung des allgemeinen Wahlrechts hatten schon Lassalle irregeführt²⁾; süsse Worte über Aufhebung des Koalitionsverbotes, über staatliche Förderung von Produktivgenossenschaften, über Einführung des allgemeinen Wahlrechts mussten seinen Nachfolger noch mehr ködern.

¹⁾ Unmassgebliche Betrachtungen. „Neue Zeit“, 1900/01, Band 2, Seite 778.

²⁾ Vergleiche seine Verteidigungsrede im Hochverratsprozess.

Zwar warnte Engels in seiner 1865 erschienenen Schrift „Die preussische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei“ vor Illusionen:

„Die bestehende Regierung in Preussen ist nicht so einfältig, dass sie sich selbst den Hals abschneiden sollte. Und wenn es dahin käme, dass die Reaktion dem deutschen Proletariat einige politische Scheinkonzessionen hinwerfen sollte — um es damit zu ködern, dann wird hoffentlich das deutsche Proletariat antworten mit den stolzen Worten des alten Hildebrandliedes: »Mit dem Speere soll man Gabe empfangen, Spitze gegen Spitze.«“

Und in einer geharnischten Erklärung an Schweitzer vom 24. Februar 1865 hatte Marx auf einen 1847 von ihm und Engels verfassten Artikel hingewiesen, in dem es hiess:

„Das Proletariat fragt nicht, was die Bourgeois bloss wollen, sondern was sie müssen. Es fragt, ob der jetzige politische Zustand, die Herrschaft der Bürokratie, oder der von den Liberalen erstrebte, die Herrschaft der Bourgeoisie, ihm mehr Mittel bieten wird, seine eigenen Zwecke zu erreichen. Dazu hat es nur nötig, die politische Stellung des Proletariats in England, Frankreich und Amerika mit der in Deutschland zu vergleichen, um zu sehen, dass die Herrschaft der Bourgeoisie dem Proletariat nicht nur ganz neue Waffen zum Kampfe gegen die Bourgeoisie in die Hand gibt, sondern ihm auch eine ganz andere Stellung, eine Stellung als anerkannte Partei verschafft.“

Doch auf alle diese Warnungen konnte Schweitzer mit dem Hinweis antworten, dass Marx und Engels die preussischen Verhältnisse nicht mehr aus eigener Anschauung kannten; „dass, um diese Dinge zu beurteilen, man im Mittelpunkt der Bewegung stehen muss“.

Die Folge hat gezeigt, wer mehr recht behielt, wieviel der königlich preussische Regierungssozialismus wert war, und ob es die richtigere Politik war, um seine Gunst zu buhlen, oder seine Gaben „mit dem Speere zu empfangen, Spitze gegen Spitze.“

Doch auch in anderer Weise sollte es sich noch erweisen, dass nicht spezifisch preussische Verhältnisse hier die entscheidende Rolle spielten, zu deren Beurteilung man „im Mittelpunkt der Bewegung stehen“ musste. Gerade in dieser Annahme hatte der Grundirrtum Schweitzers bestanden. Er glaubte, in Wilhelm I. und Bismarck ganz besondere Menschen vor sich zu haben, die eine unerhörte Politik verfolgten, so dass daher auch die preussischen Zustände mit

denen des Auslandes gar nicht in Parallele gestellt werden konnten. Tatsächlich aber war es so, wie Engels in seiner vorhin zitierten Broschüre¹⁾ ausführte:

„Im Laufe des Kampfes zwischen den Resten der alten, vor-sündflutlichen Gesellschaft und der Bourgeoisie kommt überall irgend einmal der Moment, wo beide Kämpfenden sich an das Proletariat wenden und seine Unterstützung nachsuchen. Dieser Moment fällt gewöhnlich mit demjenigen zusammen, in dem die Arbeiterklasse selbst anfängt, sich zu regen.“

Engels berief sich zur Erhärtung dieser Behauptung auf die Geschichte Englands, Frankreichs und Deutschlands. Aber fast noch mehr sollte ihm die Zukunft recht geben.

Besonders deutlich treten die Analogien zur Situation, in der sich die deutsche Sozialdemokratie im Jahre 1865 befand, in der Geschichte Ungarns hervor, wo im Sommer 1905 die Trabantenregierung Fejervary-Kristoffy plötzlich mit dem bindenden Versprechen des allgemeinen, gleichen, geheimen und gemeindeweise auszuübenden Wahlrechts zum Reichstag an die Kleinbauernschaft und das Proletariat appellierte, weil die Regierung in ihrem Kampfe um die Bewilligung ihrer Militärforderungen gegen Junkertum und Grossbourgeoisie Hilfe brauchte. Und die ungarische Sozialdemokratie, die damals noch nicht viel weiter entwickelt war, als zur Zeit Schweitzers die deutsche, liess sich durch die ministeriellen Sirenenklänge verführen, sich auf die Seite der Regierung zu stellen, mit ihr vereint den Kampf gegen die das Parlament beherrschende Partei aufzunehmen. Der Erfolg war Enttäuschung und Verwirrung. Es ist dabei politisch von geringem Belange, ob die ungarischen Minister von vornherein es auf Betrug abgesehen hatten, oder ob sie erst im entscheidenden Augenblick von der Krone im Stiche gelassen wurden. Jedenfalls schloss die Krone, sobald die Drohung mit den unterirdischen Gewalten Junkerschaft und Grossbürgertum etwas eingeschüchtert hatte, mit ihnen sofort ein Kompromiss — und das Proletariat hatte das Nachsehen.

Das Gegenbild dazu zeigt die politische Entwicklung in Oesterreich. Auch hier hatte die von Engels gezeichnete Situation zu ähnlichen Resultaten geführt. Im Kampfe mit der bürgerlichen Opposition entdeckte das Ministerium Taaffe-Steinbach plötzlich sein Herz für die rechtlosen Volksmassen und überraschte am

¹⁾ Engels, „Die preussische Militärfrage“. Seite 41.

10. Oktober 1893 das Parlament und die gesamte Oeffentlichkeit durch die Einbringung einer Wahlreform, die in den Kurien der Städte und Landgemeinden das allgemeine Wahlrecht vorsah. Damit trat an die noch junge österreichische Partei, die ihre Kräfte eben erst auf dem Hainfelder Parteitag gesammelt hatte und sie nun voll für die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts einsetzte, eine gewaltige Versuchung heran. Aus eigener Kraft durfte sie noch auf lange hinaus nicht hoffen, das Wahlrecht zu erobern. Hier bot sich die Gelegenheit; das Ministerium bot zwar nicht die ganze Wahlreform, aber doch einen sehr wesentlichen Teil, und sie versprach es nicht in vagen, unbestimmten Andeutungen, sie formulierte ihr Versprechen in einem Gesetzentwurf, den durchzusetzen sie fest entschlossen schien. Aber die österreichische Sozialdemokratie widerstand dieser starken Versuchung und liess ruhig das so reformfreundliche Ministerium stürzen. Sie hat diesen Entschluss nie zu bereuen gehabt. In zähem, mit allen Waffen geführtem Kampf gegen die Regierung und gegen das Bürgertum eroberte sie, allerdings erst 14 Jahre später und begünstigt durch die Wirren in Ungarn und die Revolution in Russland, nicht nur das, was Taaffe versprochen hatte, sondern viel mehr, und dieser lange, opferreiche Kampf hatte ihre Kraft nicht geschwächt, sondern gestählt.

Allerdings, während die österreichische Partei mit Versammlungen und Strassendemonstrationen, durch die Ausnützung des so beschränkten und elenden Wahlrechtes zu Reichsrat, Landtagen und Gemeinden die realistischste Politik machte und nicht danach fragte, was die bürgerlichen Parteien versprachen, sondern was sie tun m u s s t e n, wandelten die literarischen Vertreter der Partei manchmal wesentlich andere Pfade. Auch sie vertrauten nicht auf die blossen Worte der Bürgerlichen, noch auch auf die der Regierung; aber sie drehten die Sache um und glaubten, ihrerseits durch Ueberredungskünste die Regierenden und die bürgerlichen Parteien gewinnen und zur Ueberzeugung bringen zu können, dass diese ihre eigenen Interessen nicht besser wahrnehmen könnten, als indem sie die Forderungen des Proletariats, besonders die nach dem allgemeinen Wahlrecht, verwirklichten. Und so manche der Artikel, die damals in der „Arbeiter-Zeitung“ erschienen, erinnerten nur allzu stark in Ton und Absicht an jene Bismarck-Artikel Schweitzers.

Es ist begreiflich, dass der scheinbare Erfolg dieser literarischen Methode in deren Vertretern den Glauben verstärkte, dass sie auf

dem richtigen Weg seien, und so kam es, dass in den Spalten der »Arbeiter-Zeitung«, die lange Zeit das einzige einflussreiche publizistische Organ der österreichischen Sozialdemokratie war, neben der Aufklärung des Proletariats immer mehr auch das Streben in den Vordergrund trat, die Gegner und besonders Regierung und Krone unmittelbar durch Ueberredung zu beeinflussen. Der Träger der Krone hatte sich während der Wahlrechtskämpfe wiederholt für das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen. Lag es da nicht nahe, ihn auch für die übrigen politischen Forderungen des Proletariats zu interessieren, die ja zugleich auch den Bestand Oesterreichs verbürgen sollten?

Heute hat diese Politik auf der ganzen Linie Schiffbruch gelitten. Damit dürfte auch der so lange gehegte Wahn abgetan sein, dass jene schönen Leitartikel damals das Schicksal der Wahlreform entschieden; in der Tat bewirkten sie etwas anderes. Die proletarischen Leser glaubten, was sie jeden Tag predigen hörten, und erwarteten daher von dem neuen Wahlrecht Dinge, die dieses unmöglich leisten konnte, insbesondere die Wiederbelebung und Genesung des morschen österreichischen Staatskörpers und die Beilegung der nationalistischen Kämpfe. Denn all das war von der Durchführung der Wahlreform versprochen worden. Um so grösser musste dann natürlich der Rückschlag sein, unter dessen Nachwirkungen die Partei noch heute zu leiden hat.

Doch nicht nur in der Donaumonarchie hat die Geschichte der modernen sozialen Kämpfe den Herrschenden Bonapartismus eingepaukt, selbst der Zar aller Reussen fand sich in einer schwachen Stunde bestimmt, den Versuch zu machen, gegen die rebellisch werdende Bourgeoisie eigene proletarische Organisationen von der Polizei Gnaden auszuspielen; aber er musste erfahren, dass Marx und Engels recht behielten, die schon vor mehr als einem halben Jahrhundert vorausgesagt hatten, dass das Volk, dieser „robuste und bösertige Bursche“, wie ihn Hobbes bezeichnet hatte, von allen politischen Elementen für einen König das Allergefährlichste sei, denn es lasse sich weder von mageren, noch von fetten Königen zum Besten haben.¹⁾ Die Subatow-Gaponschen Polizeiorganisationen wurden zum Ausgangspunkt der russischen Revolution.

¹⁾ Vergleiche Mehring, „Aus dem literarischen Nachlass etc.“, Band II, Seite 441.

Die ideologische Politik führt eben stets in die Irre, ob sie von Volkstribunen betrieben wird oder von Königen. Macchiavelli und Marx lassen sich politisch nicht vereinigen. In einer Epoche sozialer und politischer Massenbewegungen tritt die Rolle der politischen Führer immer mehr zurück, sofern sie sich nicht, wie etwa Bismarck und Bebel es getan haben, zu bewussten Vertretern der Interessen und Strebungen einer Klasse machen und ihre Kraft lediglich schöpfen aus der ökonomischen und politischen Bedeutung eben ihrer Klasse.

Schweitzers schlau berechnende Realpolitik war keineswegs bahnbrechend für die Taktik der deutschen Sozialdemokratie¹⁾; im Gegenteil, das macchiavellistische Prinzip, dass der Führer durch seine persönlichen Vorzüge, durch seine Genialität und Energie die Politik „machen“ könne, dass er die treibende Kraft und die Klasse höchstens das Werkzeug sei, diese Auffassung besitzt heute in der deutschen Sozialdemokratie längst keine praktische Bedeutung mehr. Theoretisch wurde sie wohl das letzte Mal von Stampfer formuliert und verteidigt in seiner Polemik gegen Kautsky²⁾, und auch in den Massenstreikdiskussionen der letzten Jahre schimmerte sie wiederholt durch, wenn sie auch theoretisch nicht mehr aufrechterhalten wurde. Praktisch ist natürlich die „Staatsmännerei“ auch in unseren Reihen noch nicht ganz ausgestorben; aber diese kleinen Lassalles sind heute für die Partei keine Quelle der Gefahr mehr.

IV. Sekte und Partei.

Die Grundanschauung der materialistischen Geschichtsauffassung, dass die Produktionsweise des materiellen Lebens den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt bedingt, dass es nicht das Bewusstsein der Menschen ist, das ihr Sein,

¹⁾ So wie Lassalle in dem oben zitierten Brief an Marx über sich selbst unbewusst das schärfste Urteil fällte, so Schweitzer in einem Artikel „Realpolitik“ vom 1. November 1865, in dem es heisst:

„Die vermeintlichen „Realpolitiker“ in ihrer Weisheit halten sich selbst für Schlauköpfe, die Leiter der bestehenden Gewalten für Esel. Hintennach aber stellt sich jedesmal heraus, dass die Leiter der bestehenden Gewalten die Schlauköpfe waren, die vermeintlichen Realpolitiker hingegen die Esel.“

²⁾ Vergleiche Kautsky, „Der politische Massenstreik“. Berlin 1914. Seite 137.

sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt, diese Grundanschauung liegt nicht nur den historischen Forschungen, sie liegt vor allem auch dem politischen Handeln von Marx und Engels zugrunde, sie war insbesondere auch massgebend für ihr Verhalten gegenüber und in der Arbeiterbewegung ihrer Zeit. Denn wenn das gesellschaftliche Sein der Menschen überhaupt ihr Denken bestimmt, dann gilt dieser Satz auch von der Arbeiterklasse im besondern, dann ist es aber auch vergeblich, ihr das schönste und logischste Gedankensystem von aussen her beibringen zu wollen, dann ist auch für ihr Denken die Rolle massgebend, die sie im Produktionsprozess des betreffenden Landes zu der bestimmten Zeit, in seinem sozialen Gefüge, in seinem politischen und geistigen Leben spielt.

Es ist, wie Mach sagt, die Aufgabe der Wissenschaft, die Erfahrungen der Menschen in knappster Form zusammenzufassen und ihnen dadurch weitere üble Erfahrungen zu ersparen. Ersetzen aber kann die Wissenschaft die individuelle Erfahrung nie vollkommen; denn der Einzelne ist auch nur für diejenigen wissenschaftlichen Erkenntnisse zugänglich, für die ihn seine Erfahrungen schon vorbereitet haben. Dies gilt auch vom Marxismus und seiner Politik. Erst wenn ein Proletariat im Klassenkampf, in gewerkschaftlichen und politischen Gefechten genügende eigene Erfahrungen gesammelt hat, erst wenn es Fehlgriffe und Irrtümer begangen hat und durch Schaden klug geworden ist, dann ist es für den Marxismus zugänglich, dann ist auch dieser erst imstande, es vor weiteren Schäden zu bewahren, ihm die richtigsten und kürzesten Wege zu weisen. Es kann also nicht die Aufgabe des Marxisten in der Arbeiterbewegung sein, bestimmte Lehrsätze wie Kirchendogmen immerfort zu predigen und deren Anerkennung von Versammlungen und Kongressen zu verlangen, sondern sich an der Bewegung zu beteiligen, den Massen jeweils darzulegen, welcher Weg im gegebenen Falle für sie der aussichtsreichste ist, respektive welche Gefahren ihnen erwachsen, wenn sie falsche Wege einschlagen; bei all dem aber hat er das Hauptgewicht zu legen auf das, was die von ihm verfochtene Theorie mit der tatsächlichen, vor ihm sich abspielenden Klassenbewegung gemein hat und nicht auf das, was sie von ihr unterscheidet. Denn in dieser geflissentlichen Hervorkehrung des Trennenden, in dem Einnehmen einer rein negativ-kritischen Stellung, in der dogmatischen Aufstellung der allein richtigen Lehre, die nicht aus den Lebensver-

hältnissen der Bewegung heraus entwickelt, sondern ihr fertig entgegengebracht wird, darin liegt der Sektencharakter, den Marx und Engels nicht müde wurden zu bekämpfen, auch dann, wenn er sich in ihre eigenen Farben kleidete.

Charakteristisch für den Sektengeist im älteren Utopismus ist zum Beispiel der Eifer, mit dem Fourier gegen die Projekte der Saint-Simonisten und Owens wettete, die er als schlechte Plagiate an seinen eigenen Ideen verurteilte. Ebenso legte aber auch Louis Blanc grosses Gewicht auf den Nachweis, dass sein Projekt der sozialen Not abzuhelpen, wesentlich von denen der Saint-Simonisten verschieden war, und bekannt sind die heftigen Streitereien zwischen Proudhon und Louis Blanc über die Güte der von ihnen in Vorschlag gebrachten Heilmittel gegen das Elend der Gesellschaft.

Doch auch Lassalle konnte sich von diesem Sektengeist, der das grosse Allheilmittel gefunden zu haben glaubt und seine Anhänger auf dieses einschwört, nicht freimachen. Sehr deutlich tritt das zum Beispiel im Offenen Antwortschreiben zutage, wo Lassalle den Arbeitern als „ein unfehlbares Mittel, wie sie ein für allemal allen Täuschungen und Irreführungen entgehen können“, vorschlägt, jedem, der ihnen von der Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes spricht, vor allem die Frage vorzulegen, ob er das „eiserne Lohngesetz“ anerkenne oder nicht, und wie er dasselbe beseitigen wolle¹⁾. Und er selbst beantwortet gleich darauf diese Frage: „Den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen — das ist das Mittel, durch welches — und durch welches allein — . . . jenes eiserne und grausame Gesetz beseitigt sein würde, das den Arbeitslohn bestimmt.“

In dieser Hinsicht stand schon Schweitzer auf einem viel freieren Standpunkt. Schon auf der Leipziger Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereines unterstützte er eine Resolution, in der es hiess, dass eine demokratische Partei nur dann ein inneres Gewicht besitzen könne, wenn sie . . . durch materielle Klasseninteressen zusammengehalten werde²⁾, und noch deutlicher sprach er sich anlässlich der Wahlen zum Reichstag in einem Artikel vom 4. Jänner 1867 aus, in dem er erklärt; „Wer für die sozialdemokratische Partei, die Arbeiterpartei, als Kandidat

¹⁾ Bernsteins Lassalle-Ausgabe, II. Band, Seite 422.

²⁾ Mayer, a. a. O., Seite 172.

aufzutreten will, dem ist zunächst die Frage vorzulegen: Wirst du die Arbeiter als Klasse vertreten oder nicht?“¹⁾

Und doch war Schweitzer noch mehr als Lassalle ein Sektenherrscher, dem ein Abfall von der reinen Lehre, ja, ihre Anzweiflung als Verrat galt. „Geht doch, ihr aufgeblasenen Heuchler“, rief er zum Beispiel seinen Opponenten zu, „die ihr euch weiser dünkt als das ganze Volk und als Ferdinand Lassalle! Weiser als Ferdinand Lassalle, euer riesenhafter Lehrer und Meister — ja, ja.“²⁾ Dabei war, wie Mayer meint, der ganze von Schweitzer so sehr gepflegte Lassallekultus für ihn nur „ein Faktor, den er bei künftigen Berechnungen an der richtigen Stelle einzusetzen haben würde.“³⁾ Aber die blinde Gefolgschaft seiner Anhänger, deren er sich als der Testamentsvollstrecker Lassalles sicher wähnte, war für seine Art der Politik notwendig. Denn für ihn sollte die Organisation der Arbeiter das Gewicht sein, das er nach Belieben in die Wagschale der einen oder der anderen politischen Partei legen konnte. Das kann aber nur der Diktator, und deshalb musste Schweitzer die Diktatur um so mehr anstreben, je mehr es mit seinem rein geistigen Einfluss bergab ging. Das Beispiel von Samuel Gompers, dem autokratischen Führer der American Federation of Labour, der ähnliche politische Grundsätze verfolgt, bestätigt diesen innigen Zusammenhang zwischen der Politik des „Züngleins an der Wage“ und der Parteidiktatur.

Ueberhaupt blühte zur Zeit der Gründung der Internationale das Sektenwesen in der Arbeiterbewegung aller Länder. Neben den Proudhonisten gab es in Frankreich noch Anhänger der Saint Simonisten, von Louis Blanc, von Leroux, von Auguste Comte u. s. w., und in England neigten die Ausläufer des Chartismus ebenfalls zur Sektenbildung, besonders die Anhänger O' Briens. Neben diesen gab es aber auch noch andere bodenreformerische sozialistische Sektenbildungen.

Gerade die Ueberwindung dieses Sektencharakters der Bewegung war eine der Hauptaufgaben, welche die Internationale lösen sollte. Marx schrieb darüber an Bolte⁴⁾: „Die Internationale wurde

¹⁾ Schweitzer, a. a. O., Seite 188.

²⁾ Bebel. „Aus meinem Leben“, Band II, Seite 81.

³⁾ Mayer, a. a. O., Seite 107.

⁴⁾ Brief vom 23. November 1871. Vergleiche Briefe an F. A. Sorge . . . Stuttgart 1906, Seite 38.

gestiftet, um die wirkliche Organisation der Arbeiterklasse für den Kampf an die Stelle der sozialistischen und halbsozialistischen Sekten zu setzen. Die ursprünglichen Statuten wie die Inauguraladresse zeigen dies auf den ersten Blick. Andererseits hätte sich die Internationale nicht behaupten können, wenn der Gang der Geschichte nicht bereits das Sektenwesen zerschlagen gehabt hätte. Die Entwicklung des sozialistischen Sektenwesens und die der wirklichen Arbeiterbewegung stehen stets in umgekehrtem Verhältnis.“

Denselben Gedanken führte Engels in einem Brief an Frau Wischnewetzky im Jahre 1887¹⁾ aus: „Als Marx die Internationale gründete, entwarf er die allgemeinen Regeln, so dass alle Arbeiterklassensozialisten jener Zeit eintreten konnten . . ., und nur durch diese Weise der Auffassung konnte die Internationale das werden, was sie wirklich war, das Mittel, alle diese kleinen Sekten aufzulösen und aufzusaugen, mit Ausnahme der Anarchisten . . . Ich denke, unsere ganze Praxis hat bewiesen, dass man mit der allgemeinen Bewegung der Arbeiterklasse an jedem Punkt ihrer Bahn wohl zusammengehen kann, ohne unsere eigene besondere Stellung oder gar die Organisation aufzugeben oder zu verbergen, und ich fürchte, dass unsere deutschen Amerikaner einen schweren Fehler begehen, wenn sie einen andern Weg einschlagen.“

Die Warnung, die hier Engels an die Sozialistische Arbeiterpartei Amerikas ergehen lässt, findet ihre Ergänzung in dem vom 26. Jänner 1887 datierten Vorwort, das er zu der von Frau Wischnewetzky veranstalteten englischen Ausgabe der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ schrieb. Engels verzeichnet zunächst mit Befriedigung den Aufschwung, den die amerikanische Arbeiterbewegung in der letzten Zeit genommen. Doch bestehe noch keine Einigkeit über Ziel und Mittel. Vielmehr liessen sich deutlich drei Strömungen unterscheiden: die von Henry George geführte Bewegung in Neuyork, die allerdings zunächst nur von lokaler Bedeutung sei; zweitens die „Arbeitsritter“, ein riesenhafter Verein, der aus sehr verschiedenartigen Elementen zusammengesetzt ist und dementsprechend nur ein sehr unklares Programm besitzt; drittens endlich die „Sozialistische Arbeiterpartei“, die zwar bis jetzt nirgends in Amerika imstande war, als politische Partei handelnd aufzutreten, die aber ein wissenschaftlich wohl fundiertes, aus den Erfahrungen des europäischen Klassenkampfes gewonnenes Programm besitzt.

¹⁾ Briefe an Sorge, Seite 249.

Es ist nun charakteristisch, dass Engels dieser letzten Abteilung der amerikanischen Arbeiterbewegung entschieden die geringste Bedeutung beimisst. Er hält es vor allem für ihre Pflicht, sich zu amerikanisieren und in der grossen Arbeiterbewegung, die besonders durch die Arbeiterritter dargestellt wird, aufzugehen. Vergleicht man nun Engels' Darstellung mit dem Bericht, den die Avelings von ihrer amerikanischen Reise erstatteten¹⁾, so sieht man, dass diese Schilderungen seiner Freunde für seine Auffassung der amerikanischen Verhältnisse von grösster Bedeutung waren. Die Avelings aber wiesen ausdrücklich auf die grossen Mängel und Schwächen der „Ritter der Arbeit“ hin. Auch ist es sicher, dass sich Engels über den Wert der Agitation Henry Georges keinen Illusionen hingab. Und dennoch zog er diese beiden verworrenen Bewegungen der marxistischen Sozialistischen Arbeiterpartei bei weitem vor, und zwar deshalb, weil diese beiden Bewegungen urwüchsig aus dem Boden der amerikanischen Arbeitsverhältnisse hervorgegangen und nicht wie die programmatischen Lehren der hauptsächlich von Deutschen gebildeten Sozialistischen Arbeiterpartei von aussen her importiert waren. Nur aus ihnen konnte sich eine wirkliche bodenständige Arbeiterpartei entwickeln.

In einem Brief an Sorge vom 29. November 1886 äusserte sich Engels prinzipiell zu dieser Frage²⁾: „Der erste grosse Schritt, worauf es in jedem neu in die Bewegung eintretenden Lande ankommt, ist immer die Konstituierung der Arbeiter als selbständige politische Partei, einerlei wie, so lange es nur eine distinkte Arbeiterpartei ist . . ., dass das erste Programm dieser Partei noch konfus und äusserst mangelhaft, . . . das sind unvermeidliche Uebelstände, aber auch nur vorübergehende. Die Massen müssen Zeit und Gelegenheit haben, sich zu entwickeln, und die Gelegenheit haben sie erst, sobald sie eine eigene Bewegung haben — einerlei in welcher Form, sobald es nur ihre eigene Bewegung ist —, in der sie durch ihre eigenen Fehler weitergetrieben werden, durch Schaden klug werden . . . Und wenn da theoretisch klare Kämpfer vorhanden sind, die ihnen die Folgen ihrer eigenen Fehler vorher-sagen können, ihnen klar machen, wie jede Bewegung, die nicht die Vernichtung des Lohnsystems als letztes Ziel stets im Auge behält, irregehen und fehlschlagen muss — da kann

¹⁾ Vergleiche „Neue Zeit“, Jahrgang 1887, Seite 355 ff.

²⁾ A. a. O., Seite 238.

mancher Unsinn vermieden und der Prozess wesentlich abgekürzt werden.“

Diese Rolle des sozialistischen getreuen Ekkehard wies Engels der Sozialistischen Arbeiterpartei zu.

Tatsächlich herrschte in dieser Hinsicht innerhalb der Sozialistischen Arbeiterpartei selbst keine Einigkeit. Die eine Gruppe, die hauptsächlich aus dem eingeborenen amerikanischen Element in der Partei und aus früheren Lassalleanern bestand, war für selbständiges Vorgehen der Arbeiterpartei, während die andere den Anschluss an die aus den amerikanischen Verhältnissen geborenen Arbeiterbewegungen verlangte.¹⁾ Je nach der politischen oder ökonomischen Lage des Landes erlangte die eine oder die andere Richtung die Oberhand in der Partei. In diesen Streit griff nun Engels mit der erwähnten Vorrede zu seiner „Lage der arbeitenden Klasse in England“ zugunsten der zweiten Richtung ein.

Doch hier zeigte sich, wie schwierig diese von Engels geforderte Politik war, die schon im Kommunistischen Manifest als die der Kommunisten bezeichnet und von Marx in den Kämpfen der Internationalen Assoziation durchgeführt worden war. Im August 1887 schlossen die Anhänger Henry Georges auf ihrem Kongress von Syracuse die Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei aus ihrer Organisation aus.²⁾ Dieser Entscheidung waren allerdings heftige Kämpfe in den Blättern vorausgegangen; aber es ist kaum anzunehmen, dass der Friede hätte erhalten bleiben können, wenn die Sozialisten auch die versöhnlichste Politik eingehalten hätten. Denn ob die Arbeiterpartei Sektencharakter besass oder nicht, die Anhänger Henry Georges waren jedenfalls eine Sekte, die auf das Heilmittel ihres Meisters eingeschworen war und jede Kritik an diesem nicht gut anders als mit dem Ausschluss der Kritiker beantworten konnte.

Diese Schwierigkeiten waren schon wenige Jahre vorher auf dem Kongress der Greenback-Arbeiterpartei in Chicago (1880) klar hervorgetreten. „Währungsreformer, Bodenbesitzreformer, Antimonopolisten, Verfechter der Ausschliessung der Chinesen und Nurgewerk-schafter waren dort vertreten. Sie alle forderten die Berücksichtigung ihres besonderen Steckenpferdes in dem Programm, und in den

¹⁾ Hillquit, „Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten“. Stuttgart 1906. Seite 205. Vergleiche dazu Seite XII, die Bemerkungen Sorges über den Einfluss der Lassalleaner auf die amerikanische Bewegung.

²⁾ Hillquit, a. a. O. Seite 275.

meisten Fällen wurden die Forderungen mit wenig Rücksicht auf die Einheitlichkeit und Konsequenz des Dokuments als Ganzes zugestanden.¹⁾“

Unter solchen Umständen war natürlich die Aufgabe einer sozialistischen klassenbewussten Partei ganz ausserordentlich schwierig; denn sie geriet von Anfang an in ein wirres Chaos sich widersprechender Sektendogmen, das nicht nur der theoretischen Verwirrung in den Köpfen, sondern auch der ungeheuren Vielgestaltigkeit der Verhältnisse in einem Ländergebiet von der Grösse eines Erdteils entsprach. Unter diesen Verhältnissen an der Bewegung sich zu beteiligen, ohne die eigenen Prinzipien aufzugeben, ja sie durch positive Kritik, wie Engels es verlangt, zum Siege in der Bewegung zu führen, das war eine Aufgabe, der kaum ein Marx gewachsen gewesen wäre, vor allem schon deshalb, weil alle diese amerikanischen Arbeiterbewegungen nur sehr kurze Lebensdauer hatten. Entstanden aus der Empörung gegen die Leiden, die eine Wirtschaftsstockung mit sich brachte, schwanden sie regelmässig mit dieser dahin. Zu einer systematischen Propaganda der Ideen des Klassenkampfes war also schon aus diesem Grunde keine Gelegenheit.

Doch auch dort, wo sich die Arbeiterbewegung nicht in so stürmischen Auf- und Niederbewegungen vollzog wie in den Vereinigten Staaten, zeigten sich die gewaltigen Schwierigkeiten der von Marx und Engels geforderten Taktik.

Besonders schwere Vorwürfe in dieser Hinsicht erhob Engels gegen die englische Social Democratic Federation. So schrieb er 1894 an Sorge²⁾: „Die Social Democratic Federation teilt mit Euren deutschamerikanischen Sozialisten die Auszeichnung, die einzigen Parteien zu sein, die es fertiggebracht haben, die Marx'sche Theorie der Entwicklung auf eine starre Orthodoxie herunterzubringen, zu der die Arbeiter sich nicht aus ihrem eigenen Klassengefühl heraus emporarbeiten sollen, sondern die sie als Glaubensartikel sofort und ohne Entwicklung herunterzuwürgen haben.“

Engels ging in seiner Abneigung gegen die Führer der Social Democratic Federation, besonders gegen Hyndman, so weit, dass er seine Befriedigung darüber aussprach, dass diese Organisation keine Fortschritte machte.³⁾ Er meinte, die Taktik der englischen Sozial-

1) Hillquit, a. a. O. Seite 264.

2) Briefe an Sorge, Seite 412.

3) Ebenda, Seite 220.

demokratie sei nur dazu angetan, dem Marxismus und dadurch der Arbeiterbewegung selbst zu schaden. Mit Freuden begrüßte er daher zuerst die Bildung der Sozialistischen Liga (1884), sodann den „neuen Unionismus“, der im Anschluss an den grossen Dockestreik von 1889 entstand, und endlich die Gründung der Independent Labour Party.

Doch auch hier zeigte es sich, dass die von Engels vorgezeichnete Taktik auf ungeheure Schwierigkeiten stiess. Denn jene starke Massenbewegung, die Engels zur Voraussetzung der von ihm empfohlenen Taktik machte, blieb aus, oder wenn sich Ansätze zu einer solchen zeigten, verliefen sie sich nur allzubald im Sande. Charakteristisch dafür ist zum Beispiel das Schicksal der Anträge auf den englischen Gewerkschaftskongressen, die ein „Eintreten für das Prinzip der Aneignung und Kontrollierung der Mittel der Produktion und Distribution durch die Kollektivität“ befürworteten. Auf dem Kongress von Liverpool (1890) wurde ein solcher Antrag mit 363 gegen 55 Stimmen abgelehnt. In Glasgow (1892) war das Verhältnis nur mehr 153 zu 128; in Belfast (1893) aber wurde der Antrag mit 137 gegen 97 angenommen, im folgenden Jahre in Norwich sogar mit 219 gegen 61 Stimmen. Hier schien also ein stetiges Fortschreiten zu kollektivistischen Anschauungen in der englischen Arbeiterwelt, wenigstens soweit sie durch die Gewerkschaftskongresse vertreten war, verbürgt zu sein. Da trat aber auch schon wieder der Rückschlag ein. Der „neue Unionismus“, der dem sozialistischen Prinzip zum Siege verholfen hatte, war bereits wieder im Abflauen, die Vereine der Docker und der Gasarbeiter gingen rapid zurück.

Zugleich zeigten sich aber auch ansehnliche Teile der britischen Arbeiterschaft fortgesetzt von einer Rückständigkeit des sozialpolitischen Denkens beherrscht, die es geradezu als ausgeschlossen betrachten lassen musste, dass diese Menschen in absehbarer Zeit aus eigener Kraft, durch eigene Erfahrungen gewitzigt, zu einer klaren Klassenpolitik gelangen könnten. So wurden Jahr für Jahr auf den Gewerkschaftskongressen die Anträge auf Beschränkung der Kinderarbeit und zugunsten eines allgemeinen gesetzlichen Achtstundenarbeitstages von den Delegierten der Textilarbeiter von Lancashire und der Kohlengräber von Northumberland bekämpft.¹⁾ Und als der Bund der

¹⁾ Vergleiche Bernstein, „Der Kampf der Maschinenbauer“. „Neue Zeit“, Jahrgang 1897/98. I. Band, Seite 25.

Baumwollweber von Lancashire im Jahre 1897 über die Frage eines gesetzlichen Verbotes der Kinderarbeit eine Urabstimmung unter seinen Mitgliedern veranstaltete,¹⁾ stimmten 3429 Mitglieder für das Verbot, 79.959 Mitglieder aber dagegen! Ja, selbst im Jahre 1907 noch musste B. Weingartz berichten,²⁾ ganze Arbeiterkategorien hätten die Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf ihren Beruf als einen „lästigen Eingriff“ in den Produktionsprozess bekämpft, die staatlichen Fabrikinspektoren erhoben heftige Anklagen gegen die Arbeiterorganisationen, weil diese die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze erschweren und ihren Ausbau hindern.

So stand die S. D. F. lange Zeit auf einem fast völlig aussichtslosen und verlorenen Posten. Kein Wunder, dass sich allmählich Verbitterung und tiefstes Misstrauen vieler dieser opferfreudigen Kämpfer bemächtigte. Die Situation wurde aber noch durch eine Reihe weiterer Umstände für sie sehr erschwert. Wie die französische Bewegung lange Zeit stark unter dem Einfluss der Traditionen der grossen Revolution stand und sich daher vielfach nach jakobinischen Vorbildern richtete, so wirkte in England der Chartismus nach, und die Sozialdemokraten fühlten sich als die berufenen Erben der *physical force men*, der Revolutionäre jener mächtigen Arbeiterbewegung. Damit übernahmen sie aber auch deren Schwächen, insbesondere die falsche Alternative, dass man entweder losschlagen müsse oder zum Paktieren mit den herrschenden Gewalten komme, zu einer blossen prinzipienlosen Schacher- und Reformpolitik. Dadurch aber wurden sie vor dasselbe wirkliche Dilemma gestellt wie jene Chartisten: Zum Losschlagen waren sie zu schwach, Reformpolitik aber kannten sie nur in der Form des Prinzipienverrats, des Mitläufertums mit bürgerlichen Parteien.

So erklärt sich das Schwankende, ja oft haltlos Scheinende der Politik der S. D. F., die in ihren Programmen eine Reihe von sozialpolitischen Forderungen aufstellte,³⁾ auf ihre Verwirklichung aber nie grosse Hoffnungen setzte oder auch nur besonderes Gewicht

¹⁾ Vergleiche Bernstein, „Die Baumwollarbeiter von Lancashire und die Kinderarbeit“. „Neue Zeit“, Jahrgang 1897/98. 2. Band,

²⁾ Weingartz, „Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterschutzgesetzgebung in England“. „Neue Zeit“. Jahrgang 1906/07. 1. Band, Seite 260.

³⁾ Vergleiche Beer, „Geschichte des Sozialismus in England“. Stuttgart 1913. Seite 442, 455. Die 1884 von der S. D. F. abgezweigte Socialist Ligue war von anarchistischen Elementen noch mehr durchsetzt als die S. D. F. selbst.

legte. Machten sich doch sogar Stimmen in der S. D. F. bemerkbar, die erklärten, Sozialreformen seien schädlich, weil sie den Kampfegeist der Massen schwächten.¹⁾ Von Anfang an stand Hyndman zu den Gewerkschaften in einem gegnerischen Verhältnis; er bekämpfte aber nicht nur die verknöcherten englischen Trade Unions, sondern bezeichnete den Gewerkschaftskampf überhaupt als etwas Untergeordnetes, ja Vergebliches und Schädliches. 1902 aber beantragte Quelch im Namen des Vorstandes der S. D. F. in ihrer XXII. Jahreskonferenz eine Resolution, welche die Mitglieder der Partei zum Beitritt in die Unions aufforderte und sich diesen gegenüber sehr entgegenkommend zeigte.²⁾ Und 1885 wandte sich Hyndman, der unentwegte Verfechter der unabhängigen Politik des Proletariats, nacheinander an die Liberalen und an die Konservativen um finanzielle Unterstützung im Wahlkampf.

Endlich, im Jahre 1899, kam es auf dem Gewerkschaftskongress von Plymouth zur Gründung des Labour Representation Committee, aus dem bald die Labour Party, die Arbeiterpartei, hervorging. Nun war nach so vielen vergeblichen Versuchen die Gelegenheit gekommen, die von Engels empfohlene Politik einzuschlagen, und dies um so mehr, als die neue Partei zwar in der konstituierenden Konferenz den Klassenkampfstandpunkt mit 59 gegen 35 Stimmen verwarf, aber in ihrer Organisation den Sozialisten ziemlich weit entgegenkam. Obgleich die in den drei sozialistischen Organisationen der S. D. F., der J. L. P. und der Fabier vereinigten Mitglieder zusammen kaum 4 Prozent der Gesamtmitgliedschaft der Partei ausmachten, wurden ihnen im Exekutivkomitee von 12 Sitzen fünf eingeräumt und fast alle verantwortungsvollen Aemter mit Sozialisten besetzt.

Gemäss dem Beschluss von Plymouth waren auch die drei sozialistischen Organisationen zum Beitritt zu der neuen Partei eingeladen worden, und diese folgten auch zunächst sämtlich der Aufforderung. Doch begrüßte die S. D. F. die neue Partei schon mit bedeutendem Vorbehalt; sie erklärte, dass „die Selbständigkeit nicht mehr als ein formelles, organisatorisches Prinzip ohne praktische Bedeutung bleibe, solange sie nicht auf einer Einsicht in den grundsätzlichen Klassengegensatz beruhe, deshalb sei ein ausgesprochenes Programm nötig, das den Klassenkampf zum

¹⁾ Ebenda Seite 456.

²⁾ Vergleiche Beer, a. a. O. Seite 459.

leitenden Prinzip der Taktik mache und das sozialistische Endziel anerkenne.“¹⁾

Darauf wollten weder die Gewerkschafter noch die Mitglieder der Independent Labour Party oder die Fabier eingehen, und so kam es schon auf der ersten Jahreskonferenz der Arbeiterpartei zum Bruch. Charakteristisch sind die Worte, mit denen Sexton die Ablehnung des Antrages Quelch befürwortete, der verlangte, die I. L. P. solle nur Kandidaten unterstützen, die „das sozialistische Endziel und den Klassenkrieg als die Basis der politischen Aktion der Arbeiterklasse anerkennen“. Er selbst, erklärte Sexton, sei persönlich für den Inhalt des Antrages; aber er beantragte dessen Abweisung, „da auf diesen Konferenzen es keiner einzigen Richtung gestattet werden darf, ihre Prinzipien den anderen Richtungen in den Hals zu stopfen“.

Trotzdem beschloss das L. R. C., wie die Arbeiterpartei damals noch offiziell hiess, auf seiner Konferenz von Liverpool (1905), dass in die Verfassung der Partei das sozialistische Endziel aufgenommen und die Formel, welche die Zusammensetzung des L. R. C. bestimmt, so ausgedehnt werden solle, dass „auch andere sozialistische Parteien ausser den Fabiern und der I. L. P. sich ihm anschliessen können.“ Das war geradezu eine Einladung an die S. D. F. der Arbeiterpartei wieder beizutreten; denn nur sie konnte als sozialistische Organisation neben I. L. P. und Fabiern in Betracht kommen. Nun aber erklärte die Federation, „es sei ihr nicht genug, dass das sozialdemokratische Endziel jetzt anerkannt werde, sie wolle, dass auch die Aktion dem entspreche,“ und diesen Standpunkt hat die Federation auch lange Zeit festgehalten.²⁾

Dass sie mit dieser Haltung gegenüber der Arbeiterpartei einen schweren Fehler beging, hat auf dem letzten Parteitag der B. S. P. (im April 1914) Hyndman selbst zugegeben.³⁾ Durch diese Taktik hat die S. D. F. und nachher die B. S. P., die 1911 aus ihr und einigen kleinen Parteisplittern hervorging, sich selbst von der wirklichen Arbeiterbewegung isoliert und fast jeden unmittelbaren Einfluss auf sie verloren. Hatte diese Partei schon vorher ihre vergeblichen Versuche eingestellt, die liberale Pufferpartei zu durch-

¹⁾ Vergleiche Rothstein, „Partei und Einigkeit in England“. „Neue Zeit“, Jahrgang 1904/09. 2. Band. Seite 318. Vergleiche auch Beer, a. a. O. Seite 483 ff.

²⁾ Vergleiche Rothstein a. a. O. Seite 321.

³⁾ Vergleiche Bericht im „Vorwärts“ vom 19. April 1914.

brechen, und war sie, ohne direkt die politische Aktion einzustellen, doch de facto zu einer Art Propagandagesellschaft und kritischen Lehrschule geworden,¹⁾ so war sie nun geradezu zur Predigerin in der Wüste geworden. So war das bittere Urteil nicht ungerechtfertigt, das Askew in seinem Artikel der „Neuen Zeit“ „Der Internationale Kongress und die Einigkeit der englischen sozialistischen Partei“²⁾ über die Taktik der S. D. F. fällt:

„Auf der einen Seite sehen wir die antimarxistische I. L. P. und die gleichgesinnte Arbeiterpartei genau nach den von Marx aufgestellten Richtlinien handeln und in der Praxis alle die Wahrheiten anerkennen, die sie in der Theorie so heiss bekämpfen. Auf der anderen Seite sehen wir die S. D. F. theoretisch das Banner des Marxismus und des Klassenkampfes hochhalten, den sie in der Praxis zurückweisen.“

Doch diese so blendende Gegenüberstellung hatte nur für jene Zeit vollständige Gültigkeit; denn weder von der I. L. P. noch von der Arbeiterpartei, deren Teil ja die I. L. P. bildet, kann man behaupten, dass sie stets „genau nach den von Marx aufgestellten Richtlinien“ gehandelt hätten. Nicht umsonst tobte innerhalb der I. L. P. selbst seit Jahren heftiger Streit um die Taktik der Partei, und nicht umsonst wurde gerade auch von den führenden Geistern der I. L. P. an der Taktik der Arbeiterpartei einschneidende Kritik geübt. Besonders während der Riesenstreiks der letzten Jahre konnte man von der I. L. P. wahrlich nicht behaupten, dass sich ihre Politik ganz in den von Marx vorgezeichneten Linien bewegt hätte. Charakteristisch für die Auffassung leitender Männer in der Partei ist die Äusserung, die E. R. Pease, der frühere Sekretär der Fabischen Gesellschaft und Mitglied des Exekutivkomitees der Arbeiterpartei, in seiner Geschichte der englischen Labour Party tut³⁾: „Die Hauptarbeit, die von einer so kleinen Partei, wie es die L. P. ist, geleistet zu werden vermag, besteht darin, die Regierung zu stärken“. Und es ist nicht zu verkennen, dass diese Auffassung in der Praxis der L. P. auch zum Ausdruck gekommen ist.

Was die I. L. P. betrifft, so ist es allerdings richtig, dass sie sich in ihrer Praxis der von Engels verfochtenen Taktik insofern

¹⁾ Vergleiche Rothstein, „Englischer Sozialismus in Vergangenheit und Zukunft.“ „Neue Zeit“, Jahrgang 1904/05. 1. Band. Seite 264.

²⁾ „Neue Zeit“, Jahrgang 1906/07. 2. Band. Seite 427.

³⁾ Grünbergs Archiv. 3. Band. Seite 126.

viel mehr genähert hat, als die S. D. F., als sie stets den Zusammenhang mit der Massenbewegung, so weit eine solche überhaupt vorhanden war, suchte und pflegte und insbesondere mit den Gewerkschaften und der Arbeiterpartei stets in engster Fühlung blieb. Aber das allein ist noch nicht das, was Marx und Engels von einer sozialistischen Partei verlangten. „Wenn man sein Programm“, schrieb Engels am 23. November 1882 an Marx, „auf Niveau der allerordinärsten Trade Unions herabdrückt, so hat man allerdings leicht ein grosses Publikum.“ Gerade darin besteht ja die allerdings schwer zu verwirklichende Forderung, dass sich die Sozialisten an der Massenbewegung nicht nur aktiv beteiligen, sondern sie zugleich vorwärts und über sich hinauszutreiben suchen, dabei aber nie gegen ihre Prinzipien handeln, vielmehr eingedenk bleiben, dass, wie schon das Kommunistische Manifest sagt, „die Kommunisten praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder sind, dass sie theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus haben.“

Die beiden englischen proletarischen sozialistischen Parteien haben sich bisher in diese Aufgabe geteilt; die I. L. P. hat den Zusammenhang mit der Massenbewegung gepflegt, und das wurde ihr nicht schwer; denn, wie Beer bemerkt,¹⁾ ihre Empfindungen befanden sich in ehrlicher Uebereinstimmung mit dem wesentlich ethisch-religiösen, primitiv christlichen und demokratischen Empfindungsleben der Trade Unionisten²⁾. Die S. D. F. stand von jeher

¹⁾ A. a. O. Seite 472.

²⁾ Für die Auffassung, die bis vor kurzer Zeit die Führer der I. L. P. beherrschte, ist ein Artikel Keir Hardies im Labour Leader vom 17. August 1901 bezeichnend (zitiert bei M. Beer, Parteipolitische Projekte in England, Neue Zeit, Jahrg. 1901/02, Bd. 1., S. 435), in dem es heisst: „... Es kann nicht oft genug wiederholt werden, dass der Sozialismus absolut gar nichts mit Klassengegensätzen zu tun hat. ... Das Ziel des Sozialismus ist die Abschaffung aller derartigen künstlichen Klassenunterschiede, die die gegenwärtige Methode der Produktion und der Aneignung des Reichthums nach sich zieht. In der sozialistischen Bewegung haben wir Landbesitzer und Kapitalisten, und ihre Zahl ist glücklicherweise im Wachsen begriffen. ... Die Armut fesselt den einen, Eigentum den andern. Der Sozialismus wird beide befreien. ... Nicht Klassen sondern Systeme sind im Kampfe gegeneinander, und die besitzende Klasse auf der einen und die Enterbten auf der anderen Seite sind nur die Opfer, auf die die Bürde des Kampfes fällt. ... Die Menschheit als Masse wird nicht durch Hass, sondern durch Liebe für Gerechtigkeit bewegt.“

auf dem Standpunkt des Klassenkampfes; aber sie vermochte nicht, mit ihren Ueberzeugungen die Massen zu durchdringen. Ob man daraus ihren Führern einen Vorwurf machen kann, erscheint sehr fraglich; mit Recht konnte Rothstein darauf hinweisen, dass Engels selbst, die Avelings und die Sozialistische Liga in ihren Bestrebungen in dieser Richtung keineswegs glücklicher waren als die Männer der S. D. F.

Gewiss ist die vom Kommunistischen Manifest vorgezeichnete Taktik, die besonders Engels stets so leidenschaftlich verfocht, das Ideal des sozialistischen marxistischen Politikers. Hier hat er eine Aufgabe vor sich, zu deren Bewältigung er alle diplomatischen Fähigkeiten und allen Takt und alles Feingefühl und psychologische Verständnis aufbieten mag. Vorbildlich hat in dieser Hinsicht Viktor Adler gewirkt, als er den sich bitter befehdenden Fraktionen der österreichischen Sozialdemokratie, den „Gemässigten“ und den „Radikalen“, nachwies, dass ihre s a c h l i c h e n Differenzen schon sehr geringfügig geworden waren, dass es nur mehr das Festhalten an bestimmten Worten und Formeln war, was sie noch trennte, dass aber im Wesen beide Teile schon auf der Grundlage des Marxismus standen. Er verstand es, so wie Marx es in jenem Brief an Schweitzer verlangte, nicht das hervorzuheben, was die Richtungen trennte, sondern das, was sie gemein hatten, und wie trefflich er es vermocht hatte, dabei das Prinzip zu wahren und „stets das Interesse der Gesamtbewegung zu vertreten,“ das zeigt das Hainfelder Programm.

Gewiss ist es richtig, wie Engels sagt, dass die Konstituierung der Arbeiter als selbständige politische Partei der erste grosse Schritt ist, worauf es in jedem neu in die Bewegung eintretenden Lande ankommt; aber mit dem durch Schaden klug werden ist es keine so einfache Sache, wie Engels es hinstellt. Am 13. August 1886 schrieb er an Frau Wischnewetzky¹⁾: „Dem angelsächsischen Verstand . . . gilt Theorie nichts, bis sie ihm durch die traurige Notwendigkeit eingepaukt wird, und für die Vorbereitung unserer Freunde zu theoretischer Schulung zähle ich vor allem auf die Lehren, die sie durch die Folgen ihrer eigenen Dummheiten empfangen werden.“

Gegen diese Auffassung, dass jede selbständige Arbeiterbewegung geradezu von selbst „durch Schaden klug“ und dadurch zum

¹⁾ Briefe an Sorge. Seite 233.

Marxismus geführt werden muss, hat Kautsky mit Recht opponiert. „Es ist nicht richtig“, sagte er,¹⁾ „wenn man meint, die Hauptsache sei die Organisation einer selbständigen Arbeiterpartei. Bestehe sie einmal, so werde die Logik der Tatsachen ihr schon Sozialismus einbläuen. Man vergisst, dass jener Sozialismus, der einzig das Proletariat zusammenzuhalten und zum Siege zu führen vermag, der Sozialismus des Klassenkampfes, keine so einfache Sache ist, die an der Oberfläche der Dinge liegt. Wohl sind die Proletarier durch ihre Klassenlage besser veranlagt, ihn zu begreifen, als bürgerliche Elemente; wohl bietet ihnen eine selbständige Klassenpartei die beste Grundlage dazu, aber trotzdem bedarf es doch einer Reihe theoretischer Erkenntnisse, um zum Verständnis der tieferen Zusammenhänge der kapitalistischen Produktionsweise und damit des Wesens der Klassen und ihrer historischen Aufgaben zu kommen, ohne die eine wirklich selbständige, nicht bloss organisatorisch, sondern auch geistig von der Bourgeoisie unabhängige dauernde Klassenpartei des Proletariats nicht möglich ist. Ja, schon die Bildung einer solchen Klassenpartei ohne diese sozialistische Einsicht ist sehr erschwert. . . . Es genügt also nicht das Streben nach Organisation einer selbständigen Massen- und Klassenpartei. Ebenso wichtig wird die sozialistische Aufklärung. Ist der S. D. F. die erstere Aufgabe nicht gelungen, so hat sie um so mehr geleistet auf dem Gebiet der zweiten.“

1898 meinte Bernstein,²⁾ es frage sich sehr, ob die sozialistische Propaganda in England bei grösserer Einmütigkeit und damit stets verbundener Einförmigkeit sehr viel weiter wäre, als sie es damals tatsächlich war. Heute liegen die Dinge anders. Waren die Programme der beiden sozialistischen Arbeiterparteien Englands schon von Anfang an sehr wenig verschieden, und fand auch schon oft zwischen einzelnen Lokalorganisationen in der Provinz freundliches Einvernehmen statt, so haben sich gerade in der letzten Zeit die beiden Organisationen auch in ihren taktischen Anschauungen stark einander genähert, beide unter dem Druck der gewaltig anschwellenden proletarischen Massenbewegung der letzten Jahre. So ist zu hoffen, dass sich die beiden Organisationen bald zusammen-

¹⁾ Kautsky. „Sekte oder Klassenpartei?“ „Neue Zeit“. Jahrgang 1908/09, 2. Band, Seite 10 ff.

²⁾ In einer Besprechung des Buches von S. Webb, „Der Sozialismus in England“.

schliessen, um gemeinsam die geistige Führung in den grossen Kämpfen zu übernehmen, denen das englische Proletariat mit solch leidenschaftlichem Ungestüm entgegendrängt.

Partei und Gewerkschaft.

„Mit Trade Unions u. s. w. muss es anfangen, wenn's Massenbewegung sein soll“, schrieb Engels am 8. Februar 1890 an Sorge.¹⁾ Tatsächlich hatten sowohl Engels als Marx die Bedeutung des Gewerkschaftskampfes als des dem Wesen des Proletariats am meisten entsprechenden Mittels im sozialen Krieg schon in den Vierzigerjahren erkannt, zu einer Zeit, als man ausserhalb Englands noch von der Existenz von Gewerkschaften kaum etwas wusste.

So schrieb Engels schon 1845 in seiner „Lage der arbeitenden Klasse in England“:²⁾ „Was diesen Assoziationen [Gewerkschaften] und den aus ihnen hervorgehenden Turnouts [Streiks] die eigentliche Wichtigkeit gibt, ist das, dass sie der erste Versuch der Arbeiter sind, die Konkurrenz aufzuheben . . . Und gerade, weil sie sich, wenn auch nur einseitig, nur auf beschränkte Weise gegen die Konkurrenz, gegen den Lebensnerv der jetzigen sozialen Ordnung richten, gerade deshalb sind sie dieser sozialen Ordnung so gefährlich. Der Arbeiter kann die Bourgeoisie und mit ihr die ganze bestehende Einrichtung der Gesellschaft an keinem wunderen Fleck angreifen, als an diesem.“

Noch eingehender behandelte zwei Jahre später Marx die Bedeutung der Gewerkschaften in seiner Streitschrift gegen Proudhon, dem „Elend der Philosophie“, wo er das letzte Kapitel ganz der Frage der „Strikes und Arbeiterkoalitionen“ widmete. Dort heisst es unter anderem³⁾:

„Die Grossindustrie bringt eine Menge einander unbekannter Leute an einem Orte zusammen. Die Konkurrenz spaltet sie in ihren Interessen; aber die Aufrechterhaltung des Lohnes, dieses gemeinsamen Interesses gegenüber ihrem Meister, vereinigt sie in einem gemeinsamen Gedanken des Widerstandes — Koalition.

¹⁾ Briefe an Sorge, Seite 329.

²⁾ Stuttgarter Ausgabe, Seite 222.

³⁾ Stuttgarter Ausgabe, Seite 161 fg.

Wenn der erste Zweck des Widerstandes nur die Aufrechterhaltung der Löhne war, so formieren sich die anfangs isolierten Koalitionen in dem Mass, als die Kapitalisten ihrerseits sich behufs der Repression vereinigen, zu Gruppen, und gegenüber dem stets vereinigten Kapital wird die Aufrechterhaltung der Assoziationen notwendiger für sie als die des Lohnes. Das ist so wahr, dass die englischen Oekonomen ganz erstaunt sind, zu sehen, wie die Arbeiter einen grossen Teil ihres Lohnes zugunsten von Assoziationen opfern, die in den Augen der Oekonomen nur zugunsten des Lohnes errichtet wurden. In diesem Kampf — ein veritabler Bürgerkrieg — vereinigen und entwickeln sich alle Elemente für eine kommende Schlacht. Einmal auf diesem Punkt angelangt, nimmt die Koalition einen politischen Charakter an.

„Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf, den wir nur in einigen Phasen gekennzeichnet haben, findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf.“¹⁾

Diese Stellen sind deshalb besonders interessant, weil hier schon der Standpunkt genau gekennzeichnet ist, den Marx und Engels stets den Gewerkschaften gegenüber eingenommen haben. In einer Zeit, wo die friedlichen Sozialisten die Hoffnung der Zukunft in den Produktivgenossenschaften sahen, die Revolutionäre aber ausschliesslich im politischen Parteikampf, erkannten bereits Marx und Engels in den Gewerkschaften die dem modernen Proletariat spezifisch entsprechende Organisation. In einer Zeit, wo die kooperativen Illusionen der „Grand National Consolidated Trades Union“ Owens ebenso zusammengebrochen waren wie die syndikalistisch-revolutionären der Morrison und Benbow, wo die englischen Gewerkschaften sich immer mehr in engherzige Geschäftsunternehmungen verwandelten, während es auf dem Kontinent kaum Ansätze zu gewerkschaftlichen Organisationen gab, sahen Marx und Engels in den Gewerkschaften den revolutionären Kern. Nicht etwa im

¹⁾ Dieser Gedankengang kehrt, noch knapper zusammengefasst, auch im Kommunistischen Manifest wieder.

Sinne der Syndikalisten, für welche die Gewerkschaften Schulen revolutionärer Gymnastik und zugleich die Mittelpunkte der künftigen Wirtschaftsorganisation sind. Nicht in der „direkten Aktion“, der systematischen Vorbereitung zum Generalstreik u. s. w. sahen Marx und Engels das revolutionäre Moment des Gewerkschaftskampfes, sondern gerade in den Lohnkämpfen, im Ringen um menschenwürdige Existenz. Denn, wie Engels sagt, „der Arbeiter kann die Bourgeoisie und mit ihr die ganze bestehende Einrichtung der Gesellschaft an keinem wunderen Fleck angreifen als an diesem“, und Marx zeigt, wie gerade der gewerkschaftliche Tageskampf erst die Masse der Arbeiter zu der ihrer selbst bewussten Klasse bildet, die mit der ebenfalls in diesem Kampf zusammengeschmiedeten Kapitalistenklasse zum Kampf antritt, der dann als Kampf von Klasse gegen Klasse ein politischer ist.

Wie gross die Schwierigkeiten waren, mit denen in der Gewerkschaftsfrage Marx selbst im Schosse des Generalrats zu rechnen hatte, ersieht man wohl am besten aus dem Vortrag, den er im Juni 1865 in einer Sitzung des Generalrats hielt, und den Bernstein unter dem Titel „Lohn, Preis und Profit“ herausgegeben hat.¹⁾ Dieser ganze Vortrag ist eine Verteidigung der Gewerkschaften gegen die Argumente der Proudhonianer, die sich teilweise ja auch die Lassalleaner zu eigen gemacht hatten. Diese Broschüre, die auch heute noch in der Propagandaliteratur der Gewerkschaften den ersten Platz einnehmen sollte, kommt zu dem Schluss:

„Gewerkschaften sind wirksam als Zentren des Widerstandes gegen Uebergrieffe des Kapitals. Sie erweisen sich in Einzelfällen als unwirksam infolge unbedachten Gebrauchs ihrer Macht. Sie verfehlten im allgemeinen ihren Zweck dadurch, dass sie sich auf einen Guerillakrieg gegen die Wirkungen des gegenwärtigen Systems beschränken, statt gleichzeitig auf seine Umwandlung hinzuwirken und ihre organisierte Kraft als einen Hebel für die endgültige Emanzipation der arbeitenden Klassen, das heisst die endgültige Abschaffung des Lohnsystems, zu gebrauchen.“

Was in diesen Worten nur kurz skizziert ist und daher auch missverstanden werden könnte, fand ein Jahr später seine ausführlichere und breitere Darstellung in der Gewerkschaftsresolution des Genfer Kongresses der Internationale (3. bis 9. September 1866). Diese lautet in ihren wichtigsten Teilen:

¹⁾ Frankfurt am Main 1908, Verlag Buchhandlung Volksstimme.

„Das unmittelbare Ziel der Gewerkschaften beschränkt sich auf die notwendigen täglichen Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital, als ein Mittel der Abwehr gegen die unaufhörlichen Uebergriffe des Kapitals, mit einem Wort, auf die Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit. Diese Tätigkeit der Gewerkschaften ist nicht nur berechtigt, sie ist notwendig. Sie ist unentbehrlich, so lange das heutige System fortbesteht. Im Gegenteil, sie muss verallgemeinert werden durch die Gründung und die Zusammenfassung von Gewerkschaften in allen Ländern.“

Auf der anderen Seite sind die Gewerkschaften, ohne dass sie sich dessen bewusst wurden, zu Brennpunkten der Organisation für die Arbeiterklasse geworden, wie die mittelalterlichen Munizipalitäten und Gemeinden es für die Bourgeoisie waren. Wenn die Gewerkschaften unumgänglich sind für den täglichen Guerillakrieg zwischen Kapital und Arbeit, so sind sie noch weit wichtiger als organisierte Förderungsmittel der Aufhebung des Systems der Lohnarbeit selbst.

„ . . . Die Gewerkschaften haben bisher die lokalen und unmittelbaren Kämpfe gegen das Kapital zu ausschliesslich vor Augen gehabt. Sie haben ihre Kraft zum Angriff auf das System der Lohnsklaverei und gegen das heutige Produktionssystem noch nicht vollkommen verstanden. Sie halten sich deshalb zu fern von allgemeinen sozialen und politischen Bewegungen . . .“

„ . . . Abgesehen von ihren ursprünglichen Zwecken, müssen sie nunmehr lernen, bewussterweise als Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse zu handeln, im grossen Interesse ihrer vollständigen Emanzipation. Sie müssen jede soziale und politische Bewegung, welche auf dies Ziel lossteuert, unterstützen. Indem sie sich selbst als die Vorkämpfer und Vertreter der ganzen Klasse betrachten und danach handeln, können sie nicht umhin, die ausserhalb der Gewerkschaften Stehenden in ihre Reihen aufzunehmen. Sie müssen sich sorgfältig um die Interessen der am schlechtesten bezahlten Arbeiterschichten bekümmern, die Ackerbauarbeiter zum Beispiel, die wegen ausnahmsweise ungünstiger Umstände bisher nicht den geringsten organisierten Widerstand leisten konnten. Sie müssen die ganze Welt zur Ueberzeugung bringen, dass ihre Bestrebungen, weit entfernt, engherzig und selbststüchtig zu sein, vielmehr die Emanzipation der niedergetretenen Massen zum Ziele haben.“

Marx und Engels erblickten also in den Gewerkschaften die eigentlichen spezifisch proletarischen Kampforganisationen der Arbeiterschaft, die zwei Aufgaben zu erfüllen haben: den Kleinkrieg gegen kapitalistische Uebergriffe und die Bildung von Zentren für den Klassenkampf. Doch stehen diese beiden Aufgaben weder in einem Gegensatz zu noch unvermittelt nebeneinander; denn der tägliche Kleinkrieg schafft erst die Organisation, er führt die Proletarier in diese Vereinigung, er bestimmt zugleich auch ihren Charakter. Diese Kämpfe führen aber über sich selbst hinaus, in ihnen „findet sich die Masse zusammen und konstituiert sich als Klasse für sich selbst.“ Dieser Vorgang kann allerdings durch eine verfehlte, engherzige Taktik der Gewerkschaften gehemmt und hinausgeschoben werden, wenn diese zünftlerisch erstarren und sich nicht als Vertreter und Vorkämpfer der Arbeiterschaft gegenüber den Kapitalisten, sondern als Beauftragte eines Berufes gegenüber den anderen betrachten.

Dementsprechend erblickte Marx in der gewerkschaftlichen Organisation den Kern der Arbeiterarmee in ihrem Kampf um die endgültige Befreiung. Er sah es daher als einen Fehler an, dass sich die englischen Gewerkschaften ganz von der Politik zurückgezogen hatten und begrüßte den Anschluss mehrerer Fachvereine an die Internationale mit besonderer Genugtuung.

Zwar erklärt die Genfer Resolution, es sei Pflicht der Gewerkschaften, jede soziale und politische Bewegung zu unterstützen, welche auf das Ziel der vollständigen Emanzipation der Arbeiterklasse lossteuert, aber der Hauptnachdruck liegt auf dem zweiten Teil des Satzes, die Gewerkschaften sollten sich selbst als die Vorkämpfer und Vertreter der ganzen Klasse betrachten. Es ist klar, dass hier die englischen Erfahrungen Marx' Haltung bestimmt haben. Einer der wesentlichsten Gründe für das Scheitern des Chartismus war gerade der Mangel an Einverständnis zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung gewesen. Zugleich zeigte aber auch der Augenschein, dass das englische Proletariat vor allem in seinen Trade-Unions die seiner Klasse entsprechenden Organisationen erblickte. Wäre aber selbst Marx nicht derselben Ansicht gewesen, so hätte er doch gegen diese Auffassung, gegen die prinzipielle Bedenken keinesfalls bestanden, nicht opponieren können, getreu seinem Grundsatz, dass Ziel und Weg der sozialen Bewegung aus der Masse selbst hervorgehen müssen und ihr nicht von aussen aufgedrängt werden dürfen.

Tatsächlich stimmte aber Marx hier mit dem englischen Proletariat vollkommen überein und so betrachtete er jene Form der politischen Betätigung, in der die englische Arbeiterschaft später wirklich auftrat, als den normalen Fall, die Bildung einer politischen Arbeiterpartei als Vollzugsausschuss der Gewerkschaften.

Doch die Auffassung der Gewerkschaften als eigentlicher Hauptorganisationsform des Proletariats stiess, wie schon erwähnt, ausserhalb Englands allenthalben auf heftigsten Widerspruch. Durch fast alle Werke Proudhons zog sich wie ein gelber Faden die geradezu erbitterte Feindseligkeit gegen die Gewerkschaften und seine Anhänger folgten ihm darin zumeist unbedingt. Erst das Beispiel Englands, das die französischen Arbeiter in den Sechzigerjahren näher kennen lernten, und die Verhandlungen der Kongresse der Internationale gaben der französischen Gewerkschaftsbewegung einen starken Anstoss¹⁾, und Marx durfte es in einem Brief an Engels vom 12. September 1868 mit Stolz als einen grossen Fortschritt bezeichnen und als einen Erfolg seiner Agitation buchen, „dass die proudhonistischen »braves Belges« und Franzosen, die zu Genf (1866) und Lausanne (1867) dogmatisch gegen Trades-Unions u. s. w. deklamierten, jetzt am fanatischsten dafür sind“. ²⁾

Noch viel grössere Widerstände als in Frankreich und Belgien hatte aber Marx' Auffassung von der Bedeutung der Gewerkschaften in Deutschland zu besiegen. Wie dort die Theorie Proudhons, so stellte sich ihr hier die Lassalles hindernd entgegen. Zuweilen wurde auch von den Lassalleanern das Hauptargument Proudhons gegen die Gewerkschaften angeführt, dass eine Steigerung der Löhne auch eine Steigerung der Preise im Gefolge habe, so dass der Arbeiter auf der einen Seite verliere, was er auf der anderen in mühevollen Kämpfen errungen. Hauptsächlich aber waren es andere Erwägungen, mit denen Lassalles Jünger gegen die Gewerkschaftsbewegung zu Felde zogen: der Hinweis auf das „eherne Lohngesetz“, das eine dauernde Besserung der proletarischen Lebenshaltung unmöglich mache, und die Verurteilung aller Versuche der „Selbsthilfe“. Da diese beiden Lehren die Grundpfeiler der Lassalleschen Oekonomie waren, musste eine theoretische Anerkennung der Gewerkschaften auf grosse Schwierigkeiten stossen.

¹⁾ Vergleiche Paul Louis, „Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich“, Stuttgart 1912, Seite 177 ff.

²⁾ Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx. Stuttgart 1913, Band IV, Seite 80.

Am heftigsten kam diese Abneigung bei den orthodoxesten Anhängern Lassalles in dem von der Gräfin Hatzfeldt ausgehaltenen „Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ zum Ausdruck, der, in seiner Vorstandssitzung vom 28. November 1868 „die systematische Organisation von Arbeitseinstellungen für ein historisch-reaktionäres Mittel“ erklärte, „angewendet zu dem Zweck, die Arbeiterkräfte auszusaugen, zu zersplittern und vom Ziel abzulenken“.

Doch auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein nahm auf seinen Generalversammlungen von 1872 und 1873 eine keineswegs gewerkschaftsfreundliche Stellung ein. Noch bedeutungsvoller ist es wohl, dass Schweitzer die Einberufung eines Arbeiterkongresses zur Bildung von Gewerkschaften auf der Hamburger Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereines nur durchdrücken konnte, indem er die Kabinettsfrage stellte. Dabei aber sah gerade Schweitzer den Gewerkschaftskampf als durchaus vergebliches Bemühen an. „Die Streiks sind ökonomisch notwendig erfolglos“, erklärte er zusammenfassend am Schluss einer Artikelserie über Arbeitseinstellungen.¹⁾ Nur notgedrungen, unter dem Druck der in den Arbeitermassen entstandenen Bewegung, fand er insofern ein Verhältnis zu den Gewerkschaften, als er sie als „vorzügliches Mittel anerkannte, die Arbeiterbewegung zum Ausbruch zu bringen und bis zu der Höhe zu fördern, wo die Arbeiterklasse für ihre eigentliche Klassenerkenntnis reif ist“, und als diese „Klassenerkenntnis“ bezeichnet er die Ueberzeugung von dem Recht auf den vollen Arbeitsertrag und dann, dass dieses Recht nur durch die Gesetzgebung verwirklicht werden kann. Besser als Streiks sei es, „ganz direkt auf das Ziel loszugehen — aufs Ziel: den Staat unter die Bestimmung der Arbeiterklasse zu bringen.“

In der Einleitung zu seiner Geschichte der Zimmererbewegung²⁾ meint Bringmann, „die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für die Emanzipation des Proletariats sei in den Theorien der Eisenacher Parteirichtung und in der Richtung Bebel-Liebknichts jedenfalls gleich Null gewesen. In dieser Beziehung unterschieden sich die genannten Richtungen in nichts von den Nurpolitikern in der Lassalleschen Parteirichtung. Daher seien die Gewerkschaften besonders von Bebel auch immer weit mehr als Unterstützungseinrichtungen als etwa als Kampforganisationen empfohlen worden“.

¹⁾ Schweitzer, a. a. O., Seite 231; vergleiche auch Seite 75, 226, 229, 265.

²⁾ Abgedruckt in „Neue Zeit“, Jahrgang 1903/04, Band 2.

Soweit dies richtig ist, ist es auch leicht erklärlich; denn in der Zeit, um die es sich hier handelt, waren die Eisenacher theoretisch ebenso Lassalleaner wie die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereines¹⁾. Und das war auch der Grund für ihren Mangel an Verständnis der Gewerkschaftsbewegung und ihrer Bedeutung. Vergeblich versuchte Marx Schweitzer darüber aufzuklären, indem er die revolutionäre Funktion der Gewerkschaften für das damalige Preussen der Lassalleschen Forderung der Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe gegenüberstellte. Am 13. Februar 1865 schrieb er²⁾:

„Koalitionen mit den aus ihnen erwachsenden Trades-Unions sind nicht nur als Mittel der Organisation der Arbeiterklasse zum Kampf mit der Bourgeoisie von der äussersten Wichtigkeit — diese Wichtigkeit zeigt sich unter anderem darin, dass selbst die Arbeiter der United States trotz Wahlrecht und Republik derselben nicht entbehren können — sondern in Preussen und Deutschland überhaupt ist das Koalitionsrecht ausserdem ein Durchbrechen der Polizeiherrschaft und des Bürokratismus, zerreisst die Gesindeordnung und die Adelswirtschaft auf dem Land, kurz es ist eine Massregel zur Mündigmachung der „Untertanen“, welche die Fortschrittspartei, das heisst jede bürgerliche Oppositionspartei in Preussen, wenn nicht verrückt, hundertmal eher gestatten könnte als die preussische Regierung und nun gar die Regierung eines Bismarck! Dagegen andererseits königlich preussische Regierungsunterstützung von Kooperativgesellschaften ist als ökonomische Massregel Null, während zugleich dadurch das Vormundschaftssystem ausgedehnt, ein Teil der Arbeiterklasse bestochen und die Bewegung entmannt wird.“

Hier zeigt Marx, was er unter revolutionärer Wirksamkeit der Gewerkschaftsbewegung versteht: nicht „direkte Aktion“, Sabotage, Generalstreik u. s. w., sondern die Aufrüttelung der Arbeitermassen und die Erweckung ihres Selbst- und Klassenbewusstseins. Der Hinweis auf Amerika sollte Schweitzer zeigen, dass die Verwirklichung der demokratischen Forderungen die Gewerkschaften keineswegs überflüssig macht.

¹⁾ Vergleiche zum Beispiel Bebel „Aus meinem Leben“, Band 2, Seite 294. Bebels Schrift „Unsere Ziele“ aus dem Jahre 1869 ist ebenfalls noch ganz lassalleanisch.

²⁾ Der Brief abgedruckt in „Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx“, Band 3, Seite 229 ff.

Doch es war umsonst. Gewiss fehlte es Schweitzer nicht an der geistigen Begabung, um so einleuchtende Wahrheiten zu begreifen; auch stand dem sicherlich nicht der lassalleanische Dogmenglaube im Wege. Aber die Bewegung, in der Schweitzer lebte und wirkte, war damals für diese Erkenntnis noch nicht reif.

Ungemein bezeichnend hiefür ist der Aufruf, durch den Schweitzer und Fritzsche den Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongress nach Berlin beriefen. Die Einladung richtete sich an alle Arbeiter, „sowohl die Fabrikarbeiter wie die kleinen Handwerksmeister und Gewerbetreibende, welche unter dem Druck des Kapitals leiden“¹⁾. Die deutsche Industrie beruhte damals noch zum sehr grossen Teil auf dem Handwerk und besonders der Hausindustrie und die deutsche Sozialdemokratie fand zunächst hauptsächlich in diesen Schichten Anhängerschaft. Der Gewerkschaftskampf ist aber bekanntlich gerade für die letztere Kategorie mit fast unübersteiglichen Schwierigkeiten verbunden.

Dieser kleinbürgerliche, handwerksmässige Charakter prägte sich der ganzen Arbeiterbewegung jener Tage auf²⁾ und ganz besonders den ersten Ansätzen zu einer Gewerkschaftsbewegung.

Sehr charakteristisch sind dafür die starken syndikalistischen Anklänge in der Bewegung jener Zeit³⁾. So begründete zum Bei-

¹⁾ Vergleiche Laufenberg, „Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg“. Hamburg 1911, Seite 357.

²⁾ Vergleiche besonders auch Laufenberg, a. a. O., Seite 240ff. Geistvoll charakterisiert Laufenberg die historische Bedeutung Lassalles mit folgenden Worten (Seite 247): „... Lassalles Arbeiteragitation steht inmitten einer grossen historischen Wende. Vor der siegenden Gewalt der auf das Rotationsprinzip gegründeten neuen Technik, die das animalisch-pflanzliche Zeitalter der Vergangenheit verabschiedet, ein Zeitalter aus Eisen, Glas und Stein heraufführt, tritt die Arbeiterschaft der Berufe, die während des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Rückgrat der kapitalistischen Produktion bilden, in ihrer für das Proletariat ausschlaggebenden Bedeutung zurück. Aber noch einmal bewährt sie die alte Führungsrolle, schlägt sie die Brücke zur modernen Arbeiterbewegung. Wortführer und Vollstrecker dieser Mission ist Ferdinand Lassalle. Er wirft die Erkennungsworte in die Massen, löst die dialektischen Widersprüche der Situation, die Gegensätze und Reibungen unter den Gruppen der Arbeiterwelt auf in die Idee, die Staatsidee der Arbeiterschaft“.

³⁾ Im „Elend der Philosophie“ bemerkt Marx, der Entwicklungsgrad der Koalitionen in einem Land bezeichne genau den Rang, den dasselbe in der Hierarchie des Weltmarkts einnimmt. Ebenso könnte man sagen, eine bestimmte, die kleinbürgerliche Entwicklungsstufe der Koalitionen werde bezeichnet durch das Auftreten syndikalistischer Ideen, durch die Verknüpfung genossenschaftlicher mit

spiel Fritzsche, der Begründer der ersten deutschen Gewerkschaft, der der Tabakarbeiter, deren Notwendigkeit im Vereinsorgan damit, „die Organisation der Arbeiter eines jeden Geschäftszweiges für sich sei ein Bedingnis für die Gründung und Erhaltung des künftigen sozialdemokratischen Staates . . . Die Organisation der Arbeit sei nur möglich, wenn sich die Gesellschaft nach den Produktionszweigen gliedert, um die für jedes notwendige Produkt verfügbaren Kräfte abschätzen und je nach Bedürfnis der Gesamtheit vermehren oder vermindern zu können“¹⁾). In ähnlichem Sinne sprachen sich York und Hillmann aus²⁾). Besonders interessant und charakteristisch sind aber die Ausführungen, die bei der Beratung des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 Hasselmann im Reichstag machte³⁾). Hier tritt vollkommen klar dieselbe Auffassung zutage, die wir heute bei den sogenannten „reformistischen“ Syndikalisten Frankreichs von der Richtung etwa Keufers wieder finden:

„Sobald die sozialistischen Bestrebungen der Arbeiter ruhig ihren Verlauf nehmen können, werden sie sich in der Weise entwickeln, dass die Arbeiter Gewerkschaften gründen und sich in ruhiger Weise durch alle Arbeiterkategorien hindurch organisieren; es wird, wie es schon jetzt der Fall ist, von den Gewerkschaften teilweise als Versuch mit kleinen Assoziationen vorgegangen werden, man wird die Leute schulen und disziplinieren und innerhalb dieser Gewerkschaften wird sich dann ein tüchtiger Stamm bilden, welcher fähig ist, sobald die öffentliche Meinung und Ueberzeugung dies verlangt, einen Stamm von Produktivassoziationen zu bilden, die gemeinschaftlich die Produktion leiten und organisieren, einen Arbeiterkern, der fähig ist, ohne Zuckungen die Gesellschaft in eine sozialistische umzuwandeln. Es wird unter solchen Umständen das

den gewerkschaftlichen Ideen. Wir finden dieses Stadium in der Entwicklung der Gewerkschaften in England in den Dreissigerjahren, in Deutschland in den Sechzigerjahren, in Oesterreich in den Achtzigerjahren und in Frankreich und Italien mit Ausnahme der hochindustriellen Teile um die Wende des Jahrhunderts. Der sogenannte „Syndikalismus“ in der englischen und amerikanischen Arbeiterbewegung, die Auflehnung der ungelerten Arbeiter gegen den engherzigen alten Trade-Unionismus, ist in seinem Wesen von den hier erwähnten syndikalistischen Strömungen durchaus verschieden.

¹⁾ Vergleiche Schröder, „Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage“. München 1910, Seite 177 ff.

²⁾ Vergleiche Kampffmeyer, „Wandlungen in der Theorie und Taktik der Sozialdemokratie“. München, G. Birk u. Co. Seite 90 und 91.

³⁾ Zitiert bei Bringmann, a. a. O. Seite 559.

bestehende Eigentum nicht angetastet zu werden brauchen, die Arbeiter werden durch die Entwicklung ihrer Organisation zu einer sozialistischen Gesellschaft allmählich dasjenige sich aneignen können, was ihnen jetzt tatsächlich entzogen wird, nämlich die Differenz zwischen ihrem Arbeitslohn und ihrem Arbeitsertrag¹⁾).

Diese Genossenschaftsillusion musste mit der Ueberwindung des theoretischen Lassalleanismus und dem Zurücktreten der Bedeutung von Handwerk und Hausindustrie für die Partei allmählich schwinden; aber die Lassallesche Geringschätzung des gewerkschaftlichen Kampfes sollte in der deutschen Sozialdemokratie noch lange nachwirken, wozu allerdings auch das Sozialistengesetz und seine Anwendung auf die Gewerkschaftsbewegung viel beitrugen. Denn dadurch wurde die normale Entwicklung der Fachorganisationen stark zurückgehalten und geschwächt. Nach dem Fall des Schandgesetzes ging die politische Partei als Siegerin aus den opferreichen Kämpfen hervor, ihre Wählerzahl war ungemein gestiegen, noch mehr ihr Prestige, da sie ihrer so mächtigen Gegner Herr geworden war. Die Gewerkschaften waren dem gegenüber in einer viel ungünstigeren Lage. Bis zum Sozialistengesetz hatten sie sich in Abhängigkeit von der Partei entwickelt, und der Hader zwischen den beiden feindlichen Parteifractionen war auch für sie verhängnisvoll geworden, die Einigung in Gotha hatte auch auf sie belebend gewirkt. Das Sozialistengesetz hatte durch den gemeinsamen Druck die beiden Bewegungen erst recht zusammengeführt. Als nun das Sozialistengesetz endlich fiel, geschah das in einer Zeit der schwersten wirtschaftlichen Depression. Die Zeit unmittelbar nach Aufhebung des Sozialistengesetzes war für die deutschen Gewerkschaften eine Zeit des Stillstands und des inneren Zwistes. Eine der wichtigsten Fragen musste nun das Verhältnis zur Partei werden, eine Frage, die in dem Streit um zentralistische oder lokalistische Organisationsform zum Austrag gelangte. Die Entscheidung für den Zentralismus, der eine politische Betätigung der Gewerkschaften ausschloss, und die Einsetzung der Generalkommission in Hamburg brachten die Gewerkschaften in einen gewissen Gegensatz zur Partei, die hier eine selbständige Macht neben sich aufsteigen sah. Die Spannung, die immer stärker wurde, entlud sich in dem Ungewitter des Kölner Parteitags von 1893.

¹⁾ Ueber diese interessante Verquickung von Gewerkschaft und Genossenschaft vergleiche auch Laufenberg a. a. O. Seite 244.

Die leidenschaftlichen Kämpfe, die damals die Gemüter der deutschen Arbeiter erregten, gehören heute der Geschichte an. Die Spannung, die damals zwischen Partei und Gewerkschaft bestand, ist glücklicherweise fast ganz geschwunden, ohne dass eine der beiden Parteien sich als Sieger oder Besiegter zu betrachten hätte. Was uns hier vor allem interessiert, ist weniger der Standpunkt, den jeder der beiden Teile in jener grossen Redeschlacht einnahm, als die Argumente, mit denen er diesen Standpunkt verteidigte.

In einem Briefe, den Auer an Legien geschrieben hatte und den dieser dem Parteitag zur Kenntnis brachte, setzte er die politische Partei der klassenbewussten Arbeiterbewegung gleich und bezeichnete die Gewerkschaften lediglich als Spezialwaffe im Klassenkrieg, etwa wie die Artillerie in der Armee. Dem gegenüber braucht man nur an das Gespräch mit Marx zu erinnern, über das Hamann im „Volksstaat“ vom 17. November 1869 berichtete, und in dem Marx sagte:

„Niemand dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Verein zusammengebracht oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen wollen; geschieht dies, so heisst das, ihnen den Todesstoss geben.“¹⁾

Wenn hier auch vielleicht der Wortlaut nicht genau ist, so stimmt diese Aeusserung doch in allem Wesentlichen mit Marx' sonst geäusselter Auffassung von der Bedeutung der Gewerkschaften überein. Dieser entsprachen auch Legiens Ausführungen:

„Wenn wir an Arbeiterkreise, die absolut dem wirtschaftlichen und politischen Kampfe bisher fern gestanden haben, herantreten wollen, so dürfen wir ihnen zuerst nicht mit weittragenden politischen Ideen kommen; die Gewerkschaftsorganisation zieht den Arbeiter dadurch heran, dass sie ihm materielle Vorteile in Aussicht stellt, ihm den Mangel an Harmonie zwischen Arbeit und Kapital klarlegt und so auch die indifferentesten Arbeiterschichten in die Bewegung hineinzieht. So ist sie das beste Agitationsmittel für die politische Bewegung.“

Und ebenso stand auch die von den Gewerkschaften akzeptierte, vom Parteitag aber mit 169 gegen 29 Stimmen abgelehnte Resolution Arons ganz auf marxistischem Standpunkt. Sie stimmt

¹⁾ Zitiert bei Kautsky, „Sekte oder Klassenpartei?“ „Neue Zeit“, Jahrgang 1908 09, 2. Band, Seite 7.

in ihren wesentlichen Teilen ganz mit der von Marx entworfenen Genfer Gewerkschaftsresolution überein.

Die Auffassungsweise, die in den Gewerkschaften nur eine untergeordnete „Spezialwaffe“, in der politischen Partei aber die Verkörperung des proletarischen Klassenkampfes überhaupt sieht und diese daher jener als das Ganze dem Teil überordnet, hat aber auch noch länger nachgewirkt. Ihre klarste Formulierung in letzter Zeit dürfte sie wohl in der Broschüre „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ von Rosa Luxemburg gefunden haben. Besonders aus den letzten Abschnitten tritt hier unverhüllt dieselbe Betrachtungsweise zutage, die seinerzeit in Köln in den Reden von Auer und Klara Zetkin zum Ausdruck kam, ja Rosa Luxemburg geht sogar noch weiter zurück. Denn wenn Bebel schon in Erfurt 1891 sagte: „Es gab eine Zeit, wo man über die Zweckmässigkeit der Gewerkschaften innerhalb der Partei lebhaft stritt; auch heute noch sind einzelne der Meinung, diese sei ganz nebensächlich, man sollte sie nach Möglichkeit beiseite setzen, die gewerkschaftliche Organisation hindere die politische, sie absorbiere eine Masse von Mitteln und Kräften, welche der politischen entzogen würden“, so kommen alle diese Argumente, die im Jahre 1891 als überwunden galten, in der Broschüre von 1906 der Reihe nach anmarschiert.¹⁾

Allerdings ist diese Missachtung der gewerkschaftlichen Organisation und Bewegung nicht gerade für den Lassalleanismus charakteristisch; sie entspricht vielmehr einer bestimmten Stufe der Arbeiterbewegung, respektive der Arbeiterbewegung unter bestimmten Bedingungen. Sie findet sich zum Beispiel bei den französischen Guesdisten ebenso wie bei den deutschen Lassalleanern.²⁾

Als in den 60er Jahren die Arbeiterbewegung Europas nach langer Erstarrung wieder auflebte, geschah das in einer Epoche grösster politischer Erregung und Umwälzungen. Das Augenmerk

¹⁾ A. a. O., Seite 54, 56.

²⁾ Charakteristisch für das Nachwirken solcher Stimmungen ist zum Beispiel die Besprechung von Hyndmans „The historical basis of Socialism in England“ durch Schippel im Jahrgang 1884 der „Neuen Zeit.“ So heisst es dort: „Den Fortschritten der Gewerkvereine misst der Verfasser mit Recht eine sehr geringe Bedeutung bei. Ja, weil sich innerhalb der Kreise der Trade - Unions vielfach ein Gefühl aristokratischer Ueberlegenheit gegenüber der grossen ärmeren Masse herausbildet, so deutet Hyndman sogar an, dass er die Gewerkvereine in ihrer heutigen Gestalt für ein Hindernis der Befreiung der Arbeiter hält, so nützlich sie in untergeordneten Angelegenheiten gewirkt haben und noch wirken mögen.“

des vorwärtsstrebenden Proletariats und seiner Führer war daher vor allem auch auf die politischen Ereignisse und die dort wirkenden Kräfte gerichtet. Je klarer die Einsicht wurde, dass dem Elend der Ausgebeuteten nur durch eine völlige Aenderung der Machtverhältnisse, durch eine revolutionäre Bewegung abgeholfen werden konnte, um so einleuchtender musste es erscheinen, dass das Mittel zu diesem Umsturz nicht in gewerkschaftlichen Kämpfen zu suchen war, die, wie das Beispiel Englands zu zeigen schien, nur um augenblickliche Vorteile gingen, sondern nur in politischem Ringen um die Beherrschung des Staates. Und diese Stimmung musste damals um so stärker sein, als man in revolutionären Kreisen ziemlich allgemein mit einem Aufleben der Revolution von 1848 rechnete und sich darauf vorbereitete, das Proletariat in ihr mit den alten revolutionären Mitteln, den Wahlen zu konstituierenden Versammlungen und eventuell Barrikadenkämpfen, unmittelbar um die Macht im Staate ringen zu sehen.

Doch selbst als jene Periode politischer Umwälzungen mit dem deutsch-französischen Krieg zum Abschluss gekommen war, ohne die ersehnte bürgerlich-proletarische Revolution zu bringen, wirkte jene Ideologie noch mächtig nach, besonders in den kontinentalen Staaten, wo das Proletariat sich seine primitivsten Rechte erst erobern und sich zugleich gegen eine autokratische und willkürliche Verwaltungspraxis wehren musste. Kein Wunder, dass sich unter diesen Umständen die politische Partei rascher entwickelte als die Gewerkschaftsbewegung. Es wäre irrig, deshalb zu glauben, die politische Bewegung habe die gewerkschaftliche erst hervorgerufen; wohl aber hat sie sie nach anfänglichem Schwanken unter ihre schützenden Fittiche genommen, allerdings oft unter der Voraussetzung, dass die Gewerkschaftsbewegung sich willig ihrer grösseren und älteren Schwester unterordne.

Für jene Zeit ist die Auffassung der Gewerkschaftsbewegung als einer Vorschule der Sozialdemokratie kennzeichnend, wie sie den Guesdisten sowie den deutschen Sozialdemokraten, und oft mit Recht, vorgeworfen wurde.¹⁾

¹⁾ Scheinbar konnten sich jene Sozialisten auf ein Wort von Marx stützen. In dem schon zitierten Gespräch mit Hamann soll sich dieser geäußert haben: „Die Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozialismus.“ Aber selbst in der Hamannschen Wiedergabe des Gesprächs erhält dieser Satz sofort seine richtige Erklärung durch den nächsten: „In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zu Sozialisten herangebildet, weil ihnen da tagtäglich der Kampf mit dem Kapital

Sehr klar kommt dieser Standpunkt, der in den Gewerkschaften nur ein untergeordnetes Mittel des Klassenkampfes sehen lässt, in der Resolution zum Ausdruck, welche die durchaus guesdistische „Fédération du Nord“ auf ihrem Kongress von Somain im Jahre 1905 gefasst hat, und deren wichtigsten Stellen lauten:

„Wenn auch die Gewerkschafts- oder Genossenschaftsbewegung eine notwendige Form des Klassenkampfes ist, so vollzieht sie sich doch innerhalb der Grenzen des kapitalistischen Systems der Lohnarbeit, die auch die siegreichsten Streiks fortbestehen lassen. Sie ist daher stets reformistisch, im guten Sinne des Wortes, und sie kann auch nichts anderes sein, auch wenn sie zu Gewalttätigkeiten ihre Zuflucht nimmt.

„Die politische Organisation der Arbeiter zu einer sozialistischen Partei setzt bei dieser die doppelte Ueberzeugung voraus, dass

1. die Befreiung der Arbeit abhängig (subordonnée) ist von der Ueberführung der Produktions- und Tauschmittel in den Besitz der Gesellschaft,

2. dass diese Besitzergreifung, welche die Expropriation der Kapitalistenklasse erfordert, selbst wieder abhängig ist von der Eroberung der politischen Gewalt, des unentbehrlichen Werkzeugs zu einer solchen Umwandlung des Eigentums, durch die organisierte Arbeiterklasse . . .

„Gegen den bürgerlichen Staat richtet sich die politische Aktion der zur politischen Klassenpartei organisierten Proletarier, und ihre Kampfmittel sind die der Bourgeoisie in ihrem Kampf mit dem ancien régime: der Stimmzettel und die Insurrektion.

„Ob sich aber die politische Aktion des Sozialismus im Wege der Abstimmung gegen die verschiedenen Inhaber des kapitalistischen Regimes vollzieht und diese in aller Form rechtens aus ihren Stellen verjagt, oder ob sie den Weg der Insurrektion wählt, sie ist ihrem Wesen nach revolutionär, da sie nach der politischen und ökonomischen Expropriation der feindlichen Klasse strebt.“

vor Augen geführt wird.“ Und weiter fährt Marx fort: „Die Gewerkschaften . . . fesseln die Masse der Arbeiter auf die Dauer, nur sie sind imstande, eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalsmacht ein Bollwerk entgegen zu setzen.“

Und Guesae selbst äusserte noch auf dem sozialistischen Kongress von Nancy (1907), er betrachte den politischen Kampf mit dem Stimmzettel stets nur als Vorbereitung, als Vorübung zum politischen Kampf mit der Flinte.

Hier wird also die revolutionäre Aktion der politischen Partei, die auf die Eroberung der politischen Gewalt ausgeht, gegenübergestellt der bloss reformerischen Aktion der Gewerkschaften. Diese schroffe Konfrontation hat aber zur Voraussetzung, dass die politische Partei in ihrem Kampfe um die Macht im Staate tatsächlich mit jenen alten Revolutionswaffen der Bourgeoisie, mit dem Stimmzettel und der bewaffneten Insurrektion, ihr Auslangen findet. In seinem berühmten Vorwort zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“ hat aber Engels schon im Jahre 1895 nachgewiesen, dass diese Annahme irrig ist, dass sie auf einer haltlosen Illusion beruht.

Freilich hat Engels an jener Stelle keinen Ersatz geboten für die bewaffnete Insurrektion, deren Möglichkeit er für die Zukunft mindestens ausserordentlich einschränkte. Daher kommt es ja, dass dieses politische Testament Engels' von verschiedenen Seiten so aufgefasst wurde, als habe der Altmeister die eine Illusion zerstört, um sich sofort der noch viel haltloseren Illusion hinzugeben, als ob sich der Kapitalismus aus der Welt wählen liesse, als ob es genügen würde, einen genügend grossen Haufen roter Stimmzettel zusammenzubekommen, um das kapitalistische Regime zu stürzen.

Inzwischen hat die Geschichte selbst die Antwort auf jene Frage gegeben, sie hat gezeigt, dass die bewaffnete Insurrektion tatsächlich heute versagt, dass aber an deren Stelle eine viel furchtbarere Waffe des Proletariats getreten ist, der politische Massenstreik. Damit ist aber aufs klarste dargetan, dass jene Gegenüberstellung der revolutionären Aktion der Partei und des Reformismus der Gewerkschaften unhaltbar ist. In einem modernen kapitalistischen Industriestaat ist ein politischer Massenstreik ohne die tätige Mitwirkung der Gewerkschaften eine Unmöglichkeit, wenn er auch keineswegs aus deren Initiative zu entspringen braucht.

Damit zeigt sich aber nur auf höherer Stufe, dass jene Gegenüberstellung überhaupt irreführend war. Gewiss vollzieht sich der einzelne Lohnkampf im Rahmen des kapitalistischen Systems; aber das trifft ebenso auf den einzelnen politischen Kampf zu. Nimmt man aber die Gesamtheit dieser Kämpfe, so ist das Streben nach Beschränkung und Abschaffung des Profits ebenso revolutionär wie

die Niederringung der politischen Gewalt, deren wichtigste Funktion in der Hochhaltung eben dieses Profits besteht. In der Tat gilt jene Behauptung, die Gewerkschaftsbewegung sei ihrem Wesen nach nicht revolutionär, weil sie sich im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung hält, nicht von der Gewerkschaftsbewegung überhaupt, sondern lediglich von der heute überlebten Form des alten Trade-Unionismus, der lediglich auf den Schutz bestimmter Berufsinteressen bedacht war und die Befreiung des Proletariats ganz aus dem Auge verlor. Spricht man aber von den Gewerkschaften im allgemeinen, so zeigt sich mit vollster Deutlichkeit die Unhaltbarkeit eines Standpunktes, wie ihn zum Beispiel der guesdistische Abgeordnete Delory im Jahre 1906 einnahm, als er auf dem erwähnten Kongress von Somain mit Bezug auf die Streiks erklärte, die ungeheuren Opfer, die sie nutzlos verschlungen, wären viel besser und fruchtbringender auf politischem Gebiet aufgewendet worden.¹⁾

Doch nicht nur die Frage nach den Waffen des Proletariats im Endkampf um die politische Macht sowie theoretische Erörterungen über die Bedeutung des Streiks für die soziale Revolution haben bewiesen, dass jene schroffe Scheidung zwischen politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung immer unhaltbarer wird. Die Ereignisse der letzten Jahre selbst haben das mit aller Deutlichkeit gezeigt. Die Streiks hören immer mehr auf, Privatangelegenheit der unmittelbar Beteiligten zu sein. Die Kampflinien dehnen sich aus, die Heere, die aufeinanderstossen, werden immer grösser, noch weiter wachsen aber die Kreise der mittelbar in Mitleidenschaft Gezogenen. Es sei hier zum Beispiel an die Lohnkämpfe der britischen Transport- und Grubenarbeiter erinnert, die zu einer fast völligen Lahmlegung des gesamten Wirtschaftslebens Englands führten. Aber auch in Deutschland und Oesterreich haben schon Grubenarbeiterstreiks die schwersten wirtschaftlichen Missstände hervorgerufen und dadurch ein Eingreifen der Staatsgewalt erzwungen. Wird hier die politische Partei die Wortführerin und Vertreterin der Interessen des gewerkschaftlich organisierten Proletariats, so ist sie andererseits auch immer mehr genötigt, auch mit dem letzten Mittel zu rechnen, das dem Proletariat zur Durchsetzung seiner Lebensnotwendigkeiten zur Verfügung steht, mit dem Massenstreik. Allerdings weiss die politische Partei sehr wohl, dass sich dieser nicht kommandieren, nicht veranstalten lässt, und das

¹⁾ Vergleiche „L'Action Syndicale“, Lille 1911, Seite 9.

ist einer der Punkte, der ihre Auffassung von der der Syndikalistenscheidet; aber die ökonomische und politische Entwicklung der letzten Jahre hat selbst dafür gesorgt, die Arbeiterschaft zu radikalisieren, sie mit dem Gedanken des politischen Streiks vertraut zu machen. Denn die allgemeine Teuerung, verbunden mit den stets anwachsenden Lasten an Steuern und Zöllen, hat die Arbeiter zum Angriff, zum Kampf um die Erhöhung ihrer Geldlöhne gezwungen, wenn die Reallöhne nicht wesentlich fallen sollen. Zugleich aber sind auf der Seite der Unternehmer die verschiedenen Arten der Vereine und Verbände erstarkt und ihrerseits zum Angriff, besonders auf das Koalitionsrecht, dieses proletarische Grundrecht, übergegangen, und so ist heute bereits jenes Stadium erreicht, wo die von den Gewerkschaften verteidigten Interessen nicht mehr solche einzelner Arbeiterkategorien, einzelner Berufszweige sind, sondern, wie Marx schon 1847 vorausgesagt, zu Klasseninteressen wurden. „Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf.“ Damit ist nun tatsächlich die scharfe Trennung zwischen den beiden Bewegungen unmöglich und ihre Vereinigung notwendig geworden.

Freilich sind die Bestrebungen zu dieser Vereinigung keineswegs neu. In den Achtzigerjahren des vorigen Jahrhunderts versuchten schon die französischen Sozialisten, in erster Linie die Anhänger Guesdes, die Gewerkschaftsbewegung unter ihren Einfluss zu bringen, und von ähnlichen Gedanken ging die amerikanische Sozialistische Arbeiterpartei bei Gründung der Socialist Trade and Labor Alliance im Jahre 1896 aus. Doch in beiden Fällen zeigte sich, dass Marx recht hatte, als er im Jahre 1869 dringend davor warnte, die Gewerkschaften von einem politischen Verein abhängig zu machen, denn das hiesse, ihnen den Todesstoss versetzen. Weder die von den Guesdisten ins Leben gerufene „Fédération des syndicats et groupes corporatifs de France“, noch de Leons „Socialist Trade and Labor Alliance“ waren lebensfähig. Alle inneren Streitigkeiten der Partei wurden in die Gewerkschaften getragen und bildeten dort ein zersetzendes Element, und andererseits war der Einfluss auf die neu gegründete Gewerkschaftszentrale und die Stellung der Partei zu den übrigen Gewerkschaften ein Gegenstand fortwährenden Haders und Zwiespaltes in der Partei. Die Sozialistische Arbeiterpartei Amerikas ging gerade an diesem Zwiespalt zugrunde, und auch auf die jetzige Sozialistische Partei Amerikas haben die Kämpfe zwischen den „Industrial Workers of the World“ und der „Federation of Labor“ schädigend gewirkt.

Auf der anderen Seite glaubten die französischen Syndikalistens die Vereinigung dadurch überflüssig machen zu können, dass sie ihrerseits wieder die politische Partei als überflüssig betrachteten und die Gewerkschaften selbst und unmittelbar zu Trägern des Kampfes gegen die Staatsgewalt machen wollten. Italienische und holländische Anarchisten waren in diesen Bestrebungen bereits vorausgegangen, englische und amerikanische Syndikalistens haben sich ihnen mit mehr oder weniger Entschiedenheit angeschlossen.

Doch mussten alle Bestrebungen zur Vereinheitlichung von Partei und Gewerkschaft vergeblich bleiben, solange der gewerkschaftliche Kampf nicht aus innerer Notwendigkeit zum bewussten Klassenkampf geworden ist und zugleich die politische Partei von allen Illusionen sich losgesagt hat, andere als Klassenpolitik machen zu können und mit rein politischen Mitteln ihr Auslangen zu finden. Ist dieser Punkt im Reifungsprozess der Arbeiterbewegung erreicht, dann müssen die beiden bis dahin getrennten Flussarme der Arbeiterbewegung von selbst zusammenfließen.

Dieser Punkt scheint jetzt für Deutschland bereits gekommen oder doch sehr nahegerückt zu sein. Die geschichtliche Notwendigkeit erlaubt sich manchmal recht unehrerbietige Scherze und ist nicht wählerisch in ihren Mitteln. So scheint es, als hätte sie sich gerade den preussischen Polizeiminister v. Dallwitz zum Werkzeug erkoren, indem sie ihn die Gewerkschaften zu politischen Vereinen abstempeln liess. Herr v. Dallwitz hat damit, was sonst gewiss nicht seine Gewohnheit ist, seiner Zeit vorgegriffen; denn noch sind die deutschen Gewerkschaften nicht politisch; aber die Teuerung, die Rüstungen, die Zollpolitik und der Kampf gegen das Koalitionsrecht sind im Begriff, sie wahrhaft politisch zu machen. Herr v. Dallwitz hat eine Schranke zu einer Zeit niedergerissen, wo sie bald hätte als hemmend empfunden werden müssen.

Selbstverständlich soll damit nicht gesagt sein, dass die Gewerkschaften nun auch die politischen Aufgaben der sozialdemokratischen Partei übernehmen und diese dadurch etwa überflüssig machen sollen. Adolf Braun hat erst jüngst wieder sehr treffend auf die Unterschiede hingewiesen, die in den unmittelbaren Zielen, den Methoden und Mitteln des Kampfes, nach der Umgrenzung ihrer Gegner wie des zeitlichen und örtlichen Kampffeldes zwischen den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei bestehen.¹⁾

¹⁾ Adolf Braun, „Gewerkschaften und Sozialdemokratie“. Berlin 1914

Dazu kommt, dass auch organisatorisch notwendig bedeutende Unterschiede zwischen den Formen der Vereinsbildung hier und dort auftreten müssen. Der von einem bestimmten Wahlbezirk gewählte Abgeordnete kann politisch dem Wahlverein seines Bezirkes verantwortlich gemacht werden, aber nicht einer Gewerkschaft, die auf seine Wahl nur mittelbaren und meist verhältnissmässig nur geringen Einfluss üben kann.

Dass die Aufgaben der politischen mit denen einer gewerkschaftlichen Organisation unvereinbar sind, hat sich zum Beispiel in Oesterreich gezeigt, wo sich das System, die Gewerkschaften geradezu zu Bausteinen der politischen Organisation zu machen, auf die Dauer nicht durchführen liess. Das Erstarken beider Bewegungen führte stets zu einer Differenzierung. Die politische Partei löste sich hier ebenso aus dem Banne der Gewerkschaft wie umgekehrt in Deutschland die Gewerkschaft aus dem Banne der Partei. Nur in den ersten Anfängen, als der spezifische Charakter jeder der beiden Bewegungen noch wenig entwickelt war, konnte hier wie dort eine Vermischung der Aufgaben und Kampfformen eintreten, die der Fortgang der Bewegung auflösen musste.

Es kann nicht die Rede davon sein, diesen Schritt wieder rückgängig machen und damit ein überwundenes Entwicklungsstadium wieder herstellen zu wollen. In den einzelnen Organisationen muss Gewerkschafts- und Parteipolitik auch weiterhin geschieden bleiben. Die Einmischung gewerkschaftlicher Lokalvereine in politische Angelegenheiten der Partei würde wahrscheinlich nicht viel bessere Resultate zeitigen, als es die Einmischung politischer Lokalvereine in Streitfragen des Gewerkschaftslebens bereits getan hat. Was aber immer mehr zur Notwendigkeit wird, das ist ein inniges, aber auch offizielles Zusammenwirken der gewerkschaftlichen mit den politischen Zentralinstanzen. Diese Notwendigkeit innigen Zusammenschlusses hat sich ja in den letzten Jahren immer deutlicher gezeigt. Die deutsche Partei hat mit Recht bei einer Reihe ihrer wichtigsten Beschlüsse auch die Meinung der Generalkommission der Gewerkschaften eingeholt, diese hat dadurch eine Art inoffiziellen Vetorechtes in Parteiangelegenheiten erhalten. Dieser Zustand führt aber zu schweren Nachteilen, da die Gewerkschaftszentralinstanzen für dieses Votum weder ihren eigenen Organisationen noch der Partei und deren Mitgliedern gegenüber eine Verantwortung übernehmen, ja nicht einmal eine Diskutierung dieser Beschlüsse möglich ist, die naturgemäss nur in die Form von Wünschen oder Ratschlägen gekleidet sein können.

So sehr es aber zu begrüßen ist, dass die Gewerkschaften erkannt haben, wie sehr sie an der Lösung politischer Fragen interessiert sind, und dass die einzige ernsthafte Vertretung dieser Interessen bei der sozialdemokratischen Partei liegt, mit der sie daher in innigster Fühlung stehen müssen, so wäre es doch, sobald einmal die Gewerkschaften durch die Behörden selbst auf das politische Gebiet gedrängt worden sind oder wenn sie selbst sich auf dieses Gebiet begeben wollen, im beiderseitigen Interesse wünschenswert, dass der durchaus berechtigte Einfluss der Gewerkschaften auf die Partei auch in Formen geschieht, die jedem Teile sein Mass von Verantwortung lassen. Vielleicht wäre ein Zusammenarbeiten der Vorstandskonferenzen der Gewerkschaften mit dem Parteiausschuss in allen Fragen gemeinsamen Interesses eine Lösung dieses Organisationsproblems.

In einem Lande mit entwickelter bürgerlicher Demokratie, wie England, wo nicht erst das Proletariat um die Verwirklichung der bürgerlichen Freiheiten ringen muss, ist die Bewegung äusserlich einfacher und ganz nach den Richtlinien erfolgt, die Marx ihr wies. Die politische Arbeiterpartei ist hier entstanden als politischer Ausschuss der Gewerkschaften. Aber infolgedessen trat sie auf die politische Bühne mit allen Schwächen und Mängeln behaftet, die dem älteren Typus des Gewerkschafters eigen sind, mit der Beschränktheit seines Blickes auf die Grenzen seines eigenen Gewerbes, mit seinen Illusionen über die Möglichkeiten und die Macht der gewerkschaftlichen Bewegung, endlich mit seiner Unkenntnis der tieferen Zusammenhänge und der Wurzeln der politischen Kräfte.

So können hier die Einsicht in das Wesen des Klassenkampfes und vor allem eine dieser Erkenntnis entsprechende politische Praxis erst sich voll entfalten, wenn die Arbeiterschaft selbst über das Stadium der blossen Teilkämpfe für einzelne praktische Forderungen hinausgehoben ist und mit vollem Bewusstsein als Klasse in den Kampf eintritt gegen die Klasse der Kapitalisten. Erst wenn diese Entwicklungsphase allgemein geworden, kann und muss auch die Arbeiterpartei reine und unentwegte Klassenpolitik befolgen. Dieser Prozess kann gehemmt und verlangsamt werden durch den Einfluss konservativer Führer aus früherer Zeit, die nicht imstande sind, sich geistig den neuen Anforderungen anzupassen. Aber hindern können auch sie die Bewegung nicht auf die Dauer, sie schreitet über sie hinweg. Dass ein Gompers heute noch eine so beherrschende Stellung in der Arbeiter-

bewegung Amerikas einnehmen kann, ist weniger ein Beweis für seine Schlaueit oder Skrupellosigkeit als für die Unreife dieser Bewegung selbst. Gewiss kann es Zeiten geben, wo ein Gompers oder Mitchell die Bewegung zu hemmen imstande ist. Besitzt diese aber nicht die Stärke, diese Hemmnisse aus eigener Kraft zu beseitigen, dann hat sie nichts besseres verdient als solche Führer.

In England spricht ja alles dafür, dass die Bewegung an jenem kritischen Punkte bereits angelangt ist, dass, um mit Rothstein zu sprechen, der Deich bereits gerissen ist und die Fluten des bewussten proletarischen Klassenkampfes die innere Politik des britischen Reiches überschwemmen.

VI. Klassenkampf und Kompromiss.

Der Gedanke, dass die Geschichte der Menschheit im wesentlichen eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, ist viel älter als die Marxsche materialistische Geschichtstheorie. Aber vor Marx stand dieser Gedanke, wie wir gesehen, in einem ganz anderen Verhältnis zum Sozialismus als bei ihm. Saint Simon hatte, befangen in der Anschauungsweise der bürgerlichen Oekonomie seiner Zeit und angesichts der ökonomischen Zustände des damaligen Frankreich, die Klassengegensätze und Klassenkämpfe im Schosse der kapitalistischen Gesellschaft selbst ignoriert und geglaubt, die Beseitigung der Oligarchie der überflüssig gewordenen dünnen Schichten der Feudalen und die dadurch herbeigeführte Herrschaft der industriellen Unternehmer werde das ideale Reich des sozialen Friedens und allgemeinen Wohlergehens herbeiführen. Seine Jünger, die diesen Glauben nicht mehr hegen konnten, den unterdessen die rauhe Wirklichkeit zu sehr Lügen gestraft hatte, wollten die soziale Harmonie im Gegensatz zu den die Welt zersetzenden Klassenkämpfen durch die Verkündigung des neuen Christentums der allgemeinen Menschenliebe herbeiführen. Sie gerieten damit in die gleiche utopistische Anschauungsweise wie die Anhänger Fouriers und Owens, die aus der furchtbaren Wirklichkeit des Elends und der wilden Kämpfe einen Ausweg suchten in eine bessere Welt des Sozialismus. Wozu sie die Mitwelt überreden wollten, dazu wollten die Revolutionäre sie zwingen; die französischen Babouvisten mit politischen, die englischen Syndikalisten mit gewerkschaftlichen

Zwangsmitteln. Sie sahen, wenn auch meist nicht mit theoretisch-klarem Bewusstsein, im Klassenkampf das Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus; aber die Befreiung wurde nicht davon erhofft, dass der Kapitalismus über sich selbst hinausgetrieben, sondern dass er auf überwundene Wirtschaftsstufen zurückgeschraubt oder auf Seitenwege gedrängt werden sollte.

Erst Marx hat diesen scheinbaren Widerspruch zwischen Klassenkampf und Sozialismus, zwischen den wirtschaftlichen Tendenzen des Kapitalismus und dem Freiheitsstreben des Proletariats in einer höheren Einheit aufgehoben. Dies war ihm aber nur möglich auf Grund seines tiefen Verständnisses der kapitalistischen Oekonomie. Und diese ökonomische Erkenntnis ist es erst, die Marx so turmhoch über alle seine Vorgänger hinaushebt.

Es ist daher auch sehr begreiflich, dass Marx sich mit solcher Leidenschaftlichkeit gegen das bei den Lassalleanern so beliebte Schlagwort von der „einen reaktionären Masse“ wandte; denn in diesem Schlagwort war die ganze ökonomische Erkenntnis wieder aufgehoben. Der Klassenkampf des Proletariats war wieder reduziert auf den Kampf der Armen gegen die Reichen, etwa im Sinne Babeufs.¹⁾ Das bedeutete aber nicht nur einen Rückschritt in der Wissenschaft, sondern zugleich auch eine durchaus falsche Einstellung der Politik. Nahm man das Wort ernst, so war die heutige Gesellschaft in zwei grosse Heerlager gespalten, in deren einem alle armen und notleidenden Klassen und Schichten der Gesellschaft standen, also neben dem industriellen Proletariat auch die Hausindustriellen, der grösste Teil der Handwerker, die kleinen Beamten und das städtische Lumpenproletariat, ferner aber auch die Kleinbauern, Kleinpächter u. s. w. neben den Landarbeitern und dem ländlichen und städtischen Gesinde. Es sind also da nicht nur sehr verschiedenartige, sondern auch sich geradezu widersprechende Interessen zusammengeworfen, ebenso wie auch im feindlichen Heerlager, das Kapitalisten, Grossgrundbesitzer, die hohe Bürokratie u. s. w. wahllos vereint. Der politische Ausdruck dieser Auffassung ist die demokratische „Volkspartei“, die darauf

¹ Wie sehr nahe auch Lassalle selbst dieser Auffassung stand, geht zum Beispiel aus seinem „Offenen Antwortschreiben“ klar hervor, wo er die Einkommensverhältnisse Preussens erörtert und die 96 $\frac{1}{2}$ Prozent der Bevölkerung mit einem Jahreseinkommen bis zu 400 Talern den 3 $\frac{1}{2}$ Prozent der Wohlhabenden und Reichen gegenüberstellt. Der Staat ist ihm dann die grosse Assoziation der ärmeren, notleidenden Klassen.

stolz ist, nicht nur die Interessen einer Klasse gegen deren Ausbeuter, sondern die des ganzen „niedereren“, das heisst armen und arbeitenden Volkes gegenüber einer parasitischen Adelskaste der Geburt und des Geldsackes zu vertreten.

In der Tat sieht dieses Schlagwort sehr radikal aus, denn es scheint dem arbeitenden Volke, also vor allem dem Proletariat, jedes Zusammengehen mit Parteien zu verbieten, die auch Interessen der herrschenden, der bevorrechteten Klassen wahrnehmen.

In der Wirklichkeit aber hat dieses Schlagwort stets gerade zur Deckung der entgegengesetzten Taktik erhalten müssen. Wenn alle bürgerlichen Parteien nur Glieder einer grossen reaktionären Masse waren, dann war es gleichgültig, mit welcher von ihnen man sich in Verhandlungen einliess, dann war es lediglich eine Frage der „Opportunität“, ob man mit dieser oder jener zusammenging, und diese „Opportunität“ sprach in der Regel für diejenige Partei, die am ehesten in der Lage und geneigt schien, den höchsten Gegenwert zu geben. „Kanonen für Volksrechte“ ist nur die knappste, darum allerdings auch die brutalste Zusammenfassung dieser Anschauungsweise.

Grundsätzlich von dieser Taktik verschieden war jene, die schon das Kommunistische Manifest propagierte und die dessen Verfasser stets in Wort und Tat befolgten. Diese Taktik ist die einer wahrhaften Realpolitik, einer Politik, die sich nicht nach Versprechungen, Phrasen und Illusionen orientiert, die nicht auf Ueberlistung oder Bestechung des Gegners ausgeht, sondern die die ökonomischen Grundlagen der Politik untersucht, die die Parteien nach den Klasseninteressen beurteilt, die sie zu vertreten haben, und nicht nach ihren ideologischen Schlagworten, eine Politik, die erforscht, nicht was die Parteiführer in jedem Augenblick wollen, sondern was sie vermöge der von ihnen vertretenen Interessen müssen.

Eine solche Politik ist nur möglich auf Grund eingehendster ökonomischer und historischer Forschung, die sich nicht damit begnügen darf, den Charakter der verschiedenen Parteien ein für allemal festgestellt zu haben. Sie muss vielmehr die Geschichte dieser Parteien stetig verfolgen und ihre mannigfachen Wandlungen beobachten. Auf Grund dieser Forschungen kann und muss dann bei jeder einzelnen Aktion zunächst untersucht werden, welche Interessen des Proletariats dabei ins Spiel kommen und wie diese am besten wahrgenommen werden können, ferner aber auch, die Interessen welcher Be-

völkerungsklassen oder -schichten mit denen des Proletariats in dieser speziellen Frage parallel gehen und in welchen politischen Parteien diese Interessen jeweils ihre Verkörperung oder Vertretung finden.

Diese Untersuchung stösst noch auf eine besondere Schwierigkeit, die aber zugleich dem Proletariat neue politische Möglichkeiten eröffnet. In jedem Land mit allgemeinem oder auch nur stark ausgebreitetem Wahlrecht sind die bürgerlichen Parteien zu einem Doppelspiel gezwungen. Am deutlichsten trat dieses in die Erscheinung, als in Oesterreich die fünfte Kurie des allgemeinen Wahlrechts als Ergänzung zu den bereits bestehenden vier Wahlkurien eingeführt wurde. Nun musste jede bürgerliche Partei, die nicht das Geständnis ablegen wollte, in den breiten Massen überhaupt keinen Rückhalt zu besitzen, danach trachten, auch in dieser neuen Wählerkurie Mandate oder doch wenigstens namhafte Stimmenzahlen zu ergattern. Und so waren die Parteien zu einem oft tragikomischen Doppelspiel gezwungen. Für ihre Wähler in der bevorrechteten Kurie und insbesondere für ihre Protektoren und Geldgeber hielten sie an ihrem alten, auf die Bedürfnisse ihrer Klasse zugeschnittenen Programm fest; für die fünfte Kurie mussten sie sich in demagogische Phrasen hüllen, ja, die Arbeitsteilung ging so weit, dass meist ganz andere Kandidaten und Agitatoren für die Wähler der fünften Kurie aufgestellt wurden als für die „feinere“ Gesellschaft der privilegierten Wahlkörper.

Was aber hier infolge der eigenartigen Wahlrechtsgesetzgebung äusserlich sofort erkennbar in die Erscheinung trat, ist in versteckterer Form das Wesen des modernen Parlamentarismus überhaupt. Und je demokratischer die Verfassung eines Landes hoher kapitalistischer Entwicklung, umso verzweifelter muss dieses Doppelspiel gespielt werden. Man denke zum Beispiel an die grossen Parteien der Vereinigten Staaten Nordamerikas, die um die Wette die Geschäfte des Geldsacks besorgen und um die Wette eine demagogische Scheinhetze gegen „Privilegien“ und „spezielle Interessen“, das heisst gegen die Riesenvermögen der Trusts, betreiben. Ein anderes Beispiel liefern die Benennungen der politischen Parteien in der französischen Kammer. Wollte man diesen schönen Worten Glauben schenken, dann müsste man annehmen, in diesem glücklichen Lande seien die Mächte der Reaktion, des Klerikalismus, des Geldsacks ausserordentlich gering oder verfügten doch über keine namhafte Vertretung im Parlament.

Doch auch in Deutschland werden alle bürgerlichen Parteien von demselben Alp gedrückt. Je höher die sozialdemokratische Flut schwillt, um so höher steigt auch der Hass aller bürgerlichen Klassen gegen jenes Proletariat, das sich weder durch Gewalt noch durch List von seinem Weg abbringen lässt, desto ängstlicher müssen sie alle aber auch darauf bedacht sein, ihren Halt in den breiten Massen nicht zu verlieren oder neuen zu gewinnen. Dadurch wird ihre Politik immer komplizierter, kleinlicher und unkonsequenter, fahriger, desto grösser aber auch der Widerspruch zwischen ihren Worten und ihren Taten. Bei Zentrum und Freisinn treten diese Erscheinungen am deutlichsten hervor, doch auch die National-liberalen und selbst die Konservativen zeigen dieselbe Entwicklung.

Das Kommunistische Manifest erklärt als die gegebene Politik der Kommunisten ihr Zusammengehen mit dem bürgerlichen Radikalismus.

„In Deutschland“, heisst es, „kämpft die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei.

„Sie unterlässt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewusstsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muss, als ebensoviele Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können, damit nach dem Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt.“

Diesen Standpunkt haben Marx und Engels auch weiterhin in Theorie und Praxis eingenommen und verteidigt. So befürwortete zum Beispiel Marx im Generalrat der Internationale ein Zusammengehen mit einem unter Cobdens Führung stehenden bürgerlichen Komitee zur Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts,¹⁾ und im selben Jahre 1865 riet Engels in seiner Broschüre über „Die preussische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei“ den deutschen Proletariern dringend zu einem Zusammengehen mit der Fort-

¹⁾ Vergleiche Briefwechsel zwischen Fr. Engels und K. Marx, III. Band, Seite 213 fg.

schrittspartei. Ganz im Sinne des Kommunistischen Manifests führt er dort aus: ¹⁾

„Jeder Sieg der Reaktion hemmt die gesellschaftliche Entwicklung, entfernt unfehlbar den Zeitpunkt, wo die Arbeiter siegen können. Jeder Sieg der Bourgeoisie über die Reaktion dagegen ist nach einer Seite hin zugleich ein Sieg der Arbeiter, trägt zum endlichen Sieg der Kapitalistenherrschaft bei, rückt den Zeitpunkt näher heran, wo die Arbeiter über die Bourgeoisie siegen werden.“

Trotzdem und obwohl er in dieser Schrift mit voller Absicht, wenn auch nicht ausdrücklich gegen die Taktik Lassalles und Schweitzers polemisiert, bestreitet Engels keineswegs, dass „Momente eintreten können, wo es der Reaktion geraten erscheint, den Arbeitern Konzessionen zu machen“, und er rät auch den Arbeitern, sofort zuzugreifen, und ebenso hatte Marx schon in der Inauguraladresse wie auch schon im Kommunistischen Manifest die Politik der englischen Arbeiter gerühmt, die „eine flüchtige Spaltung zwischen der Aristokratie des Grundbesitzes und der des Geldes“ benützten, um mit Hilfe der ersteren das Zehnstundengesetz zustande zu bringen.

Das Wesen der Marxistischen Taktik besteht also weder in der grundsätzlichen Ablehnung jedes Zusammengehens mit bürgerlichen Parteien, noch auch in dem Anschluss an bestimmte bürgerliche Parteien, etwa den Liberalismus, sondern es besteht in der Orientierung der Politik nach ökonomischen Gesichtspunkten. Gerade darin liegt ja der gewaltige Schritt, den Marx über seine Vorgänger hinaus getan hat, dass er die ureigensten ökonomischen Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems ergründet, dessen innere Widersprüche, die zu einem Fortschreiten über dieses System hinaus zu einem sozialistischen Gemeinwesen führen, aufgezeigt und das Proletariat als den Träger dieser Entwicklung nachgewiesen hat. Das Ziel sozialistischer Politik kann daher nur sein, das Proletariat materiell und geistig für seine Bestimmung vorzubereiten und ihm die nötige Klarheit über die seiner Klasse eigentümlichen Ziele und Wege zu vermitteln, wodurch es zum Siege über seine Gegner und zur Fortführung der Kultur auf höherer wirtschaftlicher Grundlage befähigt wird. Jedes andere Ziel, und wenn es

¹⁾ A. a. O. S. 43 fg.

auch unmittelbar kulturfördernd erscheint, ist mithin abzulehnen, wenn es mit dem Aufstieg des Proletariats und daher auch, wenn es mit der ökonomischen Entwicklung als der Vorbedingung zu diesem Aufstieg unvereinbar ist. Denn in diesem Falle würde einem geringeren augenblicklichen Kulturelement ein ungleich wertvolleres, wenn auch noch in weiterer Zukunft stehendes geopfert werden. Dadurch ist aber auch das Verhalten der sozialistischen Partei zu den bürgerlichen Parteien bestimmt. Zunächst befähigt uns die sorgfältige ökonomische Analyse zum Urteil darüber, wie weit die von den bürgerlichen Parteien verkündeten Prinzipien und die von ihnen programmatisch aufgestellten Ziele der wirkliche Ausdruck der Klasseninteressen sind, deren Vertretung die historische Aufgabe dieser Parteien ist; nur so weit ist auf sie Verlass. Dann aber ist auch zu prüfen, ob das Zusammengehen mit der betreffenden Partei auch dann, wenn die Interessen übereinstimmen, nicht für das Proletariat in anderer Weise einen Schaden verursacht, der grösser ist als der zu erhoffende Gewinn. Das kann zum Beispiel der Fall sein, wenn durch diese, wenn auch nur vorübergehende Kooperation in der Arbeiterschaft gefährliche Illusionen erweckt oder das Klassenbewusstsein verdunkelt oder erstickt werden könnte.

In dieser Hinsicht ist es natürlich nicht gleichgültig, wie weit die Partei auf die Hilfe gut funktionierender Organisationen und besonders einer ausgebreiteten Parteipresse rechnen kann, die imstande sind, die Politik der Parteiexecutive oder der Parlamentsfraktion dem Verständnis der Massen zu vermitteln. Gerade die freieste Diskussion, die die Parteiinstanzen zwingt, ihre Haltung nach jeder Richtung zu verteidigen, wird nicht nur in ihnen das Gefühl der Verantwortlichkeit schärfen und sie nötigen, jeden Schritt vorher genauestens zu überlegen, sie wird zugleich am besten geeignet sein, die Probleme, die sich aus der politischen Situation ergeben, von allen Seiten zu beleuchten und ihr Verständnis den weitesten Kreisen zu vermitteln. Erst sie erlaubt es auch den Vertrauensmännern der Partei, eine Politik einzuschlagen, deren Verständnis ein tieferes Eindringen in die ökonomische Struktur der Gesellschaft und die sie bewegenden Kräfte voraussetzt. Freilich wird auch dann nie vergessen werden dürfen, dass unsere Politik stets agitatorisch auch auf Kreise wirken muss, die uns ökonomisch verwandt, mit unseren Prinzipien aber noch nicht hinlänglich bekannt und vertraut sind.

Es zeigt sich also auch hier, dass der Marxismus keineswegs eine Schablone ist, die schematisch angewendet werden kann, sondern eine Forschungsmethode, dass er uns selbständiges Denken nicht erspart, sondern anregt und erleichtert.

Daher ist auch die schematische Auffassung der Marxistischen Taktik irrig, die Jaurès aus dem Kommunistischen Manifest gewonnen hat. Tatsächlich gingen Marx und Engels dort von der Voraussetzung einer unmittelbar bevorstehenden bürgerlichen Revolution aus, die vom Proletariat über sich hinaus zu einer proletarischen getrieben werden sollte, und die beiden Verfasser des Manifests sind dieser Auffassung von dem Auftreten der proletarischen Revolution im Gefolge einer bürgerlichen treu geblieben. Heute müssen wir darüber anders denken. Das Bürgertum hat seine revolutionären Aspirationen schon überall, auch in Russland, längst aufgegeben. Das Proletariat wird selbständig handelnd auftreten müssen, tatsächlich so gut wie allein gegen die ganze Welt seiner Widersacher. Das ist ja auch die Ursache des jetzt eingetretenen scheinbaren äusserlichen Stillstandes der Bewegung, die zu den äussersten Mitteln nicht greifen kann, bevor ihre Kräfte genügend erstarkt sind, deren schwächere Waffen aber an dem ehernen Widerstand der bestehenden Gesellschaft machtlos abzuprallen drohen.

Historisch hatte Jaurès bis zu einem gewissen Grad recht, wenn er sagte:¹⁾ „Es war eine Schimäre zu glauben, dass die revolutionären Bewegungen der Bourgeoisie dem Proletariat die Gelegenheit zu einem glücklichen Gewaltstreich geben könnten. Tatsächlich hat diese Taktik nie zum Ziele geführt. Bald ist die revolutionäre Bourgeoisie umgefallen und hat das Proletariat mit sich gerissen; bald hat die siegreiche revolutionäre Bourgeoisie die Kraft gehabt, die proletarische Bewegung einzudämmen, zurückzuwerfen.“

Doch Jaurès irrte, wenn er glaubte, durch diesen Hinweis die Marxistische Taktik selbst zu widerlegen. Denn deren Wesen liegt nicht in der Voraussetzung einer bürgerlichen Revolution als Einleitung zur proletarischen, sondern in der Anschauung, dass die bürgerliche kapitalistische Wirtschafts- und Rechtsordnung verwirklicht sein muss, ehe die Befreiung des Proletariats erfolgen kann. Ob diese Verwirklichung auf gewaltsamem oder auf friedlichem Weg geschieht, ist natürlich nicht gleichgültig; aber diese Frage hat doch

¹⁾ Jean Jaurès „Aus Theorie und Praxis“, Berlin 1902, Seite 28.

nur untergeordnete Bedeutung. Gewiss wird unsere Situation erschwert, wenn wir nicht einmal bei dem Kampf um den bürgerlichen Rechtsstaat auf die tatkräftige Unterstützung des Bürgertums rechnen dürfen; aber wir betreiben keine Gefühlspolitik und deshalb kann die Bourgeoisie, so elend und feig sie sich auch benimmt, doch stets dort und dann, wenn es sich um die Durchsetzung von Forderungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gegenüber feudaler oder absolutistischer Zwangsgewalt handelt, auf die Hilfe des Proletariats bauen, das ihr allerdings seine Unterstützung nicht leiht um der schönen Prinzipien der Freiheit, der Kultur, der Bildung u. s. w. willen, die die bürgerlichen Parteien zu vertreten vorgeben, sondern lediglich deshalb, weil auch das Proletariat die Durchsetzung dieser Forderungen benötigt zur Erringung seiner eigenen Emanzipation.

Dazu kommt aber noch ein zweites Moment. Wir haben gesehen, dass die bürgerlichen Parteien durch das demokratische Wahlrecht genötigt sind, neben ihrer eigentlichen Klassenpolitik noch eine demagogische Politik des Wählerfanges zu betreiben. Sie müssen zu diesem Zweck volkstümliche Forderungen aufstellen und so tun, als ob sie deren Durchsetzung erzwingen wollten, in der Hoffnung und Gewissheit, dass diese Reformen ja doch an dem Widerstand der andern Parteien, des Oberhauses oder der Krone scheitern, oder endlich, wenn schon Gesetz geworden, toter Buchstabe bleiben würden. Soweit es sich dabei nicht um reaktionäre Forderungen handelt, wie etwa Befähigungsnachweis für das Kleingewerbe, künstliche Erhaltung einer ökonomisch rückständigen Kleinbauernschaft u. s. w., sondern um Forderungen, die auch das Proletariat im Interesse seiner Zukunft vertritt, ist hier die Gelegenheit für die Partei des Proletariats gegeben, den Hebel anzusetzen. Indem sie sich rückhaltlos der nur zum Schein aufgestellten Forderungen annimmt und ihrer Durchsetzung ihre ganzen Kräfte leiht, zwingt sie, sobald sie stark genug geworden ist, den Ausschlag zu geben, jene bürgerlichen Parteien, entweder mit jenen Forderungen wirklich Ernst zu machen und so einen Teil unseres Programms zu verwirklichen, oder ihre Maske fallen zu lassen und öffentlich die demagogischen Forderungen zu verleugnen, die sie aufgestellt, deren Verwirklichung sie selbst aber fürchten.

Durch solche Erwägungen war zum Beispiel die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Frage der internationalen Rüstungs-

beschränkung bestimmt. Indem sie energisch den Vorschlag der englischen Regierung aufgriff, unbekümmert darum, wie weit es dieser wirklich Ernst war mit ihrem Antrag, nötigte sie die Regierungen und die bürgerlichen Parteien, ihre Heuchelei der Friedensfreundlichkeit aufzugeben und sich vor allem Volke als das zu zeigen, was sie sind, als Kriegshetzer und willige Opfer von Kriegshetzern.¹⁾

Freilich war diese Taktik im Lager der Marxisten selbst fast nie unbestritten. Es ist sehr schwierig, mitten im politischen Kampf, wo Entscheidungen oft mit grösster Schnelligkeit getroffen werden müssen, erst eingehende ökonomische Untersuchungen anzustellen. Es tritt daher immer wieder die Neigung auf, die Prinzipien in bestimmte Schlagwörter zu fassen, die dann schematisch auf jede Situation angewendet werden. Ein Beispiel dieser Ersetzung des Prinzips durch ein Schlagwort bot die Polemik gegen die Abstimmung der deutschen Reichstagsfraktion über den Wehr-

¹⁾ Merkwürdigerweise wurde diese Taktik auch mit dem Argument angegriffen, dass die Verwirklichung der von ihnen öffentlich befürworteten Forderungen weder den Regierungen noch den bürgerlichen Parteien ernst sei, dass daher die Sozialdemokratie Luftgebilden nachjage, indem sie den Versicherungen der Friedensliebe ihrer Gegner Glauben schenke. Gerade der Nachweis der Heuchelei der Regierungen und Parteien erforderte aber, dass sie vor praktische Entscheidungen gestellt wurden, und das konnte die Sozialdemokratie nicht besser bewirken, als indem sie die nur zum Schein gemachten Vorschläge aufgriff und ihnen Hilfe lieh.

Ogleich diese Angriffe auf die Parteitaktik von unrichtigen Voraussetzungen ausgingen, waren sie doch von Nutzen. Wir dürfen nie vergessen, dass wir unter unserer Anhängerschaft stets die verschiedensten Grade der Vertrautheit mit unseren Prinzipien voraussetzen müssen, dass fortwährend neue Elemente zu uns stossen, die in unsere Gedankenwelt erst eingeführt werden müssen und dass wir vor allem auch auf jene Proletarier wirken müssen, die, bis jetzt noch indifferent oder unter gegnerischem Einfluss stehend, der aufklärenden Wirksamkeit unserer Agitation in Wort und Schrift bisher unzugänglich sind und erst durch Taten für uns gewonnen werden müssen. Gerade zur Gewinnung dieser Schichten ist es besonders notwendig, dass unsere Politik klar und durchsichtig ist, dass sie nie ihren Charakter als Klassenpolitik des Proletariats verleugnet oder verschleiert. Es ist daher zu begrüßen, wenn jedesmal sofort der Warnungsruf erschallt, so oft diese Gefahr auftaucht, und sei es auch nur vom Standpunkt des Verständnisses der mit unseren Prinzipien noch nicht näher vertrauten Proletarier oder jener Anhänger der Partei, die die Lehre vom Klassenkampf noch ganz schematisch auffassen. Erst dadurch wird es auch ermöglicht, diese Bedenken, sofern sie unbegründet sind, zu zerstreuen und dadurch den propagandistischen Wert der Parteiaktionen zu erhöhen.

beitrag. Statt zu fragen, inwieweit diese Abstimmung die Interessen der proletarischen Zukunft gefährdet oder gefördert habe, wurde immer wieder betont, sie habe gegen den Grundsatz verstossen, „diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“

Doch dieser Streit zwischen dem lebendigen Prinzip und dem starren Schlagwort ist viel älter, er tritt zum Beispiel schon in dem Konflikt zwischen Bebel und Liebknecht über die parlamentarische Taktik hervor. Liebknecht stellte sich auf den Standpunkt, die neue Gesellschaft, die wir erstreben, stehe in unversöhnlichem Gegensatz zum bestehenden Staat, der daher vor allem vernichtet werden müsse. An ihn Forderungen zu stellen, hiesse ihn anerkennen. Prinzipien seien unteilbar, man müsse sie ganz bewahren oder ganz opfern. Der Sozialismus könne nicht durch Ueberredung der Gegner verwirklicht werden, er sei eine Machtfrage, die nur auf der Strasse, auf dem Schlachtfelde ausgetragen werden könne, nicht in der Schwatzbude Parlament.

Demgegenüber gab Bebel seiner abweichenden Meinung praktisch durch Einbringung zahlreicher Anträge zur Gewerbeordnung und zu anderen Gesetzentwürfen Ausdruck,¹⁾ die zum Teil später durch bürgerliche Stimmen Gesetzeskraft erlangten. Marx und Engels standen dabei durchaus auf Seite Bebels. So schrieb Engels am 6. Juli 1869 an Marx, offenbar mit Bezug auf die Stellung, die Liebknecht in seiner bekannten Rede am 31. Mai desselben Jahres einnahm: „Auch ein schöner Standpunkt von Wilhelm, dass man vom „jetzigen Staat“ Konzessionen an die Arbeiter weder nehmen noch selbst erzwingen darf. Damit wird er verdammt viel bei den Arbeitern ausrichten können.“ Engels betont hier, dass nicht die Worte in erster Linie agitatorisch wirken, sondern die Taten, nicht die stets wiederholte Propagierung prinzipieller Schlagworte, sondern die Ausnützung der gegebenen Tatsachen für die Sache des Proletariats, wobei allerdings natürlich nicht die Zukunft der Gegenwart geopfert, nicht kurzfristige Opportunitätspolitik getrieben werden darf. Gerade daraus, dass Liebknecht eine scheinbar rein prinzipielle Politik trieb und die Tatsachen zu gering schätzte, machte ihm Engels den schwersten Vorwurf. Am 7. April 1869 schrieb er zum Beispiel an Marx mit humoristischer Uebertreibung: „Wilhelm bleibt seinem Prinzip treu: wer Tatsachen überhaupt für irgend etwas

¹⁾ Vergleiche Bebel, „Aus meinem Leben“. II, Seite 164.

Wichtiges hält, ihnen „Rechnung trägt“, der ist ein Anbeter des Erfolges, ein Bismärcker.“

Derselbe Standpunkt, den Liebknecht 1869 eingenommen hatte, wurde 1887 von Schippel mit noch grösserer Schärfe vertreten, der im Gegensatz zum Parlamentarismus „einzig und allein die Massenagitation und ihren Erfolg als von wirklich fundamentaler Bedeutung“ erachtete, ja erklärte, dass „von einem gewissen Zeitpunkt ab die Vermehrung der Mandate sogar zu einem positiven Schaden für die Agitation und damit für die Partei werden könne.“ Er forderte deshalb „unbedingte Ablehnung jeder aktiven oder passiven Unterstützung der Bourgeoisparteien, auch bei Stichwahlen.“¹⁾

Auf diesen Standpunkt, den ja sowohl Liebknecht als Schippel später aufgegeben haben, wie überhaupt auf den immer wieder auftauchenden Scheinradikalismus der grossen Worte trifft voll zu, was Marx am 19. September 1879 an seinen Freund Sorge schrieb: „Wir werfen dem Most nicht vor, dass seine „Freiheit“ zu revolutionär ist, wir werfen ihm vor, dass sie keinen revolutionären Inhalt hat, sondern nur in Revolutionsphrasen macht.“ Wie wenig radikale Redewendungen mit wirklichem Radikalismus gleichbedeutend sein müssen, das haben zum Beispiel die französischen Allemanisten gezeigt, die alle Akademiker aus ihrer Partei ausschlossen und sich ganz auf den Standpunkt der „schwierigen Proletarierfaust“ stellten. Die Praxis zeigte aber alsbald, dass diese Verachtung der Theoretiker und der Theorie nur der Ausdruck des Strebens nach der sofortigen Verwirklichung „erreichbarer“ Reformen war, die „ohne Umsturz der Gesellschaft“ durchzuführen wären. Die Guesdisten, die nachwiesen, dass solche Reformen entweder unzulänglich oder unerreichbar waren, wurden deshalb als „deklassierte Bourgeois“ hingestellt, als Geschäftspolitiker, die von den wirklichen Bedürfnissen des Proletariats nichts verstanden, aber im trüben fischen wollten.

Die ökonomische Analyse zeigt uns aber nicht nur, was der wirkliche Kern der bürgerlichen Politik und welches die Bedürfnisse und Lebensnotwendigkeiten des Proletariats in jedem einzelnen Falle sind, sondern auch, dass dessen Interessen in prinzipiellem Gegensatz zu denen aller andern Klassen der Gesellschaft stehen, wenn auch dieser Gegensatz den einzelnen Klassen und

¹⁾ Vergleiche Kampffmeyer, „Wandlungen in der Theorie und Taktik der Sozialdemokratie“. Seite 39 fg.

Schichten gegenüber verschieden ist, und wenn auch in einzelnen Punkten manchmal Interessenharmonie zwischen dem Proletariat und der einen oder anderen Klasse besteht. So wichtig diese auch praktisch oft ist, weil sie es dem Proletariat ermöglicht, die inneren Gegensätze im bürgerlichen Lager zu seinem eigenen Vorteil auszunützen: die wichtigste ökonomische Tatsache bleibt doch der tiefgreifende Gegensatz zwischen dem Empfänger von Lohn und dem von Mehrwert. In diesem Sinne ist es aufzufassen, wenn es im Kommunistischen Manifest heisst: „Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei grosse feindliche Lager, in zwei grosse, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“

Besteht aber dieser unversöhnliche Klassengegensatz, dann ist es ein vergebliches Beginnen, die gegensätzlichen Interessenkomplexe künstlich zusammenkoppeln zu wollen, wie es zum Beispiel durch den Eintritt eines sozialistischen Mitglieds in ein bürgerliches Ministerium versucht werden könnte. Der klägliche Ausgang des mit so überschwänglichen Hoffnungen begrüßten Experiments Millerand ist genügend bekannt. Die Wirkung dieses Fehlschlags war so, dass der strebsame Herr Briand eine Wiederholung schon nicht mehr herbeiführen und nur mehr als erklärter Renegat ein Portefeuille übernehmen konnte, und seither wurden Anbote von Ministerportefeuilles von den sozialistischen Parteien Italiens, Hollands, Dänemarks und Schwedens rundweg abgelehnt. Am deutlichsten tritt aber der völlige Umschwung in den Anschauungen, die Ausbreitung und Vertiefung der prinzipiellen Aufklärung wohl in der jüngsten Geschichte Frankreichs selbst hervor. Man braucht sich nur des gewaltigen Eindrucks zu erinnern, den der Eintritt des Sozialisten Millerand in ein Ministerium seinerzeit machte, und die Verwirrung, die dieser Schritt in den Reihen der Partei anrichtete. Jaurès begrüßte diesen Akt mit Begeisterung. In der „Petite République“ vom 27. Juni 1899 schrieb er zum Beispiel:

„Dass die bürgerliche Republik in der Stunde, in der sie sich der militärischen Verschwörung zu erwehren sucht, die sie umgibt, selbst verkündet, dass sie die Energie der Sozialisten benötigt, ist eine grosse Tatsache; was auch der unmittelbare Ausgang sei, das wird ein grosses Datum der Geschichte sein.“

In ganz ähnlichem Sinne äusserte sich aber auch Paul Lafargue, der auf den Eindruck hinwies, den es im ganzen Lande

machen müsse, dass man einen Vertreter jener Partei, die man bisher als eine Bande von Strolchen und Idioten hingestellt, berufen habe, um die bürgerliche Rechtsordnung zu verteidigen. Nach der Proklamierung der Kommune habe sich das ganze Land bange gefragt: Wer sind Varlin, Tridon, Malon, Franckel? Werden sie imstande sein, Frankreich zu regieren und zu verwalten? Stürzte aber jetzt eine neue revolutionäre Bewegung die bürgerliche Regierung, dann werde man auch im entlegensten Dorfe wissen, dass die sozialistische Partei die Leitung der Staatsgeschäfte zu übernehmen vermag.¹⁾

Auch Longuet bestätigt, dass, als Millerand in das Kabinett Waldeck-Rousseau eintrat, der grösste Teil der französischen Sozialisten nicht in der Lage war, den Protest Guesdes und Vaillants zu verstehen und zu billigen, und dass infolgedessen damals ein grosser Teil der guesdistischen und der blanquistischen Parteigenossen Jaurès und den Einigungssozialisten viel näher stand als den eigenen Führern Guesde und Vaillant.²⁾

Man erinnere sich der hitzigen und leidenschaftlichen Debatten, welche diese Frage des Ministerialismus nicht nur in Frankreich, sondern in der ganzen Internationale hervorgerufen hat, der überschwänglichen Illusionen, die durch dieses Experiment auch in Ländern hervorgerufen wurden, in denen die Regierung viel unabhängiger ist von Parlament und Volksstimmung als in der französischen Republik; und man vergleiche damit die Prinzipienklärung der Resolution über die Wahltaktik, die auf dem letzten Parteitag der französischen Partei in Amiens mit Stimmeneinhelligkeit angenommen wurde. Dort heisst es:

„Die sozialistische Partei bleibt unverbrüchlich der Politik ergeben, die ihre Kraft, ihre Disziplin und ihr Programm ausmacht — der Politik, die sie unbeugsam allen Parteien der Bourgeoisie entgegengesetzt, die sie zur Partei des Arbeiter- und Bauernproletariats, seines Klassenkampfes, seiner Forderungen, seiner Befreiung macht.

„Sie spricht sich klar und entschieden gegen die Wiederherstellung des Blocks aus, die keine anderen Wirkungen haben könnte, als ihren Charakter und ihre Lehre abzuschwächen, ihre Kampfkraft zu mindern, und die übrigens in gar keinem

¹⁾ Vergleiche Albert Orry, „Les Socialistes Indépendants“. Paris 1911, p. 42 sq. und Alexandre Zévaès, „Le Socialisme en 1912.“ Paris 1912, p. 30.

²⁾ Vergleiche Longuet, „Die Situation der sozialistischen Bewegung in Frankreich“. „Neue Zeit“, Jahrgang 1901/02, 1. Band, Seite 562.

Grad die Bedingung einer republikanischen Aktion der Partei ist.“

In welchem Gegensatz steht dieser letzte Satz zu den so oft wiederholten leidenschaftlichen Behauptungen der Verteidiger Millerands, dass nicht nur die Blockpolitik, sondern auch der Ministerialismus unbedingt erforderlich seien zur Rettung der Republik!

Dass aber diese Resolution von Amiens nicht bloss leere Worte macht, das hat die Geschichte der französischen Partei seit ihrem letzten glänzenden Wahlsieg bewiesen. Wie ungleich grösser wäre heute die Versuchung für einen Sozialisten zur Uebernahme eines Ministerpostens als in den Zeiten Millerands! Jaurès weiss sehr wohl, dass er nur die Hand auszustrecken brauchte, um ein Portefeuille zu erlangen, und dass man heute nicht mehr wagen würde, ihm einen Gallifet an die Seite zu setzen. Aber Jaurès hat die Resolution von Amsterdam, die gegen ihn angenommen wurde, zur Richtschnur seines politischen Handelns genommen, vielleicht nicht, weil er von ihrer Richtigkeit in allen Stücken überzeugt ist, sicherlich aber, weil er weiss, dass sie auch den Willen des französischen Proletariats ausdrückt, und darin ist Jaurès ein besserer Marxist als so mancher, der stolz diesen Namen trägt, dass er in Fragen der Taktik den konsequenten Willen der proletarischen Masse höher stellt als seine individuelle Meinung.

Doch nicht nur das Bestehen dieses Klassengegensatzes zeigt uns die ökonomische Analyse, sondern auch die Notwendigkeit der fortschreitenden Erweiterung und Vertiefung der Kluft, welche die feindlichen Heerlager des Proletariats und der Bourgeoisie trennt, und zugleich das allmähliche Verschwinden der Schranken zwischen den verschiedenen Klassen und Gruppen innerhalb der Bourgeoisie selbst.

Der rasche Aufschwung der Industrie und die gleichzeitige Verbilligung der Lebensmittel in den Neunzigerjahren des vorigen Jahrhunderts erweckte eine Zeitlang die Illusion,¹⁾ dass dieses Ergebnis der Marxschen Untersuchung irrig sei. Die letzten Jahre der rasch emporschiessenden Unternehmerverbände mit ihren gelben

¹⁾ „Wenn die sogenannte reformistische Taktik“, schrieb Vandervelde 1901, „... augenblicklich in der Arbeiterdemokratie vorherrscht, so hauptsächlich deshalb, weil der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre es erlaubt, mit dieser Methode unstreitige Vorteile durchzusetzen.“ (Vergleiche Vandervelde, „Das Wachstum des internationalen Sozialismus.“ „Neue Zeit“. Jahrgang 1900/01. I. Band. Seite 390).

Arbeiterorganisationen, des erbitterten Angriffs auf das Koalitionsrecht, der Monopolisierung der wichtigsten Produktionszweige durch Kartelle, Syndikate, Trusts u. s. w., der raschen Steigerung der Steuern und Zölle sowie der Preise fast aller Lebensbedürfnisse und der wachsenden Kriegsgefahr haben diese Illusionen gründlich zerstört. Der Glaube, dass die Entwicklung einer Ausglei- chung der Klassengegensätze zusteure, dass den Arbeitern ein stets grösserer Anteil am Wert des gesellschaftlichen Produktions- ertrages zufalle, wird heute wohl kaum mehr von einem Theoretiker der Arbeiterbewegung aufrechterhalten und noch weniger von den Massen geteilt, die das Gegenteil fortwährend am eigenen Leibe erfahren.

Das Aufgeben dieser Illusion bedeutet allerdings noch lange nicht die völlige Ueberwindung der opportunistischen Taktik. Denn diese stützt sich vorwiegend überhaupt nicht auf ökonomische Er- wägungen. Die Behauptung, dass die wirtschaftlichen Interessen des Proletariats mit denen des Bürgertums im wesentlichen überein- stimmen, wird von einem Sozialisten wohl kaum gewagt werden. Sie bleibt heute das unbestrittene Reservat der Klopfflechter des Bürgertums und der Regierungen. Wohl aber treten solche Inter- essensharmonien in die Erscheinung, wo es sich nicht um die niedere Welt materieller Bedürfnisse handelt, sondern um die hohen Güter geistiger Kultur, um die Freiheit der Kunst, die Be- kämpfung des Klerikalismus u. s. w. Hier stimmen tatsächlich die Kampf- rufe der Arbeiterschaft oft mit denen einzelner Schichten des Bürgertums überein. Aber nicht nur die Mittel sind verschieden und oft entgegengesetzten Charakters, mit denen diese beiden Kämpfer ihr Ziel zu erreichen suchen, sondern vor allem ver- schwindet diese Uebereinstimmung des Zieles in der Regel um so mehr, je mehr von der allgemeinen Formulierung zur konkreten Ausführung oder auch nur zur detaillierteren und genaueren Feststellung der Forderungen übergegangen wird.

Die Folge dieser durch wiederholte Erfahrungen vermittelten Erkenntnis ist denn auch die Einsicht, dass es zum gemeinsamen Kampfe um jene idealen Güter erspriesslicher ist, wenn jeder Teil seine Selbständigkeit wahrt und sich die Parteien nur vereinigen zu gemeinsamem Schlagen.

„In Wahrheit“, schrieb Kautsky 1903,¹⁾ „bezeichnet die Selb- ständigkeit nicht jeden Verzicht auf das Zusammenwirken mit

1) Vergleiche „Neue Zeit“, Jahrgang 1902/03, I. Band, Seite 507.

ändern, sondern sie bezeichnet zunächst die Selbständigkeit im Denken des Einzelnen, der sich selbst seine Ziele und die Mittel zu ihrer Erreichung wählt und selbständig darüber entscheidet, mit wem und wann und wie er zusammenwirken will.“

Im Gegensatz zu dieser Taktik bezeichnet Kautsky diejenige als verfehlt, vermöge deren die Partei „als Mitglied der Regierungspartei Anteil nimmt an deren Beratungen und Beschlüssen und verantwortlich wird, für alle Taten der Regierungen, auch für jene, die sich gegen das kämpfende Proletariat wenden. Und durch diesen unbedingten Ministerialismus gerät sie in Zwiespalt mit den oppositionellen Teilen des Sozialismus, spaltet und schwächt sie ihn, während sie gleichzeitig den bürgerlichen Radikalismus wie den Anarchismus fördert und die Aufklärung des Proletariats über seine Klassenlage hindert. Das und nicht das einfache Stimmen für die Regierung ist es, was die reformistische Taktik . . . von der revolutionären scheidet.“¹⁾ Ebenso äussert sich Thomas²⁾, der wärmste Verteidiger der Blockpolitik, über das Wesen dieser Politik im Gegensatz zu bloss gelegentlicher Zusammenarbeit: „Das Einvernehmen beginnt erst dann, wenn die sozialistische Partei von Einzelheiten absieht, sich über bestimmte Liebhabereien (préférences) hinwegsetzt und nicht allein eine einzelne Reform unterstützt, sondern eine Gesamtheit von Reformen, ein Reformprogramm und wenn sie zur Durchsetzung dieses Programms die Regierung unterstützt und verteidigt, die das Programm aufgestellt hat und dafür die Verantwortung übernimmt.“

Es ist bezeichnend für den Sieg der realistischen, weil ökonomischen Denkweise in der Internationale, dass nach glänzenden Wahlsiegen die italienische Partei auf dem Parteitag von Ancona die Freimaurer aus der Partei ausschloss, und dass nach ebenso glänzendem Wahlsieg in Frankreich die berufensten Wortführer der Partei mit allem Nachdruck erklärten, von einer Wiederaufnahme des Ministerialismus oder auch nur einer Wiederbelebung der Blocktaktik könne nicht die Rede sein.

Und doch, obwohl Revisionismus und Ministerialismus tot, der Glaube an die Versöhnung der Klassen und die Orientierung der Politik nach ideologischen Gesichtspunkten abgetan sind, scheint doch so manchem Beobachter die Politik der internationalen Sozial-

1) Vergleiche „Neue Zeit“, Jahrgang 1903/04, 2. Band, Seite 678 fg.

2) „La Politique Socialiste“. Paris 1913. Seite 12.

demokratie wesentlich opportunistischer geworden zu sein. Tatsächlich hat sich ja auch die Haltung der Sozialdemokratie, besonders in den Parlamenten, geändert, es kommt immer häufiger vor, dass Gesetzesvorlagen mit ihrer Hilfe durchgebracht werden, und ängstliche Gemüter in der Partei und triumphierende Gegner im bürgerlichen Lager weisen hin auf diese „prinzipienwidrigen Entgleisungen.“

Am 13. Oktober 1867 schrieb Marx an Engels: „Liebknecht macht sich recht gut; er hat von uns doch so viel behalten, dass er einsieht, die einzige richtige Politik bestehe darin, gegen alles ohne Ausnahme zu stimmen.“ Eine solche Taktik besitzt sicherlich den Vorzug der Einfachheit; aber es ist selbstverständlich, dass sie nur in Ausnahmefällen durchführbar ist. Die sozialdemokratische Fraktion, die aus den Wahlen vom 31. August desselben Jahres hervorgegangen war, bestand aus einem sehr kleinen Häuflein von Männern, von denen nur ein Teil auf wirklich sozialistischem Boden stand und das ausserdem in zwei einander befehdende Gruppen gespalten war. Unter diesen Umständen war natürlich nicht daran zu denken, dass die Sozialdemokraten irgendwelche Gesetze mit dem Gewicht ihrer Stimmen durchdrückten, oder dass sie auch nur das Zünglein an der Wage der bürgerlichen Parteien darstellen konnten. Die Funktion der Sozialdemokraten im Reichstag musste vor allem, ja ausschliesslich eine agitatorische sein, was ja auch der Stuttgarter Kongress von 1870 ausdrücklich verlangte. Da musste mit aller Schärfe und in einer Sprache, die auch dem politisch noch ganz ungebildeten Arbeiter verständlich war, erklärt werden, dass die Partei des Proletariats in unversöhnlichem Gegensatz steht zur ganzen bürgerlichen Welt und ihren Regierungen. Und diese Erklärung konnte keine wirksamere Form finden, besonders bei dem Mangel einer eigenen weitverbreiteten Presse, als die Ablehnung aller Vorlagen, das Stimmen gegen jeden Antrag von bürgerlicher Seite.

Aber diese rein negative Haltung genügte nicht auf die Dauer; gerade vom Standpunkt der Agitation aus wurde sie unzulänglich. So wichtig es ist zu zeigen und zu betonen, dass die Sozialdemokratie in prinzipiellem Gegensatz zum ganzen wirtschaftlichen und politischen System des Kapitalismus steht, diese theoretische Erkenntnis bleibt unfruchtbar, wenn nicht zugleich gezeigt wird, dass die Partei nicht nur das Schicksal des Proletariats erleichtern will, sondern dass sie in dieser Hinsicht viel weiter geht und gehen kann

als jede bürgerliche Partei, weil sie nicht an die Schranken der bestehenden Gesellschaftsordnung gebunden ist, sondern diese vielmehr gerade durch die Verwirklichung ihrer Forderungen sprengen will. Dazu kommt aber, dass das Interesse des Proletariats oft durch Abstimmungen im Parlament sehr wesentlich berührt wird, und je stärker die sozialdemokratische Fraktion, um so eher kommt sie in die Lage, für oder gegen eine Vorlage die Entscheidung herbeizuführen, und sie wird dann nicht umhin können, eventuell auch für Gesetzentwürfe der Regierung stimmen zu müssen.¹⁾

So schrieb denn auch schon im Jahre 1879 Bebel an Engels:²⁾ „Wir werden, so lange wir parlamentarisch mittun, uns in der reinen Negation nicht halten können, die Masse verlangt, dass auch für das Heute gesorgt werde, unbeschadet dessen, was morgen kommt.“ Und Engels antwortete darauf: „Die Fragen, in denen sozialdemokratische Abgeordnete aus der reinen Negation heraustreten können, sind sehr eng begrenzt. Es sind alles Fragen, in denen das Verhältnis der Arbeiter zum Kapitalisten direkt ins Spiel kommt: Fabrikgesetzgebung, Normalarbeitstag, Haftpflicht, Lohnzahlung in Waren u. s. w. Dann allenfalls noch Verbesserungen im rein bürgerlichen Sinne, die einen positiven Fortschritt bilden: zum Beispiel Münz- und Gewichtseinheit, Freizügigkeit, Erweiterung der persönlichen Freiheit u. s. w. Damit wird man Sie wohl vorläufig nicht belästigen. In allen anderen ökonomischen Fragen, wie Schutzzölle, Verstaatlichung von Eisenbahnen, der Assekuranzen u. s. w., werden sozialdemokratische Abgeordnete immer den entscheidenden Gesichtspunkt behaupten müssen, nichts zu bewilligen, was die Macht der Regierung gegenüber dem Volk verstärkt. Und es ist dies um so leichter, als hier ja regelmässig

¹⁾ Wie leicht dieses Streben, den prinzipiellen Standpunkt der Partei festzuhalten, die das Heil des Proletariats nur von einer vollständigen Revolutionierung der bürgerlichen Wirtschaftsverfassung erwartet, und zugleich doch durch augenblickliche Reformen Anhänger zu gewinnen sucht, zu Widersprüchen führt, dafür ist zum Beispiel die Haltung Guesdes im Sommer 1893 kennzeichnend. Im Juliheft von L'Ère Nouvelle dieses Jahres bezeichnete er den Achtstundentag als fast die einzige Reform, die unter dem kapitalistischen Regime verwirklicht werden könne. Im Augustheft derselben Zeitschrift erklärt er, die sozialistische Partei würde, sobald sie an der Herrschaft, das bäuerliche Eigentum als bald von jeder Geld- und Blutsteuer, aber auch von den drückenden Lasten der Hypothekarschulden befreien.

²⁾ Bebel, „Aus meinem Leben“. 3. Band, Seite 76.

die Stimmung in der Partei selbst gespalten sein wird und damit Enthaltung, Negation von selbst geboten ist.“

Man sieht, dass der Brief vor allem die augenblickliche Situation im deutschen Reichstag berücksichtigte, wo die Frage der Zollgesetzgebung, besonders der Eisenzölle, die sozialdemokratische Fraktion vor ein praktisches Problem gestellt hatte, über dessen Lösung sie sich schwer einigen konnte, wo also Stimmenthaltung noch immer besser war, als geteilte oder inkonsequente Abstimmung.

Doch geht die Bedeutung des Engelsschen Briefes über die damalige Situation sicherlich hinaus. Der Grundsatz, dass durch die Aktion der Sozialdemokratie, also auch durch ihre parlamentarische Abstimmung, die Macht der Regierung nicht gestärkt werden darf, ist für die Politik des Proletariats von der grössten Bedeutung geblieben. Aber selbst diese so einleuchtende Maxime durfte nicht zur starren Regel werden, deren Befolgung der Notwendigkeit selbständigen Denkens überheben würde. So hat zum Beispiel die soziale Versicherungsgesetzgebung gewiss die Macht der Regierung gestärkt, trotzdem aber hätte die Sozialdemokratie deren Gesetzwerdung durch ihr Votum nicht verhindern dürfen, nicht nur weil diese Gesetze für die aktive Arbeiterschaft selbst eine nicht unwesentliche Besserung ihrer materiellen Lage bedeuten, sondern noch mehr, weil sie den alternden oder kranken Arbeiter vor der Schmach der gnadenweisen Armenversorgung mit all ihren Erniedrigungen und Quälereien, den von Betriebsunfällen Betroffenen vor dem Prozessweg mit seinen Betrügereien und Schikanen bewahrte.

Ja diese von Engels ausgesprochene Maxime scheint sogar in einem gewissen Widerspruch zu der Verherrlichung zu stehen, die Marx in der Inauguraladresse hat dem englischen Zehnstundengesetz angedeihen lassen. Marx pries dieses Gesetz als einen „direkten Eingriff in den grossen Kampf zwischen der blinden Regel der Gesetze von Angebot und Nachfrage, welche die politische Oekonomie der Bourgeoisie ausmachen, und der durch soziale Vorsorge geregelten sozialen Produktion, dem Inbegriff der politischen Oekonomie der Arbeiterklasse“. Dieser Sieg der proletarischen über die bürgerliche Oekonomie bestand aber in der Ermächtigung der Staatsgewalt, in den Produktionsprozess einzugreifen.

Hier liegt denn auch tatsächlich eine der schwierigsten und verantwortungsvollsten Fragen der sozialistischen Politik vor, eine

Frage, die von Tag zu Tag aktueller wird. Je weiter die Konzentration der Betriebe, vor allem aber die Zentralisierung der Herrschaft über Industrie, Transport und Handel fortschreitet und sich in wenigen Händen vereinigt, desto brennender wird die Frage, wie sich das Proletariat zu dieser Form der Beherrschung der Wirtschaft zum Vorteil weniger unverantwortlicher Magnaten zu verhalten hat.

In Amerika, dem Land der wildesten Schreckensherrschaft der Trustmagnaten, hat sich in den Mittelschichten der Gesellschaft, bei den kleineren Kapitalisten, der Intelligenz und der Bürokratie im Gegensatz zu diesem Privatkapitalismus des Monopols ein Programm des Staatskapitalismus entwickelt. Die Staatsmacht, über die jene Schichten vermöge ihres politischen Einflusses noch zu herrschen glauben, soll den Trusts die Herrschaft über die Wirtschaft des Landes entwenden und sie im Interesse dieser Mittelklassen weiterführen.

Doch ist diese Bewegung heute nicht mehr auf Amerika beschränkt, auch in Europa gehen die Regierungen immer mehr auf Verstaatlichungsaktionen aus, denen das Bürgertum mit geteilten Gefühlen gegenübersteht; einerseits fürchtet es die Macht der grossen Herren der Industrie und der Bank, gegen die anzukämpfen, es sich immer machtloser fühlt, anderseits fürchtet es aber auch ebenso das Eingreifen der Bürokratie in das feine Räderwerk der kapitalistischen Wirtschaft.

Auf diese zwieschlächtige Haltung der Bourgeoisie gegenüber der drückenden Wucht des organisierten Grosskapitals hat denn auch jüngst Albert Thomas eine Empfehlung einer neuerlichen Blocktaktik in Frankreich begründet.¹⁾

Er gibt ohneweiters zu, dass die sozialistische Partei eine reine Klassenpartei des Proletariats ist und sein muss, und folgert daraus, dass die Arbeiterklasse nur dann eine dauerhafte Blockpolitik durchführen und unterstützen kann, wenn diese die „spezifisch sozialistische Aktion vorzubereiten und zu unterstützen scheint.“ Diese Vorbedingung einer erspriesslichen Blockpolitik scheint ihm aber heute gegeben zu sein, da die sozialistische Partei allein imstande ist, indem sie die sozialistische Revolution durchführt, „das Gedeihen

¹⁾ Albert Thomas, „La Politique Socialiste“, Paris 1913. Die Schrift, die bestimmt war, vor dem Parteikongress von Amiens für die Blockpolitik Stimmung zu machen, ist vom 13. Oktober 1913 datiert.

und die Grösse des Landes“ herbeizuführen. Denn „die sozialistischen Lösungen der wichtigsten schwebenden Fragen sind zugleich die nationalen.“ „Von heute an,“ meint Thomas, „ist die Partei nicht mehr isoliert, im Gegensatz zur Nation. Von heute an weiss sie, dass sie aufs innigste deren Sorgen und Bedürfnissen entspricht. Die Stunde ist da, wo sie anerkannt werden wird als die wahre nationale Partei.“¹⁾

¹⁾ Die Aehnlichkeit der Ausdrucksweise bei Thomas mit der bei verschiedenen österreichischen Parteischriftstellern ist auffallend, wenn auch der Ausdruck Nation im französischen Sprachgebrauch nicht ganz dieselbe Bedeutung hat wie im Deutschen. Diese Aehnlichkeit ist aber nicht nur eine oberflächliche, sondern sie erstreckt sich auch auf die Auffassungsweise, die in ähnlicher Art hier und dort zum Ausdruck gelangt. Die brennendste Frage der österreichischen Politik, die der gegenseitigen Stellung der Nationalitäten innerhalb des Staates, musste auch die österreichische Sozialdemokratie aufs intensivste beschäftigen. Einerseits hatte sie Stellung zu nehmen zur Nationalitätenfrage im Staate, andererseits bereiteten ihr aber die Nationalitätenfragen auch ausserordentliche organisatorische Schwierigkeiten. Ausgehend von den Prinzipien der nationalen Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, gelangte sie zunächst zu der Forderung, dass bei der demokratischen Reformierung der Verwaltung Oesterreichs vor allem auch den sprachlichen Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung Rechnung getragen werden müsse. Für die innere Organisation der Partei erklärte der Wiener Parteitag am 11. Juni 1897 den Grundsatz der nationalen Autonomie massgebend, das heisst die Gesamtpartei sollte sich aus einem Verbande von Parteien zusammensetzen, die jeweils gleichsprachige Parteigenossen vereinigten. Die wachsende Bedeutung und Zuspitzung der Nationalitätenkämpfe in Oesterreich zogen aber immer mehr auch die Arbeiter in ihren Bann, der Vorwurf der nationalen Gleichgültigkeit, des Verrats an der eigenen Nation wurde der beliebteste Vorwurf nationalistischer Demagogen gegenüber der Sozialdemokratie. Mit vollem Recht konnten deren Wortführer darauf hinweisen, dass in der Organisation der Partei den nationalen Bedürfnissen ihrer Mitglieder voll Rechnung getragen war. In ihrer Verteidigung gegen nationalistische Angriffe gingen sie aber weiter und übertrugen das in der Parteiorganisation bewährte Prinzip der nationalen Autonomie auf die Politik des Staates. Sie proklamierten das „Recht der Nationen auf Selbstverwaltung“ als Grundlage eines auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts neu zu konstituierenden Oesterreichs und sich selbst als die Vertreter der wahren nationalen Rechte. Die Nationen sollten nun als politische Rechtssubjekte konstituiert werden, wie die nationalen Parteien innerhalb der Gesamtpartei. Die Abstellung der schauderhaften Schulzustände Ostgaliziens zum Beispiel wurde nun aus einem Anspruch der armen ruthenischen Bauern, die ein Anrecht hatten, genügende Schulbildung in ihrer eigenen Sprache zu erhalten, zu einem Postulat der ruthenischen „Nation.“ Indem aber so die österreichische Partei die Prinzipien ihrer eigenen Organisation zu solchen der Staatsverwaltung machte, musste sie sich es gefallen lassen, dass nun auch die nationalen Fragen der staatlichen Politik in ihre eigenen Reihen überpflanzt wurden und damit die sprachliche Regelung der inneren Ver-

Denn der Kapitalismus, meint Thomas, ist unvereinbar mit den nationalen Interessen. Diese können daher nur gewahrt werden, indem jener bekämpft, das heisst indem das sozialistische Programm verwirklicht wird. Wenn daher die politische Demokratie sich zu entwickeln und zur sozialen Demokratie auszugestalten strebt, gerät sie unfehlbar in Kampf mit dem „monopolistischen Kapitalismus“, den Proudhon anklagte, mit den privaten Monopolen, deren Unterdrückung wenigstens einstmals die bürgerlichen sogenannten „Radikal-Sozialisten“ verlangten.

In seinem „Finanzkapital“ hat Hilferding bereits gezeigt, wie wenig Verlass notwendigerweise auf jene Schichten des kleinen und mittleren Bürgertums ist, die zwar unter der Herrschaft des organisierten Gross- und Finanzkapitals knirschen, sich aber weder dieser Herrschaft entwinden noch auch sich nur zu ernsthaftem Kampfe gegen deren Wucht zusammentun und am allerwenigsten mit dem Proletariat gemeinsame Sache machen können.

Thomas aber glaubt den radikalen Worten der Wortführer dieser bürgerlichen Schichten mehr als den ökonomischen Tatsachen und will auf die antimonopolistische Renommisterei dieser klein- und mittelbürgerlichen Rattenfänger eine neue Blockpolitik basieren, deren Ziel eine grossangelegte Verstaatlichungsaktion sein soll. Ueber die Frage, ob und wann eine Verstaatlichung überhaupt vom Standpunkt der ökonomischen und politischen Interessen des Proletariats gutzuheissen ist, setzt er sich mit dem Hinweis hinweg, es sei ausgemacht, dass die Staatsverwaltung der sozialistischen Organisation näher stehe als das private Monopol von Kapitalisten. Die so schwierige Frage des Staatssozialismus und Staatskapitalismus wird hier gelöst, indem ihr Vorhandensein geaugnet wird.

In seinem Buch „Der Staat, die Industrie und der Sozialismus“¹⁾ hat auch Parvus die Forderung der Verstaatlichung der Banken und der Grossindustrie aufgestellt. Aber es ist bezeichnend, dass er durch die Logik dieser Voraussetzung selbst zu Schlussfolgerungen gedrängt wird, die unserer bisherigen marxistischen Taktik gerade-

waltungsangelegenheiten der Partei immer mehr zu einer Machtfrage der in der Gesamtpartei vereinigten „Nationen“ wurde. Die Folgen dieser wechselseitigen Uebertragung von Gesichtspunkten, die streng auseinander gehalten werden müssten sind bekannt: Die ZerreiSSung der Gesamtpartei, das Abschnwenken der tschechischen Separatisten zu einem immer deutlicher erklärten Nationalismus und die schwere Gefährdung der Gewerkschaftsbewegung.

¹⁾ Dresden, Kaden u. Co.

wegs ins Gesicht schlagen. Er muss nämlich selbst zugeben, dass die Machtmittel des Staates gerade durch diese Verstaatlichungen eine enorme Steigerung erfahren würden. Dem zu begegnen rät Parvus zwar den Sozialdemokraten an, die wirtschaftliche Macht der Gemeinden und der Genossenschaften für sich nutzbar zu machen; aber schliesslich kommt er doch zu dem Satz: „Wenn wir noch weiter zögern, mit der politischen Gewalt des Staates den kapitalistischen Besitz in Volksbesitz überzuführen, wird der kapitalistische Besitz mit Hilfe des Staates herrschen und der Staat wird mit Hilfe des kapitalistischen Besitzes das Volk doppelt knechten.“

Um also zu verhindern, dass die Banken den Staat beherrschen, weiss Parvus keinen anderen Ausweg, als dass wir den Staat in seinem Bestreben, sich der Banken zu bemächtigen, unterstützen, zugleich aber die soziale Revolution herbeiführen, die uns die Herrschaft über diesen Staat gibt.

Die Unmöglichkeit dieser Schlussfolgerung, die uns in die vormarxistische Putschtaktik zurückwerfen würde, zeigt wohl zur Genüge die Unstichhaltigkeit der Voraussetzung. Tatsächlich würde die Herrschaft über das Bankkapital die Staatsgewalt nicht nur vom Parlament so gut wie völlig unabhängig machen, sondern ihre Macht der Kreditgewährung oder -Versagung würde die gesamte Bourgeoisie zu willenlosen Hörigen der Regierung machen¹⁾, während sie zugleich ein neues gewaltiges Heer von Angestellten und Beamten unter ihrer Fuchtel vereinigen würde.

Und hier stossen wir auf den Punkt, wo sich der scheinbare Widerspruch zwischen dem Verlangen der politischen Oekonomie des Proletariats, dem System der gesellschaftlichen Vorsorge und Regelung der Wirtschaft zum Sieg zu verhelfen über die blinde Konkurrenz, und dem Grundsatz löst, dass die Aktion der Sozialdemokratie keinesfalls die Macht der Regierung stärken dürfe. Die Verfügung über das Bankkapital würde der Regierung deshalb eine so ungeheure und verderbliche Macht in die Hand geben, weil diese Verfügung weder durch Gesetze und

¹⁾ So wird zum Beispiel die Macht der französischen Regierungen über die Wähler, ihre Fähigkeit, „gute“ Wahlen zu machen, wesentlich dadurch gefördert, dass nicht nur die halbamtlichen Notare, sondern auch die amtlichen Gerichtsvollzieher, besonders auf dem platten Land, in der Vermittlung von Bankkrediten an die Bevölkerung eine grosse Rolle spielen und daher auf diese starken Einfluss besitzen.

Regeln gebunden ist, noch auch gebunden werden kann, sondern dem Ermessen, das heisst der Willkür der Regierung überlassen bleiben muss. Dem aber kann die Sozialdemokratie nie und nimmer ihre Zustimmung geben. Ein Gesetz, das zum Beispiel den neun- oder achtstündigen Normalarbeitstag nicht allgemein einführt, sondern es der Willkür der Regierung überliesse, für welche individuellen Betriebe sie diese Einschränkung der Arbeitszeit verfügte, dürfte trotz des sozialen Fortschritts, der praktisch vielleicht damit verbunden wäre, nie die Zustimmung der Sozialdemokratie gewinnen; denn mit einem solchen Gesetz wäre nicht der gesellschaftlichen Vorsorge und Regelung der Produktion Vorschub geleistet, sondern der Willkür der Regierung.

Natürlich wird die Entscheidung nicht stets so einfach sein. Gerade auf diesem modernsten Gebiet der Politik kann sich unsere Haltung am wenigsten nach vorausbestimmten Schlagworten richten, sie muss nach der genauesten Detailkenntnis, nach dem eindringendsten ökonomischen Verständnis der betreffenden Materie und der Möglichkeiten, die sich durch das in Frage stehende Gesetz der Willkürgewalt der Regierung bieten, orientiert werden, und es darf für die Beurteilung dieser Frage nicht der Wortlaut der Gesetzesvorlage allein massgebend sein, sondern die Wirkung, die das Gesetz unter den bestehenden ökonomischen und rechtlichen Bedingungen und bei den tatsächlichen Machtverhältnissen voraussichtlich üben wird. Dasselbe Gesetz, das in einem Lande mit demokratischer Verfassung und entwickelter parlamentarischer Kontrolle der Verwaltung eine Beschränkung bürokratischer Willkür bedeutet, kann diese in einem anderen Lande mit machtlosem Scheinparlamentarismus geradezu begünstigen. Auch hier heisst es eben, sich nicht an Worte zu klammern, sondern die Tatsachen, vor allem die der Oekonomie, zu Rate zu ziehen.

VII. Die theoretische Erkenntnis.

Als das europäische Proletariat anfangs der Sechzigerjahre den bleiernen Schlaf abzuschütteln begann, der seit dem Niederbrechen der Achtundvierzigerrevolution auf ihm gelastet hatte, da waren es zunächst ganz instinktive Regungen, die sein allmähliches Wiedererwachen anzeigten. Charakteristisch dafür ist das schon er-

wähnte „Manifest der Sechzig“, jene Erklärung von 60 Vertretern von mehr als 50 Arbeitergruppen anlässlich der Pariser Kammerwahlen von 1864. Was dieser Urkunde ihre historische Bedeutung verleiht, das war die Forderung nach einer politischen Vertretung der Arbeiter durch Arbeiter. Diese Forderung wurde bedeutungsvoll, weil sie zum erstenmal nach so langer Apathie der grossen Massen und nach der Beschränkung der Führer der Opposition auf das rein politisch-parlamentarische Gebiet wieder das Proletariat als solches handelnd auf die Bühne brachte und das erste, wenn auch noch unklare Gefühl der Selbständigkeit und der Zusammengehörigkeit dokumentierte.

Erst als die Arbeiterbewegung in den folgenden Jahren wieder in Fluss kam, als stärkeres geistiges Leben in ihr pulste, da erwachte auch wieder das Bedürfnis nach einer entsprechenden eigenen Ideologie. Von den sozialistischen Systemen der Zeit vor 1848 waren kaum mehr vereinzelt Ueberbleibsel im Bewusstsein der Arbeiter übrig geblieben. Nur die Ideenwelt Proudhons, deren politischer Indifferentismus auch den Zeiten der allgemeinen politischen Erschlaffung und Gleichgültigkeit am besten angepasst gewesen war, hatte noch grössere Anhängerschaft, die nun rasch wieder an Ausdehnung gewann.

Daneben aber machte sich auch der Blanquismus geltend. Durch die Amnestie von 1859 war Auguste Blanqui, der „Eingekerkerte“, wieder der Freiheit zurückgegeben worden und hatte sofort, zunächst in den Kreisen junger Akademiker, seine Agitation für „Atheismus, Kommunismus und Revolution“ wieder aufgenommen. Doch bald beschränkte sich diese Agitation nicht auf die Studentenkreise; mit Hilfe einiger alter Revolutionäre aus Arbeiterkreisen, die noch an den Kämpfen der Dreissigerjahre teilgenommen, gelang es den jungen Enthusiasten, auch unter den Arbeitern Anhang zu gewinnen und ihre Ideen trotz aller behördlichen Verfolgungen dort zu propagieren.

War der Proudhonismus aller Politik abgeneigt, so ging das Streben der Blanquisten gerade in erster Linie nach der politischen Revolution, nach der Herstellung der sozialen Republik. Waren die Proudhonisten friedlich und wollten sie ihre Ziele auf rein ökonomischem Wege, besonders durch Kreditgenossenschaften, verwirklichen, so lebten die Blanquisten noch ganz in der Revolutionsromantik der Dreissigerjahre; waren endlich die Proudhonianer doktrinär und schworen sie auf die von ihrem Meister angegebenen sozialen

Wundermedizinen, so waren die Blanquisten ihrerseits in theoretischer Hinsicht weitherzig genug. Sie erklärten sich gegen jeden Dogmatismus, gegen jede „Formel“. Für sie waren die wahren Sozialisten die Revolutionäre. Einen Streit über die künftige Organisation der Gesellschaft erklärten sie für Zeitvergeudung. Vor allem komme es darauf an, die soziale Revolution überhaupt siegreich durchzuführen. Dazu war ihnen jeder willkommen, der guten Willens war. Was am Tage nach der Revolution geschehen sollte, das zu bestimmen, war dann noch Zeit¹⁾.

Es ist bekannt, welche Schwierigkeiten diese Gruppen, besonders aber die Proudhonisten mit ihren wirtschaftsfriedlichen Allheilmitteln, auf den Kongressen der Internationale dem Sieg der marxistischen Auffassung in den Weg legten. Trotz all dieser Schwierigkeiten war es aber Marx doch möglich, mit den Anhängern dieser beiden Richtungen zusammenzuarbeiten im Vertrauen darauf, dass der Fortgang der industriellen Entwicklung den Massen der Arbeiter allmählich doch die Unzulänglichkeit des Proudhonschen „Mutualismus“ ebenso wie des blanquistischen rein politischen Revolutionarismus zeigen werde. Augenblickliche Gefahren drohten weder von der einen noch von der anderen Richtung. Von den Proudhonisten deshalb, weil sie überhaupt nicht zu überstürztem Handeln drängten, prinzipiell verfehlte Resolutionen aber, wie sie zum Beispiel in Lausanne mehrfach gefasst wurden, keinen nicht wieder gut zu machenden Schaden verursachten. Die Blanquisten wieder drängten zwar zur politisch-revolutionären Aktion; aber hier trafen sie sich besonders in den ersten Jahren der Internationale in ihrem Ziel mit Marx und Engels; vor der blanquistischen Methode aber schützte die Verfassung der Internationale, wenigstens solange die Blanquisten in ihr nicht ausschlaggebend wurden. Dies stand erst seit dem Haager Kongress zu befürchten und gerade diese Besorgnis war eines der Hauptmotive zur Verlegung des Generalrates nach Neuyork. Der prinzipiellen Propaganda des Marxismus aber legten die Blanquisten, vermöge ihrer Weitherzigkeit in Sachen der Theorie, keine Schwierigkeiten in den Weg. Auch ihnen gegenüber bestand also wenigstens bis Haag die Hoffnung, dass die Erfahrungen des praktischen Klassenkampfes sie immer mehr auf den Weg des Marxismus führen würden. Ganz anders aber wurde die Situation mit dem Erstarken

¹⁾ Vergleiche Charles Da Costa, „Les Blanquistes.“, Paris 1912. p. 5.

der Richtung Bakunins. Denn diese stand nicht nur in allen wichtigsten Fragen auf prinzipiell entgegengesetztem Standpunkt zum Marxismus, sie wollte diese ihre Prinzipien auch unmittelbar verwirklichen einerseits nach aussen in individuellen Gewaltakten (besonders die Richtung Netschaeffs), anderseits aber — und das musste noch verhängnisvoller werden — in der Zersetzung, in der Desorganisation der Internationalen Assoziation selbst. Den anarchistischen Anhängern Bakunins gegenüber konnte es daher kein Abwarten, kein Entgegenkommen geben, hier gab es nur Unterwerfung oder Kampf, und dieser Streit erlosch nicht mit dem Ende der alten Internationale, auch die ersten Kongresse der neuen Internationale, besonders noch der von London (1896), hatten unter der Austragung dieses alten Gegensatzes zu leiden, und seitdem der Anarchismus in seiner ursprünglichen bakunistischen Gestalt in allen kapitalistisch entwickelten Ländern zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist, versucht er in der neuen Form des Syndikalismus das verlorene Terrain wieder zurückzugewinnen. Von allen einstigen Gegnern des Marxismus in der Arbeiterbewegung ist er der einzige, der dem geschlossenen Gedankensystem der Marxschen Lehre eine eigene Ideologie entgegenzusetzen versucht und es ist wohl eine der glänzendsten Anerkennungen der überlegenen geistigen Macht des viel gelästerten Gegners, dass so viele Theoretiker des Syndikalismus gerade den Versuch unternommen haben, ihn als den einzig richtigen und konsequenten Marxismus hinzustellen¹⁾.

Im Gegensatz zu diesen verschiedenen Richtungen der Gegner des Marxismus in Frankreich stand die sozialistische Agitation in Deutschland vom Anfang an unter dem Einfluss Marxschen Denkens. Die Nachwirkungen der Agitation Weitlings waren in den Sechzigerjahren nur mehr sehr gering; allerdings waren auch die Spuren der Tätigkeit des Kommunistenbundes selbst im Rheinland fast völlig verwischt; aber die Agitation Lassalles stand von vornherein unter dem geistigen Einfluss von Marx, den Lassalle in ökonomischen Dingen stets als seinen Meister betrachtete und anerkannte.

Allerdings trug diese Agitation auch dort, wo sie mit ökonomischen Argumenten arbeitete, mehr den Stempel des Lassalleschen als des Marx'schen Geistes. Wie weit diese beiden Auffassungsweisen auch und gerade auf ökonomischem Gebiet aus-

¹⁾ Vergleiche zum Beispiel Lagardelle. „Le Socialisme Ouvrier“, Paris 1911, X, 228, 346 ff, ebenso aber auch Walling und Andere.

einandergehen, das zeigt zum Beispiel sehr anschaulich das Vorwort zu Lassalles ökonomischem Hauptwerk. Dort heisst es:¹⁾

„In meinem 1861 veröffentlichten »System der erworbenen Rechte«, Teil I, pag. 264, sage ich: »In sozialer Beziehung steht die Welt vor der Frage, ob heute, wo es kein Eigentum an der unmittelbaren Benutzbarkeit eines anderen Menschen mehr gibt, ein solches auf seine mittelbare Ausbeutung existieren sollte, das heisst gründlich: ob die freie Betätigung und Entwicklung der eigenen Arbeitskraft ausschliessliches Privateigentum des Besitzers von Arbeitssubstrat und Arbeitsvorschuss (Kapital) sein, und ob folgeweise dem Unternehmer als solchem und abgesehen von der etwaigen Remuneration seiner etwaigen geistigen Arbeit, ein Eigentum an fremdem Arbeitswert (Kapitalprämie, Kapitalprofit . . .), zustehen sollte.«

„Dieser Satz enthält, wie jeder Sachkenner leicht sieht, in gedrängter Zusammenfassung das Programm eines national-ökonomischen Werkes, welches ich in systematischer Form unter dem Titel »Grundlinien einer wissenschaftlichen Nationalökonomie« damals zu schreiben beabsichtigte.“

Die Fragestellung, mit der Lassalle an die Oekonomie herantritt, ist also grundsätzlich vollkommen von der Marx'schen verschieden. Forscht Marx nach den inneren Entwicklungsgesetzen der kapitalistischen Wirtschaft, so ist das Interesse Lassalles von vornherein ethisch orientiert, sein Problem ist nicht eines der Oekonomie, sondern des Naturrechts. Er betrachtet als die Aufgabe dieser Wissenschaft nicht die gleichsam naturkundliche Erforschung der Gesetze der Wirtschaft einer bestimmten Phase sondern die Begründung, die ethisch-juristische Unterbauung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag.

Diese Gegensätzlichkeit der Grundauffassung entfernte Lassalle noch viel weiter vom ökonomischen Standpunkt Marx' als seine Erklärung des „ehernen Lohngesetzes“ zur unverrückbaren Grundlage seines ganzen theoretischen und praktischen Systems oder sein Eklektizismus, der ihn Lehren Marx' annehmen, zugleich aber an grundsätzlich entgegengesetzten Lehrsätzen liberaler Oekonomie festhalten liess.

Dieser zwieschlächtige Charakter der Lassalleschen Agitation, die sich auf Marx als Gewährsmann berief, in ihrer Grundauf-

¹⁾ Bernsteins Lassalle-Ausgabe, Band III, Seite 17.

fassung und in einer Reihe der wichtigsten Detailausführungen aber zum Marxismus in vollstem Gegensatz stand, führte zu eigenartigen Verhältnissen, die ihrerseits wieder die Richtigkeit der Marx'schen Lehre zeigen, dass die Ideologie einer Klasse von ihrer Stellung im Produktionsprozess abhängt. Tatsächlich entsprach die Lassallesche Agitation, die Argumente, die er ins Feld führte und die Art, wie er dies tat, dem zurückgebliebenen ökonomischen Zustand des damaligen deutschen Proletariats.

Im Jahre 1892 noch schrieb Engels: ¹⁾ „In der Tat: konnte der reine Lassalleanismus, wie er ging und stand, den sozialistischen Ansprüchen der Nation genügen, die das »Manifest« erzeugt hatte? Das war unmöglich. Und so entstand bald, dank vor allem den Bemühungen Liebknechts und Bebels, eine Arbeiterpartei, die die Prinzipien des 1848er Manifestes offen proklamierte.“

Diese Darstellung ist aber entschieden irrtümlich, und mit Recht konnte Mehring feststellen ²⁾, dass „die Schriften Lassalles die hauptsächliche Geistesnahrung auch der Eisenacher waren, ja sogar noch der endlich geeinigten Partei, und dass erst unter dem Sozialistengesetz der historische Materialismus seinen endgültigen Sieg errungen hat.“ Um das zu erhärten, braucht man nur zum Beispiel auf Bebels Agitationsbroschüre „Unsere Ziele“ hinzuweisen, die, hervorgegangen aus einer Artikelreihe, die im „Volksstaat“ von 1870 erschien, durchwegs auf rein Lassalleschem Standpunkt steht und mit Lassalleschen Argumenten operiert. Und diese Broschüre erschien im wesentlichen unverändert in acht Auflagen und wurde von der Partei der Eisenacher eifrig verbreitet. Erst im Vorwort zur neunten Auflage von 1885 erklärt der Autor, dass er „bei seinen mit der Entwicklung der Bewegung weiter vorgeschrittenen Anschauungen sich mit dem eigentlich positiven Teil der Ausführungen in der Schrift [das heisst mit den Detailvorschlägen zur Gründung von Produktivgenossenschaften mit Staatskredit] nicht mehr allenthalben einverstanden erklären könne“.

Dass aber auch Liebknecht keineswegs von Anfang an „die Prinzipien des 1848er Manifests offen proklamierte“, geht wohl hinlänglich daraus hervor, dass er 1869, nach dem Eisenachener Parteitag, den Beschluss des Baseler Kongresses der Internationale, der das Kollektiveigentum an Grund und Boden forderte, geradezu

¹⁾ „Neue Zeit“, Jahrgang 1891/92, 1. Band, Seite 581.

²⁾ „Neue Zeit“, Jahrgang 1893/94, 2. Band, Seite 673.

verleugnete. „Man hat gefragt“, schrieb er im »Demokratischen Wochenblatt«, „welche Stellung nimmt die sozialdemokratische Arbeiterpartei zu dem Beschluss über das Grundeigentum? Antwort: Gar keine! Jedes einzelne Parteimitglied kann und soll Stellung nehmen, der Partei als solcher steht das nicht zu, weil sie nach keiner Seite an den Beschluss gebunden ist — ebensowenig wie die internationale Arbeiterassoziation selbst.“¹⁾

Allerdings konnte sich Liebknecht dabei auf das Vorbild des anerkannten Führers des deutschen Zweiges der Internationale, J. Ph. Becker, berufen, der sich in der ersten Nummer des „Vorboten“, des Organs der Assoziation, mit Nachdruck gegen die „Verdächtigung“ des Kommunismus zur Wehr setzte, und in einem offiziellen Aufruf an die Arbeiter des deutschen Sprachgebiets als Programm der Internationale lediglich bezeichnete: „Die Internationale will vor allem die bestehenden Arbeitergesellschaften, Produktions- und Konsumgenossenschaften, Kredit- und Unterstützungs- und alle solche Vereine, deren Interessen ihrem inneren Wesen nach in völliger Uebereinstimmung sind, zu gegenseitiger Nutzleistung und einheitlicher Bestrebung vereinigen, ihre Existenz und Entfaltung durch Ausübung systematischer Gesamtverbindlichkeit gewährleisten.“²⁾

Dieses Vorgehen entsprach vollkommen dem Rat, den Becker in einem Brief vom 30. Mai 1867 an Sorge aussprach, man dürfe „die kommunistischen Grundsätze nicht, ehe die Zeit gekommen, an den Laden hängen und Ostentation machen.“ Hatte doch auch Lassalle nach demselben Grundsatz gehandelt und seine sozialistischen Prinzipien in seiner Agitation nur insofern betätigt, als er sie in seiner Forderung der Produktivassoziationen mit Staatshilfe als im Kern enthalten betrachtete.³⁾ Charakteristisch ist in dieser Hinsicht zum Beispiel die Aeusserung von H. O-g. in Richters „Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“:⁴⁾ „Welche erbitterte Kämpfe wären den deutschen Sozialisten erspart geblieben, wenn sie

¹⁾ Vergleiche Bebel „Aus meinem Leben“. 2. Band, Seite 102.

²⁾ Vergleiche Gustav Jaekch „Die Internationale“, Leipzig 1904, Seite 80.

³⁾ Allerdings findet sich zum Beispiel im „Bastiat-Schulze von Delitzsch“ ein Hinweis auf das sozialistische Endziel (Vergleiche Bernsteins Ausgabe, Seite 220); aber er ist in einer Sprache gehalten, da's wohl nur die wenigsten Leser verstehen mochten, was hier eigentlich gemeint war.

⁴⁾ Erster Jahrgang, zweite Hälfte, Zürich-Oberstrass 1880, Seite 2.

die 1878 herausgegebenen Briefe Lassalles an Rodbertus zehn Jahre früher gekannt und somit erfahren hätten, dass es einen esoterischen und exoterischen Lassalle gegeben. So aber mussten einige praktische Vorschläge, auf die Lassalle nur aus agitatorischen Gründen Wert legte, den Streitpunkt abgeben, um den sich die erbittertsten Parteikämpfe drehten, während sich doch beide Teile im Prinzip einig waren.“

Wie sehr aber gerade die Irrtümer Lassalles, die ihm erlaubten, die Wirklichkeit ausserordentlich vereinfacht darzustellen und an das primitive Gerechtigkeitsgefühl seiner Hörer zu appellieren, seiner Zeit und dem Milieu dieser Zeit angemessen waren, geht besonders deutlich auch daraus hervor, dass dieselbe Art der Agitation unter ähnlichen Umständen wiederkehrt und mit ihr der Erfolg. Auffallend ist ja die Analogie zwischen der Agitationsweise Lassalles und der verschiedener Theoretiker und Führer der Chartistenbewegung Englands. Ebenso weist aber auch zum Beispiel Lafargue darauf hin¹⁾, dass in Frankreich von Malon und Guesde Lassallesche Schlagworte, wie das vom »ehernen Lohngesetz« und vom »vierten Stand«, eingeführt wurden. „Obwohl sie wissenschaftlich und geschichtlich unhaltbare Irrtümer sind, erweisen sie sich doch in Frankreich ebenso wirksam wie in Deutschland.“ Auch hier sehen wir wieder bestätigt, dass die soziale Struktur und das soziale Denken des Frankreich der Neunzigerjahre starke Aehnlichkeiten aufweist mit dem Deutschlands in den Siebziger- und dem Englands in den Dreissigerjahren.

1867 war der erste Band des »Kapital« erschienen, und sowohl »Volksstaat« als »Sozialdemokrat« hatten ausführliche Besprechungen des Buches gebracht. Trotzdem aber blieb das von Marx erwartete Echo aus Proletariereisen zunächst aus, und es dauerte sehr lange, bis sich auch nur die Grundauffassungen des Werkes den Weg zu den Köpfen der Arbeiterschaft oder doch der Fähigsten und Wissensdurstigsten unter ihnen bahnten. Eigentlich war es erst Engels' »Anti-Dühring« und noch mehr seine Schrift »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft«, die weitere Kreise der Arbeiterschaft mit der Ideenwelt des Marxismus bekannt und vertraut machten. Stieß doch Engels' Buch noch auch bei führenden Parteigenossen auf scharfe Abwehr. Eine Reihe der geistig Führenden hatten sich begierig den mit solcher Selbstsicherheit auftretenden Lehren

1) »Neue Zeit«, Jahrgang 1893/1894, 2. Band, Seite 644.

Dührings zugewandt, so Bernstein, Fritzsche und Most, und besonders der letztere griff auf dem Parteitag zu Gotha um 1877 Engels wegen der im „Vorwärts“ erschienenen Artikelserie gegen Dühring aufs heftigste an, „die für die weitaus grösste Mehrheit der Leser des »Vorwärts« völlig ohne Interesse oder gar höchst anstoss-erregend seien.“¹⁾

Es ist notwendig, sich alle diese Schwierigkeiten, auf die der Marxismus in der Arbeiterschaft selbst stiess, vor Augen zu halten, nicht nur, um jene Periode zu verstehen, sondern auch, weil diese Schwierigkeiten erst den Schlüssel zum Verständnis der späteren Entwicklung bieten.

Marx hat schon 1870 vorausgesehen²⁾, dass das Uebergewicht der deutschen Arbeiterklasse auf dem Welttheater gegenüber der französischen zugleich das Uebergewicht der marxistischen Theorie über die Proudhons u. s. w. bedeute. Tatsächlich hat auch seither neben der fortschreitenden industriellen Entwicklung und Angleichung des ökonomischen Charakters der verschiedenen Länder nichts so viel zur Verbreitung der marxistischen Lehren in der gesamten Internationale beigetragen, wie die Erfolge der deutschen Sozialdemokratie. So wichtig auch die selbständige Einbürgerung des Marxismus in den einzelnen Ländern ist, ausschlaggebend für die ganze Internationale war doch stets die theoretische Haltung der deutschen Partei.

Im Vorwort zur zweiten Auflage seiner Schrift „Zur Wohnungsfrage“ (1887) zeigt Engels, wie auch in den romanischen Ländern, in Frankreich, dem wallonischen Teil Belgiens, in Italien, in Spanien die Lehren Proudhons und Bakunins an Bedeutung und Einfluss verloren haben und an ihre Stelle der Marxismus getreten ist. Zugleich weist er aber auch darauf hin, dass in den führenden Kreisen der deutschen Partei zwar die Grundanschauungen des Marxismus akzeptiert wurden, sich aber daneben vielfach kleinbürgerliches Denken bemerkbar mache.

In der Tat wäre es ja auch höchst erstaunlich gewesen, wenn die Gedankenwelt des Marxismus, die in so durchgreifendem Gegensatz steht zu allen bis dahin allgemein akzeptierten Auffassungen von Gesellschaft, Oekonomie und Sozialismus, und die zugleich die ganze so ungeheuer komplizierte Wirtschaftswelt des Kapita-

¹⁾ Vergleiche Bebel a. a. O., II. Band, Seite 388.

²⁾ Vergleiche Brief an Engels vom 20. Juli 1870.

lismus bis in ihre Details durchdringt, in so wenigen Jahren hätte das Gemeingut der Arbeiterklasse irgend eines Landes werden können. Mit Stolz rechnet der Marxismus die deutsche Philosophie, den französischen Sozialismus und die englische Oekonomie zu seinen Vorläufern und geistigen Nährvätern; ganz zu eigen machen kann sich den Marxismus daher auch nur, wer nicht nur das wirtschaftliche, soziale und politische Leben der Gegenwart, sondern auch jene Theorien und Systeme der Vergangenheit kennt.

Es ist gewiss richtig, dass der Marxismus der theoretische Ausdruck des proletarischen Klassenkampfes ist und deshalb dem Verständnis des Proletariats in vielen Stücken näher steht als dem bürgerlicher Gelehrter. Aber so wenig jedem Bourgeois die Werke eines Montesquieu oder Voltaire, eines Kant oder Fichte, ohne weiters deshalb verständlich sind, weil diese Männer die geistigen Wortführer seiner Klasse waren, so wenig ist auch jeder Arbeiter imstande, ohne weiters in die Gedankenwelt eines Marx oder Engels einzudringen, und im Deutschland der Siebzigerjahre waren auch die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen dieses Verständnisses nur in geringem Ausmass gegeben. Noch spielte die eigentliche Grossindustrie eine verhältnismässig geringe Rolle, und gerade in dem für das Geistesleben der Sozialdemokratie so ungemein wichtigen Sachsen stand die Heimarbeit noch im Vordergrund.

Es kann daher nicht wundernehmen, dass noch lange Zeit die Gedankengänge der Lassalleschen Agitation mit ihren naturrechtlichen Argumenten und ihrer weitgehenden Vereinfachung der ökonomischen Mannigfaltigkeit, mit ihren Schlagworten vom „ehernen Lohngesetz“, vom „vierten Stand“, von der „einen reaktionären Masse“ u. s. w. sich vermischten mit den Marxischen Gedanken des Klassenkampfes und der Fortentwicklung des Kapitalismus über sich selbst hinaus zum Sozialismus. Allerdings gab es auch vereinzelte Männer, die den Marxismus tatsächlich in seinem ganzen Umfang und seiner ganzen Tiefe erfassten; aber im allgemeinen war es doch eine starke Vereinfachung des Marxismus, eine Kondensierung seiner Grundgedanken zu schlagwortartigen Lehrsätzen, die die Gedankenwelt der Partei beherrschten, ein Vulgär-Marxismus, der als Marxismus schlechthin auftrat.

Was Rappoport einmal in einem Artikel über Jules Guesde vom französischen Geiste sagte, ¹⁾ „das fein nüancierte, dem bunten,

¹⁾ Neue Zeit, Jahrgang 1907/08, I. Band, Seite 473.

sich oft widersprechenden Charakter des modernen Lebens angemessene Denken sei dem Enthusiasten der Logik zuwider, er liebe keine »wenn und aber«, trifft eben nicht nur auf die Franzosen zu. Das, was Rappoport hier den „Enthusiasmus der Logik“ nennt, besteht in Wirklichkeit darin, dass eine Reihe abstrakter Lehrsätze aufgestellt wird, an denen die Wirklichkeit gemessen und je nachdem verworfen oder gebilligt wird. Es geschieht das, was Engels den englischen und amerikanischen Marxisten zum Vorwurf gemacht hat, die Bewegungsgedanken des Marxismus werden „in ein starres, auswendig zu lernendes Dogma verwandelt.“¹⁾

Die Erscheinungsweise des „Kapital“ hat viel dazu beigetragen, diese Entwicklungsrichtung noch zu verstärken. Der erste Band des „Kapital“ erschien 1867, der zweite erst nach dem Tode des Autors im Jahre 1885, also 18 Jahre später, der dritte weitere neun Jahre später, im Jahre 1894. Dadurch kam es, dass der erste Band lange Zeit als das „Kapital“ schlechthin galt, und dass sich diese Anschauung gewohnheitsmässig in der Partei einbürgerte. Die Folge davon war, dass unvermerkt sich die Ansicht festsetzte, das Proletariat, den Sozialdemokraten bekümmere nur der Produktionsprozess des Kapitals; dessen Zirkulation und die Teilung des Mehrwerts in seine verschiedenen Formen, die Geldzirkulation, der Kredit, das Bankwesen und alles, was damit zusammenhängt, sei eine interne Angelegenheit der Bourgeoisie, die das Proletariat im wesentlichen nichts angehe. Für dieses wichtig sei bloss die Erkenntnis, dass der Mehrwert aus unbezahlter Arbeit herrühre, wodurch ein unlöslicher Interessengegensatz geschaffen wird zwischen Lohnarbeit und Kapital, dass der grosse Unternehmer den kleinen verschlingt, so dass die Gesellschaft immer mehr in zwei Heerlager zerfällt, von denen das eine, stets an Zahl geringer werdende, aus den grossen Ausbeutern besteht, das andere, diesem feindlich gegenüberstehende, stets anschwellende und durch den Produktionsprozess selbst organisierte, aus dem ausgebeuteten und ins Elend hinabgedrückten Proletariat, und dass es endlich zum Entscheidungskampf zwischen diesen beiden Heerlagern kommen werde, zur Expropriation der Expropriateure.

Sicherlich sind diese Gedanken von der grössten Wichtigkeit für das System des Marxismus; aber sie erschöpfen dessen Gehalt bei weitem nicht. Wohl aber liegen sie nicht nur dem Verständnis

¹⁾ Vergleiche Sorge, „Briefwechsel“, Seite 363.

des Proletariats am nächsten, sie lassen sich auch am leichtesten mit jenen naturrechtlichen Argumentationen verbinden, die nicht nur von der Lassalleschen Agitation her im Proletariat fortlebten, sondern die ihm selbst, seinem Gerechtigkeitsgefühl und seinem Bedürfnis nach Abwehr bürgerlicher Anmassungen und Rabulistereien, auch am besten zusagten. Doch noch eine weitere verhängnisvolle Wirkung hatte die so lange Isolierung des ersten Bandes des „Kapital“: die Trennung vieler der in den ersten Kapiteln des Buches dargelegten abstrakten Theorien von ihrer Anwendung auf die konkreten Erscheinungen des Wirtschaftslebens.

Dadurch kam es, dass die Methode der Forschung und Darstellung bei Marx verkannt wurde, dass man das Wertgesetz nicht als die letzte und höchste Abstraktion aus der ökonomischen Mannigfaltigkeit des Kapitalismus ansah, sondern als ein auf wenige dogmatische Lehrsätze gestütztes Axiom, dessen Anerkennung oder Verwerfung zum Prüfstein wahrer oder falscher Oekonomie wurde.

In der inneren Geistesgeschichte der deutschen Sozialdemokratie, ja des internationalen Sozialismus der letzten dreissig Jahre spielt die Geschichte des Kampfes zwischen dieser Tendenz zur dogmatischen Erstarrung und den Anforderungen des wirklichen Lebens die grösste Rolle, eines Kampfes, aus dem als Sieger über die beiden sich befehdenden Richtungen stets der Bewegungsgedanke des Marxismus hervorgegangen ist.

Zum zehnjährigen Bestand der „Neuen Zeit“ schrieb deren Redaktion: „Die Form des Kampfes gegen die alte Gesellschaft wurde eine andere. Man machte nicht mehr Staat und Gesellschaft in Bausch und Bogen den Prozess, sondern beschäftigte sich mit den Spezialfragen des politischen und sozialen Lebens, mit den politischen und sozialen Tagesfragen. Das sieht weniger grossartig aus als das erstere, aber es ist eine notwendige Phase der Bewegung, die natürliche Konsequenz und Bedingung ihres Wachstums. Sie davor bewahren wollen, heisst, sie ewig auf dem Niveau der Sektenbewegung erhalten wollen. Die prinzipielle Ausschliesslichkeit der letzteren, die auf sentimentale Gemüter einen so grossen Reiz ausübt, ist nur um den Preis des Verzichts auf die wirkliche Emanzipation des Proletariats aufrechtzuerhalten.“

Die Notwendigkeit, sich mit den politischen und sozialen Tagesfragen eingehend zu beschäftigen, machte sich aber nach dem Sturz des Sozialistengesetzes, und während sich die Partei

anschiedte, die zweite Million ihrer Wählerstimmen zu erreichen. immer gebieterischer fühlbar. Dazu zwang vor allem auch die rasche Entwicklung der Gewerkschaften, die begünstigt durch den gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung seit 1895 und durch den zugleich eintretenden rapiden Preisfall der wichtigsten Nahrungsmittel, nun zu einer Ueberschätzung ihrer Erfolge und ihrer Kampfmethoden neigten.

Dieser veränderten Situation gegenüber zeigte sich, dass auch das geistige Rüstzeug der Partei ergänzungsbedürftig war; nicht etwa, dass sich die Theorie als ungenügend erwiesen hätte; aber was von ihr sozusagen als kleine Münze kursierte, war noch zu sehr auf den grossen Prozess zugeschnitten, den man „Staat und Gesellschaft in Bausch und Bogen“ machte, und insbesondere in der Gewerkschaftsfrage zeigte sich, wie oben dargetan wurde, dass die Partei die alte Lassalleanische Ideologie noch keineswegs ganz abgeschüttelt hatte; dass diese nun zum Teil im Gewande des unverfälschten Marxismus auftrat, trug nicht dazu bei, die Situation zu klären.

So waren die ökonomischen, sozialen und ideologischen Vorbedingungen gegeben für das Auftreten des „Revisionismus“, des Versuchs, aus der augenblicklichen Situation, dem Zusammenreffen von wirtschaftlicher Prosperität und Verbilligung der Lebensmittel, allgemeine Regeln und Normen für die soziale Bewegung des Proletariats zu gewinnen.

Heute, wo wir diese revisionistische Bewegung rückschauend als historische Erscheinung betrachten, müssen wir wohl zugeben, dass ihr die Partei viel verdankt. erinnert man sich heute des Eindrucks, den seinerzeit Bernsteins Schrift und die sich daran anknüpfenden Diskussionen in den weitesten Kreisen der Partei machten, gedenkt man der geistigen Erschütterung, die diese Auseinandersetzungen für so viele Parteigenossen bedeuteten, die all das in Frage gestellt sahen, was sie bis dahin als unumstössliche Wahrheiten betrachteten, und die sich infolgedessen ihre Ueberzeugungen erst in mühsamem Ringen selbst neu erobern mussten und liest man dann heute wieder Bernsteins „Voraussetzungen“ oder etwa die Verhandlungen des Parteitags von Hannover, dann sieht man, wie sehr inzwischen die Gedankenwelt der Partei an innerer Festigung gewonnen hat.

Gewiss hat zur Ueberwindung des Revisionismus die ökonomische und politische Entwicklung das meiste getan. Die

Lehren vom allmählichen Ausgleich der Klassengegensätze, vom friedlichen „Hineinwachsen“ der kapitalistischen Gesellschaft in den Sozialismus, indem der Profit durch die Gewerkschaften allmählich abgetragen und die Produktion durch die Genossenschaften übernommen wird, das Vertrauen auf das einträchtige systematische Zusammenarbeiten des Proletariats mit namhaften Teilen der Bourgeoisie zur Verwirklichung der Demokratie als der Voraussetzung des Sozialismus, all das ist durch die Ereignisse in einer Weise Lügen gestraft worden, die nicht misszuverstehen ist und wenn sich Bernstein seinerzeit zur Stütze seiner Behauptung von der Milderung der Klassengegensätze auf die freundliche Haltung berief, die ein „wachsender Teil des Bürgertums“ in Deutschland den Streiks gegenüber einnehme, so erscheint uns das heute als charakteristisch für die optimistischen Illusionen der ganzen Richtung. Aber die Verwunderung, die uns heute bei der Lektüre dieser Schriften und Reden überkommt, das Staunen darüber, dass diese Fragen durch mehr als ein Jahrzehnt den Mittelpunkt der geistigen Kämpfe in der Partei abgegeben haben, zeigt uns doch auch, wie viel gerade diese Kämpfe dazu beigetragen haben, Klarheit und Selbstbesinnung über alle diese Fragen in weite Parteikreise zu tragen, die sonst der Gefahr ausgesetzt gewesen wären, die Lehren der Partei als Dogmen hinzunehmen und in ihrem Bewusstsein erstarren zu lassen.

Wenn aber auch der theoretische Revisionismus heute als überwunden angesehen werden muss, so ist damit natürlich weder gesagt, dass seine Vertretung und Propagierung ausgestorben seien, noch auch, dass die Lehren des Marxismus jetzt und in Hinkunft innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung allein massgebend wären.

Die Mehrheit der Partei hat der Revisionismus in Deutschland nie hinter sich gehabt, und auch jene Kreise, die einer opportunistischen Politik zuneigten, waren in ihren theoretischen Anschauungen keineswegs untereinander durchaus einig. Tatsächlich entspricht ja der Opportunismus viel häufiger einem Mangel an theoretischer Besinnung, einer Abneigung gegen allgemeinere Gesichtspunkte, als einem klar bewussten prinzipiellen Programm. Und solange es historische Kurzsichtigkeit geben wird, wird auch der Opportunismus, ihr politischer Ausdruck, eine Rolle spielen.

Doch auch von den Theoretikern des Revisionismus ist nicht anzunehmen, dass sie durchwegs ihre bisherigen Ueberzeugungen

aufgeben und ihren Irrtum einbekennen. Aber das Echo, das sie mit ihren revisionistischen Anschauungen in den Massen finden, wird immer schwächer und damit tritt auch meist bei ihnen selbst eine Umwertung insofern ein, als sie den Nachdruck weniger auf das legen, was sie von der allgemeinen Ueberzeugung der Partei trennt, als auf das, was ihnen mit ihr gemeinsam ist, dass sie es zu vermeiden suchen, innerhalb der Partei eine einflusslose Sekte zu werden.

Doch deshalb brauchen wir auch nicht zu erwarten, dass nun in der Partei allenthalben Uebereinstimmung in den Fragen der Theorie und Taktik herrschen werde. Abgesehen von den Verschiedenheiten der individuellen Temperamente finden diese Versuche, die Taktik des Marxismus zu reformieren, ihre stetige Quelle in der Ungeduld nach der Erreichung unseres Zieles. Die ökonomische Entwicklung revolutioniert fortwährend die Gesellschaft und sie hat dabei bisher in allem wesentlichen genau den Weg eingehalten, den Marx gezeichnet hat. Aber so rasch ihr Marsch, für die Ungeduld der leidenden Proletarier und ihrer mitfühlenden Wortführer ist diese Entwicklung noch viel zu langsam. Marx und Engels selbst glaubten noch, dass die proletarische Revolution im Gefolge einer bürgerlichen kommen, diese über sich selbst hinaustreiben und so verhältnismässig früh zum Siege führen werde. Die politischen Revolutionen der Sechziger- und Siebzigerjahre, die die Landkarte Europas neu formten und wenigstens im Westen des Erdteils den nationalen Bourgeoisien die nötige ökonomische Ellbogenfreiheit verschafften, haben diese Hoffnungen zerstört. Was von ihnen vielleicht noch übrig blieb, wurde durch die russische Revolution endgültig zu Grabe getragen, in der die Bourgeoisie bewies, dass sie selbst den blutigsten Despotismus lieber erträgt als die politische Macht mit dem Proletariat teilt oder ihm ökonomische Rechte zugesteht.

Seither weiss das Proletariat, dass es auf Sieg erst rechnen kann, wenn es allein und aus eigener Kraft stark genug ist, die ausbeutenden Klassen und ihren Staat zu überwinden.

Doch diese theoretische Erkenntnis, die uns zwingt, zu rüsten, zu organisieren, zu kämpfen um die Erhaltung des Errungenen und auch, wo sich die Gelegenheit ergibt, um weitere Errungenschaften, dabei aber doch das Hauptaugenmerk darauf zu richten, unsere Kräfte nicht unnütz zu verausgaben, es nicht vorzeitig auf Kraftproben ankommen zu lassen, deren Ergebnis noch nicht für uns

günstig sein kann, diese theoretische Erkenntnis steht in allzu schroffem Gegensatz zu dem heissen Sehnen nach Verbesserung des Loses der Proletarier, nach endlichem Sieg über die Gegner und Eroberung der Macht.

Dieser Zwiespalt führt immer wieder zu Versuchen, die Politik Macchiavellis an die Stelle der Politik Marx' zu setzen, durch schlaue Berechnung oder durch revolutionären Elan der ökonomischen Entwicklung voranzueilen oder sie doch zu beschleunigen. Je nach der wirtschaftlichen und politischen Situation und nach der persönlichen Veranlagung der einzelnen Reformer gehen diese Vorschläge das einemal in der Richtung friedlicher Reformpolitik, schlauer Parlamentsstrategie, des Kompromisses mit den bürgerlichen Parteien, das anderemal in den Bahnen des Radikalismus, der Putschtaktik, der Strassenemeuten, der Proklamierung des Massenstreiks.

Diese beiden Richtungen kämpfen miteinander, seitdem es eine Arbeiterbewegung gibt. Blanqui und Louis Blanc, O'Connor und Lovett, Scheu und Oberwinder sind Repräsentanten dieser zwei gegensätzlichen Tendenzen, die erst von Marx überwunden wurden, indem er an ihre Stelle die Taktik des Klassenkampfes unter Ausnützung, aber auch unter Abhängigkeit von der ökonomischen Entwicklung setzte. Doch hat auch der Marxismus diese beiden Richtungen überwunden, so hat er doch keineswegs verhindert, dass sie immer wieder zum Kampfe miteinander antreten. Wie nahe verwandt sie aber doch miteinander sind, hat sich nicht nur darin gezeigt, dass schon so oft die leidenschaftlichsten Anhänger der „radikalen“ Putschtaktik später zu ausgesprochensten Reformisten wurden (es sei nur an Brousse und Schippel erinnert. Fälle wie die von Briand oder Burns scheiden hier von selbst aus). Eine neuerliche Bestätigung hat diese nahe Verwandtschaft auch durch die auffallende Ähnlichkeit der Argumentation erhalten, mit der einerseits Eisner und Stampfer, andererseits Rosa Luxemburg für die Proklamierung des Generalstreiks zur Erringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Preussen eingetreten sind.

Seit jeher hat sich der Marxismus gegen die Angriffe von diesen beiden Seiten zu wehren gehabt. Schon Marx selbst wandte sich nicht nur mit Leidenschaft gegen die Wassersuppenpolitik Höchbergs und seiner Freunde, er goss auch die Schale seines Spottes über das Haupt Lafargues, als sich dieser durch die Bakunisten verleiten liess, sie an „Radikalismus“ noch überbieten zu wollen. Und seit-

her sind in allen Ländern wiederholt Versuche von rechts und von links gemacht worden, die Taktik der Partei der Ungeduld nach dem endlichen Ziele dienstbar zu machen. Da aber die Jahre des raschen wirtschaftlichen Aufschwunges etwa von 1895 bis 1910 besonders für die opportunistische Taktik günstig schienen, musste sich die Abwehr der Marxisten in erster Linie gegen diese Richtung wenden, und so kam es, dass der Marxismus im allgemeinen Urteil dem Radikalismus geradezu gleichgesetzt wurde. Soweit aber dieser Radikalismus auf jenem schon erwähnten „Enthusiasmus der Logik“ beruht, soweit er darin besteht, aus bestimmten zu Schlagworten erstarrten dogmenartigen Grundsätzen schematisch die äussersten Konsequenzen zu ziehen, ist der Marxismus von diesem Radikalismus weit entfernt. Der Marxismus ist tatsächlich radikal, indem er stets bis zu den ökonomischen Wurzeln der sozialen und politischen Erscheinungen vorzudringen sucht und seine Taktik dieser Grundlage aller wirklich realistischen Politik jeweils anpasst.

Und diese Politik der Wirklichkeit, des harten Kampfes der Klassen um die Macht, sie hat sich nicht nur in Deutschland immer deutlicher durchgesetzt, sie beherrscht immer mehr die gesamte Internationale. Als der internationale Kongress von Amsterdam die Dresdener Resolution zur seinen machte und damit die Grundsätze des Klassenkampfes als ausschlaggebend für die Arbeiterbewegung aller Länder anerkannte, erregte diese Prinzipienklärung noch viel Aufregung und auch Widerspruch. Heute darf sie als Selbstverständlichkeit angesehen werden; die gesamte Internationale wird heute vom Marxismus beherrscht.

Am 12. September 1874 schrieb Engels an Sorge: „Die Internationale hat zehn Jahre europäischer Geschichte nach einer Seite hin — nach der Seite, worin die Zukunft liegt — beherrscht und kann stolz auf ihre Arbeit zurückschauen. Aber in ihrer alten Form hat sie sich überlebt. Um eine neue Internationale in der Weise der alten, eine Allianz aller proletarischen Parteien aller Länder hervorzubringen, dazu gehörte ein allgemeines Niederschlagen der Arbeiterbewegung, wie es 1849 bis 1864 vorherrschte. Dazu ist jetzt die proletarische Welt zu gross, zu weitläufig geworden. Ich glaube, die nächste Internationale wird — nachdem Marx' Schriften einige Jahre gewirkt — direkt kommunistisch sein und geradezu unsere Prinzipien aufpflanzen.“

Was Engels vor 40 Jahren voraussagte, ist seither in der glänzendsten Weise eingetreten: die Theorie des Marxismus be-

herrscht und belebt heute die gesamte internationale Bewegung des Proletariats, das in ihm den vollkommensten Ausdruck seines eigenen Denkens, Fühlens und Sehnsens erkannt hat.

Gewiss würden sich gerade deshalb auch die Grundsätze der marxistischen Taktik mit der Zeit von selbst durchsetzen; doch wie viel schwere, traurige und opferreiche Erfahrungen müsste das Proletariat auf diesem Wege sammeln, die ihm Marx' klare theoretische Erkenntnis erspart, und wie viel Enttäuschung, damit aber auch Erniedrigung und Demütigung müsste es auf sich nehmen, wenn es alle Irrwege selbst erst erproben, die Gefahren aller Lockungen erst selbst erfahren müsste. Dass dem Proletariat dieser Leidensweg erspart oder doch wesentlich erleichtert wurde, dass seine Würde, seine Ehre ungefährdet bleiben, verdankt es daher dem gewaltigen Genius des Mannes, der einst an Schweitzer schrieb:¹⁾ „Die Logik der Dinge wird sprechen. Aber die Ehre der Arbeiterpartei erheischt, dass sie solche Trugbilder zurückweist, selbst bevor deren Hohlheit an der Erfahrung geplatzt ist.“

¹⁾ Zitiert im Briefwechsel zwischen Engels und Marx. 3. Band, Seite 230.

Kriegsmarxismus

**Eine theoretische Grundlegung der Politik
des 4. August**

**Beleuchtet von
KARL KAUTSKY**



Vorwort.

Das Buch Renners, das die vorliegende Schrift veranlasste, erschien schon im Frühsommer des vorigen Jahres. Es lenkte sofort meine Aufmerksamkeit auf sich, sowohl wegen seines Stoffes wie wegen seines Verfassers. Aber zunächst war ich in Anspruch genommen durch meine Arbeiten über die „Befreiung der Nationen“, „Serbien und Belgien“, „Elsass-Lothringen“, die ich im Sommer 1917 verfasste.

Im September hatte ich letztere beendet und machte mich nun an die Auseinandersetzung mit Renner. Dazu fand ich bald ausreichend Zeit, nachdem der Vorstand der Deutschen Sozialdemokratie mich meuchlings aus der Redaktion der „Neuen Zeit“ entfernt hatte, die von mir mit Dietz 1882 gegründet und 1901 der Deutschen Sozialdemokratie abgetreten worden war.

Ich hatte beabsichtigt, meine Kritik Renners in der „Neuen Zeit“ zu veröffentlichen. Daraus wurde nun nichts. Doch wurde ich dadurch auch der Rücksicht auf den beschränkten Raum der Zeitschrift enthoben und legte daher die Darstellung etwas breiter an, als ich ursprünglich geplant. Trotzdem war die Arbeit Ende November druckfertig.

Wenn sie erst jetzt erscheint, so liegt das also keineswegs daran, dass die Rennerschen Ideen mir besondere Kopfschmerzen verursachten, sondern nur daran, dass die aussergewöhnlichen Zeitläufte der Fertigstellung in Druck einige Monate lang äussere Hindernisse in den Weg legten.

Seit der Niederschrift meiner Kritik Renners haben die Ereignisse an der von ihm verfochtenen Politik des 4. August bereits starke Kritik geübt. Die Urheber dieser Politik haben selbst jede Freude an ihr verloren, trotzdem scheint mir eine

theoretische Kritik der Rennerschen Anschauungen immer noch am Platze. Denn das Ansehen, das diese in manchen sozialistischen Kreisen zeitweise gewannen, deutet auf eine weit verbreitete Unklarheit über die von Renner behandelten Fragen des Wirtschaftsgebietes, des Staates, der Organisation hin. Das Ergebnis solcher Unklarheit mag durch die praktische Kritik der Tatsachen ad absurdum geführt werden, damit wird jedoch nur die schon bestehende Unsicherheit noch vermehrt, wenn nicht gleichzeitig theoretische Kritik Klarheit bringt.

Diese unerlässliche Klärung herbeizuführen, das ist die Aufgabe meiner Arbeit.

April 1918.

K. Kautsky.



1. Einige Kleinigkeiten.

Der politische Kurs, der von der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion am 4. August 1914 eingeschlagen wurde, ist über eine gewisse Zweideutigkeit nicht hinausgekommen. Er wollte etwas ganz Neues und doch nur die Fortsetzung des Weges darstellen, den die Sozialdemokratie ein halbes Jahrhundert lang mit grösster Konsequenz verfolgt hatte. Die Politik des 4. August wollte das Vertrauen der Regierungen und der bürgerlichen Parteien gewinnen und gleichzeitig das der Arbeitermassen erhalten, das nur durch die unbeugsamste oppositionelle Haltung der Sozialdemokratie gewonnen worden war.

Dieser Zweideutigkeit in der Stellung entspricht auch eine Zwiespältigkeit in der Art, wie die Politik des 4. August begründet wird.

Man beruft sich zu ihrer Rechtfertigung auf Marx, Engels, Bebel, Liebknecht; erklärt, die jetzige Haltung mache nur wahr, was wir immer betont haben, und zugleich verwirft man unsere bisherigen Grundsätze als überholt. Marx und Engels, Bebel und Liebknecht hätten zu ihrer Zeit recht gehabt, aber seitdem habe sich alles geändert und unsere Aufgabe sei es, umzulernen und den neuen Tatsachen Rechnung zu tragen, nicht die alten Dogmen gedankenlos nachzubeten. Diese beiden Arten der Begründung heben einander zwar auf, aber das tut nichts.

Die Umlerner traten sehr entschieden auf, sahen verächtlich auf die „orthodoxen“ Marxisten herab, mussten aber selbst zugeben, dass ihren neuen Ideen jede eigene theoretische Grundlage fehle.

Nun hoffen sie eine solche gewonnen zu haben in Karl Renners neuestem Buche über „Marxismus, Krieg und Internationale“ (Kritische Studien über offene Probleme des wissenschaftlichen und des praktischen Sozialismus. Stuttgart I. H. W. Dietz, 1917, XII, 384 S.), eine Sammlung von Artikeln, die im Laufe des Krieges im „Kampf“ und der „Arbeiter-Zeitung“ erschienen sind.

Renner ist sicher neben Cunow der bedeutendste theoretische Kopf der Umlerner, und er genießt dabei den Vorzug, eine achtungswerte Persönlichkeit zu sein, kein charakterloser Streber, der Ueberzeugungen ebenso rasch zu wechseln versteht wie Hemden. In langem Ringen ist Renner allmählich zu seinen jetzigen Anschauungen gekommen. Er hat sich durch sie in Gegensatz zu uns gestellt, obwohl er früher auf unserer Seite stand, jedoch können wir die Keime seiner jetzigen Anschauungen schon in seinen früheren Schriften entdecken. Der Krieg hat diese Keime nur stärker entwickelt und dadurch dasjenige, das uns mit ihm verband, in den Hintergrund gedrängt. Es ist zum Teil unsere eigene Schuld, wenn wir diese Keime des Gegensatzes früher übersahen oder als bloße Rudimente der Vergangenheit betrachteten. Und weil die Keime zu dem Gegensatz schon da waren, weil dieser dem inneren Wesen des Mannes und nicht äusseren Anstößen entspringt, gehört Renner auch nicht zu den Renegaten und hält sich frei von üblen Renegatenmanieren.

Renners Buch ist der erste Versuch einer theoretischen Begründung der Politik des 4. August. Als solches verdient es eingehende Beachtung. Aber damit sei nicht gesagt, dass es seinen jetzigen Standpunkt begreiflich macht.

Darüber werden wir ausführlich handeln müssen. Bevor wir uns auf die sachliche Untersuchung einlassen, seien jedoch einige Kleinigkeiten erwähnt, die für die Frage der sachlichen Richtigkeit des Rennerschen Standpunktes unerheblich sind, aber doch die Eigenart seines Buches kennzeichnen und uns noch weniger begreiflich erscheinen als dieser Standpunkt selbst.

Renners Arbeit bildet vornehmlich eine Kritik des bisherigen Marxismus, aber merkwürdigerweise lässt sie nirgends erkennen, gegen wen sie sich eigentlich richtet. Sie wimmelt von Ausfällen gegen die „Vulgärmarxisten“, und doch findet sich in dem ganzen Buche nicht ein Satz, nicht ein Name genannt, der uns Aufschluss darüber gäbe, wen er unter diesem wegwerfenden Ausdruck versteht. Der Leser wird mit keinem Worte darüber unterrichtet, wem die Kritik eigentlich gilt.

Es ist doch nicht anzunehmen, dass Renner mit den „Vulgärmarxisten“ Sozialdemokraten meint, die auf seiner Seite stehen, die Quessel, Lensch, Hänisch oder die Kolb, Cunow, Peus. Sollte er etwa die „Austromarxisten“ darunter verstehen, die Fritz Adler und Max Adler, Otto Bauer und Hilferding, Eckstein und mich? Ich ziehe es vor, in dieser Gesellschaft vulgär, als in jener klassisch zu sein.

Es ist um so weniger möglich, bestimmt zu sagen, wen Renner unter den „Vulgärmarxisten“ versteht, als seine kritischen Bemerkungen nicht sehr präzise sind. Oft übt er Kritik

nur indirekt aus in der Weise, dass er eine Selbstverständlichkeit mit grösstem Nachdruck gegen einen supponierten Feind verteidigt und dadurch dem Leser den Glauben beibringt, dieser Feind sei wirklich vorhanden und in den Reihen der Renner feindlichen Marxisten zu finden.

So ruft er auf Seite 33:

„Was ich bestreite, ist die Richtigkeit der Annahme, jedes Proletariat jedes Landes könne zu jeder Stunde jeden beliebigen Staat übernehmen und mit der jeweils gegebenen Bureaukratie sozialisieren.“

Und Seite 315 heisst es:

„Wer etwa weiss, wie schwer es ist, tüchtige Werkstättenvertrauensmänner zu ihren nächsten Pflichten zu erziehen, bleibt frei von dem Aberglauben an das Dekret, das die soziale Verfassung ganzer Reiche über Nacht umkehren könne.“

Ebensogut könnte Renner darauf hinweisen, dass langjährige praktische Erfahrungen ihm unzweifelhaft erwiesen hätten, zweimal zwei sei vier, und dass sie ihn vor dem Aberglauben bewahrten, zweimal zwei sei fünf.

Wo und wann und von wem ist jemals erklärt worden, jedes Proletariat jedes Landes könne zu jeder Stunde jeden beliebigen Staat übernehmen?

Auf Seite 31 behauptet Renner, diese Anschauung werde verfochten von „Marxisten, die ganze Sätze, ganze Seiten von Marx hersagen wie ein Zauberer seine Formeln“, aber damit erfahren wir noch immer nicht, wer jene Marxisten sind.

In die gleiche Kategorie gehört es, wenn Renner uns des öfteren belehrt, dass „wir Marxisten allesamt besser daran tun, statt uns mit alten Zitaten zu bewerben, den Staat und das Recht zu studieren“. (S. 36, vgl. S. 6, 20.)

Renner hat ja so recht! Aber wer wird ihm diese Weisheit bestreiten? Andererseits wird er aber doch nicht behaupten wollen, dass man kein wissenschaftliches Buch jemals zitieren darf? Es kommt doch nur auf das Wann und Wie an. Renner selbst beruft sich in seinem Buche sehr oft auf Marx. Freilich, ohne ihn wörtlich zu zitieren. Sollte in der genauen Angabe einer Quelle der Fehler liegen? Zitate können natürlich das Studium der Wirklichkeit nie ersetzen. Aber die Aeusserungen eines Mannes, der die Wirklichkeit besonders tief erfasst hat, können als Wegweiser und Fingerzeige andere Forscher bei ihren Studien auf manchen Weg aufmerksam machen, den sie ohne diese Aeusserungen übersehen hätten.

Sollte es Marxisten geben, die Marx-Zitate nicht als Wegweiser für die Erforschung der Wirklichkeit ansehen, sondern als Beweise, die das Studium ersetzen, dann hat Renner ein Recht, sich gegen sie zu wenden. Aber er zeige uns erst, dass es solche Marxisten gibt, ehe er sich daran macht, sie zu belehren.

Nicht besser steht es mit der Erklärung, seit den Tagen des Marx'schen „Kapital“ habe sich gar manches geändert. Ja, wer wird denn das bestreiten? Das ist ebenso selbstverständlich, wie die anderen bisher zitierten Wahrheiten, die uns Renner verkündet. Entscheidend ist die Frage, welcher Art diese Aenderungen sind. Darum geht der Streit.

Dieser Frage gilt auch in der Hauptsache das Buch Renner's. Da begegnen wir aber einer neuen Sonderbarkeit. Er wird nicht müde, die Probleme aufzuzählen, die seit den Tagen, in denen Marx schrieb, aufgetaucht sind, um dann die schwersten Vorwürfe gegen die Marxisten insgesamt zu richten, die dabei nicht immer genau von den Vulgärmarxisten unterschieden werden; Vorwürfe, weil sie diese Probleme nicht untersucht und gelöst haben.

Auf Seite 35 werden die „Jünger“ angeklagt, dass sie es versäumt, eine „marxistische Staats- und Rechtslehre zu schaffen“; auf Seite 38, dass sie kein „induktives Lehrbuch der politischen Oekonomie“ verfasst. Auf Seite 44 wird den Marxisten die Aufgabe gestellt, „eine staatliche Theorie der politischen Oekonomie“ zu produzieren, auf Seite 66 die Aufgabe, „die Politik wechselnder Allianzen zu studieren“.

Früher schon klagt er, dass „der Prozess der Nationalisierung des Kapitals . . . von uns Marxisten bisher kaum zur Not untersucht ist“ (S. 17). „Noch fehlt uns Sozialisten eine gründliche Analyse des geschlossenen Wirtschaftsgebietes“ (S. 18), und doch steht dieses „im Brennpunkt des Zeitgeschehens“ (S. 90). Seine Gesetze sind „das ureigenste Studienprogramm des Marxismus unserer Tage“ (S. 114).

Der Prozess der Sozialisierung des Grundeigentums schlägt Bahnen ein, „die bisher von der Schule Marx' noch nicht durchschaut sind“ (S. 71); „die Behandlung des Grundeigentums in der Parteiliteratur ist falsch und einseitig“ (S. 72). „Eine der dringendsten Aufgaben der marxistischen Theorie ist die genaue Durchforschung der Klassengegensätze höherer Ordnung“ (S. 121), nämlich der ökonomischen Gegensätze zwischen den Staaten:

„Da unsere Theorie die Fortbildung zum Wirtschaftsgebiet übersehen hat, ist sie niemals dazu gekommen, ein allgemein anerkanntes System der Handelspolitik zu entwerfen. Nachträglich empfinden wir diesen Mangel, wir helfen uns mit den abgelegten Schlagworten der bürgerlichen Freihandelsbewegung! Ein beschämender Ausweg! Ebenso entbehren wir einer halbwegs brauchbaren Erforschung des Völkerrechtes und behelfen uns bald mit pazifistischen, bald mit patriotischen Schlagwörtern — ein ebenso beschämender Ausweg. Das gänzliche Fehlen einer theoretischen Orientierung über den Zusammenhang der Wirtschaftsgebiete und über eine mögliche und wahrscheinliche Entwicklungsrichtung, deren Stadien und Ziele, hat uns dahin gebracht, in der jetzigen, vielleicht ent-

scheidenden Wirtschaftsumwälzung uns entweder an den Status quo ante zu halten und auf die allerreaktionärste Formel zu schwören, oder aber von dem morgigen Tage sofort das Tausendjährige Reich zu erwarten und in exaltierte Schwärmerei zu verfallen, eine Hilflosigkeit, die für Vertreter des ökonomischen Historismus geradezu blamabel ist. Unsere Geschichtstheorie, die kraft ihrer ökonomischen Fundierung hätte die erleuchtetste sein müssen, hat mit dem grössten bisherigen Geschichtsereignis nichts anzufangen gewusst, als ihm die Beichtvaterfrage nach individueller Schuld und Sühne zu stellen. Von den tatsächlich geltenden Daseins- und Beziehungsgesetzen der Staaten besitzen wir eben keine durchgebildete Lehre, obwohl wir den Schlüssel dazu schon lange in den Händen halten!“

„Erst wenn diese Dinge methodisch untersucht sind, wird die Bahn frei sein für eine Theorie der ökonomischen Entwicklung der Welt auf unserer Stufe.“ (S. 122, 123.)

Die Zitate dieser Art liessen sich noch unendlich vermehren. Die Liste der „Versäumnisse“, die die Schule von Karl Marx auf dem Gewissen hat, ist bei Renner eine ungeheure. Wären seine Vorwürfe begründet, sie müssten die ganze Marxsche Schule zermalmen. In Wirklichkeit machen sie einen komischen Eindruck, wenigstens auf mich. Ich bin abgehärtet gegen sie, denn sie kommen mir sehr bekannt vor.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem mir nicht die dringende Aufforderung zugeht, sofort eine Lücke in der marxistischen Literatur auszufüllen, eine Weltgeschichte auf materialistischer Grundlage abzufassen, eine Grundlegung der Steuerpolitik, eine Soziologie, eine Staatslehre und noch manches andere. Diese Aufforderungen sind nicht tragisch zu nehmen, im Gegenteil, sie erfreuen mich, denn sie bezeugen einen starken unstillbaren Drang nach Wissen derjenigen, die sie äussern. Ich betrachte sie nicht als Vorwürfe, denn sie kommen ausnahmslos von naiven jungen Leuten, die keine Ahnung von den Bedingungen und Schwierigkeiten wissenschaftlicher Arbeit haben.

Hier wird uns aber ein umfangreiches Aufgabenheft präsentiert von einem Manne, der selbst wissenschaftlich arbeitet. Da darf man denn wohl mit der Gegenfrage antworten: Warum lösest du selbst keine von allen den Aufgaben, die du uns stellst?

Es kann in der Wissenschaft unter Umständen schon ein Verdienst sein, eine Frage zu formulieren, auch wenn man sie nicht beantwortet.

Die blosse Fragestellung ist jedoch bloss dann wissenschaftlich wertvoll, wenn die Beantwortung der Frage zurzeit noch nicht möglich ist, wenn erst die Vorarbeiten dazu geleistet werden müssen. In diesem Falle aber wäre es sinnlos, die Tatsache, dass die Frage noch nicht beantwortet wurde, eine „beschämende“ oder „blamable“ zu nennen.

Sind aber die Vorarbeiten bereits gemacht, ist bei dem gegebenen Stande des Wissens eine Beantwortung der Frage möglich, dann ist das Ausbleiben der Antwort beschämend und blamabel für denjenigen, der die Frage stellt und für keinen anderen.

Die Wissenschaft ist frei. In ihr geht es nicht so zu, wie in der Schule, wo ein Schulmeister den Schülern Aufgaben stellt und ihnen schlechte Zensuren erteilt, wenn sie die Lösung verabsäumen. In der Wissenschaft behandelt jeder jene Probleme, die ihm bei seinen eigenen Arbeiten aufstossen, nichts verpflichtet ihn, Probleme zu lösen, die ein anderer ihm stellt. Seine Verpflichtung geht bloss dahin, unermüdlich zu forschen und bei keinem Problem, das er in Angriff nimmt, früher zu rasten, ehe er es gründlich untersucht hat.

Lächerlich macht sich in der Wissenschaft bloss derjenige, der Fragen aufwirft, ihre Lösung für möglich und für dringend erklärt, und der, statt sie selbst zu lösen, über den beschämenden und blamablen Zustand zetert oder raunzt, um österreichisch zu reden, dass die anderen sich nicht mit seinen Fragen, sondern mit anderen Aufgaben beschäftigen, die sie sich selbst stellen.

Wäre der in Renners Buch beklagte Zustand wirklich beschämend und blamabel, der Vorwurf träfe bloss den Autor selbst.

Er trifft auf keinen Fall uns „Vulgärmarxisten“, weil wir von vornherein Renners ganze Fragestellung bestreiten. Alle die Aufgaben, die er stellt, die Fragen, die er aufwirft, sind in der Weise, wie er sie vorbringt, Fragen und Aufgaben für ihn, nicht aber für uns, die wir die Dinge ganz anders auffassen, wie sich noch zeigen wird.

Der grosse Fragekasten, der da vor uns ausgeleert wird, ist indes, so seltsam er uns anmutet, doch noch nicht das seltsamste in dem Buche. Noch weit unbegreiflicher ist es, dass Renner zuerst in ausgiebigster Weise versichert, von allen den Fragen, auf die es ankommt, sei keine untersucht, und dass er dann doch sie alle zu beantworten weiss. Er sagt, er stelle seine Ausführungen zur Erörterung:

„Nicht um alleinseligmachende Lösungen zu verkünden, sondern um einige quälende Probleme aufzurollen, die nach meiner Meinung erforscht sein müssen, bevor eine zwingende Antwort möglich ist. Ich stelle Vorfragen und versuche vorläufige Antworten, weit entfernt davon, sie als bewiesen hinzustellen, aber noch weiter entfernt, bloss Randnoten als Widerlegung gelten zu lassen.“ (S. 7.)

Und weiter:

„Man nehme diese kurze Skizze nicht schon für die Forschung, die Absteckung des Gegenstandes im Wege einer vorläufigen Orientierung nicht

für seine Darstellung, ich biete keine neue Theorie, sondern entwerfe ein Studienprogramm für Marxisten.“

Wunderbar sind Renners Wege! Er gibt uns seine Antworten, ist aber „weit entfernt davon, sie als bewiesen hinzustellen“.

Welchen Zweck haben denn solche Antworten?

Er glaubt sich damit zu helfen, dass er unterscheidet zwischen „vorläufigen“ und „zwingenden Antworten“. Die „vorläufigen“ bedürfen nach seiner Meinung keines Beweises. Derartige Antworten sind aber doch nichts anderes als unbewiesene Vermutungen. Er vermeint, uns mit solchen Vermutungen kommen zu dürfen, weil er ja doch, in vorteilhaftem Gegensatz zur „pfäffischen Unduldsamkeit“ der „Vulgärmarxisten“, keine „alleinseligmachenden Lösungen zu verkünden“ gedenke.

Das Wort von den „alleinseligmachenden Lösungen“ kann nichts sein als eine scherzhafte Wendung oder eine leere Verdächtigung. Niemand in der Wissenschaft, auch keiner der „Vulgärmarxisten“, beansprucht, mit „alleinseligmachenden Lösungen“ zu kommen.

Wohl aber gilt, wie schon bemerkt, in der Wissenschaft der Grundsatz, dass man mit der Antwort auf eine Frage erst dann hervortreten soll, wenn man sie gewissenhaft erforscht und auf diese Weise zu einer gut begründeten, wenn auch nicht „alleinseligmachenden Lösung“ gekommen ist. „Vorläufige Antworten“, aufs Geratewohl in die Welt geschleudert, gelten in der Wissenschaft nichts.

Wenn nun Renner wenigstens dabei bliebe, in Fortgang seines Buches seine Antworten als „vorläufige“ unbewiesene Vermutungen zu behandeln! Doch unvermerkt verwandeln sich die Vermutungen in Behauptungen, freilich völlig unbewiesene, trotzdem sehr bestimmte Behauptungen. Und diese unbewiesenen Behauptungen werden schliesslich zu den Grundpfeilern eines ganzen politischen Systems, der Politik des vierten August, in deren höchst energischer Verherrlichung das Buch ausklingt.

Sehen wir uns nun diese Grundlegung etwas näher an.

2. Die Sozialisierung des Eigentums.

a) Vom Gutshof zum Bahnhof.

Renner verwehrt sich dagegen, dass man seine „vorläufigen Antworten“ mit „blossen Randnoten“ erwidert. Aber dürfen blosse unbewiesene Vermutungen mehr beanspruchen? Indes ist es zum Glück nicht richtig, dass die Marxsche Schule vor dem Kriege sich um die ganze neuere Entwicklung nicht gekümmert und sich auf das Bewerfen mit Marxschen Buchzitate beschränkt hat, wie Renner uns anklagt. Sie hat fleissig und eifrig gearbeitet und Renner mit ihr. Das, was er damals in Gemeinschaft mit den „Vulgärmarxisten“ lernte, hat ihm die Fähigkeit verliehen, die unbewiesenen Vermutungen, die der Krieg in ihm weckte, in einer Weise vorzutragen, dass sie als Ergebnisse tieferer marxistischer Erkenntnis erscheinen.

Dies veranlasst uns, die Erörterung der Rennerschen Auffassung nicht auf blosse Randnoten zu beschränken. Dabei stossen wir freilich auf eine bedeutende Schwierigkeit, die jedoch keineswegs in der durchschlagenden Kraft dieser Auffassungen liegt.

Jede Kritik, die fruchtbar sein soll, muss von einer richtigen Darstellung des Gedankenganges ausgehen, der kritisiert wird. Es ist nie eine leichte Sache, sich in einen fremden Gedankengang hineinzuleben und ihn getreu wiederzugeben.

Bei dem vorliegenden Buche wird dies aber besonders schwierig. Denn hier haben wir es nicht mit einer geschlossenen Ideenentwicklung zu tun, in der ein Gedanke logisch den anderen gebiert, einer den anderen stützt und jeder Begriff um so klarer wird, je weiter man in dem Werke voranschreitet, sondern wir haben es zu tun mit Vermutungen, Einfällen, Andeutungen, die nicht theoretisch entwickelt werden, deren theoretische Entwicklung vielmehr einer imaginären Marxistschule der Zukunft zugewiesen wird.

Dabei ist die Auseinandersetzung Renners keineswegs widerspruchlos. Da ist es nicht leicht, seinen Gedankengang darzustellen. Um so unerlässlicher erscheint es mir, den Autor bei dieser Wiedergabe ausführlich mit seinen eigenen Worten reden zu lassen. Wir wollen uns die Kritik nicht so bequem

machen wie er, der die von ihm Kritisierten nie zitiert, nicht einmal nennt, sondern einfach pauschaliter als „Vulgärmarxisten“ abtut, wobei er es dem Leser überlässt, herauszufinden, auf wen diese Bezeichnung gemünzt sein soll.

Renner geht davon aus, dass seit der Abfassung des „Kapital“ ein halbes Jahrhundert verflossen ist und die Welt sich seitdem erheblich geändert hat.

Das hätten wir nicht beachtet, das habe erst der Krieg gezeigt:

„Ich gestehe, dass die wirtschaftlichen Erscheinungen des Krieges mir die kapitalistische Entwicklung von 1878 bis 1914 erst ganz aufgeheilt haben. Ich werde das Gefühl nicht los, dass wir Marxisten grundwandelnde Aenderungen, die sich in diesen 36 Jahren in der Struktur der Gesellschaft vollzogen haben, teils übersehen, teils unterwertet, auf jeden Fall aber der Marxschen Gedankenwelt nicht einverleibt haben. Die kapitalistische Gesellschaft, wie sie Marx erlebt und beschrieben hat, besteht nicht mehr so. . .

Ist jener Wandel in der Gesellschaft erfolgt, so haben wir zwar nicht einen Satz von Marx zu verbessern, wohl aber die alte Marxsche Methode auf eine neue Gesellschaft anzuwenden.“ (S. 9.)

Wir leben also in einer ganz neuen Gesellschaft, ohne es zu wissen. Darüber wurden Renners Augen durch den Krieg geöffnet.

Sehen wir zu, welcher Art diese „neue Gesellschaft“ ist.

Zwei Erscheinungen haben sich nach Renners Ansicht seit Marx „grundwandelnd“ geändert: das Eigentum und der Staat.

Betrachten wir zunächst das Eigentum.

Für Marx und Engels entspringt der proletarische Kampf für den Sozialismus aus dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung. Die Produktion wird immer mehr Grossbetrieb, gesellschaftlicher Betrieb, ihre Grundlage ist aber immer noch privates, nicht gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln.

In diesem Punkte soll sich nach Renner in den letzten Jahrzehnten eine völlige Aenderung vollzogen haben. Das private Eigentum sei zu einer öffentlichen Anstalt geworden:

„Diesen Wandel wollen wir hier zunächst bloss veranschaulichen. Mitten auf ihrem geschlossenen Gutsbezirk steht das Schloss einer adeligen Familie. . . Das Eigentum ist hier deutlich abgegrenzt, Zutritt Fremden verboten. Jedermann begreift und benennt diese wirtschaftliche Tatsache als Eigentum. . . Dem entgegen stellen wir das auffälligste Beispiel der Entwicklung, eine (nicht verstaatlichte) Eisenbahn. Wir treten ein in die Halle — auch das ist genau so bürgerliches Grund- und Hauseigentum — aber niemand denkt daran, er habe fremdes Eigentum betreten. . .

„In diesem Falle ist offensichtlich, dass das private Eigentum öffentliche Anstalt geworden ist (ohne darum öffentliches Eigentum zu werden), in anderen Fällen sieht man es nicht, obschon das Eigentum seine Anstalts-

beschaffenheit geradezu plakatiert. Der Flickschuster überschreibt seinen Laden mit „Schuhbesohlungsanstalt“ und besagt damit: gegen tarifmässige Gebühr erwirbt die ganze Oeffentlichkeit die Berechtigung, über meine Dienste zu verfügen. . . .

„Im Kriege ist das, was schon in der Entwicklungslinie gegeben war, jählings zum Durchbruch gekommen: der souveräne Privateigentümer ist mit einem Male zum öffentlichen Pflichtenträger gemacht worden: der Landwirt muss anbauen — oder ein anderer nimmt sein Grundstück in Nutzung; er muss verkaufen, er muss statt des Marktpreises eine öffentlich angeschriebene Gebühr nehmen, muss das Getreide zur Bahn oder Mühle verfrachten und so weiter.

Mit einem Male wurde uns sichtbar, dass das Eigentum öffentliche Anstalt geworden ist.“ (S. 51 bis 53.)

Auf die Erscheinungen des Krieges kommen wir später noch zurück. Hier sei einstweilen nur die Entwicklung im Frieden betrachtet.

Deren Gang wird uns von Renner veranschaulicht durch einen Vergleich zwischen einem Gutshof, zu dem Fremden der Eintritt verboten ist, und einem Bahnhof, zu dem jedermann Zutritt hat. Ja, geht denn die Entwicklung vom Gutshof zum Bahnhof? Will man die Richtung einer Entwicklung kennzeichnen, dann muss man doch Gleiches mit Gleichem vergleichen, also nicht den Gutshof mit dem Bahnhof, sondern den Gutshof vor 100 oder 50 Jahren mit dem von heute. Tut man das, dann wird man aber keineswegs finden, dass die Gutshöfe heute leichter für jedermann zugänglich sind als vor 50 Jahren. Im Gegenteil. Zu einem Gutshof gehört sehr oft ein Wald. Nun, die Zugänglichkeit der Wälder und ebenso der Alpenweiden hat in den letzten Jahrzehnten nicht zu-, sondern abgenommen. Das Suchen von Beeren und Pilzen ist unter strenge Aufsicht gestellt, das Betreten mancher Jagdreviere gänzlich untersagt worden.

Das ist die Entwicklung des privaten Eigentums zur öffentlichen Anstalt.

Nicht minder seltsam wie die Vergleichung von Gutshof und Bahnhof ist aber die Unterscheidung des Eigentums als privates und öffentliches, je nach seiner Zugänglichkeit. Als ob nicht schon aus rein technischen Gründen manche Einrichtungen allgemein zugänglich, manche nur den Beschäftigten zugänglich sein müssten, ganz gleich, ob sie öffentliches oder privates Eigentum sind. In einer öffentlichen Schule oder einer kommunalen Gasanstalt ist der Zutritt Nichtbeschäftigten ebenso verboten wie in einer Privatschule oder privaten Gasanstalt. Andererseits müssen Einrichtungen, die dem allgemeinen Verkehr dienen, jedermann zugänglich sein, der ihre Benützung bezahlen kann, einerlei, ob sie privates oder öffentliches Eigentum sind. Ein Kaufmann oder ein Flickschuster,

der von Passanten lebt, wäre ein Narr, wenn er über seinem Laden die Aufschrift anbrächte: „Fremden ist der Zutritt verboten.“ Er lässt jeden eintreten, der sein Kunde werden will. Dadurch hört sein Geschäft nicht auf, privates Eigentum zu sein. Uebrigens: Seit wann ist ein Flickschuster, ebenso wie ein Bahnhof, der Vertreter der modernsten Form des Eigentums? Wir finden ihn schon bei den alten Griechen und Römern.

Das gleiche gilt zum Beispiel für Gasthäuser. Nicht erst seit 1878, sondern schon in den Tagen des Propheten Jonas waren sie jedem zugänglich, der bar bezahlte, was er verzehrte. In England heisst ein Gasthaus seit alters her ein „öffentliches Haus“ (public house), was den unglückseligen Uebersetzer Shaws, den Herrn Trebitsch, in der Tat einmal dazu verführte, aus einem Kneipwirt den Besitzer eines öffentlichen Hauses zu machen („Der verlorene Vater“, S. 71).

Sollen wir etwa auch aus der Zunahme der Wirtshäuser schliessen, dass das private Eigentum immer mehr eine „öffentliche Anstalt“ wird?

Will man endlich die Eisenbahn mit ihrem Vorgänger vergleichen, dann finden wir als solchen nicht einen Gutshof, sondern eine Landstrasse. Die war aber nicht nur ebenso wie die Eisenbahn jedermann zugänglich, sondern zumeist auch ohne Entgelt. Wo steckt hier also die Entwicklung von privatem Eigentum zu öffentlicher Anstalt?

Weil die Eisenbahnen die Nachfolger der Landstrassen sind, bildet das Eigentum an ihnen auch einen Ausnahmefall insofern, als sie von jeher, und nicht erst seit 1878, selbst unter der manchesterlichsten Regierung durch Staatsgesetz geregelte Monopole darstellten, die ihre Tarife und Fahrpläne auch als Privatanstalten nicht nach Belieben einrichten dürfen.

Das gilt natürlich weder für den Flickschuster noch für den Gutsbesitzer. Deren privates Eigentum zeigte in der Zeit des Friedens nicht die mindeste Tendenz, sich zu „sozialisieren“.

b) Die Sozialisierung der Landwirtschaft.

Doch Renner weiss noch ein anderes Argument, um die Sozialisierung des Eigentums zu beweisen. Von der Landwirtschaft sagt er (S. 70):

„Was den Prozess der Durchstaatlichung und Sozialisierung der Landwirtschaft betrifft, so ist er weit vorgeschritten. Die staatlichen Agrarzölle haben der Landwirtschaft ganz veränderte Betriebsbedingungen geschaffen. Die staatliche Agrikulturverwaltung bestimmt im Wege der Genossenschaftsförderung den Kunstdünger und seine Verwendung, das Saatgut (Samenzuchtstationen), die Viehrassen, die Ernteverwertung (Absatzgenossenschaften). Durch eine Fülle von Einrichtungen sind alle Elemente einer direkt sozialistischen Leitung des Ackerbaues und der Viehzucht schon heute vorgebildet.“

Der Sgzialisierungsprozess schlägt indessen hier Bahnen ein, die bisher von der Schule Marx' noch nicht durchschaut sind. Auch hier muss ich mich auf wenige Andeutungen beschränken.

Ich nehme einen mittleren Landwirt auf rentenarmen Boden. Im Verkauf seiner Ernte, die er selbst mit seinen mithelfenden Familiengliedern gewonnen hat, realisiert er:

1. die Grundrente von seinem Eigentum,
2. den Kapitalzins a) von dem in Grund und Gebäuden investierten Kapital und b) vom Betriebskapital,
3. den Unternehmergeinn,
4. den Arbeitslohn.

Im Durchschnitt der Fälle hat er folgende Leistungen vom Erlös zu bestreiten:

1. Die Zinsen der Hypothek: Sparkassen und Hypothekenanstalten nehmen ihm von vornherein die Grundrente (oben!) und den Leihzins vom investierten Kapital weg (2 a).
2. Die Zinsen für Personalkredit. Die Raiffeisenkasse beansprucht die Zinsen des Betriebskapitals (2 b).
3. Die Steuern, die aus dem schmalen Unternehmergeinn, wenn nicht aus eigener Arbeit gezahlt werden.

Die Sozialisierung schlägt hier einen besonderen Weg ein: Nicht das Eigentumsstück wird körperlich konzentriert, sondern die Eigentumsfunktion wird gespalten und jede Teilfunktion wird gesondert sozialisiert. Das Eigentumsobjekt bleibt als blosser Arbeitsgegenstand in der Hand des Landwirtes zurück."

Renner wird nicht behaupten wollen, diese Erscheinungen seien für die „Schule Marx“ etwas ganz Neues; sie habe noch nie etwas davon gehört, dass die Bauern Steuern und Zinsen für geliehene Kapitalien zu zahlen haben. Aber freilich, die „Schule Marx“ hat nicht „durchschaut“, dass hier ein „Sozialisierungsprozess“ vorliegt, und darin liegt eins ihrer unzähligen Versäumnisse.

Leider überlässt Renner auch hier der „geläuterten“ „Schule Marx“ der Zukunft die theoretische Begründung dieses Prozesses. Er beschränkt sich auf einige Andeutungen, in denen er nicht viel mehr tut, als das bereits Gesagte mit anderen Worten zu wiederholen. Er fährt fort:

„Irrtümlich ist in ihrer Allgemeinheit die Voraussage, dass das grosse Grundstück das kleinere sich einverleibt. Die Realität bleibt getrennt, aber der Inhaber derselben wird mit den Teilfunktionen des Eigentums in Staat, Körperschaft und Genossenschaft einverleibt oder sozialisiert: 1. Agrarbehörde und Genossenschaft nehmen teil an der Betriebsleitung; 2. Hypothekenanstalten haben teil an der Grundrente; 3. die Kreditorganisation an dem Kapitalzins; 4. der Staat an dem Unternehmergeinn und selbst am Lohn. Ein Eigentümer und ein Eigentumsstück wird in eine vierfache Gemeinschaft einbezogen, nach vier Richtungen sozialisiert.“

„Der Fehler der bisherigen Betrachtungsweise liegt darin, dass das Eigentum rein körperlich genommen wird und nicht ökonomisch als soziale Funktionen, deren jede auf getrenntem Wege der Sozialisierung zustrebt. Im Verkennen dieses Umstandes liegen alle Missverständnisse der bisherigen Doktrin und zugleich die Todsünde gegen die Marxsche Methode.“

Wir erfahren wieder nicht, wessen „bisherige Betrachtungsweise“ und „Doktrin“ hier gemeint ist. Wir müssen uns mit ihrer allgemeinen Verdammung als „Todsünde gegen die Marxsche Methode“ begnügen. Wenn es aber eine Todsünde gegen die Marxsche Methode gibt, ist es das wahllose Zusammenwerfen der verschiedensten Dinge in einen Topf. Und das wird von Renner hier reichlich geübt.

Was hat der „staatliche Agrarzoll“ mit den anderen hier aufgezählten Faktoren und was hat er mit der Sozialisierung des Grundeigentums zu tun? Wie weit musste diese Sozialisierung in England schon im 18. und dann in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorgeschritten sein, als dort die Kornzölle in Kraft waren!

Richtig ist es, dass die landwirtschaftlichen Genossenschaften anfangen, auf die Betriebsführung ihrer Mitglieder Einfluss zu nehmen, aber es ist eine kolossale Uebertreibung, in diesen schwachen Ansätzen schon die entwickelten „Elemente einer direkt sozialistischen Leitung des Ackerbaues und der Viehzucht“ zu sehen. Und noch übertriebener, wenn Renner ein Eingreifen der „staatlichen Agrikulturverwaltung“ in die bäuerliche Betriebsleitung aus der blossen Tatsache konstruiert, dass der Staat „Genossenschaften fördert“.

Nun aber gar die „Sozialisierung“ des bäuerlichen Eigentums durch Verschuldung und Steuerdruck. Diese Art Sozialisierung ist so alt wie die geschriebene Geschichte selbst. Wir finden sie bei den alten Juden, Griechen, Römern. Und worin soll der Fortschritt zur Sozialisierung in den letzten Jahrzehnten bestehen, der „von der Schule Marx“ noch nicht durchschaut wurde“? In der Vermehrung der Schulden und Steuern?

Renner nimmt bei seinem Beispiel in der Tat eine so hochgradige Verschuldung und Steuerlast an, dass dem Bauern nicht einmal der Lohn für seine Arbeit bleibt. Er sagt, aus dem Erlös seiner Erde, der in Grundrente, Kapitalzins, Unternehmergewinn und Arbeitslohn zerfällt, habe er ausser Schuldzinsen zu bestreiten:

„Die Steuern, die aus dem schmalen Unternehmergewinn, wenn nicht aus eigener Arbeit gezahlt werden.“

Mit dem Ausdruck „eigene Arbeit“ will Renner den Arbeitslohn bezeichnen oder genauer jenen Anteil am Erlös

der Ernte, den der Bauer sich als Arbeitslohn rechnen kann. Es scheint nur ein schiefer Ausdruck hier vorzuliegen. Aber wir finden hier mehr: eine Quelle, der ein sachlicher Irrtum entspringt.

Die Rennersche Argumentation wird tatsächlich nur erklärlich, wenn wir annehmen, bloss der Betrag des Arbeitslohnes sei der Ertrag „eigener Arbeit“ des Bauern, Grundrente und Profit dagegen der Ertrag des Grundeigentums und des Betriebskapitals, ganz so wie die bürgerliche Vulgärökonomie vermeint. Hat der Landmann Zinsen und Steuern aus Grundrente und Profit zu zahlen, so wird ihm damit nicht der Ertrag seiner Arbeit genommen, sondern die „Funktion“ seines Eigentums. Dieses wird „sozialisiert“, der Bauer selbst in eine „Gemeinschaft einbezogen“.

Marx nannte die Tatsache, dass dem Arbeiter von dem Wert seines Produkts bloss der Arbeitslohn verbleibt und der übrige Wert, der Mehrwert, von anderen eingesackt wird, die Ausbeutung des Arbeiters. Ganz derselben Erscheinung verleiht Renner den schönen Namen Sozialisierung des Eigentums und Einbeziehung in eine Gemeinschaft. Nichts, gar nichts hat sich an dem Vorgang geändert und doch scheint er durch die neuen Namen in sein Gegenteil verkehrt, dank der Verwechslung von Arbeitslohn mit Produkt eigener Arbeit.

Worin äussert sich der steigende Gegensatz zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln? Zunächst darin, dass die Zahl der Arbeiter steigt, die ihre Produktionsmittel nicht besitzen und daher von den Besitzern der Produktionsmittel ausgebeutet werden. Diese Seite des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist in dem Beispiel Renners völlig ausgelöscht. Als Beleg für die Tendenzen des kapitalistischen Eigentums nimmt er eine Bauernfamilie, die auf eigenem Boden ohne Lohnarbeiter wirtschaftet — also einen vorkapitalistischen Typus.

Die andere Seite des modernen Privateigentums an den Produktionsmitteln besteht aber darin, dass die Machtstellung der Besitzer dieses Eigentums nicht nur gegenüber den Lohnarbeitern, sondern auch gegenüber der Gesamtgesellschaft, den „Konsumenten“, wächst. Das gilt für das Grundeigentum noch mehr als für jede andere Art Eigentum. Es ist nicht vermehrbar, seine Besitzer bekommen immer mehr der Gesellschaft gegenüber eine Monopolstellung, die sich im Wachstum der Preise der Lebensmittel aufs deutlichste äussert, was das gerade Gegenteil der „Sozialisierung“, der Unterordnung des Eigentums unter die Gesellschaft, bedeutet. Will Renner behaupten, dass die Lebensmittelpreise sinken? Und hat ihm

gerade der Krieg in Bezug auf die steigende Macht der Konsumenten über die Produzenten eine „Erhellung“ gebracht?

Und was ändern die von Renner „angedeuteten“ Faktoren an der Machtstellung des Grundeigentums gegenüber den Arbeitern und Konsumenten? Seine Schuldenzinsen und Steuern rechnet der Landwirt als „Produktionskosten“. Sie bestimmen freilich nicht den Preis seiner Produkte auf dem Weltmarkt, aber immerhin, je höher seine Schulden und Steuern, desto stärker der Antrieb für ihn, die Preise seiner Produkte zu erhöhen. Ermässigung auf diese Preise wirken sie gewiss nicht. Ebenso wenig wird die Machtstellung des Landwirtes gegenüber dem Publikum, der Gesellschaft, verringert dadurch, dass er sich mit anderen Grundbesitzern in einer Genossenschaft zusammenschliesst. Im Gegenteil, sie wird dadurch verstärkt. Und in gleicher Richtung wirken die Agrarzölle.

Wo ist denn in alledem auch nur die leiseste Spur von Sozialisierung des Grundeigentums zu finden? Die kapitalistische Entwicklung führt vielmehr zu seiner wachsenden Monopolisierung heute wie in den Tagen der Abfassung des „Kapitals“.

Die Sache wird für Renner nicht besser dadurch, dass er sie „aufhellt“, durch höchst dunkle Andeutungen, die wir schon oben zitiert haben, darüber, dass wir Marxisten das Eigentum bisher „rein körperlich“ genommen haben, nicht als „soziale Funktion“:

„Im Verkennen dieses Umstandes liegen alle Missverständnisse der bisherigen Doktrin und zugleich die Todsünde gegen die **Marxsche Methode**.“

Als „Todsünder“ gegen den Marxismus putzt uns Renner hier herunter, unmittelbar nachdem er sich das groteske „Missverständnis der bisherigen Doktrin“ zuschulden kommen liess, den Lohn des Arbeiters dem Produkt seiner Arbeit gleichzusetzen und so die grösste Todsünde gegen die **Marxsche Methode** zu begehen.

Was wird am Wesen der kapitalistischen Ausbeutung geändert, wenn wir ihre Erscheinungsformen, Grundrente, Profit, Zins nicht „rein körperlich“ als Produkte der Arbeit, sondern als „soziale Funktionen des Eigentums“ bezeichnen?

Schliesslich scheint Renner zu glauben, der Fortschritt der Sozialisierung der sozialen Funktionen des Eigentums seit Marx bestehe darin, dass der Bauer nicht mehr vom einzelnen Wucherer ausgebeutet wird, sondern seine Zinsen an **Gesellschaften** von Kapitalisten zu zahlen hat. Er deduziert:

„Der Inhaber des Grundstückes wird mit den Teilfunktionen des Eigentums in Staat, Körperschaft und Genossenschaft einverleibt oder sozialisiert.“

Renner wird natürlich nicht sagen können, dass der Bauer, wenn er einem einzelnen Wucherer Zinsen zahlt, diesem dadurch „einverleibt oder sozialisiert wird“. Er scheint also wirklich zu glauben, wenn die Wucherer nicht vereinzelt bleiben, sondern sich zu einer Wuchergesellschaft zusammenschließen, so sei das ein Schritt in der Richtung, die Macht der Gesamtgesellschaft über das Eigentum zu vermehren und die Macht des Privateigentums an den Produktionsmitteln zu schwächen.

Es steht im Einklang mit dieser Auffassung, wenn Renner das Ueberhandnehmen des Aktienwesens und die Beherrschung der Industrie durch die Banken für eine Nationalisierung des Kapitals erklärt.

Auch das gehört zu den Erscheinungen, die erst seit Marx eingetreten sind, die wir Marxisten hätten sehen müssen, aber nicht gesehen haben.

c) Die Nationalisierung des Kapitals durch die Aktie.

Als Marx die kapitalistische Produktionsweise untersuchte, erzählt uns Renner, da wurde sie noch von Einzelkapitalisten beherrscht. Seitdem ist das Aktienwesen gross geworden:

„Das alte Privatkapital des einzelnen ist auf dem Wege vielfacher Organisationen eingegangen in das Nationalkapital, über das ganz wenige Grossbanken entscheidend verfügen... Die Privatwirtschaft ist in gewissem Sinne Nationalwirtschaft geworden... Der Prozess der Nationalisierung des Kapitals mit seinen vielfältigen, höchst interessanten und gewichtigen Erscheinungen ist von uns Marxisten bisher kaum zur Not untersucht.“ (S. 17, vergleiche auch S. 88.)

Der letzte Satz ist vollkommen richtig. Man untersucht bloss, was man sieht. Wir werden den Prozess der „Nationalisierung des Kapitals“ durch Aktiengesellschaften und Banken auch weiterhin nicht unteruchen, es sei denn, Renner zeigt uns, dass wirklich etwas Derartiges vor sich geht.

Er versucht das zu tun. Bei der Erörterung darüber müssen wir leider zu der „Todsünde gegen die Marxsche Methode“, deren wir uns bereits schuldig gemacht, auch noch die Erbsünde der Marxisten hinzufügen, mit Marx-Zitaten zu operieren. Wird Renner es als mildernden Umstand gelten lassen, dass er die lockende Eva ist, die mich verführt hat? Er selbst beruft sich nämlich in diesem Zusammenhange auf Marx. Allerdings zitiert er ihn nicht wörtlich. Aber sollte gerade das verboten sein?

Renner untersucht im vierten Kapitel das „Kapitaleigentum“ und zeigt da zunächst die veränderte Daseinsweise des Kapitalisten:

„Der Kapitalist ist zur Zeit des Todes von Karl Marx in dreifacher Gestalt da: der Fabrikant, der Kaufmann, der Bankier... Der Typus des individuell-aktiven Kapitalisten herrscht vor... Jeder dieser drei Typen Kapitalisten besorgt die Anhäufung von Mehrwert, die Akkumulation. Sie legen ihn meist in der Erweiterung der eigenen Betriebe an. Das Wachstum der Betriebe ist anfänglich an das Wachstum des individuellen Vermögens gebunden...

„Im Konkurrenzkampf unterliegen nun die schwächeren kapitalistischen Betriebe, deren Trümmer von den siegreichen Betrieben aufgenommen werden. Diese sogenannte **Kapitalskonzentration** ist der Prozess, den Karl Marx vor allem vor Augen hatte, der seine Zeit beherrschte. Die Entwicklung zum Sozialismus wird vorgestellt als ständiges Niederkurrieren schwächerer Kapitalisten, bis ein einziger oder wenige Kapitalisten individuell den ganzen Betriebszweig beherrschen, um sodann geduldig auf die Stunde ihrer individuellen Expropriation durch den Sozialismus zu harren.

„Nur zum Teil ist es so gekommen. Die zu Lebzeiten von Marx in zweite Linie gestellte **Kapitalszentralisation** hat der Konzentration den Rang abgelaufen. Karl Marx hat sie richtig, wenn auch nicht erschöpfend beschrieben, er hat ihr jenes Gewicht beigelegt, das sie zu ihrer Zeit hatte. Ihren Vorsprung verdankt sie den letzten Jahrzehnten, und heute ist sie die ausschlaggebende Akkumulationsform, obschon sie in unserer Literatur die gebührende Rolle noch nicht spielt.“ (S. 74 bis 76.)

Renner beschreibt nun, wie neu sich bildende Kapitalien vielfach zu klein sind, um von Kapitalisten im eigenen Betrieb verwendet zu werden. Sie werden von ihren Besitzern an fremde Betriebe verliehen.

„Diese Abspaltung vollendet sich in der Aktiengesellschaft... Die Betriebskonzentration kann vor sich gehen ohne Vermögenskonzentration und lässt eine Vielheit von Kapitalisten zurück. Die **Kapitalszentralisation** hat andere soziale Wirkungen als jene, die Marx von der fortschreitenden **Konzentration** vorausgesagt hat: der Prozess der Sozialisierung ergreift hier bloss die materielle Seite der Produktion, nicht die persönliche des Kapitals. Die Expropriation zielt nicht mehr auf die Besitzentsetzung weniger kapitalistischer Individuen, sondern auf die Ablösung eines Rechtstitels vieler

„Der Kapitalist ist als Person hinter der ‚anonymen Unternehmung‘ verschwunden.“ (S. 76, 77.)

Die Darstellung der Marxschen Theorie der **Kapitalskonzentration** und **Zentralisation** stimmt so halb und halb. Sie stimmt nicht ganz. Renner hat sie offenbar aus dem Kopfe wiederholt, um nicht von Marxschen Zitaten ungebührlich beeinflusst zu werden. Sonst hätte er gemerkt, dass das, was er **Konzentration** nennt, bei Marx **Zentralisation** heisst und umgekehrt.

Marx untersucht in seinem „Kapital“ zuerst die Vergrößerung der einzelnen Kapitalien durch **Akkumulation**,

durch „Sparen“ des Kapitalisten, der seinen Betrieb immer mehr durch reine „Ersparnisse“ vergrößert. Diese Art Vergrößerung der einzelnen kapitalistischen Unternehmungen nennt er die Konzentration des Kapitals, „welche unmittelbar auf der Akkumulation beruht oder vielmehr mit ihr identisch ist“.

Von dieser „Art Konzentration“ unterscheidet er eine andere Art der Vergrößerung eines kapitalistischen Unternehmens:

„Es ist Konzentration bereits gebildeter Kapitale, Aufhebung ihrer individuellen Selbständigkeit, Expropriation von Kapitalist zu Kapitalist, Verwandlung vieler kleineren in wenige grössere Kapitale... Es ist die eigentliche Zentralisation im Unterschied zur Akkumulation und Konzentration.“ („Kapital“, I, Volksausgabe, S. 562, 563.)

Die Konzentration und Zentralisation bedeuten bei Renner also gerade die Umkehrung der Marxschen Begriffe. Nun hat Renner sicher das Recht, dasjenige, was Marx Zentralisation nennt, Konzentration zu nennen und umgekehrt. Aber er darf sich dabei nicht auf Marx berufen, namentlich dann nicht, wenn er die Marxschen Ausführungen über die Zentralisation für seine eigene Auffassung der Zentralisation, also für etwas ganz anderes, das Marx Konzentration nannte, in Anspruch nimmt.

Wie Renner, bezeichnet auch Marx den Kredit, das Bank- und Aktienwesen als Mittel der Zentralisation der Kapitalien, aber da Marx unter der Zentralisation etwas anderes versteht als Renner, beweist die Uebereinstimmung beider im Ausdruck in der Frage des Aktienwesens nur, dass beide sich in der Sache widersprechen. So sagt zum Beispiel Renner:

„Diese Form der Akkumulation in dritter Hand... die die materiellen Werte vieler Eigner zu einem materiellen Gesamtkapital, dem Bankkapital, vereinigt, ist die schon erwähnte Kapitalszentralisation. Sie geht zunächst nicht über Leichen, wie die Konzentration, sie trägt die wohlwollendste Physiognomie allgemeiner Wirtschaftsförderung: sie sammelt, was klein, verstreut und augenblicklich nutzlos ist, sie belebt, was tot ist.“ (S. 83, 84.)

Bei Marx ist es gerade umgekehrt: bei ihm beruht die Konzentration nur auf dem Sparen, sie geht nicht über Leichen, wohl aber die Zentralisation.

„Sie endet stets mit Untergang vieler kleinerer Kapitalisten, deren Kapitale teils in die Hände des Siegers übergehen, teils untergehen.“ („Kapital“, Volksausgabe, S. 563.)

An anderer Stelle spricht Marx von „der Zentralisation oder Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige“ (S. 690).

Die Zentralisation des Kapitals durch das Kreditwesen, durch Banken und Aktien steht bei Marx zu ihrer Zentralisation auf dem Wege des Expropriierens, die Renner Konzentration

tauft, nicht im Gegensatz. Sie ist nur eine besondere Art der Zentralisation und unterstützt die andere Art, durch die „ein Kapitalist viele totschrägt“.

Marx fährt fort an der oben zitierten Stelle:

„Abgesehen hievon bildet sich mit der kapitalistischen Produktion eine ganz neue Macht, das Kreditwesen, das in seinen Anfängen verstohlen, als bescheidene Beihilfe der Akkumulation sich einschleicht, durch unsichtbare Fäden, die über die Oberfläche der Gesellschaft in grösseren oder kleineren Massen zersplitterten Geldmittel in die Hände individueller oder assoziierter Kapitalisten zieht, aber bald eine neue und furchtbare Waffe im Konkurrenzkampf wird und sich schliesslich in einen ungeheuren sozialen Mechanismus zur Zentralisation (nach Renner müsste man sagen Konzentration) der Kapitale verwandelt.“ („Kapital“, I, S. 563, 564.)

Hier sieht die „Physiognomie“ der Vereinigung der zersplitterten Geldmittel durch die Banken weniger „wohlwollend“ aus. Aus der „allgemeinsten Wirtschaftsförderung“ wird bei Marx eine furchtbare Waffe im Kampf der grossen Kapitalisten zum Erschlagen der kleinen.

Nun sehen wir aber auch, dass es nicht richtig ist, zu sagen, zu Lebzeiten von Marx sei die Kapitalszentralisation in zweite Linie gestellt gewesen. Kredit und Aktienwesen spielen bei Marx schon die grösste Rolle.

Man höre nur, wie Marx zum Beispiel im dritten Bande des „Kapital“ die Entwicklung unter dem Einfluss des Kredits schildert. Er sagt über ihn:

„Vorstellungen, die auf einer minder entwickelten Stufe der kapitalistischen Produktion noch einen Sinn haben, werden hier völlig sinnlos. Das Gelingen und das Misslingen führen hier gleichzeitig zur Zentralisation der Kapitale und daher zur Expropriation auf der enormsten Stufenleiter. Die Expropriation erstreckt sich hier von den unmittelbaren Produzenten auf die kleineren und mittleren Kapitalisten selbst. Diese Expropriation ist der Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktionsweise, ihre Durchführung ist ihr Ziel. . . . Diese Expropriation stellt sich aber innerhalb des kapitalistischen Systems selbst in gegensätzlicher Gestalt dar, als Aneignung des gesellschaftlichen Eigentums durch wenige, und der Kredit gibt diesen wenigen immer mehr den Charakter eines Glücksritters. Da das Eigentum hier in der Form der Aktie existiert, wird seine Bewegung und Uebertragung reines Resultat des Börsenspieles, wo die kleinen Fische von den Haifischen und die Schafe von den Börsenwölfen verschlungen werden. In dem Aktienwesen existiert schon Gegensatz gegen die alte Form, worin gesellschaftliches Privateigentum als individuelles Eigentum erscheint; aber die Verwandlung in die Form der Aktie bleibt selbst noch befangen in den kapitalistischen Schranken; statt daher den Gegensatz zwischen dem Charakter des Reichtums als gesellschaftlichem und als Privateigentum zu überwinden, bildet sie ihn nur in neuer Gestalt aus.“ („Kapital“, III, 1, S. 427.)

Man sieht, wie unrichtig es ist, wenn Renner meint, mit dem Aktienwesen habe der „Sozialisierungsprozess einen Weg

eingeschlagen, von dem Marx noch sehr wenig sehen und aussagen konnte“ („Marxismus, Krieg etc.“, S. 16).

Marx hat ihn schon eingehend untersucht, aber von der Nationalisierung des Kapitals, von der Ersetzung der Privatwirtschaft durch Nationalwirtschaft sah er freilich nichts.

„Dieser Zustand war Marx“ gewiss „ganz fremd“, aber nicht deshalb, weil Marx von den Tatsachen, auf die Renner sich bezieht, nichts wusste, sondern deshalb, weil er diese Tatsachen nicht mit Rennerschen Augen sah.

Falsch ist es auch, wenn Renner behauptet, dass infolge des Aktienwesens „der Kapitalist als Person hinter der anonymen Unternehmung verschwunden ist“ (S. 77), dass der „Kapitalist und typische Repräsentant des heutigen Kapitalismus der nach aussen ganz untätige Privatmann ist, der in seinem Schrein Aktien etc. birgt“ (S. 89).

Der Zahl nach nimmt freilich der Typus des „ganz untätigen Privatmannes“ unter den Kapitalbesitzern zu, aber das ist nur eine andere Form des Marxschen Gesetzes von der „beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren“. („Kapital“, Volksausgabe, S. 690.)

Diese Magnaten hören nicht auf zu existieren und zu herrschen. Die Macht und das Herrschaftsgebiet eines jeden von ihnen wächst immer mehr, nicht nur dadurch, dass die kleinen Unternehmungen im Konkurrenzkampf zugrunde gehen, sondern auch dadurch, dass die Einzelunternehmer ihre Betriebe in Aktienunternehmungen verwandeln, deren Aktien vielen kleinen „ganz untätigen Privatleuten“ gehören, die aber beherrscht werden von den grossen Finanzkapitalisten, den Herren der Banken. Das Aktienwesen ist ein Mittel, die Macht der „Kapitalmagnaten“, die alle Vorteile des modernen Kapitalismus an sich reissen und monopolisieren, noch rascher steigen zu lassen, als der Umfang ihres eigenen Besitzes wächst, da sie über den Aktienbesitz der „ganz untätigen Privatleute“ in den Konkurrenz- und Machtkämpfen der riesenhaften Kapitalorganisationen ebenso verfügen wie über ihren eigenen Besitz. Und anderseits wird durch diese Vermehrung ihrer Macht ihre Fähigkeit gesteigert, den eigenen Besitz zu vermehren, entweder auf Kosten der kleinen Aktienbesitzer oder durch Niederkonkurrierung feindlicher Kapitalmagnaten. Unter diesen Umständen wächst ihr Besitz weit rascher, als es ohne Kredit und Aktienwesen der Fall wäre.

Auch hier finden wir wieder, dass das, was Renner mit dem schönen Namen der „Sozialisierung“ oder „Nationalisierung“ des Eigentums (an Grund und Boden oder Kapital) bezeichnet, in Wirklichkeit die höchste Steigerung der mono-

politischen Gewalt des privaten Eigentums, die schärfste Zuspitzung seines Gegensatzes zum gesellschaftlichen Charakter der Arbeit darstellt.

Der Kapitalist als Kapitalmagnat ist so wenig als Person hinter der „anonymen Unternehmung verschwunden“, dass seine Persönlichkeit heute vielmehr immer kraftvoller in Gesellschaft und Politik in den Vordergrund tritt neben Monarchen, Präsidenten und ihren Ministern.

Wohl hat seit dem Tode von Marx diese Entwicklung Formen angenommen, die er nicht in allen Einzelheiten voraussah. Doch bestätigen sie nur seine ganze Auffassung. Sicher verdienen diese neuen Formen unser höchstes Interesse, aber es ist nicht wahr, wenn Renner behauptet, dass diese Umwälzung von den Marxisten zu wenig beachtet worden ist.

Wir alle haben von ihr gehandelt, am eingehendsten Hilferding in seinem Buche über das Finanzkapital. Er hat nicht einen Fragebogen ausgearbeitet, den die anderen Marxisten zu beantworten hätten. Er hat auch nicht einige dem Augenblicksbedürfnis entspringende Einfälle als „vorläufige Antworten“ zu grundlegenden Erkenntnissen zu stempeln versucht, deren Richtigkeit zu erweisen nun die bisher sträflich versäumte Pflicht der anderen Marxisten sei. Er hat die Fragen, die ihm durch die Tatsachen der neueren Entwicklung des Aktien- und Bankwesens vorgelegt wurden, selbst zu lösen getrachtet, und zwar durch gründlichste Erforschung und theoretische Verarbeitung des gesamten modernen Tatsachenmaterials. Die Antworten, die er uns gab, sind nicht vorläufige, sondern für so lange definitive, als nicht neue, gänzlich veränderte Tatsachen oder neue, noch mehr vertiefte Forschungen sie überholen oder korrigieren. Bisher ist nicht einmal ein Versuch dazu gemacht worden. Was in den Rennerschen Ausführungen nicht Missverständnis und verkehrte Auffassung, sondern bessere Einsicht ist, entstammt auch aus keiner anderen Quelle als dem Buche Hilferdings.

Um so auffallender, dass er es mit keinem Worte erwähnt. Er hat nur Augen für das, was die Marxisten seiner Ansicht nach nicht geleistet haben.

Aber freilich, wie konnte er Hilferding erwähnen! Sind doch dessen Ergebnisse den Antworten, deren Begründung Renner wünscht, geradezu entgegengesetzt. Und solche Leistungen sind in seinen Augen offenbar noch schlimmer als bloße Versäumnisse. Sie sind verächtlicher „Vulgärmarxismus“.

3. Staat und Wirtschaftsgebiet.

a) Das Wirtschaftsgebiet als Verkehrsgebiet.

Renners Ausführungen über die „Sozialisierung“ und Nationalisierung“ von Grundeigentum und Kapital sind bezeichnend für die Tendenzen seines Buches, bilden aber nicht dessen wichtigste Gedankengänge. Diese sind vielmehr dort zu finden, wo er über die Stellung der Sozialdemokratie zum Staat spricht, die sich nach seiner Meinung vollkommen ändern müsse, da die Voraussetzungen nicht mehr bestünden, von denen Marx bei seiner Auffassung des Staates ausging.

Die Entwicklung des Staates zum Wirtschaftsgebiet und die wachsende „Durchstaatlichung“ des ökonomischen Lebens, das sind die beiden grundlegenden Erscheinungen, auf die Renner hinweist, von denen Marx nichts sehen konnte und die bisher übersehen zu haben zu den vielen Todsünden der Marxisten gehört.

Betrachten wir zunächst das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaftsgebiet. Renner gibt folgende Darstellung der Entwicklung des letzten Jahrhunderts:

„Die entstaatlichte Oekonomie — das ist das Ergebnis des geschichtlichen Fortschrittes von der einfachen zur kapitalistischen Warenproduktion, politisch das Werk der bürgerlichen Revolution gewesen... Diese Entstaatlichung der Oekonomie ist nun bedeutsam nach innen und aussen. Begrifflich zu Ende gedacht und praktisch zu Ende geführt, hebt sie sofort die Staatsgrenzen auf und schafft unmittelbar die Weltwirtschaft.“ (S. 20, 21.)

Dagegen beginnt die Gegenwirkung in den Siebzigerjahren des vorigen Jahrhunderts durch anfangs schüchternes, später immer stärkeres Eingreifen der Staatsgewalt in das ökonomische Leben:

„Die Volkswirtschaft beginnt sich von Staat zu Staat langsam zu unterscheiden durch eine besondere Wirtschaftsverfassung, die an sich in Widerspruch steht mit der Freiheit des Wettbewerbes, mit der einen unterschiedslosen, naturgesetzlichen Weltökonomie von Karl Marx, und welche die Erwerbs- und Lebensbedingungen der Massen von Land zu Land künstlich verschiebt.“ (S. 13.)

Schliesslich aber kommt die Herrschaft der Banken:

„Die Banken beherrschen das ganze staatliche Wirtschaftsgebiet und gestalten es einheitlich nach Zinsfuss und Warenpreisen. Staatsgebiet und

Wirtschaftsgebiet decken sich, das Wirtschaftsgebiet eines Staates hebt sich nach aussen deutlich ab von allen anderen Wirtschaftsgebieten und bildet nach innen eine spezifische und organische Einheit, ein Zustand, der von der einheitlich gedachten Weltwirtschaft von Karl Marx schon sehr weit abliegt.“ (S. 17.)

Dieser Zustand wird auf die Spitze getrieben durch den „imperialistischen Hochschutz“:

„Hochschutzzölle trennen die Staatsgebiete völlig voneinander und formen aus jedem Wirtschaftsgebiet für sich einen geschlossenen Organismus. Noch fehlt uns Sozialisten eine gründliche Analyse des geschlossenen Wirtschaftsgebietes, seiner Organe und Funktionen, obwohl das für die Lage der Arbeiterklasse von höchster Wichtigkeit ist.“ (S. 18, vergleiche S. 42, 96.)

Nach dieser Darstellung wird das Staatsgebiet zu einem besonderen Wirtschaftsgebiet infolge des wachsenden Eingreifens der Staatsgewalt in das wirtschaftliche Leben. Das geschlossene Wirtschaftsgebiet ist ein Produkt, das sich erst vor etwa einem Menschenalter zu bilden begann. Vorher herrschte die entstaatlichte Oekonomie und die unterschiedslose Weltwirtschaft. Daneben hat aber Renner noch eine andere Theorie des Wirtschaftsgebietes. So sagt er zum Beispiel auf Seite 201:

„Das Recht, das ein Wirtschaftsgebiet zur handlungsfähigen Persönlichkeit, das ist zum Staate, erhebt, verleiht ihm denotwendig jene Unabhängigkeit, die staatsrechtlich die Bezeichnung Souveränität führt.“

Danach ist das Wirtschaftsgebiet nicht ein Produkt des Staates, sondern schon vor ihm da. Es wird durch das Recht zum Staat erhoben. Nicht der Umfang des Staates bedingt den Umfang des Wirtschaftsgebietes, sondern umgekehrt. Und weil sich die Wirtschaftsgebiete auszudehnen trachten, muss sich der Staat vergrössern:

„Die geschlossene Gutswirtschaft hat die Gutsherrschaft, die Territorialwirtschaft die Landeshoheit, die geschlossene Nationalwirtschaft den Nationalstaat erwirkt, wobei jederzeit Wirtschafts- und Herrschaftsform sich wechselseitig bedingen.“ (S. 272.)

„Ausdehnung ist die allgemeine Tendenz der Wirtschaftsgebiete. Die geschichtliche Entwicklung zeigt in gerader Linie ein Fortschreiten von der geschlossenen Gutswirtschaft zur Stadtwirtschaft, zur Landeshoheit, zum Nationalstaat, zum internationalen Weltstaat, und weist in letzter Linie auf das einheitliche Weltwirtschaftsgebiet hin, das wenigstens auf Grund unserer bisherigen Erfahrungen nur durch die politische Einheit der Welt zu verwirklichen ist.“

„Der äussere Rahmen dieser evolvierenden Wirtschaftseinheit ist die Marktgemeinschaft, die aus sich heraus auch die Wirtschaftsgemeinschaft erzeugt. Vorstellbar ist, dass sich diese Gemeinschaften bloss mechanisch, äusserlich, ohne öffentliche Gewalt herstellen können, aber eben nur vorstell-

bar. In Wahrheit ist schon jede Marktgemeinschaft nur unter einer politischen Machtorganisation denkbar. Markt- und Wirtschaftsgemeinschaften haben die Tendenz, Staatsgemeinschaften zu werden, und die allermeisten Kriege, in denen man herkömmlicherweise blosse Eroberungskriege sieht, haben die Aufgabe vollzogen, bestehende oder werdende Markt- und Wirtschaftsgemeinschaften zu sichern in der Form von Staatsgemeinschaften, sind also nicht völkerhemmende, sondern völkerverbindende Kriege gewesen. Im Krieg hat die Stadtwirtschaft die Gutswirtschaft, die Landeshoheit die Stadtwirtschaft, die Nationalwirtschaft die Landeshoheit überwunden. Diese Kriege waren nicht Barbarei, sondern Entwicklungsinstrument.“ (S. 116, 117.)

Eine so warme Verherrlichung der „allermeisten“ Eroberungskriege und des Imperialismus ist selbst in den Publikationen der Umlerner, die uns an starken Tabak gewöhnt haben, eine Seltenheit. Sie bedeutet einen völligen Bruch mit unseren bisherigen Grundsätzen. Das besagt natürlich keineswegs schon, dass die Rennerschen Ausführungen falsch sind. Jeder Grundsatz, und mag er uns noch so teuer sein, muss sich eine Nachprüfung gefallen lassen und muss von uns verworfen werden, wenn er sie nicht besteht.

Aber eines dürfen wir verlangen: dass der Bruch mit Grundsätzen, die das Ergebnis tiefen Forschens sind, nicht ohne gründliche und gewissenhafte Prüfung vollzogen wird. Hier aber haben wir einen solchen Bruch, der nicht nur bloss auf vorläufigen, beweislosen Vermutungen beruht, sondern auch so wenig durchdacht ist, dass der Kritiker sich in den grössten Widersprüchen bewegt: Auf der einen Seite lässt er das Wirtschaftsgebiet aus dem Staat, auf der anderen den Staat aus dem Wirtschaftsgebiet entspringen. Und einmal ist ihm der Vorläufer des jetzigen Imperialismus die geschlossene Nationalwirtschaft im Nationalstaat, ein andermal die entstaatlichte Oekonomie, die keine Staatsgrenzen kennen will.

Nirgends lässt Renner uns klar erkennen, was er eigentlich unter einem Wirtschaftsgebiet versteht, wodurch dessen Grenze bestimmt wird.

Einmal will er uns allerdings darlegen, was ein Wirtschaftsgebiet kennzeichnet:

„Wer die Grenze zwischen zwei Staaten überschreitet, merkt, auch wenn sprachliche und kulturelle Unterschiede nicht obwalten, wie bei Bodenbach, sofort unvermittelt starke Gegensätze. Nicht nur sind alle Preise und Löhne verschieden, auch die wirtschaftliche Betriebsweise ist im grossen und kleinen Grundbesitz, in Fabrik und Handwerk anders, ebenso die durchschnittliche Profitrate und der Leihzins und endlich auch der ganze Wirtschaftsgeist. Dieses auffällige Anderssein ist nicht zu verwechseln mit den sonstigen lokalen Differenzierungen, die bestehen, aber niemals so tief und allseitig auftreten. Beim Uebertritt über die Grenze haben wir ein anderes

Wirtschaftsgebiet betreten. Die Grenze ist gleichsam seine Haut; was aber ist sein Körper? Nennen wir die Zusammenfassung aller Wirtschaften und alles Wirtschaftens innerhalb dieser Grenze den staatlichen Wirtschaftskörper.“ (S. 97.)

Daran ist nicht zu zweifeln, dass an den Staatsgrenzen Unterschiede in der Art des Wirtschaftens verschiedener Länder zutage treten. Renner selbst nennt aber auch schon einige der Faktoren, die jene Unterschiede bewirken: hier sind andere Zölle als dort, andere Steuern, andere Gesetze, eine andere Staatsverwaltung, eine andere Geldwährung, ein anderes Unterrichtswesen u. s. w.

Alle diese Unterschiede sind erst durch den Staat geschaffen, erstehen durch ihn, schwinden mit ihm. Keiner dieser Unterschiede sagt uns auch nur das Mindeste über das, worauf es hier ankommt, über die *Ausdehnung*, die Wirtschaftsgebiet und Staat haben müssen, sollen sie gedeihen können.

Immer wieder wiederholt uns Renner, dass die Ausdehnung des Staatsgebietes und die des Wirtschaftsgebietes einander wechselseitig bedingen, dass die stete Vergrößerung des Staates durch Eroberungskriege eine kulturelle Tat sei. Wenn es aber gilt, zu zeigen, dass und warum dem so ist, wird uns bloss mitgeteilt, dass jeder Staat innerhalb seines Bereiches eine Reihe politischer Bedingungen des Wirtschaftens schafft, die für alle Betriebe seines Gebietes die gleichen und verschieden von den entsprechenden Bedingungen anderer Staaten sind.

Allerdings erzeugt der Staat für die Betriebe innerhalb seiner Grenzen nicht nur eine gewisse Uniformität politischer Bedingungen ihres Wirtschaftens zum Unterschiede vom Ausland, sondern auch eine grössere Leichtigkeit des Verkehrs und damit einen engeren Zusammenhang der warenproduzierenden Betriebe untereinander. Schon die Gleichheit der politischen Bedingungen erleichtert den Verkehr. Dazu gesellt sich die direkte Einwirkung des Staates auf das Verkehrswesen, die natürlich in erster Linie auf Hebung des Verkehrs innerhalb seiner Grenzen berechnet ist.

Wollen wir unter einem Wirtschaftsgebiet ein Verkehrsgebiet verstehen, das heisst ein Gebiet, dessen Teile untereinander mit grösserer Leichtigkeit verkehren als mit Teilen anderer Gebiete, so sind solche stellenweise schon von Natur aus gegeben, zum Beispiel in einem von unwegsamem Gebirgen umgebenen Flussgebiet. In der Regel aber werden besondere Verkehrsgebiete erst durch die Staatsgewalt geschaffen.

Will Renner unter dem Wirtschaftsgebiet nichts anderes verstehen als ein derartiges Verkehrsgebiet?

Es scheint so, denn um zu begründen, dass „das Wirtschaftsgebiet eine reale Einheit“ ist, sagt er:

„Das staatliche Verkehrswesen schafft durch seine Konzentration die äusseren Bedingungen der Wirtschaftseinheit, die Grundlage, auf der sich ein gleichartiger Innenmarkt erhebt.“ (S. 98.)

Was Renner das „Wirtschaftsgebiet“ nennt, ist sonach nichts anderes als der innere Markt. Glaubt unser Kolumbus, der dem Marxismus neue Welten entdecken will, wirklich, dass Marx und die Marxisten sich mit dieser altbekannten Erscheinung nie beschäftigt hätten, dass sie für uns etwas ganz Neues sei, das noch tiefgründiger Untersuchung durch die geläuterte Marxistenschule der Zukunft harre?

Der innere Markt ist nie übersehen worden, auch nicht in den Zeiten der weitesten Verbreitung der Freihandelslehre. Niemals und nirgends ist die „Entstaatlichung“ der Oekonomie so weit gegangen, dass die Landesgrenzen durch Abschaffung sämtlicher Zölle aufgehoben wurden. Selbst in England wurden nur die Schutzzölle beseitigt, Finanzzölle sind geblieben und dazu recht hohe. Die anderen staatlich geschaffenen Bedingungen des Wirtschaftens, Mass und Gewicht, Münze, Eisenbahnwesen, bürgerliches Recht, Steuerpolitik u. s. w., sind dabei gerade in England sehr eigenartig geblieben, zum grossen Teil wegen seiner insularen Lage, die es von Natur aus zu einem besonderen Verkehrsgebiet gemacht hat. Marx hatte also in England, trotz seines Freihandels, ausreichend Gelegenheit, die Erscheinungen des inneren Marktes genau zu studieren.

In seinem „Kapital“ hat er nicht näher von ihnen gehandelt, nicht deshalb, weil er sie übersah, sondern weil er die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise erforschen wollte, die allen Staaten gemeinsam sind, und weil der Unterschied zwischen dem inneren Markt und dem Weltmarkt hiefür nicht in Betracht kommt. Auch der innere Markt vermag sich den Gesetzen des Weltmarktes nicht zu entziehen.

Gelegentlich kommt Marx auf den Unterschied vom inneren Markt und Weltmarkt zu sprechen, so im 20. Kapitel des ersten Bandes über „nationale Verschiedenheit der Arbeitslöhne“. In dem 24. Kapitel, im Abschnitt über die „Gestaltung des inneren Marktes für das industrielle Kapital“, namentlich aber in dem Abschnitt über das Geld und dessen Verschiedenheiten als Weltgeld und Geld in der „inneren Zirkulations-sphäre“.

Unterschiede in den staatlich geschaffenen technischen wie den politischen Produktions- und Verkehrsbedingungen der verschiedenen Verkehrsgebiete hat es stets gegeben. Und sie sind nicht im Zunehmen begriffen, wie Renner meint. Diese Bedingungen nähern sich einander vielmehr zusehends. Die Preise, die Löhne, die Arbeitszeiten der verschiedenen Gebiete

haben die Tendenz, auf das gleiche Niveau zu kommen. Die Arbeitslöhne in England oder Frankreich und in Deutschland stehen heute einander viel näher als vor fünfzig und selbst vor dreissig Jahren.

Nach Conrad betrug zum Beispiel der Preis des Weizens per Tonne im Durchschnitt 1821 bis 1830 in England 266 Mk., in Preußen 121 Mk. Dagegen 1898 in England 154 Mk., in Preussen 184 Mk. Sie waren einander tatsächlich gleichgekommen und standen in Preussen nur um den Betrag des Zolls höher. Die daraus hervorgehende Differenz war aber weit geringer als vor einem Jahrhundert die aus den allgemeinen Produktionsbedingungen entspringende.

Nun noch ein Beispiel aus der Lohnstatistik: Es betragen nach den internationalen Erhebungen des Arbeitsamtes der Vereinigten Staaten die durchschnittlichen Stundenlöhne der Möbeltischler (in Pfennigen):

	1885	1890	1900	1903
In Berlin	33·0	43·0	63·5	67·2
Paris	61·7	66·3	69·7	69·7
Vereinigte Staaten (nordatlantisch)	—	105	112	134

Im Jahre 1885 war in Paris der Arbeitslohn noch fast doppelt so hoch wie in Berlin. 1903 war der Unterschied schon fast völlig ausgeglichen. Im Jahre 1890 noch betrug in den nordatlantischen Staaten, den eigentlichen Industriestaaten Amerikas, der Arbeitslohn 244 Prozent des Berliner Lohnes. Zehn Jahre später nur noch 176 Prozent. Dann hob er sich infolge einer ausserordentlich günstigen Konjunktur wieder auf 200 Prozent des Berliner Lohnes, aber den Niveauunterschied von 1890 vermochte er nicht mehr zu erreichen.

Oder nehmen wir ein anderes Beispiel, die Metaldreher, deren durchschnittliche Stundenlöhne für Paris und Berlin bis 1878 zurückzuverfolgen sind. Diese Löhne betragen (in Pfennigen):

	1878	1880	1890	1900
In Berlin	28·0	31·7	47·4	60·9
Paris	47·2	48·0	47·8	54·3
Nordamerikanische Staaten	—	—	100	104

Ebenso wie die steigende Annäherung der Preise und Löhne wirken noch andere Momente in gleicher Richtung, so die Währungsverhältnisse. Alle modernen Staaten gingen in den letzten Jahrzehnten zur Goldwährung über, die bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts allein von England angenommen war. Das metrische Mass und Gewicht ist aus Frankreich im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts auf Mitteleuropa übertragen worden u. s. w. Nehmen wir dazu noch die wachsende internationale Verflechtung des Finanzkapitals, die Vermehrung der internationalen Abkommen, die durch eine zunehmende Ausglei chung der Produktionsbedingungen der ein-

zelen Staaten die Abschleifung ihrer Eigenart ermöglichen, dann erkennen wir deutlich, wie gänzlich es aus der Luft gegriffen ist, wenn Renner behauptet:

„Sowohl ökonomisch als juristisch knüpft die kapitalistische Entwicklung in ihren Anfängen überall an andere staatliche Voraussetzungen an, sie strebt sie zunächst auszugleichen, zu nivellieren. Diese Nivellierungstendenz ist jedoch nur der älteren Periode eigentümlich und wird nur irrümlicherweise auch für unsere Zeit behauptet. Die neustaatliche Periode (seit dem Sturz des Liberalismus) jedoch beginnt sie wieder zu differenzieren und gestaltet häufig sogar aus gleichen Anfängen sehr verschiedene Formen. (Jüngere Periode.)“ (S. 103, 104.)

Schnell fertig ist nicht nur die Jugend, sondern auch Renner mit dem Wort und auch mit der Feststellung von Irrtümern, die er bei anderen zu entdecken vermeint. Die Beweise für seine Worte überlässt er klugerweise auch hier der erleuchteten marxistischen Nachwelt, denn die verblendete Mitwelt findet, sie stünden zu sehr in Widerspruch zu den Tatsachen.

Renner schliesst auf die steigende Differenzierung wohl aus den modernen Bestrebungen nach steigender Abschliessung der Staaten und Bildung privater Monopole in ihrem Innern. Aber weder Schutzzölle noch Kartelle, sind imstande, der machtvollen Ausbildung der Verkehrstechnik und des Verkehrswesens entgegenzuwirken, die immer siegreicher im Frieden alle Zollhindernisse überwinden.

Der internationale Verkehr wächst mit ungeheurer Schnelligkeit.

Im Deutschen Reiche betrug der Spezialhandel in der Aera des Schutzzolls:

	Einfuhr	Ausfuhr
	Milliarden Mark	
1880	2·9	2·9
1890	4·3	3·4
1900	6·0	4·8
1910	10·4	8·1
1913	11·6	10·9

Nur deshalb konnte die Aera des Schutzzolls sich ohne grosse Schädigungen des ökonomischen Lebens behaupten, weil die Zölle ganz ausserstande waren, die wachsende Annäherung der einzelnen natürlichen und staatlichen Verkehrsgebiete zueinander und die zunehmende Innigkeit ihrer gegenseitigen Beziehungen, damit aber auch die stete Verstärkung ihrer Abhängigkeit voneinander zu verhindern.

Das liegt so offenkundig zutage, dass auch Renner selbst es weiss und laut verkündet in seinem Kapitel über „Die äusseren Beziehungen der Wirtschaftsgebiete und die Weltwirtschaft“. Was wird aber dabei aus dem „geschlossenen Wirt-

schaftsgebiet“, diesem „geschlossenen Organismus“, der im Gegensatz zur vorhergehenden „unmittelbaren Weltwirtschaft“ das Ergebnis der Entwicklung der letzten Jahrzehnte sein soll?

b) Das Wirtschaftsgebiet als sich selbst genügendes Gebiet.

Renner's widerspruchsvolle Auffassung des Wirtschaftsgebietes rührt nicht zum mindesten daher, dass er unter diesem Wort zwei ganz verschiedene Dinge versteht, die ihm unbenutzt durcheinanderlaufen. Auf der einen Seite ist ihm das Wirtschaftsgebiet im Grunde nichts anderes als ein Verkehrsgebiet, ein Gebiet, innerhalb dessen durch natürliche oder staatliche Bedingungen der Güterverkehr leichter ist, als der Verkehr zwischen diesem und einem anderen Gebiet. Da er aber diesen Begriff nicht scharf erfasst, mengt sich mit ihm zeitweise ein anderer, wonach das Wirtschaftsgebiet nichts ist als ein Gebiet, das sich in allen wesentlichen Punkten wirtschaftlich selbst genügt, das alles, was es braucht, selbst produziert.

Das wird schon dadurch bezeugt, dass er seine Aufzählung der geschichtlich aufeinanderfolgenden Arten der Wirtschaftsgebiete mit der „geschlossenen Gutswirtschaft“ beginnt. Eine solche ist sicher kein Verkehrsgebiet, sondern ein Gebiet, das seinen Verbrauch selbst produziert, nichts von aussen bezieht, nichts nach aussen abgibt (im wesentlichen), das sich also wirtschaftlich genügt. Die Tendenz, das natürliche Streben nach solcher Selbstgenügsamkeit (nach „Autarkie“) entdeckt aber Renner auch in jedem anderen Wirtschaftsgebiet:

„Jedes Wirtschaftsgebiet hat naturnotwendig diese Autarkisierungstendenz, sie ist ein Haupthebel der Entwicklung, der Ausbreitung höherer Wirtschaftsformen über die Erdoberfläche, der Oekumenisierung der Welt.“ (S. 118.)

Die Unterschiede zwischen den beiden Arten Wirtschaftsgebiet sind fundamentaler Natur. Die Politik, welche die eine Art erheischt, bildet den geraden Gegensatz zur Politik der andern.

Die wirtschaftliche Entwicklung beruht auf fortschreitender Arbeitsteilung, die wieder abhängt von fortschreitender Vergrößerung des Absatzes der einzelnen Produkte. Wenn Millionen von Schrauben gebraucht werden, kann man eine besondere Fabrik für ihre Erzeugung einrichten. Werden nur einige Tausende gebraucht, kann man sie nur nebenher in einer Fabrik herstellen, die verschiedene Eisenwaren erzeugt. Würde sich der Absatz für eine Ware auf ein bestimmtes Verkehrsgebiet beschränken, so müsste der Fortschritt der Arbeitsteilung bald seine Schranken finden. Die Ausdehnung des Ver-

kehr über dieses Gebiet hinaus ist eine Bedingung des ökonomischen Fortschrittes, des Gedeihens der Industrie, der Entwicklung der Produktivität der Arbeit, der Bildung der Vorbedingungen des Sozialismus. Sie wird ohneweiters erreicht durch Hinwegräumung jener natürlichen oder staatlichen Schranken, die ein bestimmtes Verkehrsgebiet, den „inneren Markt“, von anderen Verkehrsgebieten abschliessen. Ausbau und Verbesserung der Verkehrsmittel, Aufhebung der Zölle u. s. w., das sind die Methoden, durch die bisher auch die Sozialdemokratie die Annäherung der Völker zu fördern suchte.

Anders steht die Sache, wenn das Wirtschaftsgebiet ein geschlossenes Gebiet sein will, das sich selbst genügt, das alles produziert, was es selbst braucht. Die Ausdehnung des Marktes, des Absatzes ist hier nicht zu erreichen durch die Erleichterung des Verkehrs mit anderen Gebieten, sondern durch Ausdehnung der Grenzen des geschlossenen Gebietes. In diesem Sinne sagt auch Renner: „Ausdehnung ist die allgemeine Tendenz der Wirtschaftsgebiete.“

Fällt aber das Wirtschaftsgebiet mit dem Staatsgebiet zusammen, so ist jene Ausdehnung gleichbedeutend mit der Ausdehnung des Staatsgebietes, die in der Regel nur möglich ist durch den Eroberungskrieg. Dieser wird so für Renner dort, wo er konsequent seinen eigenen Standpunkt zu Ende denkt, was nicht überall der Fall, eine Notwendigkeit des ökonomischen Fortschrittes, die auch der Sozialdemokrat anerkennen muss.

Wir haben einen seiner Aussprüche in diesem Sinne schon kennen gelernt.

Es ist nicht der einzige in dem Buche. So heisst es auf Seite 278:

„Niemand wird es einfallen, zu leugnen, weder dass das römische Weltreich für die Menschheit ein gewaltiger Gewinn war, noch dass der Krieg das Mittel war, diesen Erfolg herbeizuführen. Und also ist es nicht ausgeschlossen, dass auch in der Zukunft die Welt ihre Ordnung finde im Wege kriegerischer Auslese, dass diejenige Macht, die sich als die stärkste Organisation erweist, auch durch die Geschichte zum grössten Organisationswerk berufen und von Rechts wegen die höchste Gewalt wird, die Richterin, Walterin und Rechtsschöpferin der Völker.“

Das römische Weltreich konnte im Kriege nur geschaffen werden durch den Ruin der römischen Bauernschaft, dessen Gegenstück der Despotismus der römischen Kaiser darstellt. Der Untergang der Volksfreiheit, der Verfaulungsprozess der römischen Kaiserzeit ist nach Renner ein so grosser Gewinn, dass er durch die ewigen Kriege der römischen Machthaber nicht zu teuer bezahlt wurde. Dabei ist der Krieg für unseren Um-

lerner auch ein Gottesurteil, in dem stets der bessere, für die Menschheit nützlichere Teil siegt. Die im Kriege der Menschheit aufgezwungene Weltherrschaft der im Waffenhandwerk am besten geübten Nation ist ihm gleichbedeutend mit dem Triumph des Rechts durch „kriegerische Auslese“.

Derartige Ausführungen sind nicht neu. Völlig neu aber ist es, dass Sozialdemokraten sie proklamieren. Sie bedeuten einen völligen Umsturz unserer bisherigen Grundsätze, eine Kapitulation vor der Machtpolitik.

Darin hat ja Renner recht, wenn er in Voraussicht sozialdemokratischer Einwände hinzufügt: „Weichmütige Selbsttäuschung macht keine Geschichte.“

Hätten wir ihm nur moralische Entrüstung entgegenzusetzen, dann stünde es schlimm um unsere Sache.

Die hier vorgeführten Konsequenzen der Rennerschen Auffassung gelten nur dann, wenn wir das Wirtschaftsgebiet als einen sich selbst genügenden wirtschaftlichen Organismus betrachten. Einen solchen stellt der innere Markt nicht dar, neben dem stets noch der äussere Markt besteht, die beide die innigsten Wechselwirkungen aufeinander ausüben. Ein Wirtschaftsgebiet, das zusammenfiel oder zusammenfallen könnte mit dem Staatsgebiet in einem anderen Sinne als dem des inneren Marktes, gibt es aber innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise nicht. Was uns Renner über sein Wirtschaftsgebiet erzählt, beruht teils auf Konstruktionen, teils auf Verwechslungen.

Er führt uns die Entwicklung des Wirtschaftsgebietes vor, wie es wächst von der Gutswirtschaft zur Wirtschaft der Stadt, des Territoriums, des Nationalstaates und dann des Nationalitätenstaates. Aber von allen diesen Gebieten bildet nur das Gut der Feudalzeit einen Wirtschaftskörper mit der Tendenz, sich selbst zu genügen. Ein solches Gut hat nie ein souveränes Gemeinwesen dargestellt, es war stets nur ein wirtschaftlicher Betrieb innerhalb eines Staates, wie heute etwa eine Fabrik, nur mit dem Unterschied, dass die Gutsherrschaft auch politische Funktionen zu versehen hatte, ein Rädchen im Verwaltungsorganismus des Staates war. In der Periode der Gutsherrschaft finden wir bereits ungeheuer grosse Staaten, wie den Karls des Grossen, der ausser Frankreich und Norditalien auch den grössten Teil des heutigen Deutschlands umfasste. Die geschlossene Gutswirtschaft und Gutsherrschaft bestand in Russland bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts hinein.

Der Staat selbst ist in seinen Anfängen etwas ganz anderes als eine Gutsherrschaft. Er ist eine Herrschaftsorganisation, die eine ganze Reihe sich selbst genügender Wirtschaftsgebiete, Stammesgaue, Markgenossenschaften, Guts-

herrschaften und dergleichen zusammenfasst. Er ist kein Wirtschaftsorganismus, wenn der Staatsgewalt auch unter Umständen wirtschaftliche Aufgaben zufallen. Seine Ausdehnung ist sicher wirtschaftlich bedingt, aber nicht in der einfachen Weise, wie Renner sich es vorstellt, dass sie abhängt von der Ausdehnung eines Wirtschaftsgebietes.

Die Grösse eines Staates hängt ab von der Kraft, namentlich der militärischen Kraft seiner herrschenden Klasse; sowohl von der Kraft, die sie selbst direkt besitzt, wie jenen Kräften, die sie sich dienstbar macht. Je grösser die Machtmittel der Herrschungsklasse, desto mehr Gebiet, desto mehr Menschen vermag sie zu erobern, desto mehr wird sie den Staat ausdehnen.

Die Kraft der herrschenden Klasse ist ökonomisch bedingt. Von der Produktionsweise und Gesellschaftsform, die in ihrem ursprünglichen Gebiet und von jener, die in einem Nachbargebiet herrscht, hängt es ab, ob in ihr die militärischen und sonstigen für die Ausdehnung des Staates erforderlichen Eigenschaften höher entwickelt sind als bei dem Nachbarn, ob sie es vermag, diesen niederzuschlagen und ihrer Herrschaft zu unterwerfen. Das Gebiet des Staates ist ein Herrschaftsgebiet, kein Wirtschaftsgebiet, es kann nicht nur die verschiedensten sich selbst genügenden Wirtschaftsgebiete, sondern sogar Gebiete der verschiedensten Produktionsweisen umfassen. Innerhalb der Grenzen desselben Staates können Gebiete liegen, die sich selbst genügen, und solche, die auf den regsten Aussenhandel angewiesen sind und ausschliesslich davon leben.

Die erobernde und zusammenfassende Kraft, die eine herrschende Klasse aus ihrer ökonomischen Grundlage zieht, ist der wichtigste, jedoch nicht der einzige ökonomische Faktor, der für die Bildung eines Staates in Betracht kommt.

Die Verkehrsverhältnisse spielen zum Beispiel für die militärische Kraft ebenso eine Rolle wie für den Handel. So hängt diese Kraft heute bekanntlich in hohem Masse vom Stande der Eisenbahnen ab. Zur Eroberungspolitik der alten Römer gehörte die Anlegung eines Strassennetzes, das ihre Stadt mit den Provinzen verband. Je leichter man Truppen vom Zentrum an die Grenze werfen kann, desto leichter wird der Staat unter sonst gleichen Umständen eine Grenzprovinz behaupten können. Andererseits wird eine Eroberung nicht leicht festzuhalten sein, die durch ein schwer überwindliches Verkehrshindernis, etwa ein unwegsames Gebirge, vom übrigen Reiche abgetrennt ist, dagegen keine natürliche Schranke zwischen sich und dem Nachbarstaat findet. In dem einen Falle wird die Leichtigkeit des Verkehrs nicht nur militärische, sondern auch ökonomische Verbindungen der Provinz mit dem Reich herstellen, die bewirken, dass ihre Bevölkerung an dem

Zusammenhang mit ihm interessiert ist. Im anderen Falle erschwert den Verkehr die Provinz, die nur mühsam militärisch zu behaupten ist, auch keinen ökonomischen Zusammenhang mit dem Gesamtreich gewinnen, eher ein Interesse an der Verbindung mit dem Nachbarstaat, mit dem der Verkehr für sie leichter ist. Ihre Bevölkerung wird jede Gelegenheit benützen, sich loszureissen.

Angesichts der Bedeutung, die die Verkehrsmittel für den Krieg wie für den Handel haben, werden daher Gebiete, die von Natur aus Verkehrsgebiete in dem hier bereits entwickelten Sinne sind, auch leichter staatlich zusammengehalten werden können. Insofern besteht also unter Umständen ein innerer Zusammenhang zwischen der Ausdehnung des Staates und des Verkehrsgebietes. Aber das gilt keineswegs allgemein, bildet nur einen Sonderfall, der unter gewissen Umständen eintritt. Die Staaten dieser Art sind weit entfernt, den allgemeinen Typus zu bilden, vielmehr nur als Ausnahmen zu betrachten.

Böhmen stellt zum Beispiel seit altersher gleichzeitig ein natürliches Verkehrsgebiet und ein Staatsgebiet dar. Der Umfang des Königreichs Böhmen ist deutlich auf einer physikalischen Karte Europas zu erkennen, auf der nur die Bodengestaltung verzeichnet ist, nicht die politischen Grenzen. Aber das ist ein Ausnahmefall, der für die meisten anderen Staaten nicht zutrifft. Böhmen bildet auch darin eine Ausnahme, dass die Grenzen des Königreiches seit einem Jahrtausend bis in unsere Tage die gleichen geblieben, was sich von den wenigsten Staatswesen sagen lässt.

Derartige besondere Fälle mögen Renner vorgeschwebt haben, als er seine Behauptung aufstellte, Staatsgebiet und Wirtschaftsgebiet stünden in organischem Zusammenhang. Bestimmtes lässt sich darüber nicht sagen, da er nirgends seine Anschauungen begründet oder theoretisch entwickelt, sondern sich damit begnügt, sie mit grosser Entschiedenheit zu bekunden, was freilich bequemer ist und auf manchen Leser mehr Eindruck macht als die überzeugendste Begründung.

Unvereinbar mit dieser Auffassung des Zusammenhanges von Wirtschaftsgebiet und Staatsgebiet ist jedoch der Ausgangspunkt der Darstellung, durch die Renner jenen Zusammenhang illustrieren will: die geschlossene Gutswirtschaft war nie ein selbständiges politisches Gemeinwesen, geschweige denn ein Staat. Bei ihr fiel also Wirtschaftsgebiet und Staatsgebiet nie zusammen.

Nicht besser steht es mit der Rennerschen Darstellung der weiteren Entwicklung über die Gutsherrschaft hinaus.

Die Stufenfolge, die er uns vorführt, ist Schmoller und Bücher entlehnt. Gar manches lässt sich gegen sie schon bei

ihren Urhebern einwenden; noch mehr aber gegen die Art und Weise, wie Renner sie anwendet, um das Wachstum der Staaten durch die Ausdehnung der Wirtschaftsgebiete zu erklären.

Nach ihm folgt auf die Gutswirtschaft die Stadtwirtschaft, und die „Staatsgemeinschaft“ entwickelt sich vom Fronhof zur Stadt.

In Wirklichkeit bildet sich die Stadt innerhalb des Staates. Nichts irriger als die Vorstellung, die erste Form des Staates habe die Gutswirtschaft gebildet und die zweite die Stadt. Es kommt im Laufe der geschichtlichen Entwicklung vor, dass einzelne Städte eine überragende Bedeutung bekommen, die sie instand setzt, sich politisch unabhängig, ja ein kleineres oder grösseres Landgebiet von sich abhängig zu machen. So kann die Stadt zu einem Staat werden, mitunter zu einem gewaltigen, wie Athen, Venedig, vor allem Rom. Manigfach waren die Faktoren, von denen die Ausdehnung ihres Staatsgebietes abhing, aber nie wurde es bestimmt durch die Ausdehnung der Stadtwirtschaft, was immer man unter diesem Namen verstehen mag.

Auf die Stufe der Stadtwirtschaft folgt bei Renner wie bei Schmoller die der „Territorialwirtschaft“, die die „Landeshoheit erwirkt“.

Dieser Begriff ist gleich sonderbar, mag er eine ökonomische Entwicklungsstufe bezeichnen oder ein Wirtschaftsgebiet.

Die Landeshoheit der Territorialherren ist nicht etwa wie das Städtewesen eine allen Völkern auf einer gewissen Kulturhöhe gemeinsame Erscheinung, sondern eine besondere Spezialität des Deutschen Reiches. Eine Reihe seiner Fürsten entwickelte sich seit dem Ausgang des Mittelalters tatsächlich zu souveränen Monarchen, die aber doch über sich einen Kaiser anerkannten. Diese besondere Art fürstlicher Gewalt nannte man die Landeshoheit der Territorialherren. Die Eigenart dieser kleinen Fürstentümer innerhalb eines grossen Reiches ermöglichte es, dass die Ausdehnung des Gebietes der einzelnen Dynastien viel unabhängiger von ökonomischen und militärischen Bedingungen war als die eines völlig selbständigen Staatswesens. Es konnten sich im Deutschen Reiche Staatswesen erhalten von einer Winzigkeit, die auf gleicher Kulturstufe anderswo unmöglich gewesen wären. Daneben gab es sehr ansehnliche Staaten, auch abgesehen vom Landgebiet des Kaisers. Im Jahre 1786 umfasste Deutsch-Preussen über 2000 Quadratmeilen, Bayern über 1000 Quadratmeilen, dagegen verfügte der Graf von Leiningen nur über 8 Quadratmeilen, der von Wernigerode gar nur über 4 Quadratmeilen.

Man kann schon aus diesen Andeutungen ermassen, was es heisst, von einer „Territorialwirtschaft“ als einem Wirt-

schaftsgebiet von einer bestimmten Ausdehnung zu sprechen, das einer bestimmten Höhe der ökonomischen Entwicklung entspricht und das sich mit Notwendigkeit überall durch Ausdehnung des Wirtschaftsgebietes bildete!

Schmoller bezeichnet als Periode der Territorialwirtschaft die Zeit vom 14. bis 18. Jahrhundert, für die Mittelstaaten von 1 bis 2 Millionen Einwohnern typisch seien. Jedoch ist für diese Zeit ebensowenig wie für den Zeitraum vor und nach ihr eine besondere Staatsgrösse typisch. Neben kleinsten Staaten und Mittelstaaten finden wir in jener Epoche grosse Staaten, die ihre Geschichte bestimmen, Frankreich, Spanien, England, die habsburgische Monarchie. Jeder dieser grossen Staaten zerfiel in zahlreiche Verkehrsgebiete, die durch Zölle voneinander getrennt waren, oft räumlich weit ab vom Hauptkörper des Staates lagen. In keiner Weise bedeutete der Staat jener Zeit ein Wirtschaftsgebiet.

Die nächste Stufe, die uns Rönner vorführt, die „geschlossene Nationalwirtschaft“, die den Nationalstaat „erwirkt“, soll der Stufe entsprechen, die Bücher und Schmoller als die der „Volkswirtschaft“ bezeichnen. Doch von einer „geschlossenen Nationalwirtschaft“ sprechen sie nicht. Wo sollte diese auch zu finden sein? Wird sie „erwirkt“ durch das Streben nach dem Nationalstaat? Aber gleichzeitig mit diesem Streben finden wir das nach dem Freihandel, nach „Entstaatlichung“ der Oekonomie, nach Aufhebung der Grenzen, nach Schaffung der „staatslosen Weltökonomie“. Alles das sind Ergebnisse der gleichen ökonomischen Entwicklung.

Vergebens sehen wir uns nach Beispielen um, die uns den Begriff der „geschlossenen Nationalwirtschaft“ veranschaulichen und uns das geschlossene Wirtschaftsgebiet einer Nation zeigen könnten, das der Bildung eines Nationalstaates vorausgeht.

Wo eine Nationalität in verschiedene Teile zerfiel, von denen jeder einem anderen Staat zugehörte, bildete die Nationalität nicht einmal jenes engere Verkehrsgebiet, das man den inneren Markt nennt, trotz der Gemeinsamkeit der Sprache, dieses wichtigsten aller Verkehrsmittel. Wo blieb die „geschlossene Nationalwirtschaft“ der Polen in Preussen, Oesterreich, Russland? Oder etwa die der Tschechoslowaken in Ungarn und Böhmen? Oder die der Deutschen in Oesterreich und Preussen?

Es ist eine rein aus der Luft gegriffene Behauptung, dass der Nationalstaat vorbereitet und seine Ausdehnung bestimmt wird durch die vorherige Bildung einer geschlossenen Nationalwirtschaft.

e) Nationalitätenstaat und Kolonialstaat.

Als Abschluss der bisherigen Entwicklung des Staates betrachtet Renner den „übernationalen Weltstaat“. Hier kommen wir zur Gegenwart, zu dem Punkte, wo die theoretische Untersuchung des Wirtschaftsgebietes praktisches Interesse erhält. Leider bedeutet die grössere Nähe des Gegenstandes nicht grössere Klarheit. Was Renner „übernationalen Weltstaat“ nennt, das umfasst mehrere, untereinander sehr verschiedene Staatsformen. Allerdings ist diese Konfusion ihm heute nicht allein eigentümlich. Sehr allgemein ist die Auffassung, als wenn alle Staaten, in denen Völker verschiedener Sprache zusammengefasst sind, einen gemeinsamen Typus darstellen würden. Das ist keineswegs der Fall. Am allerwenigsten aber bildet eine solche Zusammenfassung eine Staatenart, die ausschliesslich die jüngste Gegenwart kennzeichnet.

Da die Ausdehnung des Staates nicht durch die eines Wirtschaftsgebietes, was immer man unter einem solchen verstehen mag, notwendig bedingt wird, sondern durch die Mittel der ihn beherrschenden Klassen, finden wir in der geschriebenen Geschichte, soweit wir sie zurückverfolgen können, von ihren Anfängen an Staaten, die so ausgedehnt sind, dass sie verschiedene Sprachgebiete umfassen. Die Staaten dieser Art bilden eine ununterbrochene Reihe' bis heute, von den Assyrern an.

Unter ihnen sind die verschiedensten Typen zu unterscheiden. Für die moderne Geschichte kommen zwei in Betracht, die nicht miteinander verwechselt werden dürfen.

Da finden wir einmal Staaten, deren verschiedene Sprachgemeinschaften moderne Nationalitäten darstellen, wie sie der Kapitalismus und die aus ihm hervorgehende moderne Demokratie schafft: Nationalitäten, die die Fähigkeit und den Willen haben, die Staatspolitik selbständig und tatkräftig zu bestimmen. Diese Staaten sind Nationalitätenstaaten. Ihr auffallendster Vertreter heute ist Oesterreich.

Auf der anderen Seite haben wir Staaten, die, mögen sie bloss aus einer modernen Nation bestehen oder aus mehreren, sich daneben Völkerschaften einverleiben, die noch das Stadium der primitivsten Demokratie nicht überschritten haben, einer Demokratie, die sich sehr wohl in einem kleineren Rahmen, etwa einer Gemeinde oder Markgenossenschaft, zu betätigen weiss, die aber noch nicht über die materiellen und intellektuellen Vorbedingungen verfügt, um in die grosse Staatspolitik eingreifen zu können.

Sind im Nationalitätenstaat alle Nationen fähig und gewillt, gleichen Rechtes an der Staatspolitik teilzunehmen, so ist dies für die annektierten Elemente in der zweiten Staatsart

von vornherein ausgeschlossen. Hier sind die zum Staat hinzugefügten Gebiete blossе Anhängsel, Kolonien.

Der Kolonialstaat und der Nationalitätenstaat sind zwei ganz verschiedene Arten von Staaten, obgleich sie beide „übernationale Weltstaaten“ sind.

Es ist schlimm genug für Renner, dass er diese beiden Staaten nicht auseinanderhält. Ausserdem aber hat er das Pech, dass keine der beiden Staatenarten erst nach dem Nationalstaat auftritt, wie es sein Schema der Wirtschaftsgebiete vorschreibt. Die heutigen Nationalitätenstaaten wie die Mehrzahl der heutigen Kolonialstaaten haben sich vielmehr in jenem Zeitraum gebildet, in dem Renner seine famose „Territorialwirtschaft“ entdeckt und der dem des Nationalstaates vorhergeht.

Darin stimmen die beiden Staatenarten überein, doch weisen sie nicht die gleiche Entwicklung auf. Seit dem Aufkommen der modernen Nationalität und der Idee des Nationalstaates nimmt die Bildung von Nationalitätenstaaten ein Ende. Alle Nationalitätenstaaten verschwinden — so die europäische Türkei — keine neuen entstehen mehr. Nirgends können wir in Europa seit einem Jahrhundert Ansätze zu der Neubildung eines „übernationalen Weltstaates“ durch Angliederung bisher souveräner moderner Staaten an einen grösseren Staat anderer Nationalität bemerken, wohl aber Trennungen schon bestehender Staaten in verschiedene Teile, von der Belgiens von Holland 1830 angefangen bis zu der Norwegens von Schweden, 1905, der nun wohl die Selbständigkeit Polens folgen dürfte.

Die Nationalitätenstaaten, die heute in Europa bestehen, sind Ueberbleibsel der Vergangenheit. Sie mögen unter Umständen noch eine grosse Kraft entwickeln, wie etwa auch die katholische Kirche. Aber es ist eine Kraft, die ihre Wurzeln in der Vergangenheit hat, eine Kraft, die ebenso konservativ wirkt, wie sie von konservativen Mächten abhängt. Wie immer man über die Zukunft solcher Staaten denken mag, es gehört eine erhebliche Dosis lokaler Selbstgenügsamkeit dazu, der Meinung zu verfallen, ihr politisches und ökonomisches Leben vollziehe sich erspriesslicher als in den Nationalstaaten und bilde ein verlockendes Vorbild für diese. Besonders erstaunlich ist diese Selbstgenügsamkeit, wenn sie sich nicht bei einem Konservativen findet, sondern bei einem Mann, der als Sozialdemokrat, also sozusagen als Revolutionär auftritt.

Anders steht es mit dem Kolonialstaat. Für eine Reihe von Staaten ist allerdings das, was sie an kolonialem Gebiet noch besitzen, ebenfalls nur ein Ueberbleibsel aus der Vergangenheit, so bei Spanien Portugal, Holland. Andere dagegen sind tatsächlich erst dann durch Annektierung von Kolonien zum „übernationalen Weltstaat“ übergegangen, nachdem sie

das Stadium des Nationalstaates erreicht hatten. So Italien, Frankreich und England endlich waren schon früher Kolonialstaaten, haben aber in den letzten Jahrzehnten ihren kolonialen Besitz erheblich erweitert.

Diese Erscheinungen des modernen Imperialismus sind es, aus denen die Auffassung Renners vom „übernationalen Weltstaat“ einen Schein von Berechtigung gewinnt.

Aber strittig ist ja nicht die Erscheinung selbst. Die pfeifen die Spatzen von den Dächern. Strittig ist bloss, wie sich das Proletariat zu ihr stellen soll.

Die Sozialdemokratie hat bisher die Auffassung vertreten, dass der Besitz von Kolonien für die industrielle Entwicklung nicht notwendig ist, dass er eine Gefahr bildet, da er zum Wettrüsten drängt und kriegerische Verwicklungen provoziert. Endlich aber auch, und das allein müsste für einen Sozialdemokraten genügen, dass die gewaltsame Besitznahme eines fremden Landes, die Unterjochung und Knechtung seiner Einwohner den Grundsätzen des Proletariats widerspricht, das sich, als unterste der Klassen, nicht befreien kann, ohne alle Unterdrückung und Ausbeutung aufzuheben.

Das haben wir Marxisten jahrzehntelang verfochten und ausführlich begründet. Wollte Renner eine andere Auffassung verfechten, dann musste er zunächst unsere Beweisgründe widerlegen. Er weiss eine bequemere Methode. So nebenher lässt er ein paar Bemerkungen fallen, in denen die bisherige Auffassung der Sozialdemokratie so schief dargestellt wird, dass sie lächerlich erscheint.

„Die Ausbreitung und Verdichtung der Oekumene (Weltwirtschaft) ist die grösste geschichtliche Tatsache des letzten halben Jahrhunderts, der grösste Fortschritt der bisherigen Geschichte überhaupt.“

„So im ganzen gesehen. Nachbarlich und sonderstaatlich gesehen, erscheint das freilich als Kolonialpolitik und koloniale Ausbeutung, Herrschaft und Knechtschaft u. s. w. Das ist allerdings und ist bei der dialektischen Natur des Kapitals auch gar nicht verwunderlich. Es will mir daher durchaus nicht gefallen, dass so viele und so namhafte Marxisten hinter den kolonialen Tagesbeschwerden und Nachbarschaftsrivalitäten das Säkular-Grosse der Oekumenisierung der Welt gar nicht sehen und ihr gegenüber einen hilflos-griesgrämigen sittenrichterlichen Standpunkt beziehen, der tief unter der Marxschen Denkweise liegt. Viele von ihnen spinnen sich in einem kleineuropäischen Gesichtskreis, in eine Art geschlossenen Handelsstaat Europa ein, der bloss in Altväterweise Ueberschuss und Ueberbedarf zu tauschen, die Naturvölker einstweilen der Wildnis zu überlassen und sich selbst auf dem kürzesten Sonderweg in den Himmel des Sozialismus zu befördern habe, von wannen der Befreier Sozialismus dann wiederkehren und den Wilden das Evangelium des Sozialismus im Wege der Predigt hebringen soll. So vollzieht sich die Geschichte nicht. In solcher Art Gegner des Kolo-

nialsystems sein, heisst Gegner der Weltgeschichte sein und nicht Anti-imperialist.“ (S. 112, 113.)

„Die Notwendigkeit der sogenannten Kolonisation zu verneinen, ist kindisch.“ (S. 362.)

Renner gehört also zu jenen „Antiimperialisten“, die die Notwendigkeit der Kolonisation und damit des Imperialismus verfechten. Den Imperialismus dadurch zu bekämpfen, dass man seine Notwendigkeit verneint, erscheint ihm „kindisch“. Wer gegen die Kolonialpolitik auftritt, ist sogar ein „Gegner der Weltgeschichte“, am Ende gar noch ein Gegner der Geographie. Es mag das ja ein fürchterliches Vergehen sein, ich ziehe es aber immer noch einer Gegnerschaft gegen die Logik vor.

Natürlich ist es eine reine Phantasie Renners, dass die Gegner der Kolonialpolitik Europa in einen geschlossenen Handelsstaat verwandeln und die Ausdehnung seines Handels einschränken wollten. Es gehört zu den unausrottbarsten Wahnideen der Anhänger der Kolonialpolitik, dass Ausdehnung des Handelsverkehrs nur möglich sei durch Ausdehnung des kolonialen Besitzes.

Der Wert der deutschen Ausfuhr betrug 1913 über 10.000 Millionen Mark, der nach den deutschen Kolonien 53 Millionen Mark. Nach Chile oder nach Finnland allein exportierte das Deutsche Reich mehr als nach allen seinen Kolonien zusammengenommen.

Bedeutend grösser als das deutsche ist das französische Kolonialreich. Trotzdem gingen 1913 von der französischen Gesamtausfuhr im Betrag von 6900 Millionen Franken nur 284 Millionen Franken in die Kolonien (abgesehen von Alger). Wieviel davon Lieferungen für Staatszwecke oder Staatsbeamte waren, die mit französischem Geld bezahlt wurden, lässt sich leider nicht feststellen. Es wird nicht wenig sein. Die Kolonien kosteten Frankreich 1913 105 Millionen Franken.

Ueber das gewaltigste Kolonialreich verfügt England. Jedoch selbst dort ist der Handel mit der übrigen Welt wichtiger als der mit den Kolonien. Von der Gesamtausfuhr von 525 Millionen Pfund Sterling gingen 1913 nur 205 Millionen Pfund Sterling in die britischen Besitzungen. Dabei sind aber eine Reihe derselben gar keine Kolonien in dem hier gebrauchten Sinne mehr, sondern autonome Staaten. Diese, Kanada, Australien, Südafrika allein bezogen von der englischen Ausfuhr 91 Millionen Pfund Sterling.

Bemerkenswert ist endlich, dass von der übrigen Ausfuhr nach den Kolonien im Betrag von 114 Millionen der Löwenanteil auf Indien (83 Millionen) und Aegypten (10 Millionen) entfiel, zusammen 93 Millionen Pfund. Von dem unbedeutenden Rest von 20 Millionen Pfund geht aber auch noch der

grösste Teil in Gebiete, die durchaus nicht von „Wilden“ bewohnt werden, darunter die Inseln an der französischen Küste im Kanal, Gibraltar, Malta, Zypern.

Will Renner behaupten, alle diese Gebiete könnten nur in der Form von Kolonien an der „Oekumene“ teilnehmen, seien für die wirtschaftliche Entwicklung verloren, wenn sie aufhörten, Kolonien zu sein? Empört er sich nicht gegen „die ausbeuterischste und herrschbegierigste Bourgeoisie der Welt, die angelsächsische Bourgeoisie“? (S. 200.)

Entrüstet er sich nicht über die „englische Eroberungspraxis in Indien und Ostasien“ sowie in Aegypten und über den „Raub Marokkos“? (S. 206, vgl. auch S. 298.)

Oder ist er gegen die Kolonialpolitik bloss dort, wo sie England oder Frankreich zugute kommt?

Jener Verkehr mit den „Wilden“, der durch koloniale Eroberungen erschlossen wird, bedeutet nur einen winzigen Bruchteil des Weltverkehrs. Aber auch die Ausdehnung des Handelsverkehrs mit Wilden lehnen wir nicht grundsätzlich ab, sondern nur die Methode der Gewalt.

Renner kennt freilich nur die Alternative gewaltsamer Unterdrückung oder der Ueberredung „im Wege der Predigt“. Dass man den Verkehr in einer Weise gestalten kann, in der die Wilden Nutzen aus ihm ziehen und dadurch bewogen werden, sich auf ihn einzulassen, das kommt ihm nicht in den Sinn, und doch ist das die alte Methode des Handelsverkehrs zwischen gleich Starken, von denen keiner den anderen vergewaltigt.

Aber natürlich, grösser ist der Gewinn für die eine Seite, wenn sie der anderen als die stärkere, als Unterdrückerin und Ausbeuterin entgentreten kann. Seit wann bildet aber dies kapitalistische Motiv der Kolonialpolitik eine „Notwendigkeit“ für Sozialdemokraten?

Ich spreche hier nicht von dem Problem, wie dort, wo ein kolonialer Besitz bereits vorhanden ist, die Bevölkerung am besten zu politischer und ökonomischer Selbständigkeit zu überführen ist. Das ist eine Sache für sich. Hier handelt es sich um die angebliche ökonomische Notwendigkeit steter Erweiterung des „Wirtschaftsgebiets“ durch Eroberung neuer Kolonien, entweder auf dem Wege der Versklavung und Expropriierung bisher freier Völker oder auf dem Wege des Krieges gegen eine andere Kolonialmacht.

Diese Politik hat die Sozialdemokratie bis zum Weltkrieg stets abgelehnt als eine Politik des Krieges für kapitalistische Zwecke, für „Ausbeutung, Herrschaft und Knechtschaft“.

Renner rechtfertigt diese Politik als Gebot des ökonomischen Fortschrittes, er tut Ausbeutung und Knechtschaft als blosser nebensächliche Schönheitsfehler der kapitalistischen Dialektik ab, die uns nicht beirren dürfen als kleine „Tages-

beschwerden und Nachbarschaftsrivalitäten“. Ja er wagt es, unseren Kampf gegen Ausbeutung und Knechtschaft zu verhöhnern als einen „hilflos-griesgrämigen sittenrichterlichen Standpunkt“, der „tief unter der Marxschen Denkweise liegt“.

Renner hat vollständig die wuchtigen Worte vergessen, mit denen Marx in seinem „Kapital“ die ursprüngliche Akkumulation des Kolonialsystems brandmarkt, dessen Methoden „auf brutalster Gewalt“ beruhen, seine Mitleidlosigkeit und Schamlosigkeit. Marx endet den Abschnitt, in dem das Kolonialsystem behandelt wird, mit den Worten: „Wenn das Geld, nach Augier, mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe zur Welt kommt, so das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend“ („Kapital“, I., S. 688).

Welch „hilflos-griesgrämiger sittenrichterlicher Standpunkt, der tief unter der Marxschen Denkweise liegt“!

Wenn jemals, würde Marx diesen Rennerschen Ausführungen gegenüber gesagt haben: Sollte das Marxismus sein, dann bin ich kein Marxist.

Was bleibt vom Sozialismus übrig, wenn der Kampf gegen Ausbeutung und Knechtschaft nicht seine allgemeine Pflicht ist? Es gibt keine Partei, die sich nicht gegen Ausbeutung und Knechtschaft einzelner Gegenden und Schichten wendete. Was den Sozialismus kennzeichnet, ist die Tatsache, dass er sich gegen „jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung“ wendet, „richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse“ (Erfurter Programm). Es genügt nicht, für die Befreiung der arbeitenden Klassen in Wien und Umgebung einzutreten.

Doch tun wir Renner nicht unrecht? Tritt er nicht als der Verteidiger rückständiger Nationen gegen industriell überlegene auf? Vergleicht er nicht deren Gegensatz mit dem Klassengegensatz zwischen Proletariat und Kapital?

Das tut er allerdings. Aber nicht, um die Kolonialpolitik zu bekämpfen, sondern den Freihandel.

d) Der Freihandel.

Kolonialpolitik und Schutzzollpolitik gehen Hand in Hand, sind Kinder der gleichen Politik des Kapitals, das durch Staatshilfe Extraprofite zu erlangen sucht. Es ist nur konsequent, wenn Renner, nachdem er sich für die koloniale Eroberungspolitik erwärmt hat, dem Freihandel zu Leibe geht, natürlich unter den stärksten Ausfällen gegen die Verstandnislosigkeit der Marxisten:

„Wir helfen uns fort mit den abgelegten Schlagworten der bürgerlichen Freihandelsbewegung! Ein beschämender Ausweg!“ (S. 122.)

Und die Schutzzöllnerei? Ist die keine bürgerliche Bewegung?

Doch sehen wir zu, durch welchen Ausweg Renner uns beschämt.

Der Freihandel ist ihm Unterdrückung und Ausbeutung:

„Der Freihandel schafft erst recht zwischen den Bewohnerschaften aller Zonen und Klimate die schlimmsten kapitalistischen Abhängigkeitsverhältnisse.“ (S. 383.)

Als Beweis dafür sollen wohl folgende Ausführungen gelten:

„Im ganzen fernen Osten wird der Aussenhandel von westeuropäischen Kaufleuten besorgt. Hier monopolisiert der Fremde den allergrössten Teil des im Lande realisierbaren Handelsprofits und vermindert dem Lande den verfügbaren Mehrwert, dessen einzige Akkumulations- und Entwicklungsquelle, um einen beträchtlichen Teil. Dieser Ausfall verkümmert das Wachstum des heimatlichen Kapitals und verlangsamt damit die allgemeine Kultur-entwicklung des ganzen Volkes...“

„Das altliberale Freihandelsargument, dass der Freihandel an sich der gleiche Vorteil beider durch ihn verbundenen Völker sei, ist damit Lügen gestraft. Es beruht auf dem gleichen Trugschluss, wie das von Karl Marx so oft gezeisselte Argument, dass der freie Lohnvertrag die ökonomische Freiheit des Arbeiters bewirke. Für das Volk, dessen Handelskapital ein anderes Wirtschaftsgebiet sich dienstbar macht, bewährt sich der Freihandel ebenso als der heuchlerische Vorwand kolonialer Ausbeutung, wie für den Kapitalisten die Vertragsfreiheit als Deckmantel der Lohnsklaverei. Und doch, unterliegen ganze Schwärme von Vulgärmarxisten solchen simplen Trugschlüssen, weil sie das Wort „Freiheit“ dabei täuscht. Nur dann bewirkt Freihandel nicht Ausbeutung zwischen zwei Volkswirtschaften, wenn sie ökonomisch auf gleicher Stufe stehen.“ (S. 213, 214.)

Und der gute Renner ist jahrzehntelang mitgelaufen im Schwarm dieser Vulgärmarxisten, die vom Freihandel nichts verstehen als das Wörtchen „frei“. Um ihn zur Widerlegung ihrer „simplen Trugschlüsse“ zu veranlassen, war ein Weltkrieg nötig!

Indessen nicht nur das Wort „Freiheit“, sondern auch das Wort „Handel“ gestattet „simple Trugschlüsse“, und Renner macht von dieser Möglichkeit ausgiebigen Gebrauch. Seine ganze Argumentation beruht darauf, dass er zwei verschiedene Begriffe einander gleichsetzt: eine Anzahl von Kaufleuten und ein Zollsystem. Das eine wie das andere sind „Handel“. Wenn englische Kaufleute China ausbeuten, soll das am englischen Freihandelssystem liegen!

Eins ist richtig: Wenn sich in China englische Kaufleute festsetzen und dort Handelsprofite einstecken, die sie in England statt in China akkumulieren, so wird dadurch die Akku-

mulation des chinesischen Kapitals verlangsamt. Aber das geschieht, weil jene Kaufleute Engländer sind, die nach England zurückkehren, und nicht deshalb, weil China niedrige Zölle hat, oder gar deshalb, weil in England der Freihandel herrscht.

Was geschieht aber in Agrarländern, in denen die Kaufleute nicht aus dem Ausland kommen? In Preussen und den Vereinigten Staaten waren sie auch in der agrarischen Periode Inländer. Hier blieb also der Handelsprofit im Lande. Wo kam da die Ausbeutung her, die der Freihandel bewirkt? Und wieso kommt es, dass diese einheimischen Kaufleute ebensowohl für den Freihandel eintraten wie die ausländischen?

Es ist klar, dass ein Schutzzoll dem inländischen Kaufmann gegenüber dem ausländischen keine bevorzugte Stellung schafft. Der Zoll von eingeführten Produkten muss entrichtet werden ohne Unterschied, ob der Importeur ein Ausländer oder ein Inländer ist.

Nicht zum Schutze des heimischen Kaufmannes, sondern zum Schutze des heimischen Industriellen wird der Zoll eingeführt. Dessen Wirkung besteht darin, dass er nur vom ausländischen, nicht vom inländischen Produkt zu tragen ist. Renner lässt die Ausbeutung durch den Freihandel als Ausbeutung durch das Handelskapital erscheinen.

Etwas ist ja daran an der Rennerschen Behauptung, dass die Agrarstaaten gegenüber den Industriestaaten im Nachteil sind. Aber er sucht diesen Nachteil an falscher Stelle.

Ein Land ohne eigene kapitalistische Industrie vermag nur schwer seine ökonomische und politische Unabhängigkeit gegenüber den Industrieländern zu behaupten, die ihm so vielfach überlegen sind. Daher versucht auch jedes Agrarland, seine eigene Grossindustrie zu entwickeln.

Dies Streben nach einer eigenen Industrie, das ist jene Erscheinung, die Renner fälschlich als das naturnotwendige Streben jenes Wirtschaftsgebietes nach „Autarkie“, nach der Fähigkeit, sich selbst zu genügen, bezeichnet.

Aeusserlich hat es den Anschein, als wäre beides gleichbedeutend: Wenn ein Agrarstaat sich eine Industrie schafft, erzeugt er nun nicht alles selbst, was er braucht, während er früher seine Industrieerzeugnisse importieren musste? In Wirklichkeit besitzt nur der Agrarstaat die Fähigkeit zur Autarkie. Denn ihm fehlt nicht jede Industrie, er ist nur in dem Stadium, in dem die landwirtschaftliche Bevölkerung den grössten Teil der industriellen Erzeugnisse, die sie braucht, in ihren eigenen Betrieben herstellt, so dass insofern noch keine Arbeitsteilung zwischen Landwirtschaft und Industrie hergestellt ist. Erst muss diese urwüchsige landwirtschaftliche Industrie verdrängt sein, ehe der Agrarstaat als Markt für eine grosskapitalistische Industrie in Betracht kommt.

Dieser Vorgang bedeutet aber notwendigerweise rasch wachsende Abhängigkeit vom Weltmarkt, also das Gegenteil von Autarkie auch dann, wenn die Grossindustrie im Agrarstaat selbst erstet. Selbst ein Land, das über fast alle Rohmaterialien in reichstem Masse verfügt, steigert seit dem Aufkommen seiner Grossindustrie seine Einfuhr wie seine Ausfuhr. So die Vereinigten Staaten. Ihre Einfuhr machte 1862 189 Millionen, 1892 827 Millionen, 1902 903 Millionen und 1912 1653 Millionen Dollar aus, davon konsumreife Industrieprodukte für 360 Millionen Dollar (1862 für 109 Millionen), Rohmaterialien für die Industrie und Halbfabrikate 850 Millionen (1862 61 Millionen), Lebensmittel 426 Millionen (1862 89 Millionen).

Man kann ermassen, wie sehr die Abhängigkeit von anderen Gebieten durch die Entwicklung der Grossindustrie in einem Lande wachsen muss, das nicht, wie die Vereinigten Staaten, Baumwolle und Kupfer, Eisen und Kohle in reichster Fülle selbst produziert.

Das Wachstum der Grossindustrie bedeutet also nichts weniger als Zunahme der Autarkie, selbst wenn, wie in den Vereinigten Staaten, die Landwirtschaft dabei fortfährt, den eigenen Bedarf zu decken, ja Ueberschüsse zu liefern. Aber das Wachstum der Grossindustrie bedeutet erhöhte Kraft des Landes, sich im Wettbewerb der Völker nicht nur in der Oekonomie, sondern auch der Politik und der Wissenschaft zu behaupten.

Als Mittel zur Förderung dieses Strebens nach Entwicklung einer eigenen Grossindustrie können die Schutzzölle dienen, wenn sie auch nicht unbedingt dazu notwendig sind.

Die kapitalistische Produktionsweise bedarf zu ihrem Gedeihen bestimmter Vorbedingungen — Sicherheit des Eigentums, eine geeignete Rechtsordnung, entwickeltes Verkehrswesen, eine gewisse Verbreitung von Kenntnissen im Volke, Einschränkung der Vergeudung des Mehrproduktes in unproduktivem Aufwand und dergleichen. Wo diese Bedingungen in ausreichendem Masse vorhanden sind, vermag sich der industrielle Kapitalismus auch bei freiem Handel oder niederen Schutzzöllen zu entwickeln, wie das Aufblühen der Industrie in der Zeit nach den napoleonischen Kriegen in der Schweiz und in Deutschland beweisen. Gute Volksschulen und geringe Heereslasten haben in der Schweiz das Aufkommen der modernen Industrie sehr begünstigt. Auch Deutschland wurde durch relativ gute Volksschulen begünstigt. Seine Heeresausgaben waren freilich reichlich, immerhin hat dort die lange Friedensperiode von 1815 bis 1866 mächtig zur Entwicklung der Industrie beigetragen, trotz der niedrigen Tarife des Zollvereines.

Aber in rückständigen Agrarstaaten, die sehr oft von einem kriegerischen, unwissenden Despotismus beherrscht werden, sind diese Bedingungen nicht immer leicht zu schaffen. Sie wirken stets langsam und kosten entweder Geld, wie Volksschulen, Strassenbauten etc., oder erheischen den Verzicht der herrschenden Klassen auf Prunk und Macht. Rasch und sofort wirken dagegen Schutzzölle, und sie belasten bloss die Volksmasse, den Kapitalisten bringen sie Extraprofite, den Herren des Staates neue Steuereinnahmen.

Unter den Massnahmen zur Förderung der Industrie in einem rückständigen Lande stehen daher für die praktischen Staatsmänner in der Regel die Schutzzölle in erster Linie. Marx und Engels sowie deren Schüler haben denn auch ihre Bedeutung nie verkannt. Die „Schwärme von Vulgärmarxisten“, die sich durch das blossе Wörtchen „Freiheit“ für den absoluten Freihandel gewinnen liessen, sind bloss eine Rennersche Schwärmerie.

Wenn er nichts anderes sagen wollte, als auf die ökonomische Rolle von Erziehungszöllen hinweisen, hätte er gerade nichts Neues vorgebracht. Sonderbar bliebe es bloss, warum er zu diesem Zwecke den so irreführenden Umweg über das Handelskapital nahm. Irreführend wären seine Ausführungen über den Freihandel in ihrem Zusammenhang jedoch auch dann, wenn sie an sich richtig wären.

Denn die Frage der Handelspolitik, die die Sozialdemokratie heute beschäftigt, ist die des Freihandels oder Schutzzolls nicht in den Agrarländern, sondern in den Industrieländern.

Nur in diesen gibt es eine starke Sozialdemokratie, die die Handelspolitik zu beeinflussen vermag. In den Industrieländern hat aber der Schutzzoll längst aufgehört, als Erziehungszoll zu wirken. Er tritt jetzt stets im Verein mit Zöllen auf Lebensmittel und Rohstoffe auf, Zöllen, von denen die Befürworter des Erziehungszolls nichts wissen wollen. Die Aufgabe des Zolls ist eben im entwickelten Industrieland nicht mehr die Erleichterung des Aufkommens der Industrie im eigenen Lande, sondern bloss die Gewährung einer privilegierten Monopolstellung für die Industriellen sowie für die Produzenten der Rohstoffe und Lebensmittel, durch die sie erhöhte Profite und Grundrenten auf Kosten der Gesamtbevölkerung gewinnen, und die es ihnen gleichzeitig ermöglicht, kraft dieser Extraprofite an das Ausland billiger zu verkaufen als an das eigene Land, auf dem Weltmarkt andere Nationen zu unterbieten.

Das weiss Renner so gut wie wir. Er weiss aber auch, dass die Marxisten diese Veränderung im Charakter des Zolls seit langem erforscht haben. Schon 1888 wies Friedrich Engels

in der „Neuen Zeit“ darauf hin in einem Artikel über „Schutz Zoll und Freihandel“. Ich habe später ebenfalls davon gehandelt. Unter den Jüngeren hat namentlich Hilferding den Gegenstand eingehend untersucht in seiner Abhandlung über den „Funktionswechsel des Schutzzolls“ („Neue Zeit“, XXI., 2, S. 274. Vgl. darüber noch Otto Bauer „Die Nationalitätenfrage“, S. 404 ff. sowie „Die Arbeiterklasse und die Schutzzölle“, „Neue Zeit“, XXIII., 1, S. 536, endlich jüngst Karl Emil in der grundlegenden Artikelserie „Handelspolitische Fragen“, „Neue Zeit“, XXX., 1).

Dieser ganze „Schwarm von Vulgärmarxisten“ erklärte sich dem neuen Schutzzoll gegenüber unter allen Umständen für den Freihandel — natürlich bloss deshalb, weil in dem Wort die Silbe „frei“ vorkommt und weil sie nur den „beschämenden Ausweg“ wussten, sich mit den „abgelegten Schlagworten der bürgerlichen Freihandelsbewegung zu behelfen“. Schämt sich Renner denn gar nicht, gegen seine alten Freunde, mit denen er so eifrig zusammengearbeitet, von denen er so viel gelernt hat, so nichtsnutzige Anklagen zu erheben? Alles kann man bei ihm doch nicht mit Kriegspsychose erklären.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass der moderne Schutzzoll der Industrieländer diese instand setzt, auf dem Weltmarkt eine Schleuderkonkurrenz zu entfalten, billiger zu verkaufen als Industrieländer, die den Freihandel akzeptiert haben. So weit die aufkeimende Industrie durch billige Zufuhren von dem Auslande gefährdet wird, kann auf diese Weise der Schutzzoll der Industrieländer für die industrielle Entwicklung der Agrarländer eine viel grössere Gefahr werden als allgemeiner Freihandel. Der jetzige Schutzzoll der Industrieländer soll auch nach den Absichten seiner Propagandisten in derselben Richtung wirken, wie die Kolonialpolitik. Beide wollen die Agrarländer verhindern, dass sie zu einer selbständigen Grossindustrie gelangen; sie wollen ein Mittel sein, jene Gebiete in ständiger Abhängigkeit von den grossindustriellen Ländern zu erhalten — und „damit die allgemeine Kulturentwicklung zu verlangsamen“, welche Wirkung Renner dem Freihandel zuschreibt. (S. 213.)

Am allerwenigsten kann die aufkeimende Industrie der Agrarländer durch den Freihandel dann bedroht werden, wenn sie selbst Schutzzölle eingeführt haben und nur die Industrieländer zum Freihandel übergehen. Und darum handelt es sich uns tatsächlich bei der heutigen Agitation für den Freihandel. Wir verlangen den Freihandel in den Industriestaaten, ohne Rücksicht darauf, ob die Agrarstaaten auch ihre Zölle reduzieren. Nur eines muss der freihändlerische Staat in seinen Handelsverträgen mit anderen Staaten verlangen: die Meistbegünstigung, die Zusicherung, dass er in einem Lande

nicht ungünstigeren Einfuhrzöllen unterworfen wird, als andere importierende Länder.

Sehr nett ist es, dass Renner dort, wo er die koloniale Eroberungspolitik verteidigt, es „tief unter der Marxschen Denkweise“ findet, wenn man die koloniale Ausbeutung und Knechtung bekämpft, oder wie er es bezeichnet, ihnen gegenüber einen „hilflos griesgrämigen, sittenrichterlichen Standpunkt bezieht“. Wo es dagegen gilt, den Freihandel zu verdächtigen, da entrüstet er sich gar sittenrichterlich-griesgrämig über ihn als „heuchlerischen Vorwand kolonialer Ausbeutung“. (S. 214).

Dieses Sittenrichtertum unterscheidet sich von dem der „Vulgärmarxisten“ allerdings dadurch, dass es den Tatsachen ins Gesicht schlägt.

Gemeint ist offenbar der englische Freihandel. Es ist zwar unsinnig, in ihm ein Mittel oder gar einen heuchlerischen Vorwand kolonialer Ausbeutung zu sehen, aber es passt ganz gut zu Renners sonstigen Aeusserungen über England, von denen wir eine schon zitiert haben, wonach die angelsächsische Kapitalistenklasse die ausbeuterischste und herrschbegierigste Bourgeoisie der Welt ist (S. 200).

Angesichts aller dieser Gedankengänge ist es wohl klar, welcher Art der „Antiimperialismus“ Renners ist, der für Schutzzölle und Kolonialpolitik eintritt, den Krieg als Mittel der Vereinigung der Nationen preist und eine Zukunft voraussieht, in der eine Herrnation, gleich ehemals der römischen, auf dem Wege kriegerischer Auslese „durch die Geschichte zum grössten Organisationswerk berufen und von Rechts wegen die höchste Gewalt wird“ (S. 278).

Welches Volk damit gemeint ist, unterliegt keinem Zweifel:

„Unzweifelhaft ist, ökonomisch gesehen, Deutschland heute das neueste, das vorbildliche Staatswesen, und nicht England oder gar Frankreich.“ (S. 104.)

Einen derartigen Antiimperialismus können sich die Imperialisten wohl gefallen lassen.

Um ihre Politik wirksam zu betreiben, brauchen sie die Gefolgschaft der Arbeiter. Die blieb ihnen bisher versagt. Vor Jahren versuchte es Naumann, die Proletarier Deutschlands für den Imperialismus zu gewinnen. Sie liessen seinen Versuch der Begründung einer nationalsozialen Partei scheitern, obwohl er nicht einmal Schutzzöllner war, sondern dem Freihandel anhing.

Otto Bauer schrieb darüber vor zehn Jahren:

„Die Arbeiterklasse ward überall des Imperialismus Feind... So ist auch im Deutschen Reiche der von tüchtigen Männern unternommene Versuch, die deutschen Arbeiter dem Gedanken des Imperialismus zu gewinnen, schmachlich gescheitert.“

Naumann war ausgezogen, die Sozialdemokratie abzulösen, die Arbeiterklasse dem Gedanken der kapitalistischen Machtpolitik zu erobern; er landete in der freisinnigen Vereinigung, der Partei der deutschen Banken, Börsen und Grosshändler. Der Imperialismus Naumanns war übrigens freihändlerisch... Die Konsequenz, die Naumann nicht zog, hat Schippel gezogen. Wenn er Schutzzölle befürwortet, wenn er die ‚Milizgläubigen‘ verhöhnt, über die ‚dogmatische‘ Ablehnung der Kolonialpolitik spöttelt, rät er den deutschen Arbeitern zu einer imperialistischen Politik. Im Vergleich zu Naumann hat seine Politik den Vorzug der Konsequenz; nur wäre sie freilich nicht proletarische, sondern kapitalistische, nicht sozialdemokratische, sondern nationalliberale Politik.“ („Die Nationalitätenfrage“, S. 490, 491.)

Das, was Otto Bauer damals nationalliberale Politik nannte, das ist heute die Politik Renners. Der Fortschritt, den er gemacht hat, besteht darin, dass sie durch ihn nicht mehr als antimarxistische betrieben wird, sondern dass er sie als die höchste Blüte eines geläuterten Marxismus dem Proletariat anpreist, dessen Vertrauen zu Marx und dem Marxismus auf diese Weise dem Imperialismus dienstbar gemacht würde, wenn es Renners Lehre kritiklos hinnähme.

4. Die Durchstaatlichung der Wirtschaft.

a) Die wirtschaftliche Entwicklung seit 1878.

Die Rennersche Verquickung der Begriffe Wirtschaftsgebiet und Staat führt in ihren Konsequenzen zum Imperialismus, denn danach würde die stete Ausdehnung des Staatsgebiets, die am ehesten durch Eroberungskriege möglich ist, zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit, der auch die Arbeiter Rechnung tragen müssen, ebenso wie etwa der Einführung der Maschinen.

So bringt Renner die Auslandspolitik des Proletariats in das Schlepptau der herrschenden Klassen. Ihm selbst erscheint das natürlich nicht in diesem Lichte. Er meint:

„Auf der Grundlage der ökonomischen Theorie der Welt werden wir das politische Programm der Internationale, die bis heute nur ein kühner Traum, eine heroische Vorwegnahme grösster Tataufgaben durch die Leidenschaft des Herzens war, mit Fleisch und Blut ausstatten und zu einem proletarischen System der auswärtigen Politik gelangen, das uns heute so sehr fehlt, ohne das wir im dunkeln tappen.“ (S. 123.)

In die gleiche lichtvolle Sphäre wird durch Renner die innere Politik des Proletariats erhoben durch seine Beobachtungen über das Fortschreiten der „Durchstaatlichung“ der Wirtschaft. Auch das ist einer der neuen Prozesse, die das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise so gänzlich verändern und die Marx nicht sehen konnte, die zu beobachten die Marxisten versäumten, und die einzig Renners Auge bisher geschaut hat:

„Die ganze Schaffenszeit von Marx fällt in die liberale Gesellschafts-epoche, deren Ausgangspunkt ist: Personen und Waren sind frei, der Staat greift in ihre Bewegungen nicht ein.“ (S. 7.) „Marx hat jene individualistisch-anarchistische Wirtschaftsweise erforscht und beschrieben, um sie zu verneinen.“ (S. 8.)

Diese Wirtschaftsweise hat sich seit Marx vollständig geändert.

„Die Verstaatlichung von Produktionsmitteln allerdings macht an sich den Staat nur zum Privateigentümer und ändert nichts oder wenig an dem sozialen Gefüge. Es handelt sich um die Durchdringung der Privatwirtschaft selbst bis in ihr Zellgewebe durch die Staatlichkeit, also nicht um

Verstaatlichung einiger Betriebe, sondern um die Durchsetzung der gesamten Privatwirtschaft durch deren gewollte und bewusste Bestimmung und Leitung... Nennen wir es die Durchstaatlichung der Oekonomie.“ (S. 12.)

Marx verlangte als Bedingung für die Befreiung des Proletariats die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, ihre Vergesellschaftung. Renner setzt dem die „Durchstaatlichung“ der Privatwirtschaft gegenüber, bei der das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufrechterhalten bleibt, aber der Staat oder vielmehr die „Staatlichkeit“, wie der im Kriege neu aufgekommene komische Ausdruck lautet, sich immer mehr in das wirtschaftliche Leben einmischt. Diese Durchstaatlichung führe geradewegs zum Sozialismus, ohne jede Revolution, ohne jene „Expropriation der Expropriateure“, die Marx forderte.

Renner zeigt uns nun, wie die Durchstaatlichung der kapitalistischen Wirtschaft sich nicht durch das Erstarken des Proletariats, sondern durch den Kapitalismus selbst in den letzten vierzig Jahren „stufenweise gesteigert“ hat.

Auf der ersten Stufe greift „die Staatsgewalt nur schüchtern und verschämt“ ein unter dem Titel „Schutz der Schwachen“. Der Staat schützt den Handwerker durch Befähigungsnachweis und Zunft, den Bauern durch Anerbenrecht und ähnliches.

„Man schützt auch den Arbeiter durch einen Höchstarbeitstag und Zwangsversicherung; man schützt nach aussen die heimische Arbeit durch vorerst massvolle Zölle.“ (S. 13.)

Im zweiten Stadium „setzt ein neuer Antrieb ein: die Privaten schaffen sich selbst Organisationen zur Einschränkung der Konkurrenz und zur Vereinigung zu gemeinsamer Wirtschaft“ (S. 14), Kartelle, Genossenschaften, Gewerkschaften.

An Stelle des Privatunternehmers tritt die Aktiengesellschaft.

„Nur mit Anmerkungen spricht man noch von der ‚privatkapitalistischen Wirtschaftsweise‘; der Ausdruck bedarf eines Beiworts, wir stehen in der Epoche organisierter Privatwirtschaft: sie ist staatlich bestimmte, durchstaatliche Organisation!“ (S. 15.)

Nun kommt das dritte Stadium: die Aktienbanken:

„Sie beherrschen das ganze staatliche Wirtschaftsgebiet und gestalten es einheitlich nach Zinsfuß und Warenpreisen. Staatsgebiet und Wirtschaftsgebiet decken sich, das Wirtschaftsgebiet eines Staates hebt sich nach aussen deutlich ab von allen anderen Wirtschaftsgebieten und bildet nach innen eine spezifische organische Einheit... Das alte Privatkapital des einzelnen ist auf dem Wege vielfacher Organisationen eingegangen in das eine Nationalkapital... Die Privatwirtschaft ist in gewissem Sinne Nationalwirtschaft geworden.“ (S. 16, 17.)

Der Zollschutz wird zum Hochschutz.

Nun mit dem Weltkrieg sind wir in das letzte Stadium der Entwicklung getreten. Seine Wirtschaft ist für Renner nicht etwas Abnormes, die völlige Umkehrung der Friedenswirtschaft, sondern ihre Vollendung:

„Der Krieg hat sie nicht aus der Bahn geworfen, nichts Absonderliches hereingetragen, er hat eine sichtbare Entwicklungsreihe bloss beschleunigt: er hat das Kartell, wie es ist, unter Staatshoheit gesetzt und so Zucker- und Branntweinzentralen geschaffen. Nach solchen Vorbildern hat er Baumwolle, Wolle, Flachs, Metalle, Fette und Oele, Futtermittel und auch die Brotfrucht in eigene Bewirtschaftung genommen. . . . Es ist nach der Schutzepoche, nach der organisierten Privatwirtschaft, nach der imperialistischen Nationalwirtschaft eben eine staatswirtschaftliche Epoche, in die wir eingetreten sind.“ (S. 18, 19.)

„Der Sozialist aber sieht nach wie vor im Staate den Vollzugsausschuss der Kapitalistenklasse“ (S. 11) und doch hat das Proletariat keinen treueren Freund als den Staat: „Die Oekonomie dient immer ausschliesslicher der Kapitalistenklasse, der Staat immer vorwiegender dem Proletariat.“ (S. 27.)

„Der bürgerliche Staat muss im Interesse seiner eigenen Erhaltung . . . das Werkzeug, das im Sinne des Bourgeois der Klassenherrschaft dient, immer mehr mit sozialem Inhalt füllen. Nicht zum ersten Male in der Geschichte ist es geschehen, dass das Werkzeug über seinen Herrn hinauswächst.“ (S. 28.)

Dies Renners Gedankengang. Dass die Tatsachen, auf denen er sich aufbaut, den Marxisten nicht bekannt und nicht von ihnen untersucht sein sollten, wird Renner selbst nicht behaupten wollen. Wir haben sie nur bisher in einem etwas anderen Lichte gesehen, und daran dürfte sich kaum etwas ändern, trotz der Erhellung, die jetzt von Renner ausgeht.

Was das Manchestertum anbelangt, unter dessen Herrschaft Marx schrieb und dessen Wirtschaft dieser allein gekannt haben soll, so ist es mit seinen Forderungen nie vollständig durchgedrungen. Auch in jenen Zeiten, in denen es die ökonomische Theorie völlig beherrscht, hat der Staat in das Wirtschaftsleben eingegriffen. Mit dieser Praxis der „Durchstaatlichung“ war Marx sehr wohl vertraut.

Nun aber die vier verschiedenen Stufen der „Durchstaatlichung“ seit der Mitte der Siebzigerjahre!

Die erste Stufe „von 1878 bis etwa 1890“ setzt bei Renner ein durch Massregeln, wie den Befähigungsnachweis für Handwerker etc. Wir waren in der Sozialdemokratie bisher einig darüber, dass dies reaktionäre Versuche waren, mittelalterliche ökonomische Formen wiederherzustellen oder zu retten. Renner sieht in ihnen die Anfänge einer neuen Entwicklungsrichtung. Wären sie das, dann hätten sie sich doch seit den Achtzigerjahren weiter entfalten müssen. Aber sie blieben bloss

vereinzelte Ansätze in einem rückständigen Gemeinwesen. Deutschland hat nur schüchterne Anläufe gemacht, die zu nichts führten, in England und Amerika, ja in der ganzen übrigen Welt ist nichts Derartiges unternommen worden. Oesterreich allein hat das Aufkommen des Antisemitismus durch die Wiederbelebung des alten Zunftzopfes eingeleitet. Ein österreichischer Demokrat, Kronawetter, nannte das den „Sozialismus des dummen Kerls von Wien“. Renner betrachtet jetzt jene zünftlerischen Experimente als Ausflüsse einer Entwicklungsrichtung, die durch die Welt geht.

Der gleichen Verwechslung Oesterreichs mit der Welt begegnen wir auch darin, dass Renner den Normalarbeitstag für ein Produkt der Zeit seit 1878 ansieht. In England hat bekanntlich die Einführung des Normalarbeitstages weit früher eingesetzt. Der grösste Fortschritt auf diesem Gebiete erfolgte dort gleichzeitig mit dem grössten Sieg des Manchestertums, der Abschaffung der Kornzölle. Und der Arbeiterschutz nimmt nicht zu in dem Masse, in dem die „Durchstaatlichung“ fortschreitet. In den letzten Jahrzehnten stagniert die Sozialpolitik vollständig. Marx hatte gerade Gelegenheit, die grössten Fortschritte des Normalarbeitstages zu studieren.

Renner spricht, wie wir gesehen haben, sehr wegwerfend von den „Gegnern der Weltgeschichte“. Es scheint aber nach den hier gegebenen Proben, die sich leicht vervielfältigen lassen, dass die Welt, deren Geschichte er schreibt, sich von dem, was man sonst darunter versteht, erheblich unterscheidet. Sie umfasst nur den Globus — nicht etwa von Ungarn, nur das nicht!

O nein, o nein!

Das Vaterland muss grösser sein!

Sie umfasst den Globus von Grossösterreich.

Nicht minder sonderbar ist es, dass Renner die neue Zollpolitik in einen Topf wirft mit den Arbeiterschutzgesetzen:

„Man schützt den Arbeiter durch einen Höchstarbeitstag... man schützt nach aussen die heimische Arbeit durch vorerst massvolle Zölle“.

Wir wissen bereits, dass diese neuere Zollpolitik nicht die Arbeit schützt, sondern die grossen Monopolisten, denen sie Extraprofiten und erhöhte Grundrenten einbringt. Der „Schutz der heimischen Arbeit“ war das Schlagwort, womit sie die Arbeiter bereden wollten, diese neue Last als Hilfe zu empfinden.

Nun die zweite Stufe, seit 1890:

„Kartell um Kartell entsteht“... „In der gleichen Zeit schossen die Gewerkschaften der Arbeiter auf“, „das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist im letzten Menschenalter aufgebaut worden... Zehn Jahre später schafft die Arbeiterklasse Deutschlands sich eine konsumgenossenschaftliche Organisation.“

Schon wieder die Weltgeschichte des grossösterreichischen Globus! Wie, sind die Gewerkschaften der Arbeiter und die Konsumvereine in England nicht ebenso wie der Normalarbeitstag „aufgeschossen“ gerade in der Zeit, in der das Manchestertum blühte? Und wie hätten sie sich entwickeln können, ohne das Gegenteil der „Durchstaatlichung“, ohne die Freiheit der Koalitionen und der Vereine, ohne die Freizügigkeit, die Gewerbefreiheit?

Trotzdem sollen Gewerkschaften und Konsumvereine etc. Produkte fortschreitender Durchstaatlichung der „Wirtschaft“ sein. Wer glaubt, dass Renner der Beweis dafür schwer fällt, unterschätzt ihn. Nichts leichter für ihn als dieser Beweis. Alle die genannten Institutionen sind Organisationen, unterliegen als solche der staatlichen Gesetzgebung. Diese beeinflusst sie, folglich wird dadurch die Wirtschaft „durchstaatlicht“.

Als seit 1878 durch die staatliche Handhabung des Sozialistengesetzes die deutschen Gewerkschaften aufgelöst wurden, bedeutete das offenbar auch einen gewaltigen Schritt zu ihrer „Durchstaatlichung“. Das behauptet Renner in allem Ernst. Er sagt:

„Die Staatlichkeit (!) bestimmt alle Formen der Organisation sehr wesentlich.“

Und das wird folgendermassen illustriert:

„Der Staat drangsaliert die Gewerkschaften, duldet die Genossenschaften, beargwöhnt die Aktiengesellschaften und verleugnet — wenigstens öffentlich — die Kartelle.“ (S. 16.)

Und das Ergebnis:

„Die Epoche organisatorischer Privatwirtschaft: sie ist staatlich bestimmte, durchstaatlichte Organisation.“ (S. 15.)

Das haben sich die Gewerkschaften bisher nicht träumen lassen, dass ihre Drangsalierung nichts anderes bedeutet als ihre Durchstaatlichung zur Herstellung der organisierten Privatwirtschaft.

Schon gar nicht war uns allen bewusst, dass die Beeinflussung der Formen der Aktiengesellschaften, Gewerkschaften, Genossenschaften durch die Landesgesetzgebung etwas ist, was erst seit 1890 eintrat, was Marx nicht mehr beobachten konnte. Wenn Renner bei der Betrachtung dieser Stufe ausruft:

„Die Wirtschaftsantriebe sind durchkreuzt durch Staatsgesetze... Die Wirtschaftsorganisation ist staatlich differenziert“,

so konnte er die gleiche Beobachtung in jedem beliebigen Zeitalter vorher machen. Sie ist in keiner Weise kennzeichnend gerade für die Zeit seit 1890.

Je mehr wir uns in die Rennersche „Durchstaatlichung“ vertiefen, desto problematischer erscheint sie.

Das gilt auch für das dritte Stadium, das „vor zwei oder drei Jahrfünften“ einsetzte und durch die Herrschaft der grossen Aktienbanken gekennzeichnet wird.

Wir können uns darüber kurz fassen, da wir bereits in dem Kapitel über die Sozialisierung des Eigentums davon gehandelt haben. Es ist das Stadium, in dem die Zentralisation der Kapitalien ihren höchsten Grad erreicht, einige wenige Kapitalmagnaten durch das Uebergewicht ihres Besitzes das ganze ökonomische Leben beherrschen, eine Entwicklung, die durch Kredit und Aktienwesen enorm beschleunigt wird. Marx hat diese Stufe in seinem „Kapital“ bereits vorausgesehen, Hilferding hat sie eingehend erforscht und für die sie kennzeichnende enge Verbindung des Industrie- und Bankkapitals die Bezeichnung des „Finanzkapitals“ geprägt. Renner fügt dem nichts Neues hinzu, ausser dass er treffende Kennzeichnungen durch schiefe und irreführende ersetzt, das Finanzkapital „Nationalkapital“ nennt, die Beherrschung des gesamten Produktionsprozesses durch die Grossbanken als „Nationalwirtschaft“ bezeichnet und dazu das bei ihm übliche Gestöhne über das Versagen der Marxisten anstimmt:

„Der Prozess der Nationalisierung des Kapitals... ist von uns Marxisten bisher kaum zur Not untersucht.“ (S. 17.)

Renner täte gut, in diesem Falle nur für sich allein zu sprechen.

Richtig ist, dass es bisher noch keinem Marxisten einfiel, die Ausdrücke „Nationalisierung des Kapitals“ und „Nationalkapital“ für einen Zustand zu gebrauchen, in dem die Masse der Nation mehr als je vom Kapitalbesitz ausgeschlossen und zum Gegenstand der Ausbeutung durch das Kapital geworden ist, dessen Beherrschung mehr als je in den Händen einiger privater Riesenkapitalisten zentralisiert ist. Oder soll das Kapital dadurch national geworden sein, dass der Welthandel, der Kapitalexport und das internationale Zusammenwirken der Kapitalmagnaten der verschiedenen Länder in diesem Stadium die stärksten Dimensionen angenommen hat? Ist zum Beispiel das französische, englische, amerikanische, deutsche Kapital, das in Russland angelegt ist, russisches Nationalkapital oder französisches etc.?

Wie aber äussert sich die „Durchstaatlichung“ unter diesen Verhältnissen? Ganz einfach dadurch, dass die Kapitalistenklasse den Staat mehr als je beherrscht, dass die industrielle Bourgeoisie ihm nicht mehr so misstrauisch wie ehemals gegenübersteht, sondern ihn als williges Werkzeug betrachtet und behandelt, das in das Wirtschaftsleben einzugreifen hat, um ihre Profite zu steigern.

b) Kriegswirtschaft.

Der Krieg bedeutet für Renner ökonomisch nichts als eine gewaltige Beschleunigung des von ihm geschilderten Entwicklungsganges: er setzt das Kartell unter Staatshoheit, führt zur staatlichen „Bewirtschaftung“ der Futtermittel, Brotrfrucht, Fette, Oele, Metalle, Baumwolle etc. Alles das ist nichts „Absonderliches“, sondern Fortsetzung der bisherigen Entwicklung!

Zu den vielen Sonderbarkeiten der Rennerschen Auffassung lernen wir hier noch eine neue kennen: Er will aus den Erscheinungen der Kriegswirtschaft ökonomische Gesetze ableiten, obwohl doch im Kriege die wichtigsten Bedingungen der normalen Wirtschaft, der Friedenswirtschaft ausgeschaltet sind, und im heutigen Kriege mehr als je.

Nur auf zwei Unterschiede zwischen den beiden Arten der Wirtschaft sei hingewiesen.

Die Friedenswirtschaft ist der dauernde, normale Zustand, der jahraus, jahrein besteht, die Friedenswirtschaft muss daher darauf bedacht sein, dass der Produktionsprozess sich immer wieder in gleichem Ausmass (einfache Reproduktion) oder stets sich erweiterndem Ausmass (erweiterte Reproduktion) wiederholt. Sonst geht die Gesellschaft zugrunde.

Die Kriegswirtschaft ist ein vorübergehender Zustand, von dem man erwartet, dass er so rasch nicht wieder eintritt. Sie scheut daher, wenn der Kriegszweck es erfordert, nicht vor einer Gestaltung des Produktionsprozesses zurück, die seine Wiederholung in gleichem Ausmass unmöglich macht, die seinen Umfang immer mehr verengt.

Dies der eine Unterschied, der zweite ist der: Die Friedenswirtschaft vollzieht sich unter dem Drucke der Konkurrenz. Das gilt selbst dort, wo das Kartellwesen sie im Innern eines Landes zum Teil ausgeschaltet hat. Der Wettbewerb der Staaten untereinander bleibt bestehen. Er drängt, mit einem möglichst geringen Aufwand an Kosten, also an Arbeit, ein möglichst grosses Produkt unter möglichster Vermehrung der Produktivkräfte zu erzielen. Im Kriege ist die ökonomische Konkurrenz zwischen den Nationen verdrängt durch die Konkurrenz der Waffen. Da gilt es zu siegen nicht durch grössere Billigkeit, sondern durch überlegene Zerstörungskraft und überlegene Freudigkeit im Hinopfern von Kräften und Mitteln. Da hat die Wirtschaft die Aufgabe, ohne Rücksicht auf die Kosten und die Erhaltung der Produktivkräfte, die grösste Masse von Zerstörungsmitteln und von Mitteln zum „Durchhalten“ im Zerstörungsprozess zu erzeugen.

Schon das zeigt, dass die Produktionsbedingungen im Kriege grundverschieden sind von denen des Friedens. Renner

aber findet, der Krieg habe die Friedenswirtschaft der letzten Jahrzehnte „nicht aus der Bahn geworfen, nichts Absonderliches in sie hineingetragen“. (S. 18.) Ja er gesteht, dass ihm „die wirtschaftlichen Erscheinungen des Krieges die kapitalistische Entwicklung von 1878 bis 1914 erst ganz aufgehellt haben“. (S. 9.)

Dabei sind die Mittel der Kriegswirtschaft vielfach nichts als Auskunftsmittel in einer Zwangslage. Warum „bewirtschaftet“ (das heisst nicht: produziert, sondern rationiert) der Staat Getreide, Fette, Oele, Wolle etc.? Doch nur deshalb, weil die freie Einfuhr dieser Stoffe sehr gegen seinen Willen durch äussere Störungen unterbunden ist. Er setzt die staatliche „Bewirtschaftung“ nicht als höheres, vollkommeneres Prinzip dem freien Verkehr gegenüber, sondern nur als Verlegenheitsmittel, weil er den freien Verkehr nicht haben kann.

Die „Staatwirtschaft“ im Kriege, die Renner als Ergebnis der ökonomischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte erscheint, ist nichts, was nicht in jeder belagerten Stadt seit alters her sein Gegenstück fände. Neu ist bloss die ungeheure Tatsache, dass ganze grosse Reiche heute in dieser Lage sind. Aber auch das ist nichts ganz Unerhörtes. Als 1793 das revolutionäre Frankreich von den verbündeten Monarchien Europas bekriegt wurde, war es in einer ähnlichen Situation. Und dem entsprechend kam man damals schon zu ähnlichen Massregeln einer „durchstaatlichten“ Wirtschaft, gerade zu der Zeit, als nach Renner die bürgerliche Revolution die Oekonomie „entstaatlicht“ hatte. (S. 20.) Cunow kann ihm Näheres darüber mitteilen.

Auffallend in der heutigen Kriegswirtschaft ist aber folgendes:

Ein jeder Krieg erheischt rücksichtslose Eingriffe in das Privateigentum, um so mehr, je grösser die Not der Zeit. Da ist es nun bemerkenswert bei der heutigen „Bewirtschaftung“ verschiedener Produkte durch den Staat, welche Kraft das Privateigentum an den Produktionsmitteln entfaltet. Diese Kraft, trotz aller Durchstaatlichung, ist das Bemerkenswerte an der „Staatwirtschaft“, die der jetzige Krieg nach sich zieht. Eine wirkliche rationelle Staatwirtschaft müsste in den Produktionsprozess eingreifen, diese Grundlage des gesamten Wirtschaftens. Das wäre nicht möglich ohne Eingriffe in das Privateigentum an den Produktionsmitteln. In diesem Sinne erwartete Friedrich Engels vor einigen Jahrzehnten, dass ein Krieg Deutschlands gegen Frankreich und Russland zur „Anwendung der revolutionären Massregeln“ führen und die sozialdemokratische Partei stark genug sein werde, der Regierung solche Massregeln aufzuzwingen. Tatsächlich ist es bisher nicht zu derartigem einschneidenden

Vorgehen gekommen. Vor dem Privateigentum an Produktionsmitteln macht die Kriegswirtschaft respektvoll halt. Die heutige Art des staatlichen Eingreifens in die „Wirtschaft“ erfasst so weit weniger die Produktion als die Produkte, hat also mit dem marxistischen Sozialismus nichts zu tun, der die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel und der Produktion verlangt.

Da die Durchstaatlichung der Wirtschaft im Kriege nicht die Produktionsstätten verstaatlichte, erzeugte sie Resultate, die bei niemand Begeisterung für die „Staatwirtschaft“ erweckt haben. Allgemein ersehnt man den Moment, da der Friedenszustand gestattet, sie wieder los zu werden. Dies ist dem Umstand zuzuschreiben, dass das private Kapital und der private Grundbesitz im Staate stärker sind als je und die „Nationalisierung des Kapitals“ oder „Sozialisierung des Grundeigentums“ nichts als eine leere Redensart ist.

Wie stark das private Kapital dem Staate gegenüber ist, bezeugt schon die Tatsache, dass die Milliarden, die der Krieg erheischt, nicht durch erhöhte Besitzsteuern aufgebracht wurden, das heisst durch Beschlagnahme eines Teils des privaten „Nationalkapitals“, sondern durch Kriegsanleihen. Enorme Verschuldung der Nationen an das Kapital, Hunderte von Milliarden Nationalschulden — das ist das Kennzeichen der „Nationalisierung des Kapitals“.

Renner freilich sieht gerade in den Staatsschulden das Moment, das den Staat zum Erlöser des Proletariats macht:

„Diese direkte Staatsleitung muss sich täglich mehr gegen den Privatwillen des Kapitalisten kehren, ihn reglementieren, zwingen, beiseite schieben, geradezu ersetzen; sie muss automatisch das Privatinteresse des Kapitalisten kränken, seinen Anteil am Verwertungsprozess verringern und muss insbesondere nach Kriegsschluss der drängenden Finanznot zufolge wachsende Teile des gesellschaftlichen Mehrwertes sich selbst aneignen. Dadurch muss die heraufsteigende staatswirtschaftliche Epoche das Kapital aus seiner Herren- in die Dienerrolle zurückdrängen, der Staat selbst muss diesen Wandel erzwingen und das überlieferte Klassenverhältnis zwischen Bourgeoisie, Proletariat und Staat in sein Gegenteil verkehren.“ (S. 19.)

Ein Zukunftsbild von berückender Schönheit, das nur an einem kleinen Fehler leidet. Es stützt sich einzig und allein auf die erstaunliche Annahme, dass der Staat sich um so mehr „gesellschaftlichen Mehrwert aneignet“ und um diesen Betrag den Anteil des Kapitals am „Verwertungsprozess“ verringert, je mehr er der Kapitalistenklasse gegenüber in Schuldknechtschaft versinkt.

Leider ist diese Auffassung nicht auf Renner beschränkt, so müssen wir ihr noch ein paar Worte widmen.

Kein Zweifel, die Finanznot wird den Staat zwingen, die Kapitalisten nach dem Kriege schwerer zu besteuern als vorher. Aber wenn der Staat die Steuer einnimmt, so eignet er sie sich nicht an, um sie zu behalten. Er gibt sie wieder aus. Wenn wir auch diese Seite in Betracht ziehen, so ergibt sich folgendes:

Das Gesamteinkommen einer kapitalistischen Nation, das heisst der gesamte von ihr im Jahre geschaffene Neuwert, zerfällt in Mehrwert und Arbeitslohn. Von Zwischenformen sehen wir hier ab. Nehmen wir den extremsten Fall, der gesamte Betrag der Verzinsung der Staatsschuld wird durch Besteuerung des Mehrwerts herausgeholt. Was geschieht? Dieser selbe Betrag wird, wenn wir die Kapitalistenklasse als Ganzes in Betracht ziehen, der gleichen Klasse in der Form der Steuer genommen, um ihr in der Form des Zinses wiedergegeben zu werden.

Ein derartiger Vorgang kann und muss innerhalb der Kapitalistenklasse grosse Verschiebungen hervorrufen, aber der Anteil der Kapitalistenklasse als Ganzes am „Verwertungsprozess“, am „gesellschaftlichen Mehrwert“ wird um kein Jota dadurch verringert.

Dieser extreme Fall wird indes kaum je eintreten. Ein Teil der neuen Steuerlasten wird sicher den arbeitenden Klassen auferlegt werden. Der Betrag, um den ihr Lohn in dieser Weise verringert wird, fliesst durch Vermittlung des Staates der Kapitalistenklasse in der Form der Verzinsung der Staatsschuld als Mehrwert zu. Die Masse des Mehrwertes, die das Kapital erlangt, sein „Anteil am Verwertungsprozess“ wird dadurch also nicht vermindert, sondern vermehrt auf Kosten des Arbeitslohnes.

Das und nichts anderes wird die Finanznot nach Kriegsschluss bewirken.

Es bleibt Renners Geheimnis, wieso dabei „das Kapital aus seiner Herren- in die Dienerrolle zurückgedrängt“ und das „überlieferte Klassenverhältnis zwischen Bourgeoisie, Proletariat und Staat in sein Gegenteil verkehrt“ wird.

Daran ist natürlich nicht zu zweifeln, dass die drängende Finanznot grosse ökonomische und soziale Wirkungen ausüben wird. Aber warum soll diese Not im Frieden allein schon genügen, den Staat, das heisst Regierung und Bürokratie, aus einem Diener in einen Herrn des Kapitals zu verwandeln, wo doch das stete Wachsen der Kriegsanleihen beweist, dass nicht einmal die noch viel mehr drängende Kriegsnote Derartigen herbeizuführen vermochte?

Was die Finanznot bewirken wird, das ist nicht wachsende Unabhängigkeit der Staatsgewalt von der Kapitalistenklasse, sondern wachsende Verschärfung der Klassengegensätze im

Staat und Verschärfung der Klassenkämpfe um die Staatsgewalt.

Die Masse des Kapitals als Einnahmsquelle der Kapitalistenklasse wird durch die Finanznot nicht geändert. Wohl aber das Verhältnis zwischen produktivem Kapital, das die Form von Produktionsmitteln (Maschinen, Gebäuden, Rohstoffen etc.) annimmt, und unproduktivem Kapital, das in der Form der Staatsanleihe nichts ist als ein Zahlungsverprechen des Staates, das dem Besitzer einen Anspruch auf den regelmässigen jährlichen Bezug einer bestimmten Geldsumme durch den Staat verleiht.

Bloss das produktive Kapital, das zur Anwendung von Arbeitern in der Wertproduktion dient, hat auf die Grösse des jährlich geschaffenen Wertes und damit auch Mehrwerts Einfluss, nicht das unproduktive Kapital. Bei gleichbleibender organischer Zusammensetzung des Kapitals, gleicher Produktivität und Ausbeutung der Arbeit sinkt die Gesamtmasse des Mehrwerts in dem Masse, in dem das produktive Kapital abnimmt.

Die Kriegführung nimmt heute weit mehr Produkte in Anspruch, als an Ueberschuss über die Bedürfnisse der Bevölkerung und über den Wiederersatz der verkauften Produktionsmittel hinaus im Jahre geschaffen wurde. Sie verbraucht für sich einen grossen Teil der Arbeitskräfte oder Produkte, die dem Wiederersatz von Produktionsmitteln dienen sollten, ja sie verbraucht Stoffe, z. B. Metalle, die im Laufe von Jahrzehnten angehäuft wurden, vielfach schon in den Verbrauch übergegangen waren und jetzt wieder dem Konsum entzogen werden, um neuerdings in Produktionsmittel für Kriegszwecke verwandelt zu werden. Das ist jener Prozess, den Renner als Beginn der „staatswirtschaftlichen Epoche“, als „staatliche Bewirtschaftung“ der Metalle, Textilstoffe etc. bezeichnet. So vermindert sich rasch die Menge der für Produktion und Konsum verfügbaren Stoffe in den kriegführenden Staaten, ja in der Welt überhaupt, da diese Staaten den grössten Teil des Erdballs besetzt halten und in Anspruch nehmen. Da das Privateigentum noch in voller Kraft besteht und das Kapital den Staat beherrscht, werden die Stoffe, die der Staat für seine kriegerischen Zwecke den Privaten abnehmen muss, nicht ohne Entschädigung beschlagnahmt, sie werden auch nicht mit Geldmitteln gekauft, die man durch Besteuerung der Kapitalisten aufbringt, sondern sie werden bezahlt mit Geldmitteln, die der Staat von denselben Kapitalisten leiht, denen er ihre Stoffe abkauft. So lange sie etwas zu verkaufen haben, das heisst solange die für den Krieg erforderlichen Stoffe nicht gänzlich verbraucht sind, wird also das Geld für die Kriegsanleihen nicht fehlen. Die Kapitalmenge im Lande selbst nimmt dabei an-

scheinend nicht ab, nur das Verhältnis zwischen produktivem und unproduktivem Kapital verschiebt sich immer zu ungunsten des ersteren.

Waren vielleicht in einem Staate vor dem Kriege 300 Milliarden an produktivem Kapital vorhanden, so kann das Verhältnis nach dem Kriege beispielsweise sich so gestalten, dass nur noch 200 Milliarden produktives Kapital vorhanden sind. Die anderen 100 Milliarden sind stofflich verbraucht, als Kapital haben sie die Form von Kriegsanleihen, unproduktivem Kapital angenommen. Für den Kapitalisten kann es gleich sein, woher er sein Einkommen bezieht. Aber die Masse des neugeschaffenen Mehrwertes hängt nur von der Menge des produktiven Kapitals ab. Hat sich dieses um ein Drittel vermindert, so wird bei sonst gleichbleibenden Verhältnissen auch die Masse des Mehrwerts um ein Drittel vermindert sein. Dabei kann das durchschnittliche Einkommen der einzelnen Kapitalisten wachsen, wenn die Gesamtzahl der Kapitalisten noch rascher abgenommen hat als die Masse des Mehrwertes, wenn zum Beispiel die eine Hälfte der Kapitalisten bankrott wird. Die andere Hälfte kann reicher sein als je.

Das ist aber eine Wandlung, die sich nicht ohne tiefgehende heftige Kämpfe abspielen kann. Und es werden Kämpfe nicht bloss zwischen Individuen sein, sondern zwischen ganzen Gruppen mehr und weniger begünstigter Kapitalisten. Diejenigen, deren Besitz von Natur aus die Monopolisierung begünstigt, diejenigen, in deren Reihen die Zentralisierung des Kapitals am fortgeschrittensten ist, sowie diejenigen, deren Produkte am meisten verbraucht werden, am lebhaftesten begehrt, am unentbehrlichsten sind, werden am ehesten in der Lage sein, Extraprofite zu gewinnen und die Last des veränderten Zustandes auf andere Industriegruppen abzuwälzen. Diese hochkommenen Schichten, die schon im Kriege ihre Lage durch reiche Kriegsgewinne verbessern, was Renner als „Verringerung des Anteils am Verwertungsprozess“ erscheint, es sind dieselben, die bereits vor dem Kriege durch jenen Prozess, den Renner als „Nationalisierung des Kapitals“ bezeichnet, die Nation ökonomisch immer mehr beherrschten: die Herren der Schwerindustrie und der Grossbanken sowie die grossen Grundbesitzer.

Die von ihnen abhängigen Industriellen werden in eine sehr bedrängte Lage kommen, in der nur die reichsten und skrupellosesten Aussichten haben, sich zu behaupten. Diese werden den Druck, der auf sie geübt wird, nach der Richtung des geringsten Widerstandes weitergeben, das heisst, sie werden sich auf Kosten der Arbeiterschaft zu retten suchen.

Dabei wird ihnen sehr zustatten kommen die grosse Arbeitslosigkeit, die infolge der Verminderung des produktiven

Kapitals nach dem Kriege einsetzen muss, sobald das Fortwirtschaften durch Aufbrauchen akkumulierter Produktions- und Konsumtionsmittel ohne Wiederersatz ein Ende nimmt.

Die Lohndrückerei wird noch durch ein anderes Moment bewirkt werden. Im Kriege ist der Staat wirklich das geworden, was Renner ein „geschlossenes Wirtschaftsgebiet“ nennt, und in ihm ist wirklich das Wertgesetz aufgehoben. Hier gilt das, was Renner schon in der Friedenswirtschaft vor dem Kriege entdeckt haben wollte:

„Fernab liegt die Zeit freien Angebotes und Verkehres der Welt, das Wertgesetz des Warenumtausches gilt nur in letzter Linie.“ (S. 18.)

Was Renner als Produkt der ökonomischen Entwicklung ansieht, das schon vor dem Kriege gereift war, ist tatsächlich bloss Produkt der abnormen Verhältnisse des Krieges, ist erst in seinem Fortgang allmählich zutage getreten und muss nach seinem Aufhören, wenn auch vielleicht nicht sofort, verschwinden.

Heute schon lechzt alle Welt nach dem „freien Angebot und Verkehr der Welt“. Er kann aber nicht wieder hergestellt werden, ohne dass das Wertgesetz wieder in seine Rechte tritt, trotz seiner Modifikationen durch Schutzzölle und Kartelle, die bestimmte Schranken nicht übersteigen können. Mit dem Wertgesetz tritt aber auch das Lohngesetz wieder in Kraft.

Begegnet der Kapitalist auf dem Weltmarkt wieder der Konkurrenz, kann er die Preise seiner Waren nicht mehr willkürlich ansetzen, werden sie wieder durch die Produktionskosten bestimmt, dann tritt auch wieder mit voller Wucht der Drang in Kraft, die Produktionskosten herabzuschrauben auf Kosten der Lohnarbeit. Entweder, was das bequemste und nächstliegende, durch Drücken der Löhne, oder, wo das auf Widerstand stösst, dadurch, dass billige Arbeitskräfte an Stelle teurer, Frauen und Kinder an Stelle von Männern gesetzt werden, oder arbeitsparende Maschinen und Methoden Menschenkraft entbehrlich machen.

So haben wir nach dem Kriege mit einem beispiellosen Lohnsturz zu rechnen.

Auch die Preise vieler Waren werden sinken, die bei der Abschliessung des Wirtschaftsgebietes und bei der Monopolstellung der Produzenten, die der Krieg geschaffen hat, sich hoch über das Niveau der Produktionskosten erhoben. Doch im Gegensatz zum Ueberfluss an Arbeitskräften, der nach dem Kriege eintreten muss, wird der Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen im Frieden noch längere Zeit fort dauern. Die Abweichungen des Preises vom Wert werden aber bekanntlich in hohem Grade durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt. Der Preis der Ware Arbeitskraft wird unter

diesen Verhältnissen unter ihren Wert sinken, der Preis der Nahrungsmittel und Rohstoffe über ihrem Werte stehen, wenn er auch das heutige Niveau wahrscheinlich nicht wird behaupten können. Wir sehen hier ab von dem Einfluss eventueller Geldverschlechterungen.

Wir werden eine Teuerung haben, höhere Preise, als sie vor dem Kriege bestanden, eine Teuerung, die dann nicht mehr wie jetzt durch hohe Löhne vieler Arbeiterschichten gemildert, sondern durch Lohnherabsetzungen furchtbar verschärft wird.

Zu diesen Wirkungen auf Kapital und Proletariat gesellen sich nun die auf die Träger der Staatsgewalt. Die Finanznot zwingt sie zu Steuererhöhungen, sie mögen wollen oder nicht. Niemals werden sie die neuen Steuern völlig der Kapitalistenklasse aufbürden können. Diese selbst wird die Steuerlast von sich möglichst den schwächeren Schultern, also dem Proletariat, zuschieben. Das kann sie indirekt erreichen, indem sie den Steuern, die sie selbst treffen, eine Form zu geben sucht, die es ihr ermöglicht, die Last ökonomisch, etwa durch Preis- oder Mieterhöhungen und dergleichen abzuwälzen. Daneben wird sie aber auch direkt die Belastung des Proletariats anstreben durch Einführung von Steuern, die von vornherein auf die grosse Volksmasse fallen. Sie wird versuchen, diese Belastung zu bemänteln und namentlich die Monopole sind dazu sehr geeignet, besonders wenn die kapitalistischen Finanzmänner dabei noch das Glück haben, die Unterstützung von Sozialdemokraten Cunowscher Färbung zu finden, die dem Proletariat einreden, ein fiskalisches Monopol sei keine indirekte Steuer, sondern eine Konfiskation kapitalistischer Profite.

Trotz solcher Helfer werden doch alle die hier erwähnten Faktoren die Klassengegensätze nach dem Kriege auf eine furchtbare Höhe steigern.

Schon in dem Jahrzehnt vor dem Kriege fanden wir ein zunehmendes Stagnieren der Lohnbewegung und wachsende Teuerung. Wir fanden in der Zeit, die Renner als die der „Nationalisierung des Kapitals“ bezeichnet, zunehmende Proletarisierung der Nationen; und in dieser Zeit, in der er auch hochgradige „Durchstaatlichung der Wirtschaft“ sieht, wachsende Zunahme der Staatslasten, der Steuern und Zölle. Alles das erzeugte eine stete Verschärfung der Klassengegensätze und Klassenkämpfe, bewirkte aber auch, dass diese immer weniger rein gewerkschaftlich blieben, immer mehr politisch wurden. Je mehr sich das Kapital der Staatsgewalt bemächtigt und seinen Zwecken dienstbar macht, um so mehr wird auch der Kampf des Proletariats gegen das Kapital ein Kampf gegen die Staatsgewalt.

In diesem Kampfe gewinnt das Proletariat den höchsten Grad von Kraft, dessen es in einem gegebenen Moment fähig

ist. Der rein gewerkschaftliche Kampf hat die Tendenz, die Arbeiter eines Berufes zusammenschliessen, nicht aber die aller Berufe. Denn die ökonomischen Augenblicksinteressen der einzelnen Berufe sind nichts weniger als identisch, oft sehr verschieden. Viel eher als im gewerkschaftlichen Kampfe werden sich im Kampfe gegen die Staatsmacht die Arbeiter als Klasse ihrer gemeinsamen Interessen bewusst. So sagt auch das „Kommunistische Manifest“: „Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf.“

Es hängt nicht vom Belieben des Proletariats ab, ob der gewerkschaftliche oder der politische Kampf bei ihm im Vordergrund steht. In Perioden der Prosperität verheisst im allgemeinen der gewerkschaftliche, in Perioden der Krise oder Stagnation der politische Weg bessere Erfolge. Aber stets konnte man die Erfahrung machen, dass das Proletariat bedeutungslos wird, in verschiedene Schichten zerfällt, die einander fremd, mitunter feindselig gegenüberstehen, wenn der gewerkschaftliche Kampf allein es beschäftigt.

Das war der Fall in England ein Menschenalter lang seit den Sechzigerjahren des vorigen Jahrhunderts, es gilt jetzt noch in Amerika.

Seine grösste Kraft entfaltete es dort, wo selbständiger politischer Kampf es ganz erfüllt, wie in der Chartistenbewegung Englands. Der Einfluss und die Bedeutung der englischen Arbeiterbewegung, die dann in der Zeit der Nurgewerkschafterei sehr gesunken waren, wuchs von neuem rasch in den letzten zwei Jahrzehnten, als Teuerung und Stagnation wieder den politischen Kampf in den Vordergrund brachten und die Gewerkschaften politisierten. Die englische Arbeiterpartei war noch keine sozialistische Partei, aber auf dem besten Wege, eine zu werden und der ganzen bürgerlichen Welt ihres Landes gewachsen zu sein, als der Krieg diese vielverheissende Entwicklung zeitweilig unterbrach.

Die Verschärfung der Klassengegensätze durch Stagnation, Teuerung, Steuerlasten, die zunehmende Politisierung des Klassenkampfes, das Wachsen der Opposition gegen die Staatsgewalt — das und nicht die Nationalisierung des Kapitals und Durchstaatlichung der Wirtschaft, zeigte uns die Entwicklung vor dem Kriege. In meinem „Weg zur Macht“ habe ich diese Entwicklung deutlich gezeichnet, sehr zum Aerger so manches Gewerkschaftsführers, obwohl ich dort nicht gegen die Gewerkschaften, sondern gegen die Illusionen der Nationalsozialen polemisierte, die vermeinten, wir wüchsen von selbst durch die blosse kapitalistische Entwicklung und das wachsende Entgegenkommen der Staatsgewalt, ohne jeden Kampf gegen und um diese Gewalt in den Zukunftsstaat hinein.

Nach dem Kriege werden die Verhältnisse, die sich schon vor ihm herausgebildet hatten, in kolossal vergrössertem Massstabe wiederkehren.

Der Krieg selbst hat diese Entwicklung vorübergehend unterbrochen, einmal dadurch, dass er den Burgfrieden herbeiführte, dann aber auch dadurch, dass er die Gesetze der Friedenswirtschaft in ihr Gegenteil verkehrt, mit seinem geschlossenen Wirtschaftsgebiet, mit seiner Aufhebung des Wertgesetzes und Lohngesetzes, mit dem Herausziehen von Millionen von Arbeitskräften aus der Produktion, mit einer Produktion, die die Produktivkräfte der Staaten nicht vermehrt, sondern aufzehrt, die jede Reproduktion auf erweiterter, ja selbst auf gleicher Stufenleiter unmöglich macht. Die Kriegsproduktion bedeutet Reproduktion auf stets mehr sich verengender Stufenleiter. Diesen Fall hat Marx im „Kapital“ nicht in Betracht gezogen. Er hat mit normaler Wirtschaft nichts zu tun.

Diese Verkehrung aller Bedingungen einer normalen Wirtschaft in ihr Gegenteil hat im Kriege Erscheinungen gezeigt, die oberflächlichen Beschauern die Anschauungen des Nationalsozialismus aus der Zeit vor dem Kriege zu bestätigen scheinen, und haben gleichzeitig in manchem bis dahin internationalen Sozialdemokraten die psychischen Vorbedingungen eines nationalen Sozialismus erzeugt.

Um für diesen eine theoretische Basis zu schaffen, war nun bloß noch eines notwendig: die Kriegswirtschaft nicht nur für normale Wirtschaft zu erklären, sondern auch für eine Wirtschaft, aus deren Erscheinungen die Gesetze der normalen Friedenswirtschaft noch deutlicher zu erkennen sind als aus dieser selbst. Das hat Renner in seinem Buche geleistet.

Er meint, der Krieg habe ihm „die kapitalistische Entwicklung von 1878 bis 1914 erst ganz aufgehellt“.

In Wirklichkeit hat er ihn gelehrt, diese Entwicklung ganz verkehrt zu sehen.

c) Staatssozialismus.

Renners Verkehrtheit ist neuesten Datums. Aber von ihren Ergebnissen kann man nicht das gleiche sagen. Sie sind, wie schon bemerkt, bei den Nationalsozialen und deren Vorgänger Schippel zu finden. Dieser, der sich an Rodbertus gebildet, führt uns aber direkt zum Staatssozialismus der Vierzigerjahre zurück, der sich wieder als eine Fortsetzung der grossen Utopisten erweist. Wie diese, zweifeln auch die Staatssozialisten an der Möglichkeit, dass das Proletariat sich selbst befreien könne. Für ihre Zeiten hatten sie damit auch vollkommen recht. Ihr Fehler lag darin, nicht die Entwicklungsfähigkeit des Proletariats zu erkennen.

Die ersten Utopisten wollten die menschenfreundlichen aufgeklärten Kapitalisten überreden, die neue sozialistische Gesellschaft zu begründen. Die Staatssozialisten erwarteten nichts mehr von den Kapitalisten, aber alles von einer aufgeklärten, über den Klassen stehenden Monarchie und Bürokratie, die das Proletariat befriedigen würden, um einen gewaltsamen revolutionären Ausbruch zu hindern, der nur verheerend wirken könnte.

Was uns Renner in seinem Buche vorführt, ist ein Bastard zwischen Naumann und Rodbertus, angetan mit marxistischem Kostüm, der die Sprache der Kriegsjournalistik spricht und dem Proletariat zuredet, Vertrauen zur Regierung zu haben, die sich ihm immer mehr nähert und durch die Logik der Tatsachen gedrängt werde, „immer vorwiegender dem Proletariat zu dienen“.

Er kommt zu dem Schlusse:

„Die bloße Tatsache, dass, je entwickelter ein Proletariat war, desto näher seine Vertreter zur Staatsregierung getreten sind, gibt sehr zu denken. Also wäre der Grad der Staatsnähe und nicht der Grad der Staatsferne ein Merkmal der Klassenreife! Und das verwundert uns nach den Ergebnissen der vorangegangenen Studien durchaus nicht!“ (S. 379.)

Hier ist alle Beziehung auf den Klassenkampf aufgehoben. Das Verhältnis der Vertreter des Proletariats zur Staatsregierung wird hier nicht abhängig gemacht davon, in den Händen welcher Klasse diese Regierung ist, welche Klassenpolitik sie treibt. Keine Spur des Gedankens, dass die „Staatsferne“, das heisst die Opposition des Proletariats gegen die Regierung, an Schrofheit wachsen kann, wenn die Regierung immer kapitalistischer wird. Dass die Opposition am energischsten gerade dann sein kann, wenn sie dem Siege am nächsten ist, wenn die Bourgeoisie die verzweifeltsten Versuche macht, die Staatsgewalt zu behaupten.

Nein, der Staat ist für Renner etwas, das sich von selbst, in den Händen welcher Klasse immer die Staatsgewalt sein mag, notwendigerweise der Arbeiterklasse nähert, so dass es bloss ein Zeichen der Unreife des Proletariats bedeutet, wenn seine Vertreter der Staatsregierung nicht „näher treten“.

Renner ist nicht der einzige, der so denkt. Die Anschauungen, die er vertritt, sind in der Mehrheit jenes Teils der Deutschen Sozialdemokratie vorherrschend, auf dessen Seite sich die Inhaber des alten Parteiapparats stellten.

So weist Lensch in der „Glocke“ (24. November 1917, S. 287) darauf hin, dass er in seiner Schrift über „Das Ende und das Glück der Sozialdemokratie“ den gleichen Standpunkt vertrat. Er sagte dort:

„Wenn am 4. August die deutsche Sozialdemokratie aus Rücksicht auf ihr eigenes Interesse die Notwendigkeit des Staates anerkennen musste, so wird in Zukunft der Staat aus Rücksicht auf sein Interesse die Notwendigkeit der Sozialdemokratie anerkennen müssen.“

Das heisst, die Notwendigkeit derjenigen Art von Sozialdemokratie, zu der Lensch gehört. Er fährt fort:

„Und Renner, den Scheidemann in Würzburg den ‚trefflichen Renner‘ nannte, drückt den gleichen Gedanken mit den Worten aus: ‚Die Oekonomie dient immer ausschliesslicher der Kapitalistenklasse, der Staat immer vorwiegender dem Proletariat.‘ Und gewitzigt durch gewisse Erfahrungen, die man freilich nicht bloss in Oesterreich macht, fügt er hinzu: ‚Ich sehe schon die Vulgärmarxisten die Steine wider mich auflesen.‘

Ja die Respektlosigkeit der frechen ‚Vulgärmarxisten‘ geht noch weiter. Sie erlauben sich sogar, jene ‚trefflichen‘ klassischen Marxisten ob ihres blinden, durch nichts gerechtfertigten Vertrauens zu ihren Regierungen direkt auszulachen.

5. Organisation und Sozialismus.

a) Organisation und Staat.

Nur eine Frage sei noch erörtert, und zwar deshalb, weil die Auffassung, die hier Renner vertritt, in weiten Kreisen geteilt wird.

Renner wiederholt die alte Auffassung, der Sozialismus sei das Gegenteil von „Individualismus“. Der Kapitalismus sei „individualistisch-anarchistisch“, der Sozialismus dagegen bedeute das Prinzip der Organisation. Auf S. 8 sagt er:

„Karl Marx hat jene individualistisch-anarchistische Wirtschaftsweise erforscht und beschrieben, um sie zu verneinen . . . , die kapitalistische Gesellschaft, wie sie Marx erlebt und beschrieben hat.“

Dagegen auf S. 30:

„Sozialismus in seiner rechtlichen Bestimmtheit ist Organisation und Verwaltung.“

Und auf S. 200 wird „die Arbeiterklasse die Mutter des Organisationsgedankens“ genannt.

In Wirklichkeit ist der Organisationsgedanke so alt, wie die Menschheit selbst. Die Menschen sind von Natur aus soziale Tiere, gesellschaftliches Zusammenwirken setzt aber Organisation voraus. Das heisst, dass bestimmte Mitglieder der Gesellschaft bestimmte Funktionen im Interesse der Gesamtheit übernehmen und vollziehen und dass eine Leitung da ist, die dieses Funktionieren einrichtet und überwacht. So wird eine gewisse Analogie einer Organisation von Menschen mit einem tierischen Organismus hergestellt, wobei die einzelnen tätigen Mitglieder die Glieder des Körpers und die leitenden Mitglieder sein Gehirn darstellen.

Renner drückt das etwas mystisch aus, wenn er vom Staate sagt:

„Hier nun hätte die Untersuchung einzusetzen, wie denn das Recht das Wunder vollbringt, aus Millionen Einzelmenschen gleichsam ein Individuum höherer Ordnung zu schaffen, was denn das Recht eigentlich sei und was denn der Staat, dieses sein Geschöpf und doch auch Schöpfer zugleich. Eine verjüngte und geläuterte Marxistenschule wird diese Antwort zu geben, wird uns von dem Fetisch des Rechtes zu befreien haben, der uns noch immer narret, und die Wirklichkeit des Rechtes aufhellen. Einst-

weilen aber müssen wir uns mit einer Darstellung begnügen, die bloss auf einer Analogie zu beruhen scheint, aber dennoch zutrifft: Wir betrachten den Staat unter dem Bilde eines einzelnen Menschen, der, trotz seiner Vielköpfigkeit, denkt, fühlt und will wie ein physiologisches Individuum, und ebenso handelt, obschon mit unendlich gewaltigeren Mitteln.“ (S. 228.)

In Ermangelung jener verjüngten und geläuterten Marxistenschule erlaube ich mir zu bemerken, dass durch den „Fetisch des Rechtes“ nur „genarrt“ wird, wer vermeint, dass es „ein Wunder“ vollbringt und den Staat als ein Individuum schafft, das ebenso denkt, fühlt, will und handelt wie ein physiologisches Individuum.

Der Staat denkt, fühlt und will ebenso sehr oder ebenso wenig wie irgendeine andere Organisation von Menschen, etwa eine Aktiengesellschaft oder eine Gewerkschaft. Sein Recht vollbringt kein grösseres Wunder als irgendein Organisationsstatut. Wer denkt und fühlt, will und handelt, das sind immer nur die Menschen, die Mitglieder des Staates oder der Aktiengesellschaft oder der Gewerkschaft, die ihr Recht oder ihr Organisationsstatut festsetzen und ihre Leitung bestimmen oder sie schon fertig vorfinden und dann entweder sich gefallen lassen oder umändern.

Darin liegt gar nichts Geheimnisvolles, kein Fetisch und kein Wunder. Und der Staat macht keine Ausnahme unter den Organisationen.

Damit ist natürlich nicht gesagt, dass es keine Unterschiede unter ihnen gibt. Sie sind der mannigfachsten Art.

Schon ihr Alter unterscheidet sie. Die einen sind jüngsten Datums, oft unter unseren Augen, mitunter durch unsere eigene Tätigkeit entstanden. Nicht das geringste Mysterium haftet ihnen an. Andere sind aus der grauen Vorzeit überkommen, keine Zeugnisse geben uns die Umstände ihrer Begründung kund. Man kann sich diese so geheimnisvoll als möglich vorstellen. Die einen sind das bewusste Produkt der Tätigkeit einzelner Individuen, die anderen findet der Mensch der jetzigen Generation fertig vor, er wird in sie hineingeboren und durch sie von seinen frühesten Anfängen an bestimmt, ehe er noch die geringste Möglichkeit hat, auf sie bestimmend einzuwirken. So Staat, Kirche, auch Familie. Sie erscheinen nicht als sein Produkt, sondern er als das ihrige.

Die einen Organisationen werden zusammengehalten durch ausgeklügelte und schriftlich festgesetzte Regeln. Andere sind nach und nach von selbst aus den Verhältnissen erwachsen und werden durch Gefühle, Bedürfnisse, Instinkte, Gewohnheiten zusammengehalten, die meist die Form ethischer Kräfte annehmen.

Der Mensch ist eben von Natur aus, wie gesagt, ein soziales Tier. Schon seine tierischen Vorfahren müssen rudelweise zu-

sammengelebt haben, werden, wie so viele andere Herdentiere, schon rohe Organisationen gebildet haben, in denen den einzelnen Mitgliedern gelegentlich bestimmte Funktionen der Leitung, des Wachdienstes, des Vorkampfes zufielen. Mit dem Aufkommen der Sprache erstand die Möglichkeit besserer Verständigung, die Möglichkeit, einzelne Funktionen planmässiger auszubilden, die Organisation straffer zu gestalten und deren Erfahrungen den Nachkommen zu überliefern. Mit der Schrift wurde dann die Möglichkeit gewonnen, die organisatorischen Regelungen oder Gesetze nicht nur dauernd und genau festzulegen, sondern auch den Umkreis, für den sie galten, über den Kreis hinaus zu erweitern, der durch mündliche Verständigung erreichbar war.

Bei alledem spielen aber bis heute in jeder Organisation die gefühlsmässigen Bindemittel, die sogenannten Imponderabilien, eine wichtige Rolle, mag auch die organisatorische Regelung durch schriftliche Gesetze und Statuten noch so sehr ausgebildet, und mag auch die Schaffung und die Anwendung der Gesetze noch so sehr besonderen Körperschaften zugewiesen sein. Das gilt nicht nur für überkommene Organisationen, wie Staat und Kirche, sondern auch für ganz neue, zu unserer Zeit begründete. Die Begeisterung für die proletarische Sache und das Vertrauen zu unseren Vorkämpfern, namentlich zu Bebel und Liebknecht, hat die Organisation der sozialdemokratischen Partei fester zusammengehalten und ihr mehr Kraft verliehen als alle Paragraphen des Parteistatuts.

Immerhin gibt es auf diesem Gebiete gewaltige Unterschiede. Die Extreme bilden auf der einen Seite Organisationen, bei denen der Buchstabe des Gesetzes oder des Statuts fast ausschliesslich entscheidet, wie zum Beispiel Aktiengesellschaften, und auf der anderen Organisationen, die fast nur durch Bedürfnisse, Gefühle, Sitten und Gewohnheiten zusammengehalten werden, wie etwa eine Familie.

Die Unterschiede, die zwischen den Organisationen in Bezug auf ihre Grösse, ihre Macht sowie ihre Wichtigkeit bestehen, liegen auf der Hand. Die Mitgliedschaft bei einem Kegelklub ist ohne alle Bedeutung für das Individuum. Dagegen war es im Mittelalter unmöglich, ausserhalb der Kirche zu leben; die Exkommunikation, der Ausschluss aus der Kirche, bedeutete dort, wo er tatsächlich durchgeführt wurde, die Abschneidung von allen Lebensquellen. So ist heute die Organisation des Staates so umfassend und übermächtig, dass ein Leben ausserhalb des Staates unmöglich ist. Man mag wohl durch Auswanderung dem einen Staat entgehen, aber das ist nicht zu erreichen, ohne dass man von einem anderen aufgenommen wird.

Indes so unendlich hoch auch an Machtfülle und Unentrinnbarkeit der Staat über einem Kegelklub steht, er ist doch, gleich diesem, nur eine Organisation von Menschen, und wenn man von ihm sagen wollte, dass er „denkt, fühlt und will wie ein physiologisches Individuum und ebenso handelt“, müsste man das gleiche auch von einem Kegelklub sagen können.

Endlich sei noch ein wichtiger Unterschied unter den Organisationen erwähnt, der auftritt, nachdem sich in der Gesellschaft Unterschiede und Gegensätze von Klassen gebildet haben.

Die einen Organisationen umfassen nur Mitglieder, die alle der gleichen Klasse angehören, die anderen umfassen Mitglieder verschiedener Klassen.

Eine Organisation der ersteren Art, in der nur eine Klasse vertreten ist, etwa nur Kaufleute oder Handwerker oder Grundbesitzer etc., dient stets dazu, die Kraft dieser Klasse zu vermehren, einerlei, ob es eine ausbeutende oder eine arbeitende Klasse ist.

Nicht so einfach liegt die Sache in einer Organisation, die Mitglieder verschiedener Klassen enthält. In manchen dieser Organisationen befindet sich die Leitung von vornherein in den Händen der Ausbeuter. Die Kraft, die aus der Organisation hervorgeht, wird dort direkt zu einer Kraft, die den Ausbeutern zugute kommt. In der Organisation und durch die Organisation wird ja die Macht der Ausbeutung verstärkt. Als ein Beispiel einer derartigen Organisation dient eine kapitalistische Fabrik. Ein anderes Beispiel bietet ein Staat, der dadurch entsteht, dass ein kriegerischer Stamm ein fremdes Gebiet erobert, dessen ebenso friedliche wie fleissige Bevölkerung unterjocht, expropriert und in seinen Dienst zwingt.

Zu dem gleichen Resultat, aber auf einem Umweg, kommt eine aus Mitgliedern verschiedener Klassen zusammengesetzte Organisation, in der die Leitung nicht von vornherein in Händen der Ausbeuter liegt, sondern demokratisch von der Gesamtheit, also auch den Ausgebeuteten besetzt wird. Den Mitgliedern aus gesellschaftlich begünstigten Klassen, die ein Monopol entweder auf die Machtmittel des Krieges oder der Intelligenz oder der Produktion (die Produktionsmittel, vor allem Grund und Boden) besitzen, wird es in einer solchen Organisation durch ihre bevorzugte Stellung fast stets früher oder später gelingen, deren Leitung in die Hand zu bekommen und durch sie die Machtmittel der Organisation in Machtmittel der eigenen, ausbeutenden Klasse zu verwandeln, ihrer sozialen Position neue, kräftige Stützen zu geben. So wird aus der Leitung eine Herrschaft, aus der Organisation eine Herrschaftsorganisation, ein Mittel, Unterdrückung und Ausbeutung zu sichern und zu verlängern.

Gar manche in ihrem Ursprung demokratische Kirche, gar manche demokratische Produktivgenossenschaft ist so im Lauf der Entwicklung durch das Wirken von Klassenunterschieden zu einer Herrschaftsinstitution geworden. Und so auch manches Gemeinwesen primitiver Demokratie zu einem Ausbeuterstaat.

Nun ist auch der umgekehrte Fall möglich. In einer derartigen Organisation kann die ausgebeutete Klasse an Zahl, an Intelligenz, an Zusammenhang so erstarren, dass es ihr gelingt, die Leitung und die Verfügung über die Machtmittel der Organisation zu erobern.

Aber das vermag kein dauernder Zustand zu bleiben. Die ausgebeutete Klasse kann nicht die Organisation beherrschen, ohne sie nun ihrerseits zu einem Werkzeug ihrer Klasseninteressen zu gestalten, also sie zu benutzen, die Ausbeutung und die gesellschaftlich bevorzugte Stellung der Ausbeuterklasse, ihr Monopol auf Besitz, Bildung oder Waffen zu bekämpfen und ihm innerhalb des Bereiches der Organisation ein Ende zu machen. Gelingt ihr das nicht, sind die gesellschaftlichen Bedingungen dazu nicht gegeben, die in letzter Linie in den Produktionsverhältnissen begründet sind, dann wird über kurz oder lang die gesellschaftlich bevorzugte Klasse auch wieder die Organisation beherrschen.

Organisationen, die mehrere Klassen umfassen, sind also in der Regel Herrschaftsorganisationen der durch die gesellschaftlichen Verhältnisse begünstigten Klassen.

Die machtvollste und umfassendste Organisation dieser Art ist der Staat geworden. Diese Machtstellung und Grösse ist dasjenige, was ihn von anderen Organisationen unterscheidet. Es ist ein Unterschied des Grades, nicht des Wesens. Im Mittelalter war die grösste und mächtigste Organisation die Kirche. Die gewaltigsten und erbittertsten Kämpfe wurden bei seinem Ausgang daher um den Besitz der Kirchengewalt ausgekämpft, ebenso wie heute um den Besitz der Staatsgewalt gerungen wird. Es wird jedoch niemand einfallen zu behaupten:

„Die blosse Tatsache, dass, je grösser das Interesse an der Reformation war, desto näher ihre Vertreter zum Papsttum getreten sind, gibt zu denken.“

Renner stellt diese Behauptung auf, nur spricht er nicht vom Verhältnis der Reformation zum Papsttum, sondern von dem der Vertreter des Proletariats zur Staatsregierung.

b) Organisation und Krieg.

Je mehr sich die Gesellschaft entwickelt, desto zahlreicher und mannigfacher die Organisationen in ihrer Mitte, desto grösser aber auch der Antrieb zur Organisation.

Es ist klar, dass die Menschen nicht für alle Zwecke und unter allen Umständen einer festen und strammen Organisation bedürfen. Sie brauchen sie am wenigsten dort, wo es sich um nichts Ernsthaftes handelt, zum Spiel, sie brauchen sie am meisten dort, wo es auf Leben und Tod geht, im Kampfe. Sie brauchen sie nicht dort, wo nur wenige Individuen zusammenwirken, die sich leicht verständigen können und wo Zeit ist, sich zu verständigen oder die Alltäglichkeit immer wieder die gleichen Verhältnisse bringt. Ganz anders dort, wo es gilt, grosse Massen zusammenzubringen, wo grosse Entscheidungen oft von der raschen Ausnutzung von Momenten abhängen, wo das Ueberraschende, das Unerwartete, ja nicht selten das Unerhörte auf Schritt und Tritt droht.

In solchen Situationen wurde zuerst die Notwendigkeit einer festen Organisation unter einer allgemein anerkannten Leitung empfunden. Sie wurden am frühesten geschaffen durch den Krieg. Der Krieg hat die ersten Massenorganisationen hervorgerufen. Ein grosser Feldherr sein, hiess von jeher auch ein grosser Organisator sein, von Alexander und Cäsar an bis auf Napoleon.

Balzac lässt in seiner „Scènes de la vie privée“ (autre étude de la femme) einen russischen Fürsten sagen:

„Organisation ist ein Wort des (französischen) Kaiserreiches, es umfasst den ganzen Napoleon.“

Als erste Massenorganisation hat die kriegerische Organisation auch zuerst höhere Organisationsformen hervorgebracht.

In diesem Sinne ist es wohl aufzufassen, wenn in dem hinterlassenen Fragment, das ich als „Einleitung“ in der zweiten Neuausgabe der „Kritik der politischen Oekonomie“ veröffentlichte, Marx sagt:

„Der Krieg ist früher ausgebildet wie der Frieden: „(Auszuführen wäre) die Art, wie durch den Krieg und in den Armeen u. s. w. gewisse ökonomische Verhältnisse, wie Lohnarbeit, Maschinerie u. s. w. früher entwickelt (werden) als im Innern der bürgerlichen Gesellschaft. Auch das Verhältnis von Produktivkraft und Verkehrsverhältnissen wird besonders anschaulich in der Armee.“ (XLVI.)

Da nach dem bekannten Wort Gott stets auf Seite der stärkeren Bataillone stand, hat seit jeher in einem Kriege ein Gemeinwesen so grosse Massen aufzubieten gesucht, als seine Einwohnerzahl und die Verkehrsverhältnisse erlaubten. Stets waren die Massen, die im Kriege zu gemeinsamem Wirken zusammengeführt wurden, weit grösser als die Massen, die man in einem Werke des Friedens vereinigte. Das gilt auch jetzt wieder. Wer hätte je im Frieden daran gedacht, eine Arbeiterarmee von zehn Millionen Mann zu gemeinsamer Arbeit zu organisieren!

Je mehr die Technik in das Kriegswesen eindringt, desto mehr hängt der Sieg aber nicht bloss von der Masse und der Organisation der Kämpfer, sondern auch von der Masse der Produkte ab, die ihnen zugeführt werden, desto tiefer die Eingriffe des Krieges in den Produktionsprozess, desto grösser die Notwendigkeit der kriegführenden Staatsgewalt, auch in diesen Prozess organisierend einzugreifen.

Wäre der Sozialismus nichts wie staatliche Organisation und Verwaltung der Produktion, dann würde er durch nichts mehr gefördert als durch den Krieg und die Vorbereitung auf ihn. Je ungeheurer die Kriege, je rascher sie einander folgen, je umfassender das Wettrüsten, desto rascher bauen wir dann die Grundlagen des Sozialismus auf. Unser Grundsatz hätte sonach zu lauten: durch Militarismus zum Sozialismus.

Es hat in der Tat schon im Frieden Parteigenossen gegeben, die in der grossen Organisationsfähigkeit der deutschen Arbeiter und ihrer strammen Disziplin in Partei und Gewerkschaft eine Wirkung des deutschen Militarismus sahen. Darin steckt ein Körnchen Wahrheit. Allerdings waren es meist deutsche Sozialdemokraten, die gerade in dieser Disziplin die wichtigste Ursache der von allen Seiten bis zum Kriege anerkannten Ueberlegenheit der deutschen Partei über die ausländischen Bruderparteien suchten. Andere meinten, jene Ueberlegenheit sei auf die marxistische Durchbildung und das rege theoretische Interesse des deutschen Proletariats zurückzuführen und nicht auf das, was französische Genossen respektlos als „Korporalsgeist“ oder „Gesinnung des Gamaschenknopfs“ (caporalisme) bezeichneten.

Als dann der Krieg ausbrach, wurde er von deutschen Sozialdemokraten als ein Gottesgericht hingestellt, in dem die bessere Sache, die Sache des Sozialismus, siegen müsse, denn der Sieg gehöre der besseren Organisation.

Auch Renner verfiel diesen Gedanken. Wir haben von ihm oben schon den Satz zitiert, in dem er sich für die „kriegerische Auslese“ begeistert, die in der Art wirkt:

„Dass diejenige Macht, die sich als die stärkste Organisation (im Kriege, K.) erweist, auch durch die Geschichte zum grössten Organisationswerk berufen und von Rechts wegen die höchste Gewalt wird, die Richterin, Walterin und Rechtsschöpferin der Völker.“ (S. 278.)

So verkündet er im Namen des Sozialismus die Weltherrschaft desjenigen Staates, dessen Militarismus sich als der stärkste erweist.

Er steht nicht allein mit diesem Gedanken da. Man höre zum Beispiel Lensch, der uns auseinandersetzt, dass sich „in diesem Kriege die deutsche Revolution vollzieht“ durch den

Sieg der deutschen Armeen. Denn in England und Frankreich herrscht die Bourgeoisie und mit ihr der „Individualismus“ und die „Atomisierung“ der Gesellschaft:

„Das heutige Deutschland dagegen vertritt ein geschichtlich vorgeschrittenes Gesellschaftsprinzip: das der sozialen Organisation...“

„In Deutschland erstarkte jenes Prinzip, dessen belebende Kraft ihm jetzt die Möglichkeit gibt, den Weltkrieg gegen die grössten Land- und Seemächte, die unser Planet je gesehen, siegreich durchzuhalten: das Prinzip der Organisation.“

Daher siegt mit den deutschen Armeen auch das deutsche Proletariat, denn ganz so wie Renner behauptet auch Lensch:

„Die Arbeiterklasse ist die geschichtliche Vertreterin des Organisationsprinzips.“

Dabei hat das deutsche Proletariat noch das besondere Glück, dass der preussische Militarismus der Träger des gleichen Prinzips ist:

„Es gelang in Preussen der Staatsverwaltung, im Gegensatz zu England und Frankreich, eine über den Klassen schwebende Stellung zu bewahren und das Prinzip der Organisation, das ihre besondere Eigenheit darstellte, jetzt mit voller Kraft auf eine erstarkte, kapitalistische Gesellschaft anzuwenden.“

So gab es zwischen dem Proletariat und der preussischen Regierung eine „gewisse entwicklungstechnische Verwandtschaft“, die leider von beiden Seiten nicht recht begriffen wurde, bis der Weltkrieg alle trennenden Missverständnisse beseitigte:

„Trotz aller Arbeiterfeindschaft hat in keinem Lande der Welt die Arbeiterklasse in kurzen Jahren eine derartige Stellung im öffentlichen Leben sich errungen wie in Deutschland. Hier, wo alles aufgebaut war auf der rationalen Organisation, musste auch die Klasse schnell zur Bedeutung kommen, die ihrer ganzen sozialen Struktur nach der spezifische Träger des Organisationsgedankens ist.“ (Vorwort zu „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück“, datiert vom Mai 1916.)

Nichts irriger als die Auffassung, dass die Arbeiterklasse „der spezifische Träger des Organisationsgedankens“ sei. Dass diese Renner-Lensch'sche Auffassung nicht original, sondern eine sehr alte Ueberlieferung ist, macht sie nicht richtiger.

Dass die Arbeiterklasse nicht der besondere Träger des Organisationsgedankens ist, haben wir bereits gesehen. Lensch widerspricht sich ja schon selbst, wenn er in einem Atem die preussische Staatsverwaltung zum Träger des gleichen Gedankens macht. Und er weiss auch ganz gut, woher diese „Verwandtschaft“ rührt. Er selbst unterstreicht in seinem Buche den Satz:

Die gleiche Ursache, die aus Preussen „den Militärstaat“ machte, machte ihn auch zum „Staat der Organisation.“ (S. 150.)

c) Organisation und Kapital.

Ebenso falsch wie der Satz: die Arbeiterklasse sei der besondere Träger des Organisationsgedankens, ist auch der andere Satz, dass die Kapitalistenklasse der spezifische Träger des „Individualismus“, „Atomismus“ und „Anarchismus“ sei. Für diese Auffassung spricht nichts als der äussere Schein. Der freilich so sehr, dass sie allgemein akzeptiert wurde. Alle Welt betrachtet den Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus als einen Gegensatz zwischen Individualismus und Organisation. Marx und Engels haben den Gegensatz jedoch nie so gefasst.

Der falsche Schein rührt zum grössten Teil daher, dass die Klasse der industriellen Kapitalisten nicht aufkommen konnte ohne Zerreissung der Fesseln des Feudalwesens, des Zunftzwangs, des bürokratischen Absolutismus. Hängt aber an den damals gewonnenen Freiheiten nicht heute noch das sozialistische Proletariat? Ja ist es nicht ihr eifrigster Hüter geworden, weit eifriger, als die Kapitalistenklasse selbst? Hängt es doch nicht bloss an den politischen Freiheiten, sondern auch an den ökonomischen, der Koalitionsfreiheit, der Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, dem Freihandel. Ist dadurch das Proletariat „individualistisch“ und „atomistisch“ geworden?

Die Herbeiführung dieser Freiheiten bedeutete keineswegs die „Atomisierung“ der Gesellschaft, sondern eröffnete nur die Möglichkeit, neue Organisationen an Stelle der alten zu schaffen.

Nichts verkehrter, als wenn Renner uns erzählt:

„Nach den Dekreten des 4. August, nach diesem Höhepunkt der französischen Revolution, mochten die freien Bürger auf den Plätzen von Paris glückselig tanzen: sie waren frei als Personen, waren unbeschränkte Eigentümer und frei zirkulierten die Waren auf allen Märkten (oder sollten es wenigstens!) — die kapitalistische Produktionsweise mochte sich entfalten. An dem Tage aber, wo das Proletariat in diesem Staate zur Herrschaft kommt, beginnt nicht der Tanz, sondern die Arbeit.“ (S. 24.)

Also der Kapitalismus kündigte sich mit Tanz an; wenn dagegen das Proletariat zur Herrschaft kommt, dann „beginnt die Arbeit“, dann wird also noch mehr geschuftet werden müssen, als unter dem Regime der Kapitalisten. Bisher meinten wir, der Kapitalismus habe über das Proletariat unendliche Arbeitsqual verhängt, der Sozialismus werde ihm Musse und Tanz bringen.

Wahrscheinlich hat sich Renner hier, wie so oft in seinem Buche, nur schief ausgedrückt. Er wollte bloss sagen: nach der bürgerlichen Revolution mochte jeder tun, was er wollte, es war nicht nötig, eine neue organisatorische Regelung einzuführen. Wenn wir ans Ruder kommen, beginnt die Arbeit der Neuorganisation.

So mag's leidlich scheinen, aber auch so ist's falsch.

Nach dem 4. August 1789 begann für die Gesetzgeber und Politiker des revolutionären Frankreich nicht eine Zeit des Müsigganges, die sie fröhlichem Tanz widmen konnten, sondern eine Zeit mühevoller Arbeit der völligen Neuorganisation des Staates und des bürgerlichen Verkehrs. Es begann der Kampf um die Staatsverfassung, die sich mit der Erklärung der Menschenrechte nicht erschöpfte, es begann die Neuregelung des gesamten Unterrichtswesens und des Verkehrswesens sowie des Rechtes, alles sehr mühevoll organisatorische Arbeiten, die bis heute ihre Früchte tragen. Weit entfernt, den einzelnen ganz seinem Belieben zu überlassen, wurde sogar im Interesse der Gleichheit manche Last gleich verteilt, von der bis dahin viele freigeblieben waren, also vielen Individuen Freiheiten genommen, die sie besaßen. So ist der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht ein Kind der bürgerlichen Revolution. Wie verträgt sich der mit „Individualismus“ und „Atomismus“?

Aber freilich, viel wichtiger als die staatliche Organisationsarbeit wurde durch die Revolution die private Arbeit dieser Art, die der bürokratische Absolutismus gänzlich unterbunden hatte. Wenn man nur die bürokratische Organisationsarbeit des Staates als Organisation betrachtet und jede private Organisation als Individualismus und Atomismus, dann allerdings wurde das Gebiet der Organisationsarbeit durch die Revolution etwas eingeschränkt. Für die meisten Beobachter dieser wie mancher anderen Zeit existiert nur das, was in den öffentlichen Akten des Staates steht. Und die verzeichnen natürlich die private Organisationsarbeit um so weniger, je grösser die Freiheit des Organisierens. Aber nichts irriger als daraus zu schliessen, dass diese Freiheit nicht benützt wurde.

Die Zahl der Vereine wurde jetzt Legion, sowohl ökonomischer wie politischer und wissenschaftlicher, künstlerischer, geselliger. Kaum ein erwachsenes, selbständiges Individuum, das nicht einer Organisation angehört, viele sogar mehreren. Es wachsen die politischen Parteien — der Jakobinerklub war eine gewaltige Organisation und in ihr wurde nicht getanz.

Vor allem aber wuchsen nun die ökonomischen Organisationen der Produktion, die Fabriken, die an Stelle des „Individualismus“ und „Atomismus“ des selbständigen Heimarbeiters und des nicht zünftigen Handwerkers — und deren gab es viele schon vor der Revolution — das planmässige Zusammenarbeiten vieler Lohnarbeiter in einer gemeinsamen Arbeitsstätte setzten. Für die Lohnarbeiter bedeutete das keineswegs den Tanz freier Personen und unbeschränkter Eigentümer, sondern die Fesselung in die härteste Fronarbeit. Nach aussen hin nahm dieser Prozess aber trotzdem den Anschein der Atomisierung und Individualisierung an, weil die

Leiter dieser Organisationen, die Fabrikanten, keine Störung dulden wollten und ungemessene Freiheit für sich — angeblich freilich auch für ihre Lohnsklaven — verlangten.

Die Arbeiterschutzgesetze wurden bekämpft im Namen der Freiheit des Individuums, sie bedeuteten aber in Wirklichkeit Regelungen nicht für vereinzelte Individuen, sondern für bestehende, oft sehr umfangreiche Organisationen, die Fabriken, Bergwerke, Eisenbahnen etc., deren Mitglieder dadurch erhöhte individuelle Freiheit, längere freie Zeit erhielten, über die sie nach Belieben verfügen durften, in der sie tanzen mochten, wenn es ihnen behagte.

Die „individualistischen“ Fabrikanten waren es, die mit der Organisation der Arbeiter begannen — allerdings nicht in Klassenorganisationen, sondern Herrschaftsorganisationen, die von den Kapitalisten geleitet wurden.

Es ist eine ganz verkehrte Vorstellung, zu glauben, die organisatorische Tätigkeit des Kapitals beginne erst mit der Bildung von Kapitalistengesellschaften. Der einzelne Kapitalist ist von Anfang an organisatorisch tätig, sobald er in die Industrie eingreift. Schon die Tätigkeit des Verlegers, der Heimarbeiter von sich abhängig macht, ist eine organisatorische, dann erst recht die Tätigkeit des industriellen Unternehmers in der Manufaktur oder der Fabrik. Ebenso die Tätigkeit des Bankiers, sobald er in regelmässige Verbindung mit der Industrie gelangt. Ob es ein einzelner Kapitalist oder eine Verbindung von Kapitalisten ist, die diese Organisationstätigkeit betreibt, ist zunächst nicht entscheidend. Nicht davon hängt die organisatorische Tätigkeit ab, sondern von der Grösse des Betriebes oder der Kundschaft. Der industrielle Kapitalismus beruht von vornherein auf Massenverkehr und Massenproduktion und daher auf Organisation. Nicht Kapitalisten, sondern Kleinbürger, Heimarbeiter und Intellektuelle neigen am meisten zum „Individualismus“ und zur „Atomisierung“ des „Anarchismus“. Die Form der Aktiengesellschaft hat für die industrielle Organisation nur die Bedeutung, dass sie die Ausdehnung der Betriebe und ihren Zusammenschluss erleichtert und beschleunigt und damit die organisatorische Tätigkeit des Kapitals erweitert, die in den Kartellen und Trusts und den großen Zentralbanken bisher ihren Höhepunkt fand.

Bei dieser Entwicklung gewinnt das industrielle Kapital aber auch wachsenden Einfluss auf die Staatsgewalt.

Wohl ist der Staat eine Herrschaftsorganisation ebenso wie die kapitalistische Fabrik. Aber die letztere kennt nur ein Herrschaftsverhältnis und nur einen Herrn. Ein Staat ist ein viel komplizierteres und viel umfangreicheres Gebilde als eine Fabrik. Wenn in dieser sich bloss der Fabrikant und seine Lohnarbeiter gegenüberstehen, er als Autokrat und sie als

rechtlose Werkzeuge der Profiterzeugung, so findet im Staat der Fabrikant neben sich noch andere ökonomisch oder gesellschaftlich bevorzugte Klassen, Grundbesitzer, Finanzleute, Händler, Offiziere, Kleriker etc., die alle an der bestehenden Gesellschaftsordnung interessiert sind, alle vom Mehrwert leben, aber nicht direkt am industriellen Profit interessiert sein müssen und höher als dessen momentane Grösse die ungestörte Fortdauer der bestehenden Ordnung schätzen. Unter diesen Klassen gab es oft scharfe Gegensätze, die es dann auch den arbeitenden Klassen, Bauern, Handwerkern, Lohnarbeitern erlaubten, Einfluss auf die Staatsmaschinerie zu gewinnen.

Das alles nimmt dem Staat noch nicht seinen Charakter als Herrschaftsorganisation. Aber er ist eine andere Art dieser Organisation als die Fabrik. Er ist nicht eine blossе Herrschaftsorganisation der Fabrikanten allein. So vermochte das staatliche Eingreifen in die Fabrikorganisation die Allmacht des Fabrikanten zugunsten der Arbeiter etwas dort zu beschränken, wo deren Ausbeutung Formen annahm, die den Fortbestand der Arbeiterklasse und damit der ganzen Gesellschaft bedrohten.

Darüber ist der Arbeiterschutz eines bürgerlichen Staates noch nirgends hinausgegangen.

Die Gegensätze innerhalb der besitzenden Klassen, durch die ebenso wie durch den Druck der Arbeiterklasse der Arbeiterschutz gefördert wurde, haben in den letzten Jahrzehnten sich nicht verschärft, sondern vermindert. Die grössten industriellen Kapitalisten sind mit den Bankmagnaten zum Finanzkapital vereinigt und mit dem grossen Grundeigentum versippt und verschwägert.

Die Folge ist wachsende Macht der grossen Kapitalisten im Staate. Damit ändert sich ihre Stellung ihm gegenüber. Ehedem standen sie ihm misstrauisch, ja feindselig gegenüber, wenn er mehr sein wollte als Nachtwächter. Heute sind sie seiner sicher und benützen ihn als wirksames Werkzeug der Profitwirtschaft. Wir haben schon darauf hingewiesen, dass es diese Wandlung ist, die Renner als „Durchstaatlichung der Wirtschaft“ erscheint.

Irgendein neues Prinzip wird mit dem wachsenden Einfluss des Großkapitals im Staate und des Staates im Wirtschaftsleben in keiner Weise in die kapitalistische Wirtschaft hineingetragen, da diese, wie nochmals betont sei, von Anfang nicht auf dem Individualismus, sondern auf der Organisation von Massen beruht — ebenso wie der Militarismus. Der Staatskapitalismus bereitet dem Militarismus den Weg und umgekehrt. In diesem Sinne, aber auch nur in diesem, ist die Kriegswirtschaft allerdings die blossе Fortsetzung dessen,

was die Friedenswirtschaft angebahnt hat. In jedem anderen Sinne bedeutet jedoch die eine das gerade Gegenteil der anderen.

d) Organisation und Klassenkampf.

Organisation ist also das Prinzip nicht bloss der Arbeiterklasse und des Sozialismus, sondern auch des Militarismus und des Kapitalismus. Die grosse Frage, die in unserer Zeit zur Entscheidung steht, ist nicht die, ob Individualismus oder Organisation, sondern die, ob die Gesellschaft organisiert werden soll durch Militarismus und Kapitalismus oder durch das Proletariat.

Wenn man sich als Marxist bekennt, darf man vor allem die Grundlage nicht außer acht lassen, auf der sich der Sozialismus aufbaut: den Klassenkampf.

Wir Sozialdemokraten sind die Partei des Proletariats. Einerlei, ob wir selbst alle Proletarier sind oder nicht, unser aller grosses Ziel ist die Befreiung des Proletariats und damit des gesamten geknechteten Teiles der Menschheit.

Die Organisation ist uns nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zu diesem Ziele. Nicht die Organisation „an sich“, nicht jede wirtschaftliche Organisation ist von uns zu fördern, sondern nur jene Organisationen, die die ökonomische, politische, intellektuelle, moralische Kraft und Selbständigkeit des Proletariats fördern.

Organisationen gegnerischer Klassen sind zu bekämpfen. Sie mögen den „Organisationsgedanken“ noch so sehr fördern, sie stärken nur die Feinde des Proletariats, hemmen seinen Emanzipationskampf. Nichts verkehrter zum Beispiel als die oft geäusserte Ansicht, Genossenschaften von Agrariern seien ein Fortschritt zum Sozialismus, denn dieser bedeute doch „Genossenschaftlichkeit“. Der Sozialismus bedeutet nur die Genossenschaftlichkeit von Arbeitern und nicht die von Ausbeutern.

Und was von unserer Stellung zur Organisation überhaupt gilt, trifft auch für die besondere Organisation, den Staat zu. Ebenso wenig wie gegenüber der Organisation „an sich“ nehmen wir gegenüber dem „Staat an sich“ eine bestimmte Stellung ein. Wie bei der Organisation, hängt sie beim Staat davon ab, in den Händen welcher Klasse er ist, welchen Interessen er dient, welche Politik er treibt.

Ebenso wenig wie jede wirtschaftliche Organisation ist uns jede Art Staatswirtschaft von vornherein „Sozialismus“.

Im Gegenteil. Der Staat ist eine Herrschaftsorganisation und von vornherein in der Regel eine Organisation in den Händen der ausbeutenden Klassen. Nur unter besonderen Verhält-

nissen kann er in die Hände der ausgebeuteten Klassen gelangen, und nur dort, wo dies gelungen, vermag er zum mächtigsten Werkzeug ihrer Emanzipation zu werden. Wo dies nicht der Fall, ist die Staatsgewalt ein Werkzeug ihrer Unterdrückung und aufs schärfste zu bekämpfen.

Wohl sind die herrschenden Klassen im Staate sehr oft nicht einig, sondern stehen untereinander im Kampfe. Das Proletariat täte sehr unrecht, bei diesen Kämpfen abseits zu stehen, statt in sie einzugreifen. Es mag dabei sehr wohl einmal die eine oder die andere Seite unterstützen, aber es hüte sich davor, jemals seine Selbständigkeit aufzugeben oder Vertrauen zu einer der bürgerlichen Parteien zu fassen. Es muss sich stets des Marxschen Wortes bewusst sein, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann.

Wohl vermag eine sozialistische Partei in einem modernen Staate Einfluss schon zu gewinnen, ehe das Proletariat die ganze politische Macht erobert hat. Sie kann früher schon politische Macht üben und soll trachten, sie üben zu können. Sie darf aber nie vergessen, dass ihre Macht auf der Kraft des Proletariats beruht, seiner Geschlossenheit und dem Vertrauen, das es ihr entgegenbringt, und nicht auf dem Vertrauen bürgerlicher Parteien und Regierungen.

Das Proletariat ist heute in jedem modernen Staate so zahlreich und stark geworden, dass jede politische Partei einer Anhängerschaft aus seinen Reihen bedarf, eine jede mit der Sozialdemokratie um die Seelen der Proletarier ringen muss.

Das kann keine Partei, ohne dem Proletariat Versprechungen und auch wirkliche Konzessionen zu machen. So weit die ersteren gehen mögen, die letzteren werden stets geringfügig und ungenügend sein, weil sie das bürgerliche Interesse nicht verletzen dürfen.

Durch nichts kann die Sozialdemokratie die bürgerlichen Parteien und die Regierungen auf der Bahn der Konzessionen weiter treiben als durch rücksichtslose Kritik an diesen Konzessionen. Durch nichts wird sie das Vertrauen des Proletariats besser erringen, als durch solche Kritik, durch schärfste Opposition.

Sie arbeitet am positivsten als Oppositionspartei, fördert als solche am besten die praktischen Interessen des Proletariats und ihre eigene Machtstellung. In dem einen wie in dem anderen Sinne wirkt sie als Oppositionspartei auch dadurch, dass unter einem bürgerlichen Regime die Oppositionsstellung die einzige ist, die es ermöglicht, den gesamten kampffähigen und kampfesfrohen Teil des Proletariats in einer geschlossenen Organisation dauernd zusammenzuhalten und ihm dadurch die grösste Kraft zu verleihen, die es zu entfalten imstande ist.

Ja, Organisation ist das Prinzip der Arbeiterklasse. Aber nicht Organisation überhaupt, sondern proletarische Organisation. Und die geschlossene Organisation ist seine beste Waffe — jedoch eine Waffe nur zum Kampfe. Nicht aber frommt ihm der Zusammenschluss, um einhellig einem Rattenfänger von Hameln zu folgen, der im das Liedlein von der arbeiterfreundlichen Staatsgewalt vorpfeift, die immer mehr darauf bedacht sei, im Gegensatz zum Kapital dem Proletariat zu dienen, und der es durch diese schöne Melodie von der „Staatsferne“ in die „Staatsnähe“ verlocken, das heisst, aus einer Partei der Opposition in eine Regierungspartei — aber noch lange nicht in eine regierende Partei — verwandeln will.

Diese Melodie hat die Deutsche Sozialdemokratie gesprengt, einen grossen Teil von ihr entmannt, sie praktisch in einer Epoche gewaltigster Entscheidungen auf das höchste geschwächt. Es ist die Melodie vom 4. August.

Wie gut theoretisch begründet diese Politik ist, hat der Leser jetzt gesehen. Ich hoffe, das hier Gesagte genügt, die Rennersche Arbeit und damit die Grundlagen der Politik des 4. August zu kennzeichnen.

Wohl wäre noch viel über das Buch und seinen Inhalt zu sagen, da es fast alle grundlegenden Fragen unserer Theorie und Praxis behandelt, und alle in einer Weise, die zu lebhaftem Widerspruch herausfordern.

Aber sie alle erledigen wollen, hiesse eine Bibliothek schreiben, denn eine irrige Behauptung vorzubringen, dazu genügen oft zwei Zeilen, während zu ihrer Richtigstellung vielleicht nicht einmal zwanzig Seiten ausreichen.

Eine so erschöpfende Erörterung darf man dem Leser in einer Epoche erregtester Aktualität nicht zumuten. Die Zeit des Versenkens in theoretische Studien ist noch nicht wiedergekommen.

Handelte es sich nicht um das sachliche Interesse an den hier erörterten Fragen, dann hätte ich mich sogar noch kürzer fassen können, denn lebendige Kraft wird das Rennersche Buch nicht erlangen. Es wird unfruchtbar bleiben für unsere Theorie, die nur durch Forschungen und nicht durch Entüstung über den Mangel an Forschungen der anderen, die nur durch gut begründete und nicht durch vorläufige Antworten gefördert werden kann. Es wird aber auch unfruchtbar bleiben für unsere Praxis und Bedeutung höchstens behalten als Kuriosum, das der Generation nach dem Kriege als eines der Exempel der Verwüstungen, die er in so vielen Köpfen und selbst höchst scharfsinnigen angerichtet hat, noch gezeigt werden wird, wenn die noch größeren Verwüstungen dieser

Art vergessen sind, die wir in so manchem Organ der sozialistischen Tagespresse schauernd miterlebten.

Auf die Praxis des Proletariats wird Renners Werk ohne dauernden Einfluss bleiben, weil die Voraussetzungen, von denen es ausgeht, mit dem Kriege schwinden, und nicht minder die Erwartungen, denen es Ausdruck gibt. Ja heute schon, während noch der Krieg tobt, der Kriegszustand uns umfängt, die Kriegswirtschaft alle ökonomischen Gesetze in ihre Gegenteil verkehrt, beginnen die Klassengegensätze und Klassenkämpfe sich immer ungestümer geltend zu machen, Vorboten dessen, was der Abschluss des Krieges bringen wird. Die „Staatsferne“, das heisst die Opposition des Proletariats, wächst rapid und wird so lange wachsen, bis sie nicht durch „Annäherung“ an die Staatsregierung, sondern durch deren Eroberung überwunden ist.

Das war die Auffassung des Kommunistischen Manifests. Es war die Auffassung der Marxisten bis zum Kriege. Dieser hat nichts daran geändert

Wir bleiben, was wir waren: die Partei des unversöhnlichen Klassenkampfes.



Druckfehlerberichtigung.

Seite 41, Zeile 18 von oben muss es heissen statt „Alle Nationalitätenstaaten“: „Alte Nationalitätenstaaten“.

Seite 47, Zeile 15 von unten statt „jenes Wirtschaftsgebietes“: „jedes Wirtschaftsgebietes“.





H X 15

11135

v. 4

pt. 1

HX15.M35 v.4 pt.1



3 2108 01016 0151

